

Weil es möglich ist! Unsere Positionen zur Landtagswahl

0 Zukunft wird gemacht

Brandenburg – das ist die Bergbauingenieurin in Jänschwalde/Janšojce/Janšojce und der Student in Eberswalde, die beide an der Energieversorgung der Zukunft arbeiten. Es ist der Stahlarbeiter in Eisenhüttenstadt und die Start-Up-Pionierin in Potsdam, die beide mit Innovation und Tatkraft zum Wohlstand beitragen. Es sind die Bauern der Agrargenossenschaft, die seit der Wiedervereinigung die Tradition ihrer LPG fortführen, und die jungen Idealisten, die einen alten Hof wieder zu neuem Leben erwecken. Zu Brandenburg gehören der Altenpfleger und die Seniorin, die Lehrerin und die Schulkinder. Brandenburgerinnen und Brandenburger begrüßen uns in der Cottbus/Chóšebuzser Gegend mit dem niedersorbischen „Witaj“ oder im Norden des Landes mit dem plattdeutschen „Moin“. Aber auch die Ukrainerin oder der Syrer, die vor dem Krieg in ihrer Heimat zu uns geflohen sind und inzwischen als Gemeindegeschwester oder Arzt Kranke versorgen. Brandenburg – das sind unsere wunderschönen Landschaften: die Lausitz/Łużyca, der Spreewald, das Havelland, die Prignitz, die Uckermark. Es sind die Wälder, die Seen, Kulturschätze wie das Kloster Chorin oder das Schloss Neuhardenberg. Brandenburg ist ein Fleck Erde mit vielfältiger und wechselhafter Geschichte, die das Land und seine Menschen geprägt hat. Dabei wurde es ihnen nicht immer ganz leicht gemacht. Brandenburg – das heißt Fontane und Gundermann, Preußischer Prunk und Moderne der DDR, Dorffeste und Kammerkonzerte. Brandenburg sind wir alle, die wir hier leben, arbeiten und ein Zuhause gefunden haben. Zweieinhalb Millionen Menschen, die ihr Leben gestalten, sich in die Gemeinschaft einbringen und damit das Land voranbringen.

Teil dieser Vielfalt sind auch wir: Die Linke Brandenburg. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten, die sich zur Landtagswahl um Ihre Stimme bewerben, sind Krankenschwester oder Unternehmer, Polizist oder Lehrerin, Verkäufer oder Rechtsanwältin, Studentin oder Rentner. Brandenburg ist unser Zuhause. Deshalb wollen wir das Leben für alle Menschen hier besser machen, sicherer und selbstbestimmter – für Sie und mit Ihnen gemeinsam.

Ja, in Brandenburg lässt es sich gut leben. Und doch gibt es Dinge, die das Leben hier beschwerlich machen. So wie Sie, leben und arbeiten wir in Brandenburg, haben hier unsere Familien und Freundinnen und Freunde, sind in unseren Dörfern und Städten engagiert, vom Kleingarten bis zum Elternbeirat. Deshalb kennen wir auch die andere Seite: Monatelanges Warten auf einen Arzttermin, stundenlanges Warten auf den Bus. Noch immer viel zu niedrige Löhne, viel zu viele Überstunden, lange Arbeitswege. Auch

über 30 Jahre nach der Wende noch immer durchschnittlich 13.000 Euro pro Jahr weniger im Portemonnaie als die Kolleginnen und Kollegen im Westen. Gleichzeitig absurd steigende Mieten, explodierende Nebenkosten und Kaufpreise jenseits von Gut und Böse – der Traum vom guten Wohnen oder gar ein Eigenheim rückt für immer mehr Menschen in weite Ferne. Hinzukommen fehlende Kitaplätze, zu wenig Lehrkräfte und häufiger Unterrichtsausfall – von Digitalisierung hingegen oft noch immer keine Spur. Und während in einem Ort die Infrastruktur nicht schnell genug gebaut werden kann und die Kommune mit dem Wachstum kaum hinterherkommt, werden in anderen Regionen Krankenhaus, Kneipe und Schule der Reihe nach dicht gemacht – und das Gemeinschaftsleben gleich mit. In Brandenburg passiert vieles gleichzeitig, aber zu wenig gemeinsam. Vieles entwickelt sich, aber zu wenig in die richtige Richtung. Wenigen geht es immer besser, während immer mehr Menschen kämpfen müssen, um den Alltag für sich und ihre Familien zu bewältigen.

Dabei wäre es oft gar nicht so schwer. Oft genug reicht ein kurzer Blick über den Tellerrand, um zu erkennen, was alles geht: Längeres gemeinsames Lernen in Finnland, höhere Renten in Österreich, Mietendeckel in Spanien und Portugal – geht! Manchmal reicht auch der Blick in andere Bundesländer: Kostenloses Schulessen oder ein 29-Euro-Ticket für alle in Berlin, kostenlose Kita- und Hortplätze in Mecklenburg-Vorpommern – funktioniert! Auch in Orten oder Regionen Brandenburgs können wir beobachten, was alles möglich ist, wenn mutige und tatkräftige Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker loslegen: elternbeitragsfreier Schülerverkehr in vielen Landkreisen, das Deutschlandticket für 9 Euro im Monat für Schülerinnen und Schüler in Oberhavel, Kostendeckel fürs Schulessen und kostenfreies Frühstücksangebot an Schulen in Potsdam. Alles gerechter als vorher, alles möglich. Auch in unseren historischen Erfahrungen gibt es solche Beispiele. Natürlich war früher nicht alles besser, keine Frage – manches aber schon: Gemeindegewestern, die übers Land fuhren und die Menschen in entlegenen Regionen betreuten. Polikliniken, in denen Patienten wohnortnah und ganzheitlich versorgt wurden. Kostenfreie Kitas mit Öffnungszeiten, die an den Bedürfnissen der Familien orientiert waren. Nicht so lange her, dass es all das gab. Wieso sollte das heute nicht mehr gehen? Und wenn man uns dann erzählt, wir seien Träumerinnen und Träumer, weil wir all das einfordern, so können wir selbstbewusst auf die Geschichte verweisen: Der 8-Stunden-Tag, bezahlter Urlaub, das Verbot von Kinderarbeit oder eine gesetzliche Rente. All das haben Menschen zunächst geträumt – und dann gemeinsam zur Wirklichkeit werden lassen. Lassen wir uns also von niemandem mehr erzählen, was alles nicht geht. Sondern fangen wir an, die Dinge möglich zu machen. **Weil es möglich ist!**

„Es kommt darauf an, sie zu verändern!“

Wir sind demokratische Sozialistinnen und Sozialisten. Wir wissen, dass die Verhältnisse, in denen wir leben, nicht vom Himmel gefallen sind, sondern von Menschen gemacht

wurden. Sie sind die Folge von politischen Entscheidungen sowie der wirtschaftlichen Macht des Kapitals. Und so sind auch die Probleme, mit denen wir heute zu tun haben, die Folge politischer Fehlentscheidungen innerhalb eines falschen Wirtschaftssystems: Die fehlenden Kitas von heute sind die Folge der Sparzwänge der Kommunen. Die fehlenden Fachkräfte im Sozialbereich sind die Folge schlechter Arbeitsbedingungen und niedriger Löhne. Die hohen Mieten sind auch eine Folge des großflächigen Verkaufs öffentlichen Eigentums an private Investoren. Die Liste ließe sich fortsetzen. Doch falsche Entscheidungen können rückgängig gemacht werden – gerade auch politische. Die Zukunft ist nicht in Stein gemeißelt und es ist an uns allen sie zu gestalten. Uns geht es darum, dass wir heute die richtigen Weichen für eine bessere Zukunft stellen. Veränderung beginnt dabei oft im Kleinen und sie beginnt vor Ort. Wichtig ist vor allem eines: Dass man sich endlich auf den Weg macht.

Der aktuellen Regierung aus SPD, CDU und Grünen jedoch fehlt es an einer gemeinsamen Idee für unser Land. Die politische Orientierungslosigkeit hat Folgen: Stillstand bei den großen Fragen und unnötige Streits über Kleinigkeiten. Statt planvoll zu handeln, wird nur reagiert, oft unüberlegt und erst im letzten Moment, immer wieder werden bereits getroffene Entscheidungen wieder revidiert. Für die Menschen heißt das: Fehlende Planbarkeit, keine Verlässlichkeit, verlorenes Vertrauen. Dabei wäre genau das, angesichts der Krisen in der Welt, heute wichtiger denn je. Die Probleme des täglichen Lebens werden, wenn überhaupt, nur halbherzig angegangen. Auf große Überschriften folgt zumeist nur wenig Konkretes, im Alltag spürbar verbessert sich kaum etwas. Anstatt sich darauf zu konzentrieren, das Leben der Vielen besser zu machen, geht es ihnen um Leuchttürme. Einzig für den reichsten Mann der Welt wird nur allzu gerne der rote Teppich ausgerollt und auf einmal alles möglich gemacht, was allen anderen immer als unmöglich verkauft wurde.

Wir finden: Fünf Jahre Kenia sind genug. Brandenburg verdient mehr.

Als Linke machen wir Ihnen keine großen Versprechungen, sondern unterbreiten Ihnen ein Angebot. Wir sagen klar, wodurch sich linke Politik auszeichnet, und schlagen Ihnen eine Richtung für die weitere Entwicklung unseres Landes vor. Wir benennen die Schwerpunkte unserer Arbeit, wofür und wogegen wir uns einsetzen. Vor allem aber laden wir Sie ein, mitzumachen. Denn noch nie in der Geschichte wurden den Menschen Verbesserungen einfach so geschenkt. Immer kam es darauf an, dass sie sich zusammentun und gemeinsam für ihre Interessen eintreten. Auch in der Zukunft wird es darauf ankommen.

Unser Ziel ist **eine Gesellschaft des guten Lebens für alle**. Das bedeutet für uns:

- Linke Politik hat immer zuerst **das Gemeinwohl im Blick**. Uns geht es darum, dass Wohl aller zu schützen – anstatt die Profite der sowieso schon Reichen zu mehren. Wir wissen, dass vieles besser funktioniert, wenn wir es gemeinschaftlich und solidarisch

organisieren, anstatt darauf zu hoffen, dass der Markt es regelt. Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte. Im Gegenteil: Wir setzen uns dafür ein, öffentliches Eigentum auszubauen und die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken. Was alle zum guten Leben brauchen, sollte auch in den Händen der Allgemeinheit liegen: Gesundheit, Mobilität, Bildung, Wohnen, Wasser und Energie. Demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten und öffentliche Kontrolle wollen wir ausbauen, damit alle teilhaben können, niemand übergangen und niemand vergessen wird.

- Linke Politik begegnet den Menschen **auf Augenhöhe und mit Respekt**. Wir hören zu und verstehen die nicht immer leichte Lebenssituation vieler Menschen im Land. Wir setzen uns dafür ein, dass Probleme offen angesprochen werden und gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. Die Expertinnen und Experten sind nicht wir, sondern die Betroffenen selbst: Niemand weiß so gut wie Sie, woran es fehlt und was es braucht. Deshalb entwickeln wir Lösungen kooperativ.
- Linke Politik lässt niemanden zurück: **Soziale Gerechtigkeit ist unser Herzensanliegen**. Wir sind davon überzeugt, dass jeder Mensch Stärken und Potentiale hat und dass jeder Mensch das Recht hat, alle Möglichkeiten zu bekommen, diese Stärken und Potentiale auch auszuschöpfen. So verschieden wie die Menschen sind, sie sind alle gleich an Würde und Rechten. Nicht jeder will und braucht das Gleiche. Aber alle müssen genügend haben, um in dieser Gesellschaft ein ordentliches und gutes Leben führen zu können. Damit alle die gleichen Chancen haben, ihre Träume zu verwirklichen. Wir werden uns deshalb auch weiterhin gegen jeden Versuch wehren, soziale Leistungen zu kürzen oder soziale Infrastruktur abzubauen. Im Gegenteil: Es braucht mehr Engagement, insbesondere in der Bekämpfung von Kinderarmut. Es ist eine Schande, dass Kinder in einem so reichen Land wie unserem mit leerem Magen in der Schule sitzen. Gemeinsam mit Sozialverbänden, Familienverbänden und Gewerkschaften haben wir deshalb eine **Volksinitiative für ein kostenloses Mittagessen an Schulen** gestartet, für die wir in diesem Wahljahr Unterschriften sammeln. Ebenso ist es eine Schande, dass Menschen am Ende ihres Lebens zur Tafel gehen müssen. Das hat nichts mit Respekt und Würde zu tun. Wir sind davon überzeugt: Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit den vermeintlich Schwächeren umgeht.
- Linke Politik hat **den Alltag im Blick**. Im täglichen Leben zeigt sich die Lebensqualität vor Ort. Deshalb kämpfen wir dafür, dass der Weg zum nächsten Konsum oder zur Verwaltung nicht zu lang wird und dass alle auch ohne Auto dorthin kommen, wo sie etwas zu erledigen haben. Den Alltag bestimmt zuerst die Kommune und deshalb wollen wir, dass auch kleine Städte und Gemeinden finanziell so ausgestattet werden, dass sie in der Lage sind, das Leben vor Ort zu gestalten.
- Linke Politik ist **antifaschistisch**. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in

Brandenburg gut, ohne Angst und sicher leben können, egal, woher sie kommen, mit wem sie zusammenleben oder welcher Religion sie angehören. Wir werden nicht zulassen, dass Menschen in verschiedene Kategorien eingeteilt werden – nützlich oder nicht, von hier oder von woanders. Rechtsaußen will genau das Gegenteil: Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen, Zurückdrängung der Geschlechtergerechtigkeit, Diskriminierung als Politikkonzept. Dagegen kämpfen wir mit ganzer Kraft. Eine Zusammenarbeit mit der AfD wird es für uns als Linke auf keiner Ebene geben.

- Linke Politik ist **internationalistisch und dem Frieden verpflichtet**. Wir setzen uns für Frieden und gegen Militarisierung, Aufrüstung und Waffenexporte ein. Wir lehnen Krieg und Gewalt als Mittel der Politik ab. Internationale Konflikte müssen durch Verständigung und Ausgleich gelöst werden. Wir wehren uns dagegen, dass in Brandenburg Waffen produziert werden und dass das Militär an unseren Schulen und Universitäten für den Kriegsdienst wirbt.
- Linke Politik ist **feministisch**. Bei allen Erfolgen der vergangenen Jahrzehnte – noch immer sind es die Frauen, die häufiger wegen der Kinder die Arbeitszeit reduzieren und einen Karriereknick in Kauf nehmen. Noch immer sind sie seltener in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft zu finden – obwohl sie bessere Schul- und Studienabschlüsse haben. Alleinerziehend zu sein ist das größte Armutsrisiko in unserem Land – und es trifft überwiegend Frauen. Auch sexuelle Diskriminierung und Gewalt ist noch immer für viel zu viele Frauen Alltag. Wir wollen Benachteiligungen für Frauen weiter abbauen, den Schutz und die Hilfestrukturen für Frauen in schwierigen Lebenslagen ausbauen und vor allem für Alleinerziehende die Teilhabe am Berufsleben sichern. Dabei ist uns bewusst, dass es nicht einfach nur Frauen und Männer, sondern eine Vielfalt von Geschlechtern gibt. Feministische Politik heißt auch, queere Perspektiven und Lebensweisen ernst zu nehmen und zu unterstützen.

Diese Ziele leiten uns und dafür kämpfen wir seit 1990. In diesen mehr als 30 Jahren haben wir Brandenburg geprägt und mitgestaltet – als verfassungsgebende Partei, als kritische und konstruktive Opposition sowie zehn Jahre als Teil der Landesregierung. Wir stellen eine Landrätin, einen Oberbürgermeister, mehrere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, zahlreiche Stadtverordnete, Gemeindevertreterinnen und -vertreter sowie Ortsbeiräte. Über 4000 Mitglieder setzen sich auf vielen verschiedenen Wegen für die Menschen vor Ort ein. Die Linke – das ist eine Kraft, mit der man rechnen muss. Auch weiterhin mit dem klaren Ziel, Brandenburg sozialer und gerechter sowie das Leben der Menschen besser und sicherer zu machen.

Dafür braucht es Fachwissen und konkrete Ideen für die vielen einzelnen Bereiche. Auf den nachfolgenden Seiten stellen wir Ihnen unsere Positionen in den verschiedenen Politikfeldern vor und beschreiben die Projekte, die wir mit Ihnen gemeinsam angehen

wollen. Wir laden Sie herzlich dazu ein, mit uns darüber zu sprechen, um die Positionen gemeinsam weiterzuentwickeln und die Projekte zu Erfolgen zu machen. Denn es bleibt dabei: Linke Politik geht nur gemeinsam.

1 Sicherheit im Wandel: Auf den Menschen kommt es an

Stetige Veränderung ist ein Wesensmerkmal moderner Gesellschaften. Neu aber sind die hohe Zahl parallellaufender Entwicklungen sowie die Geschwindigkeit und Vehemenz, mit der diese unser Leben verändern. Wir alle kennen die Schlagworte: Klimawandel, Demographischer Wandel, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, (De-)Globalisierung, die geopolitische Neuordnung der Welt. Die Herausforderungen sind riesig! Um allen Menschen in einer sich wandelnden Welt ein sicheres, ein gutes und ein planbares Leben zu ermöglichen, müssen Politik und Staat gute Rahmenbedingungen schaffen. Ziel muss sein, die soziale und demokratische Resilienz unserer Gesellschaft zu steigern – also ihre Widerstandsfähigkeit gegen schockartige Veränderungen ebenso wie ihre Fähigkeit, kreative Lösungen für neue Herausforderungen zu finden. Das ist angesichts der globalen und regionalen Krisen des Kapitalismus auch notwendig. Den Wandel gestalten, heißt Veränderung politisch zu steuern und Menschen zu befähigen, mit einer Welt im Umbruch Schritt zu halten. Niemand soll den Umbrüchen in Wirtschaft und Gesellschaft schutzlos ausgeliefert sein, alle haben den Anspruch auf Solidarität und Teilhabe. Zugleich kommt es entscheidend darauf an, der Spaltung unserer Gesellschaft in Gewinner und Verlierer des technischen, kulturellen und ökologischen Wandels entgegenzuwirken. Viele Menschen im Osten haben in den neunziger Jahren schon einmal erlebt, wie eine wirtschaftliche Transformation über ihre Köpfe hinweg und ohne sozialen Ausgleich vollzogen wurde. Sie sind deshalb aus gutem Grund besonders skeptisch. Wir wollen die Menschen überzeugen, indem wir sie in die Entscheidungen einbinden und zu Gewinnern der Wirtschaft von morgen machen. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sollen den Wandel mit Tatkraft und innovativen Ideen aktiv mitgestalten können. Damit dies gelingt, muss ein demokratischer Staat die Entwicklung in den Schlüsselindustrien kontrollieren und durch Investitionen gezielt vorantreiben. Die Infrastruktur zur Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand. Statt die Menschen durch immer höhere Preise zu belasten, wollen wir sie an dem Gewinn beteiligen, der dadurch entsteht, dass wir unseren Strom aus erneuerbaren Energiequellen vor Ort produzieren. Wir wissen, dass Gute Arbeit mit ordentlichen Löhnen und Arbeitsbedingungen die Voraussetzung für ein gutes Leben ist – heute und in Zukunft. Denn klar ist: gute Löhne im Hier und Jetzt sind die beste Vorsorge für eine auskömmliche Rente. Wir wollen, dass niemand im Alter auf Almosen angewiesen ist, sondern eine Alterssicherung, die den Lebensstandard sichert. Wir wollen, dass die Menschen in Brandenburg – und in ganz Ostdeutschland – sich nicht länger als Bittstellerinnen und Bittsteller fühlen müssen, sondern sie endlich das

erhalten, was ihnen zusteht: ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand. Das ist für uns das Mindeste.

1.1 Gute Arbeit: Voraussetzung für ein gutes Leben

“Arbeit ist das halbe Leben”, sagt ein altes Sprichwort, in dem viel Wahrheit steckt. Fast alle von uns verbringen einen Großteil ihrer Zeit am Arbeitsplatz. Arbeit kann erfüllend sein, Sinn stiften, große Freude und eine gute Zeit bereiten. Sie kann aber auch krank machen, Körper und Geist schaden. Unsere Einkommen haben Einfluss auf unsere Lebensqualität und unseren Lebensstandard, heute und in Zukunft. Maßgeblich bestimmen sie, was wir uns leisten können, wie unsere Kinder aufwachsen und wie es uns selbst einmal gehen wird, wenn wir in Rente oder Pension gehen. Oft genug entscheiden die Art und die Entlohnung unserer Arbeit darüber, ob man uns mit Wertschätzung und Respekt begegnet oder ob man auf uns herabschaut. Ob uns nachts Sorgen quälen, weil das Geld schon wieder knapp ist oder ob wir ein annehmlisches Leben führen können.

Uns geht es darum, dass alle Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können. Dafür muss Arbeit unbefristet, sinnvoll und tariflich bezahlt sein – egal ob sie im Blaumann oder im Pflegekittel, mit Wischmopp oder Laptop geleistet wird. Arbeitsbedingungen müssen sich am Menschen und ihren Familien orientieren, nicht an den Profitinteressen von Konzernen und ihrer Aktionärinnen und Aktionäre. Wir stehen deshalb unvermindert an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften und unterstützen jene Unternehmerinnen und Unternehmer, die mit gutem Vorbild vorangehen.

In Brandenburg sind immer mehr Menschen in Arbeit. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die weiter vorangetrieben werden muss. Aber es gibt auch Schattenseiten: Noch immer arbeitet jeder dritte Beschäftigte zu Niedriglöhnen, die Tarifbindung ist außerordentlich niedrig, die Mindestlohnquote viel zu hoch. Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohns gibt es kaum. Noch immer erhalten Brandenburgerinnen und Brandenburger im Jahr durchschnittlich 13.000 Euro weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in Westdeutschland. Erhebliche Gehaltsunterschiede gibt es auch zwischen den Regionen, die zusehends auseinanderdriften. In der Prignitz beispielsweise erhielten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im letzten Jahr durchschnittlich 8.200 Euro weniger als in Potsdam. Nicht nur hier, aber auch in Brandenburg, werden gerade jene Berufe noch immer viel zu schlecht bezahlt, die unser Land jeden Tag am Laufen und die Gesellschaft zusammen halten. In der Corona-Krise wurden sie beklatscht und als “systemrelevant” gelobt - verbessert hat sich für die Beschäftigten in Pflege, Sozialberufen, Einzelhandel, Paketzustellung oder Nahverkehr wenig. Viele Berufsgruppen, darunter vor allem Solo-Selbstständige und Saison-Arbeitskräfte, sind weiterhin kaum sozial abgesichert. Für viel zu viele Menschen gehören Stress, Hetze und

Überstunden zum Alltag, immer häufiger führt das auf Dauer zu Burnout, Depressionen oder chronischen Leiden.

All das ist nicht gerecht und deshalb wollen wir das ändern. Für mehr Respekt, Anerkennung und Gute Arbeit in Brandenburg.

Unsere Projekte:

- **Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit - Tariftreue einführen und Vergabemindestlohn erhöhen:** Lohndumping im öffentlichen Auftrag darf es nicht mehr geben. Alle, die öffentliche Aufträge oder öffentliche Fördermittel erhalten, werden verpflichtet, ihre Beschäftigten nach Tarif zu bezahlen. Den Vergabemindestlohn werden wir auf 15 Euro erhöhen und dessen Entwicklung an die Inflation koppeln.
- **Mindestloohnerhöhung über den Bundesrat anstoßen:** Auch auf Bundesebene werden wir über den Bundesrat eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 15 Euro einfordern. Denn das ist rechnerisch das Mindeste, was man verdienen muss, um nach 45 Arbeitsjahren eine armutsfeste Rente erwarten zu können. Deshalb werden wir uns auch für eine Ausweitung des Mindestlohns auf Azubis und die Abschaffung aller Sonderregelungen einsetzen.
- **Weniger Arbeit, mehr Leben:** Wir werden ein Modellprojekt zur Einführung der Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich initiieren und die teilnehmenden Unternehmen direkt fördern. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit werden wir auf 40 Stunden begrenzen.
- **Mehr Mindestlohnkontrollen:** Ein Vergabemindestlohn macht nur Sinn, wenn er auch kontrolliert und durchgesetzt wird. Deshalb braucht es eine Kontrollstelle, die Stichprobenkontrollen vor Ort durchführt und auf diese Weise Lohndumping verhindert.
- **Mehr Tarifverträge:** Neben der Tariftreueregelung braucht es mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge. Deshalb werden wir die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen grundsätzlich vereinfachen und gemeinsam mit dem „Bündnis für Gute Arbeit“ insbesondere in der kritischen Infrastruktur wie Pflege und Gesundheit mehr Tarifverträge als allgemeinverbindlich erklären.
- **Soziale Absicherung in allen Arbeitsverhältnissen:** Wir werden Befristungen zurückdrängen und sämtliche Tätigkeiten über die Sozialversicherungen absichern. Das schließt Beschäftigte über Plattformen, Solo-Selbstständige, Saisonbeschäftigte und Minijobberinnen und Minijobber mit ein. So wird eine sanktionslose Mindestsicherung von 1.200 Euro finanzierbar.
- **Arbeit, die zum Leben passt:** Wir werden ein Recht auf familienfreundliche

Arbeitszeiten und, sofern das Tätigkeitsfeld dies zulässt, ein Recht auf Home-Office, ein Mitbestimmungsrecht bei der Personalbemessung und eine Anti-Stress-Verordnung mit klaren Vorgaben für die Unternehmen einführen.

- **Betriebsrätenetzwerk schaffen:** Zukunftsfähige Unternehmen gibt es nur mit starken Personal- und Betriebsräten im Land. Deshalb werden wir deren Arbeit stärker unterstützen und vernetzen. Dazu wird ein Betriebsrätenetzwerk die Voraussetzungen schaffen, um Union Busting zu bekämpfen. Die Verhinderung der Arbeit von Betriebs- und Personalräten ist eine Straftat und muss geahndet werden. Damit dies besser als bisher gelingt, soll eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft eingerichtet werden.
- **Solidarischen Arbeitsmarkt schaffen:** Ein Großteil der Erwerbslosen in Brandenburg ist länger als ein Jahr ohne Job. Es ist immer schwerer, Menschen nach einer langen Zeit wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es gibt in Brandenburg schon einige Initiativen, die sich um eine bessere Integration von Langzeiterwerbslosen engagieren und viele Erfolge vorzuweisen haben. Wir wollen diese Initiativen bündeln und flächendeckend zu einem solidarischen Arbeitsmarkt ausbauen. Auf diese Weise können wir Kommunen oder gemeinnützige Träger unterstützen und gleichzeitig Erwerbslosen bei der Integration in den Arbeitsmarkt helfen.
- **Beratungsstelle Migration und Gute Arbeit ausbauen:** Die bestehenden mehrsprachigen Beratungsangebote für ausländische Beschäftigte müssen verstetigt und ausgebaut werden.
- **Beschäftigte vor Ausbeutung schützen:** Wir wollen Ordnung und faire Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt herstellen sowie Beschäftigte vor Dumpinglöhnen und Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu schützen. Deshalb werden wir Schwarzarbeit stärker bekämpfen.

1.1.1 Gute Renten: Respekt und Anerkennung von Lebensleistungen

Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern und wirksam vor Armut schützen. Das sind die Grundpfeiler linker Rentenpolitik. Dabei geht es um nichts weniger als um Respekt vor Lebensleistungen und die Würde des Menschen im Alter. In einem der reichsten Länder der Welt muss das selbstverständlich sein.

Die Realität sieht für viele Rentnerinnen und Rentner in Brandenburg leider anders aus. Immer mehr Menschen beziehen Minirenten, die kaum zum Leben reichen, sie müssen auch hochbetagt noch arbeiten oder beim Amt aufstocken. Besonders betroffen sind diejenigen, die nach 1990 ihren Job verloren haben, zeitweise arbeitslos waren oder nur schlecht bezahlt wurden. Die Benachteiligung von Ost-Rentnerinnen und -Rentnern ist entwürdigend und muss über 30 Jahre nach der politischen Wende endlich ein Ende haben. Die auch heute noch viel zu niedrigen Löhne in Brandenburg, insbesondere im Vergleich zum Westen, sind eine Gefahr für die Beschäftigten, denen dadurch Altersarmut droht.

Unsere Projekte:

- **Ausgleich für Ost-Rentnerinnen und Ost-Rentner:** Damit die Altersarmut in den ostdeutschen Ländern aufgrund gebrochener Erwerbsbiografien nach der Wende nicht weiter zunimmt, muss die Politik für einen Ausgleich sorgen, der die Grundsicherung deutlich übersteigt. Ebenso fordern wir einen landeseigenen Gerechtigkeitsfonds, der alle Betroffenen, deren DDR-Renten nicht anerkannt wurden, angemessen entschädigt.
- **Eine Rentenreform anstoßen:** Über den Bundesrat werden wir eine Rentenreform anstoßen, die folgende Punkte beinhalten wird: den Ausbau der Rente hin zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung, in die nach Vorbild Österreichs alle Berufsgruppen einzahlen, eine Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent, die Herabsetzung der Regelaltersgrenze auf 65 Jahre, sowie abschlagsfrei mit 60 bei 40 Beitragsjahren, die Verbesserung der Anerkennung von Ausbildung, Erwerbslosigkeit, Kinderbetreuung und Pflege, die Einführung einer solidarischen Mindestrente von 1.500 Euro sowie die Höherwertung von Ost-Renten bis zur Angleichung der Löhne zwischen Ost und West. Daneben brauchen wir eine einmalige Rentenerhöhung von zehn Prozent als Inflationsausgleich für alle Rentnerinnen und Rentner, und das noch 2024.

1.1.2 Gute berufliche Bildung: Für die Fachkräfte von Morgen

Die Berufsbildung legt den Grundstein für das weitere Leben. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Brandenburgerinnen und Brandenburger die Schule mit einer Perspektive für eine berufliche oder akademische Ausbildung verlassen, welche ihren individuellen Voraussetzungen, Interessen, Wünschen und Neigungen entspricht. Wenn Menschen über eine gute Ausbildung verfügen, haben sie bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, kommen leichter in Beschäftigung, schaffen selbst Arbeitsplätze und können ihr Einkommen erhöhen. Unsere Wirtschaft ist auf motivierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte angewiesen. Deshalb setzen wir uns für eine hohe fachliche Qualität der Ausbildung und für gute Ausbildungsbedingungen in den Betrieben ein.

In Brandenburg erhalten trotz des hohen Bedarfs an Fachkräften noch immer viele junge Menschen keinen passenden Ausbildungsplatz oder hängen in endlosen Warteschleifen fest. In vielen Branchen müssen junge Menschen weiterhin für ihre Ausbildung bezahlen beziehungsweise Schulgeld entrichten. Und noch immer wird in viel zu vielen Betrieben nach dem Prinzip "Lehrjahre sind keine Herrenjahre" verfahren.

Unsere Projekte:

- **Modellprojekt Berufsausbildung mit Abitur:** Wir werden die Voraussetzungen für die Berufsausbildung mit Abitur schaffen. Gemeinsam mit Unternehmen, Kammern und Schulen sollen Modellprojekte geschaffen werden, damit gerade Abiturientinnen und

Abiturienten eine klare Vorstellung von den Möglichkeiten einer dualen Berufsausbildung und den vielfältigen Berufsbildern erhalten.

- **Praktikumsprämie einführen:** Schülerinnen und Schüler, die während der Ferien freiwillige Praktika in Unternehmen leisten, werden eine Prämie von 150 Euro pro Woche vom Land erhalten.
- **Unterricht im Betrieb:** In der 9. Klasse sollen alle Schülerinnen und Schüler wöchentlich einen Schultag in Unternehmen, öffentlichen Institutionen oder gemeinnützigen Einrichtungen absolvieren und dabei mindestens 5 Berufsfelder kennenlernen. Wir werden Modellprojekte zu regelmäßigen Praktika in Betrieben („Unterricht im Betrieb“) während des Unterrichts fördern und sie langfristig landesweit absichern.
- **Berufsorientierung stärken und Übergangsmaßnahmen ausbauen:** Wir werden eine intensivere und frühere berufliche Orientierung in allen Schulformen sowie den Ausbau von Übergangsmaßnahmen einführen. Berufliche Orientierung muss als inhaltlicher Schwerpunkt in der Ausbildung aller Lehrkräfte verankert werden.
- **Jugendberufsagenturen ausbauen:** Beim Übergang in Ausbildung und Arbeit junger Menschen unter 25 Jahren unterstützen Jugendberufsagenturen mit ihrem Beratungs- und Integrationsangebot. Wir werden dafür sorgen, dass es in jedem Landkreis ein solches Angebot gibt.
- **Freiwilligendienste als Sprungbrett nutzen:** Wer nach dem Freiwilligendienst eine Ausbildung in einem verwandten Arbeitsfeld beginnt, soll den Freiwilligendienst zum Teil als Ausbildungszeit anerkannt bekommen und so seine Ausbildung verkürzen können.
- **Oberstufenzentren in ihrer Zahl erhalten und Berufsschulen stärken:** Wir werden flexible, regionale grundständige Ausbildungsangebote für Berufsschullehrkräfte in Brandenburg einführen und die Zahl der Studienplätze für den neuen Masterstudiengang zur Berufsschullehrerausbildung deutlich erhöhen.
- **Schulgeldfreiheit und Ausbildungsförderung:** Wir werden Ausbildungsgebühren (Schulgeld) sowie Bürokratie und Sanktionen beim Aufstiegs-BAföG (AFBG) abschaffen. Staatlich Anerkannte Ersatzschulen der Beruflichen Bildung (Fachschulen und Berufsfachschulen) bleiben erhalten und werden zu 100% vom Land gefördert.
- **Mobilitätsunterstützung:** Um Auszubildende zu entlasten werden wir ein kostenfreies ÖPNV-Ticket für den Weg zum Ausbildungsbetrieb und zur Fachschule einführen. In „ÖPNV-armen“ Regionen wollen wir über ein „Tank-Budget“ die Nutzung von privaten Fahrzeugen ermöglichen. Die massiv gestiegenen Kosten für den Führerschein werden wir durch ein Förderprogramm des Landes deckeln.
- **Brandenburger Azubi-Werk schaffen:** Mit einem Azubi-Werk werden wir mehr

bezahlbare Wohnungen und Wohnheimplätze für Auszubildende in Brandenburg schaffen.

- **Solidarische Umlagefinanzierung:** Wir nehmen alle Betriebe in die Pflicht, damit ausreichend duale und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Betriebe, die nicht ausbilden, unterstützen mit der Umlage jene Betriebe, die das tun.

1.1.3 Für modernen Arbeitsschutz und faire Arbeitsbedingungen

Die Arbeitswelt verändert sich radikal und in hoher Geschwindigkeit. Das sorgt für neue Herausforderungen im Arbeitsleben und macht ein Umdenken auch bei Konzepten für den Arbeitsschutz nötig. Ein moderner Arbeitsschutz muss gesunde, flexible und familienfreundliche Arbeitsbedingungen sichern, die sich an den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientieren. Gesunde, zufriedene und motivierte Beschäftigte helfen auch den Unternehmen. Sie stärken ihre Produktivität und Wirtschaftskraft.

Arbeit macht heute wieder zunehmend Menschen krank. Ursache ist vor allem der wachsende Leistungs- und Zeitdruck, welcher mit der Individualisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt einhergeht. Immer mehr Menschen leiden unter körperlichem und psychischem Stress, dem sie tagtäglich ausgesetzt sind. Gleichzeitig leiden auch viele arbeitslose Menschen unter den psychosozialen Folgen ihres „Nichtstuns“. Auf diesen Widerspruch muss die Gesellschaft eine Antwort finden. Wir wollen sicherstellen, dass Brandenburg ein Vorreiter in Sachen Arbeitsschutz und faire Arbeitsbedingungen wird.

Unsere Projekte:

- **Stärkung der Arbeitsschutzbehörden:** Wir werden die Arbeitsschutzbehörden personell und finanziell aufstocken, um eine effektive Überwachung der Arbeitsschutzstandards zu gewährleisten und regelmäßige, auch unangekündigte Kontrollen durchzuführen, besonders in Branchen mit hohem Unfallrisiko oder schlechten Arbeitsbedingungen.
- **Einführung von Hitze- und Kälteschutzrichtlinien:** Wir werden verbindliche Richtlinien zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor extremen Wetterbedingungen, einschließlich angemessener Pausenregelungen und Zugang zu Trinkwasser, einführen, deren Einhaltung kontrollieren sowie einen Rechtsanspruch schaffen.
- **Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz fördern:** Wir werden die Entwicklung und Implementierung präventiver Maßnahmen sowie Angebote zur psychologischen Unterstützung durch die Betriebe vorschreiben, um Risiken für die psychische Gesundheit zu minimieren. Innovative Entwicklungen für die Förderung psychischer

Gesundheit seitens der Unternehmen wollen wir unterstützen.

- **Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung beim Arbeitsschutz:** Wir werden gewährleisten, dass die Stimmen der Beschäftigten gehört werden und sie aktiv an der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen mitwirken können.
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Saisonarbeitskräfte und in der Landwirtschaft:** Wir werden dafür sorgen, dass Saisonarbeitskräfte faire Löhne erhalten, die vor Ausbeutung geschützt sind sowie die Bereitstellung angemessenen Wohnraums zu fairen Mieten passiert.
- **Digitale Arbeitswelt human gestalten:** Wir werden langfristige Strategien für einen humanen Umgang mit digitalen Arbeitsformen erarbeiten, einschließlich des Rechts auf Abschaltung, Datenschutz am Arbeitsplatz und Prävention von digitaler Überwachung. Hierzu zählt für uns auch die Stärkung von Medienkompetenz.
- **Förderung von Weiterbildung und Qualifizierung im Rahmen des Arbeitsschutzes:** Wir werden Angebote zur Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten fördern, um die Sicherheit am Arbeitsplatz zu erhöhen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden.

1.2 Eine Wirtschaft, die dem Menschen dient

Brandenburgs Wirtschaft ist geprägt von kleinen Betrieben, vielen Soloselbstständigen und Selbstständigen. Über 95% der Betriebe im Land arbeiten mit weniger als fünf Beschäftigten. Diese Kleinteiligkeit war und ist eine Stärke. Viele Selbstständige haben sich nicht selten aus der Arbeitslosigkeit der 1990er-Jahre etwas aufgebaut und leisten ihren Beitrag für ein wirtschaftlich starkes Brandenburg. Für SPD, CDU und Grüne spielen diese Menschen aber, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Immer mehr stehen ausschließlich Großinvestoren im Mittelpunkt und die restliche Wirtschaft wird im Stich gelassen.

Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik im Land. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen müssen wieder in den Mittelpunkt von Wirtschaftspolitik gerückt werden, um die Zukunftsfähigkeit des Landes zu gewährleisten. Das viel beschworene Tesla-Tempo muss für alle gelten, ohne Arbeits- und Umweltstandards zu umgehen.

Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten geht es uns um eine grundsätzlich andere Form des Wirtschaftens – jenseits der Logik des Kapitalismus. Statt “immer mehr für immer weniger Menschen” ist unser Ziel eine Gemeinwohlökonomie, die sich an Nachhaltigkeitszielen und dem Schutz von Mensch, Umwelt, Klima sowie den Bedürfnissen von Arbeiter*innen, Arbeitslosen, Kindern, Jugendlichen und Rentner*innen orientiert. Kurz: eine postkapitalistische, solidarische Wirtschaftsweise. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Herausforderungen unserer Zeit – von der

Ressourcenknappheit über die Klimakrise bis hin zur größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich – Folgen des Kapitalismus darstellen und diese nur ganzheitlich und systemisch gelöst werden können.

Um die Unternehmen in Brandenburg auf dem Weg hin zu einer Gemeinwohlökonomie zu unterstützen, werden wir die Wirtschaftsförderung an den Prinzipien ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit ausrichten. Dabei setzen wir auf eine dauerhafte Gemeinwohlorientierung und nicht auf die Absicherung kurzfristiger Profite. Wir wollen Arbeitsplätze mit guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen sowie zugleich Zukunftstechnologien im Sinne der ökologischen Transformation der Wirtschaft fördern. Den Einsatz von öffentlichen Mitteln zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in systemrelevanten Wirtschaftsbereichen werden wir, wenn nötig, auch mit der Eigentumsfrage verbinden.

1.2.1 Mittelstand und Handwerk: Starke Basis unserer Wirtschaft

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie die Handwerksbetriebe sind das Rückgrat der brandenburgischen Wirtschaft. Auch die Unternehmen im Bereich der Industrie sind zumeist mittelständisch geprägt. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zu nachhaltigem Wachstum, zur Ausbildung und zur Beschäftigung. Zugleich sind sie Impulsgeber für neue Produktionstechnologien, Produkte und Dienstleistungen. Ohne das Handwerk ist die Umsetzung einer Energie- und Wärmewende nicht möglich.

Die Betriebe stehen vor mindestens drei großen Herausforderungen: Zum einen, saubere grüne Technologien in ihren Unternehmen einzusetzen, um das Ziel eines Netto-Null-Handwerkes ohne Treibhausgasemissionen voranzubringen. Das bedeutet neue innovative Lösungen für ihr Produkt bzw. ihre Dienstleistung zu finden und einzusetzen. Zum zweiten die Digitalisierung in ihrem Unternehmen umzusetzen und zum dritten die fehlenden Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Allein und ohne Unterstützung, finanzielle Förderung und enge Zusammenarbeit mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen ist eine solche Transformation nicht zu schaffen.

Unsere Projekte:

- **Meister-, Techniker- und Fachwirtausbildung kostenlos machen:** Der Meisterbrief ist im Handwerk ein Zeichen von Qualität und hoher Qualifikation. Die Ausbildung zur Meisterin oder zum Meister, zur Technikerin oder zum Techniker sowie zur Fachwirtin oder zum Fachwirt werden wir kostenfrei machen. Konkret werden wir nach erfolgreicher Prüfung alle Kosten, die nicht bereits vom Bund übernommen werden, und über die derzeitige Landesförderung hinausgehen, vollständig fördern.
- **Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen von Bürokratie entlasten:** KMU brauchen mehr Unterstützung und weniger Bürokratie. Wir werden die Förderprozesse von unnötigen Verwaltungsaufwand in den KUM reduzieren. Der

Antrags- und Bewilligungsprozess von Fördermitteln einschließlich der Kontrolle und Prüfung muss auf das notwendige Maß begrenzt werden. Deshalb schlagen wir vor, eine Bewilligungsfiktion für Bescheide einzuführen. Danach gelten diese als positiv beschieden, wenn sie durch die Behörden nach spätestens sechs Wochen nicht beantwortet sind. Die brandenburgische Bauordnung soll verschlankt werden. Insbesondere die sog. „Kleine Bauvorlageberechtigung“ werden wir überprüfen und praxistauglich ausgestalten. Außerdem sprechen wir uns dafür aus, dass die Aufsichtsbehörden flächendeckend nur noch Stichprobenkontrollen bei Bescheidprüfungen und anderen Prüfungsverfahren durchführen. Die Strafen für Vergehen müssen im Gegenzug erhöht werden.

- **Genossenschaftsinitiative Brandenburg:** Immer mehr Betriebe stehen vor einem Generationenwechsel und viele Menschen wollen den Weg in die Selbstständigkeit wagen. Genossenschaften führen in Brandenburg ein Schattendasein, während sie in anderen Bundesländern erfolgreich gefördert werden. Das wollen wir ändern. Wir wollen mit der Förderung von Genossenschaften Mitarbeiterbeteiligungen ermöglichen und Betriebsübernahmen vereinfachen. So sichern wir die Zukunft der kleinteiligen Wirtschaft in Brandenburg.
- **Risiko-Zukunftsfonds einführen:** Viele Startups und Menschen, die sich selbstständig machen wollen, brauchen für den Start finanzielle Unterstützung, um ihre innovativen Ideen umzusetzen. Dafür braucht es auch staatliche Unterstützung, um die Abhängigkeit von großen privaten Geldgebern zu verringern. Deshalb werden wir einen Risiko-Zukunftsfonds schaffen, der zinslose Darlehen für neue Unternehmerinnen und Unternehmern und ihre Ideen für Brandenburg zur Verfügung stellt. Die Meistergründungsprämie werden wir langfristig ausrichten und finanziell gut ausstatten.
- **Brandenburger Innovationsgutschein BIG-Digital fortsetzen:** Wir werden den Innovationsgutschein BIG-Digital fortsetzen und KMU weiter fördern, Betriebs- und Prozessinnovationen durch Digitalisierung einzuführen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.
- **Forschung für KMU:** Wir werden für die kleinen und mittelständischen Unternehmen die Innovationsförderung in Forschungsclustern konzentrieren. Ein integrierender Ansatz ist nötig, damit sie digitale Kompetenzen aufbauen und neue Geschäftsfelder erschließen können.
- **Digitalisierung fördern:** Für uns ist die Digitalisierung der kleinen und mittelständischen Unternehmen entscheidend für die sozial-ökologische Transformation regionaler Wirtschaftskreisläufe. Um das Ziel zu erreichen, wollen wir für kleine Unternehmen den Zugang zu Förderprogrammen stark

verbessern: mehr Transparenz, kürzere Verfahren, eindeutige Richtlinien, schnelle Entscheidungen und Limits bei der Förderung von Großunternehmen.

- **Gemeinwohlorientierung fördern:** Wir werden ein Förderprogramm für die Gründung von gewerblichen Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Unternehmensformen auflegen.
- **Fördermittel steuern:** Wir wollen die Fördermittel aufstocken und Mängel bei der Vergabe beseitigen. Statt nur beim Angebot, wollen wir auch die Wirkung des Mitteleinsatzes steuern. Das heißt für uns, dass Fördermittel nach der Wirksamkeit der geplanten Maßnahmen vergeben werden und gleichzeitig begleitend sichergestellt und kontrolliert wird, dass die Fördermittel zweckgemäß und wirksam eingesetzt werden.
- **Günstige Flächen für Gründerinnen und Gründer:** Wir werden dafür sorgen, dass Gründerinnen und Gründer Gewerbeflächen per Erbbaupacht kostengünstig erhalten.
- **Handwerkerstrom sichern:** Für energieintensive Unternehmen wurden in den letzten Jahren verschiedene Vergünstigungen bei der Strom- und Gasversorgung gesichert. Wir wollen, dass auch Handwerker, Dienstleister und kleine Unternehmen von diesen Vergünstigungen profitieren und damit wettbewerbsfähig bleiben. Dafür braucht es einen Handwerkerstrom, den wir auf Bundesebene durchsetzen werden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die öffentlichen Bestandteile des Strompreises zu verringern.
- **Genossenschaftliche Unternehmensnachfolgen unterstützen:** Jedes Jahr finden in Brandenburg zahlreiche gut laufende Unternehmen keine Nachfolge und drohen deshalb kaputt zu gehen. Mögliche Nachfolgen aus dem eigenen Unternehmen haben oft nicht die finanziellen Mittel, um das Unternehmen zu erwerben. Hier können Genossenschaften helfen: Alle Beschäftigten haben ein Interesse daran, dass ihr Unternehmen weiter besteht. Führen sie das Unternehmen nach dem Ausscheiden der Chefin oder des Chefs gemeinsam weiter, können die Aufgaben und Belastungen der Leitungsfunktion und auch der Kaufpreis auf viele Schultern verteilt werden. Wir werden dafür sorgen, dass das Land diesen Schritt mit Bürgschaften für die Genossenschaftsanteile absichert. Darüber hinaus soll ein Förderprogramm für Produktivgenossenschaften eingerichtet werden.

1.2.2 Für eine aktive Industriepolitik

Industriearbeitsplätze sind das Fundament einer guten Entwicklung Brandenburgs. Die Zukunftsfähigkeit dieser Arbeitsplätze hängt von der Bewältigung des Dreiklangs von digitaler, ökologischer und sozialer Transformation ab. Daraus ergeben sich für die Industrie vielfältige Herausforderungen. Produktionsprozesse müssen klimaneutral und digitalisiert, Wirtschafts- und Zuliefererketten nachhaltig gestaltet und endliche

Ressourcen effizienter genutzt werden. Gleichzeitig besteht die Chance, mit der Ansiedlung zukunftsorientierter Industrieunternehmen in Brandenburg einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu leisten. Die Energie- und Verkehrswende muss im Land genutzt werden, um industrielle Arbeitsplätze zu erhalten, auszubauen und langfristig zu sichern. Dabei müssen die Beschäftigten, Betriebsräte und ihre Gewerkschaften beteiligt werden. Es ist auch Aufgabe der Landespolitik, Konzepte für einen sozialökologischen Umbau zu fördern und umzusetzen. Staatliche Förderungen für Unternehmen müssen aber an Bedingungen geknüpft werden. Förderungen dürfen nur bewilligt werden, wenn Unternehmen im Gegenzug Beschäftigungs- und Standortgarantien geben und Kriterien Guter Arbeit, z.B. Tarifbindung erfüllen. Staatliche Förderung muss auch einhergehen, mit öffentlicher Beteiligung an den Industrieunternehmen. Den Wandel werden wir nur gestalten können, wenn Profite nicht immer weiter privatisiert, aber Verluste die gesamte Gesellschaft tragen muss.

Zusätzlich zu diesen Herausforderungen machen die geopolitischen Entwicklungen und die multiplen Krisen der vergangenen Jahre nicht nur bei der PCK-Raffinerie in Schwedt deutlich, wie wichtig eine krisenfeste Unternehmensstruktur ist. Für uns gilt es, die brandenburgische Industrie beim ökologischen und ökonomischen Wandel zu unterstützen und gleichzeitig ihre Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren und zu stärken. Wir wollen das Land Brandenburg als modernen Dienstleistungs- und innovativen Industriestandort mit Guter Arbeit und hoher Attraktivität für Arbeits- und Fachkräfte gezielt weiterentwickeln. Die Standortbedingungen für die Industrie sind auch durch die steigenden Energiepreise zunehmend schwieriger geworden. Das Risiko von Standortschließungen oder -

verlagerungen ist real und hoch wie nie. Damit nicht die Beschäftigten mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlen müssen, wollen wir bei strukturbestimmenden und systemrelevanten Unternehmen eine staatliche Beteiligung fördern. Durch den Erwerb von Landesbeteiligungen könnten Mittel für die Grundfinanzierung und Liquiditätssicherung von in die Krise geratenen branchenrelevanten Unternehmen bereitgestellt werden.

Nachdem die brandenburgischen Genehmigungsbehörden das Tesla-Werk in kürzester Zeit durchgewunken haben, wird überall im Land der Ruf nach „Tesla-Geschwindigkeit“ in Genehmigungsverfahren laut. Doch der Preis dieses Verfahrens war hoch: Gemeinwohlintressen wie eine sichere Wasserversorgung haben den Kürzeren gezogen und angesichts der offensichtlichen Bevorzugung des Unternehmens und der durch vorgezogene Teilgenehmigungen geschaffenen vollendeten Tatsachen gab es einen grundsätzlichen Vertrauensverlust in rechtsstaatliche Genehmigungsverfahren. Sie sind nicht dazu da, finanzstarken Investoren alle Wünsche zu erfüllen, egal zu welchem Preis.

Unsere Projekte:

- **Transformation gestalten:** Wir werden einen Transformationsfonds auflegen, um innovative Ideen in allen Wirtschaftsbereichen gezielt unterstützen zu können. Von diesem Fonds sollen ausschließlich Unternehmen profitieren, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben.
- **Gründung einer landeseigenen Industriestiftung:** Bildung einer Industrie- und Technologiestiftung: Die Aufgabe ist es, Unternehmen durch stille und aktive Beteiligungen, Bürgschaften, zinsgünstige Kredite und weitere Instrumente zu unterstützen. Ziel ist es, mittelfristig neben den Haushalt ein weiteres Instrument zur wirtschaftlichen Entwicklung zu implementieren und technologische Chancen in Brandenburg und Berlin umzusetzen. Die bestehenden Instrumente in Bürgschafts- und Beteiligungsprogrammen bleiben davon unberührt.
- **Beteiligung bei der Transformation:** Wir werden einen „Brandenburgischen Zukunftsrat Wirtschaft“ unter Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner einsetzen, der die Landesregierung bei der Erarbeitung von Transformationsstrategien zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Industrie und im öffentlichen Sektor unterstützt, z.B. bei der Industriestrategie, der Ansiedlungsstrategie, der Energiestrategie, der Wasserstoffstrategie, der Digitalisierungsstrategie, der Innovationsstrategie sowie bei Strategien zur Fach- und Arbeitskräftesicherung.
- **Genehmigungsverfahren beschleunigen:** Wenn es nicht gerade um Tesla geht, dauern Genehmigungsverfahren in Brandenburg viel zu lange. Um eine Beschleunigung der Verfahren zu erreichen, werden wir für mehr Personal in den Genehmigungsbehörden sorgen, die Digitalisierung vorantreiben und Abläufe vereinfachen. Eine Absenkung von Umweltstandards und die Abschaffung von Beteiligungs- und Klagerechten wird es mit uns nicht geben.
- **Gleiches Recht für alle:** Wir werden dafür sorgen, dass es keine einseitige Bevorzugung von Großinvestoren bei Genehmigungsverfahren mehr gibt. Es muss gleiches Recht für alle gelten, ob große oder kleine Unternehmen.
- **Beteiligung sicherstellen:** Wir werden dafür sorgen, dass die Möglichkeiten der frühzeitigen und umfänglichen Öffentlichkeitsbeteiligung bei Genehmigungsverfahren in vollem Umfang genutzt werden.
- **Mehr Transparenz:** Wir werden die Transparenz von Verfahren erhöhen und dafür sorgen, dass es keine Verweigerungen von Akteneinsicht mehr gibt und Schwärzungen von Unterlagen nur in begründeten Ausnahmefällen passieren.
- **TESLA in die Verantwortung nehmen:** Die Gigafactory ist der größte Arbeitgeber im Land. Immer mehr ist der Eindruck entstanden, dass die Landesregierung deshalb die eigene Verantwortung völlig vergessen hat und sich für nicht zuständig erklärt. TESLA erhält mehr Ausnahmen und Hilfen, als alle anderen Betriebe im Land und muss gleichzeitig die eigenen Pflichten kaum erfüllen. Damit muss Schluss gemacht werden.

Wir wollen einen Untersuchungsausschuss zu Tesla, um Schlussfolgerungen für die Zukunft des Standortes zu ziehen. Die Landesregierung muss Schluss machen, sich als willfähriger Helfer bei Elon Musk anzudienen. Wir brauchen stärkere Kontrollen und verbindliche Vereinbarungen, die Klarheit und Sicherheit für die Region sichern.

- **PCK langfristig sichern:** Der Kampf um den Erhalt der PCK Schwedt hat viele Menschen bewegt und tut es auch heute noch. Wir werden auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die ölverarbeitende Industrie in Brandenburg in geringer werdenden Umfang brauchen. Deshalb wollen wir mit einem PCK-Gesetz die Zukunft des Standortes durch staatliche Beteiligung sichern und so eine langfristige Lohn- und Beschäftigungsgarantie sichern. Wir stehen weiterhin für den Neubau einer Pipeline von Rostock nach Schwedt. Langfristig setzen wir uns für eine zukunftsfeste, klimagerechte und soziale Transformation des Standortes Schwedt hin zu grünem Wasserstoff, grüner Chemie etc. ein.
- **Grünen Stahl langfristig sichern:** Die Brandenburger Stahlindustrie muss eine Zukunft haben. Deshalb sind die zugesagten Fördermittel für den Standort Eisenhüttenstadt wichtig, aber sie sind nur ein Anfang. Wir brauchen eine langfristige Standortgarantie von Arcelor Mittal und für die anderen Standorte in Brandenburg die Sicherung von bezahlbarer Energie. Hierfür brauchen wir eine Stahlstrategie des Bundes.
- **Sicherheit für die Beschäftigten:** Öffentliche Mittel müssen daran geknüpft werden, dass die begünstigten Unternehmen eine Sicherungsbindung zugunsten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantieren.

1.2.3 Tempo, Wertschöpfung und Teilhabe durch Digitalisierung

Digitalisierung ist ein gesellschaftlicher Prozess, der große Chancen zur Erleichterung der Arbeit, für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften und zur Entfaltung eines selbstbestimmten Lebens bietet. Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur für alle gehört deshalb als Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge in öffentliche Hand. Anstatt Rosinenpickerei und kostspielige Parallelinfrastruktur konkurrierender Anbieter, stärken wir den öffentlich koordinierten Ausbau mit Flächenabdeckung von 4G/LTE und Glasfaser, sowie die Kooperation mit Freifunk-Initiativen. Entscheidend für die Grundversorgung ist auch eine verlässliche digitale Verwaltung und deren IT-Sicherheit. Dafür braucht es bei Digitalisierungsprozessen eine konsequente Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die Umsetzung einheitlicher Standards und modular nachnutzbare Open-Source-Software, sowie den Aufbau von Inhouse-Kompetenzen, anstatt Steuergeld in profitorientierte externe Anbieter zu stecken. Grundsätzlich setzen wir uns dafür ein, dass Gewinne und Steuererhebungen regional oder wenigstens innerhalb Europas stattfinden – der weltweit freien Nachnutzung entwickelter Software sollen hingegen keine Grenzen gesetzt sein. Auf diese Weise fördern wir digitale Gemeinwohl-Wirtschaft

international, ohne in Abhängigkeit privater Digitalkonzerne zu geraten. So ergibt sich eine neue Qualität von digitaler Freiheit und Selbstbestimmtheit für alle. Dazu fordern wir außerdem umfassend Open Access, um veröffentlichte Forschung, Bildung und Kultur besser zugänglich zu machen. Für ehrenamtlich Engagierte, Start-Ups und innovative Unternehmen bietet ein solches Umfeld optimale Bedingungen, ohne dabei kapitalistische Verwertungslogik und Eigentumsvorstellungen zu befeuern. Es braucht mehr Hack- und Makerspaces als sozial lebendige Orte in Brandenburg für kollaboratives Arbeiten, reparieren statt wegwerfen, für digitale Bildung und Nachbarschaftshilfe. Schließlich muss das Land Brandenburg seine Informationen als Open Data zur Nachnutzung leicht und digital zur Verfügung stellen, im Sinne eines konsequent gelebten Informationsfreiheitsgesetzes. Dies ist auch für die demokratische Kontrolle des öffentlichen Handelns essenziell. Künstliche Intelligenz muss als Chance für menschliche Intelligenz und Kreativität genutzt werden. Wir behalten die Risiken für Beschäftigte dabei im Blick. Mit KI werden Prozesse vereinfacht und Menschen von eintöniger Arbeit befreit, sodass sie sich auf Steuerung und kreative Abläufe konzentrieren können. Beschäftigte haben Mitspracherechte und ihre Arbeit wird durch KI nicht erschwert oder stärker überwacht. KI wird nicht immer gebraucht werden: Wir prüfen stets, ob ein Bedarf durch regelbasierte Algorithmen einfacher und energiesparsamer erfüllt werden kann. KI muss ethisch vertretbar bleiben, sodass sie menschliche Entscheidungen und sozial gewollte Menschlichkeit mit all ihren einzigartigen Windungen nicht ersetzt.

Der Ist-Zustand der Digitalisierung in Brandenburg weist jedoch in eine andere Richtung: Die Abhängigkeit und Ausbeutung durch Digitalkonzerne vergrößern sich im Zuge der Digitalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat immer weiter, dadurch macht sich eine digitale Ohnmacht anstatt digitaler Selbstbestimmung breit. KI-Förderungen geschehen oft zum Selbstzweck anstatt bedarfsorientiert. Noch immer sind Verwaltungsleistungen online nur teilweise oder gar nicht zu erledigen und Kommunen wissen oft nicht, wie sie den digitalen Wandel stemmen sollen. Regelmäßig kommt es zu kritischen IT-Sicherheitsvorfällen, bei denen teilweise auch personenbezogene Daten abfließen. Der marktwirtschaftlich organisierte Breitband- und Mobilfunkausbau vollzieht sich ausgesprochen schleppend und gefährdet durch infrastrukturelle Ungleichgewichte nicht nur die wirtschaftliche Attraktivität, sondern auch den sozialen Zusammenhalt Brandenburgs.

Unsere Projekte:

- **Landesagentur für den Netzausbau:** Das Land muss beim Ausbau der digitalen Infrastruktur mehr Verantwortung übernehmen - sie darf nicht allein dem privaten Sektor überlassen werden. Deshalb werden wir zur Steuerung des Netzausbaus eine Landesagentur einrichten, die den Kommunen hilft, den Netzausbau in kommunaler Verantwortung zu leisten, Mittel gezielt einzusetzen und Fördermittel einzuwerben.

- **Stärkung der Digitalagentur Brandenburg:** Wir werden die Digitalagentur zu einem Kompetenz- und Innovationszentrum des Landes für souveräne Digitalisierung ausbauen, das nicht nur zwischen Land und Kommunen vermittelt, sondern flächendeckend unterstützt, digitalgestützte Angebote, Arbeitsprozesse, Organisationsentwicklung zu gestalten und IT-Sicherheit zu gewährleisten. Es soll gleichzeitig die digitale Startup-Szene sowie digitale Projekte in Brandenburg auch über die Gründungsphase hinaus sowie die klein- und mittelständische Wirtschaft beraten und unterstützen. Ebenso braucht es eine Förderung von Hack- und Makerspaces als offene Werkstätten für Reparaturen, für Arbeit an- und Beratung zu Open-Source-Software, Aufbau von Medienkompetenz, Hobby und sozialen Treffpunkten - insbesondere in den ländlichen Räumen.
- **Verwaltung digitalisieren:** Unser Ziel ist die schnellstmögliche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Dafür werden wir Verwaltungsakten schnellstmöglich digitalisieren und für persönliche Ansprechpartner für Menschen sorgen, die nicht auf digitale Lösungen zurückgreifen können (Recht auf Offlinezugang). Vor allem die Kommunen werden wir finanziell, durch Know-how und durch Schulungen, unterstützen, denn die Hürden der Digitalisierung an jedem Ort unkoordiniert neu zu nehmen, ergibt wenig Sinn und ist eine Ursache für den gegenwärtigen Rückstand.
- **Von allen für alle:** Wir werden dafür sorgen, dass Software, die mit öffentlichen Geldern finanziert oder mitfinanziert wurde, auch unter freien Lizenzen veröffentlicht wird. Sie muss den Einwohnerinnen und Einwohnern zur Nutzung, Bearbeitung und Weitergabe zur Verfügung stehen. Den Einsatz kommerzieller Software aus Staaten, deren Einhaltung europäischer Datenschutzstandards zweifelhaft ist, lehnen wir ab.
- **Digitale Schulen:** Wir werden unsere Bildungseinrichtungen flächendeckend mit digitalen Endgeräten ausstatten, deren ständige Erneuerung als Voraussetzung gewährleisten sowie dafür sorgen, dass Onlineformate als Ergänzung zu traditionellen Lehrformen weiter etabliert werden. Schulen werden wir mit Endgeräten und Software ausstatten, die sich selbstbestimmt administrieren sowie lange gut nutzen und reparieren/upgraden lassen, sodass Lernende wie auch Lehrkräfte die nachhaltigen und emanzipativen Potenziale von Open-Source-Software und Open Design unmittelbar in der Praxis sich erarbeiten, vermitteln und mitgestalten können. Den Prozess wird die Digitalagentur Brandenburg aktiv begleiten und unterstützen. Zudem sorgen wir dafür, dass Onlineformate als Ergänzung zu traditionellen Lehrformen weiter etabliert werden.
- **Wissen für alle:** Wir bekennen uns dazu, dass es einen freien Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen sowie Quellen und Materialien im Internet gibt. Ziel muss es sein, alle Publikationen von Angehörigen der öffentlich geförderten Wissenschaftseinrichtungen im Open Access verfügbar zu machen, also für jede

Nutzerin und jeden Nutzer kostenlos lesbar, herunterladbar, speicherbar, zu verlinken und druckbar.

- **Freifunk-Initiativen unterstützen:** Wir werden die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und Freifunk-Initiativen fördern, um den Aufbau flächendeckender, lokaler Zugangsstrukturen voranzutreiben. Ebenso werden wir eine Förderung von „gut vernetzten“ Co-Working-Spaces insbesondere in den ländlichen Räumen aufsetzen.
- **Planvoll schreiten wir voran:** Die digitale Zukunft muss strategisch geplant und mit der Entwicklung des Landes insgesamt besser verbunden werden. Das Digitalprogramm 2025 des Landes Brandenburg stellt zurzeit nicht mehr als ein Bündel einzelner Maßnahmen dar, deren Bearbeitung unterschiedlich vorangekommen ist. Wir werden dafür sorgen, dass das Digitalprogramm mit der Landesstrategie für nachhaltige Entwicklung sowie mit der Energiestrategie eng verzahnt wird.

1.2.4 Reiseland Brandenburg: Tourismus, Gastronomie und Hotellerie stärken

Brandenburg ist ein Land mit bezaubernden Landschaften und unzähligen Kulturschätzen. Millionen Gäste aus dem In- und Ausland kommen jedes Jahr zu uns und lernen auf diese Weise Land und Leute kennen. Der Tourismus hat somit eine herausragende wirtschaftliche Bedeutung für Brandenburg, insbesondere für unsere Kommunen. Die Tourismusbranche ist dabei ein Impulsgeber in der Wertschöpfungskette gerade in den ländlichen Räumen und damit Ausgangspunkt für weitreichende Entwicklungen, etwa in Verkehr, Handel, Gesundheits-, Freizeit-, Kultur- und Kreativwirtschaft. Auf diese Weise ist der Tourismus eine entscheidende Kraft für den Ausbau der regionalen Infrastruktur und leistet einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität und Belebung von Innenstädten und bei der Entwicklung ländlicher Räume. Wir werden den Tourismus als elementare wirtschaftliche Säule stärken. Dabei verstehen wir diesen wesentlichen Bereich nicht nur als Angebot an Gäste, die unser schönes Land besuchen, sondern auch als ein Angebot zur Freizeitgestaltung der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Eine wesentliche Herausforderung in den nächsten Jahren wird die Transformation zu naturverträglichen sowie klimafreundlichen Angeboten sein.

Aktuell stecken viele touristische und gastronomische Betriebe in Brandenburg wegen nicht durch sie selbst verschuldeter äußerer Einflüsse in Schwierigkeiten. Die Krise durch die Corona-Pandemie ist gerade erst überwunden, nun müssen sie mit steigenden Kosten, insbesondere bei der Energie, kämpfen. Das verteuert die touristischen Angebote für die Gäste und saisonale Schwankungen können immer weniger aufgefangen werden. Zusätzlich führt ein anwachsender Personalmangel zu bisher ungeahnten Herausforderungen. Gleichzeitig sind gerade kleinere Kommunen im ländlichen Raum nicht in der Lage, die notwendigen Investitionen in die touristische Infrastruktur allein zu stemmen.

Unsere Projekte:

- **Erholung für alle:** Wir werden Tourismuseinrichtungen mit Fördermitteln dabei unterstützen, Angebote zu etablieren die es allen, unabhängig vom Einkommen ermöglichen, diese zu nutzen. Ein Schwerpunkt wird dabei sein, Urlaubs- und Erholungsplätze, unterstützt durch Ämter, aber auch durch Trägerinnen und Träger der Familienarbeit gezielt an jene Menschen zu vermitteln, die sich solche Angebote sonst nicht leisten könnten. Darüber hinaus werden wir Investitionen für gemeinnützige Einrichtungen des Kinder- und Jugendtourismus, wie z.B. KiEZe, Jugendherbergen und Schullandheime fokussiert stärken und unterstützen.
- **Touristische Infrastruktur stärken:** Den naturnahen Tourismus werden wir stärken. Wir werden einen unserer Schwerpunkte auf den Ausbau und Lückenschluss sowie die Pflege der Radwegeinfrastruktur legen. Dabei muss das landkreis- und bundeslandübergreifende Streckennetz stärker in den Fokus genommen werden. Eine Förderung von Ladeinfrastruktur für E-Bikes in Kommunen mit Radtourismus wird eines unserer Kernanliegen sein. Auch den naturnahen Wassertourismus werden wir stärken. Wir werden die Kommunen gezielt bei der Schaffung und dem Ausbau von Wasserwanderrastplätzen sowie wassertouristischen Investitionen mit Förderprogrammen unter die Arme greifen.
- **Touristische Anbieter unterstützen:** In Zusammenarbeit mit der TMB (Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH) werden wir Konzepte entwickeln, die es den Anbietern ermöglichen, trotz saisonaler Schwankungen eine gewisse Konstanz in der Einnahmenverteilung übers Jahr gesehen zu erreichen. Darüber hinaus wollen wir Möglichkeiten etablieren, die es den Anbietern erlauben, bei unvermeidbaren saisonalen Schwankungen ihr Unternehmen dennoch stabil zu halten, auch um ihrer gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung als gute Arbeitgeber gerecht werden zu können.
- **Gute Arbeit – auch in Gastro und Hotellerie:** Wir wollen, dass die harte Arbeit im Service angemessen entlohnt wird. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass es bei der Tourismusförderung auch um eine Verbesserung der Einkommenssituation der Angestellten geht. Um attraktive Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, muss auch dies in Förderprogrammen berücksichtigt werden.
- **Neue Wege gegen die Personalnot:** Um den Personalmangel in den Griff zu bekommen, braucht es praktische Modellversuche. Wir werden touristische und gastronomische Einrichtungen beim Erproben neuer, auch gemeinsamer Beschäftigungsmodelle unterstützen. Damit sollen kreative Lösungen gefunden werden, um attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und touristische Einrichtungen so zu erhalten.
- **Tagestourismus ausbauen:** Den aufgrund der Nähe zur Metropole Berlin zunehmend

an Bedeutung gewinnenden Tagestourismus wollen wir verstärkt fördern. Die Attraktivität der Ausflugsziele wird gerade auch durch ein breites Angebot an möglichen Aktivitäten vor Ort gesteigert. Wir werden intensiv mit der TMB und weiteren touristischen Verbänden nach Wegen suchen, diese Angebote gezielt zu entwickeln. Für den Tagestourismus ist es aber auch entscheidend, dass die Erreichbarkeit der Destinationen vor allem in der Saison gesichert ist und attraktiv gestaltet wird. Wir werden dafür sorgen, dass bei Baumaßnahmen an Straßen die Belange des Tourismus berücksichtigt und die ÖPNV-Verbindungen in tages touristisch bedeutende Regionen innerhalb der Saison verstärkt werden.

- **Tourismus aus öffentlicher Hand:** Wir wollen die Städte und Gemeinden und Landkreise in die Lage versetzen, abgestimmt auf ihre eigenen Stärken, selbst Angebote zu entwickeln. Nicht alle touristischen Angebote können die ansässigen Anbieter gewährleisten, hier soll gezielte Förderung für die Kommunen ansetzen. Dabei können auch Fördermittel zum Einsatz kommen, die von der Europäischen Union zur Entwicklung ländlicher Regionen vergeben werden.
- **Tourismus nachhaltig und klimaschonend:** Wir werden dafür sorgen, dass die Nachhaltigkeit wegen ihrer großen Bedeutung für die Zukunft noch mehr in den Mittelpunkt gestellt wird. Touristische und gastronomische Einrichtungen sollen gezielt bei Investitionen unterstützt werden, die Energie und Wasser sparen oder Abfall vermeiden. Unterstützung sollen Betriebe auch dabei erhalten, die Vorteile der Digitalisierung für sich zu nutzen.
- **7% ist genug - runter mit der Mehrwertsteuer!** Auf Bundesebene werden wir uns für eine dauerhafte Absenkung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie einsetzen.

1.3 Aufbruch Ost! Respekt, Anerkennung, Gerechtigkeit – Ein Aktionsplan für den Osten

In einem geeinten und gerechten Land sollten die Unterschiede der Spaltung zwischen Ost und West überwunden sein, sollte es keine Gefälle mehr bei den Löhnen oder bei der Rente geben, sondern überall gleichwertige Lebensverhältnisse. In einem Land, das sich vor über 34 Jahren nach der Teilung wiedervereinigt hat, sollten die Menschen in gegenseitigem Respekt ihre jeweiligen Erfahrungen und Biografien anerkennen, und die vielfältige Erfahrung des Ostens ernst genommen werden. Wenn wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West fordern, wie es das Grundgesetz will, dann meinen wir nicht nur Wertschöpfung und Infrastrukturentwicklung, sondern auch die Verteilung von Teilhabe an Gestaltung und Verantwortung. Und dazu gehört auch eine ungeteilte Kultur des Respekts. Wir wollen Erfahrungstransfers, Selbstermächtigung und Mitbestimmung auf allen Ebenen, von den Kommunen bis in die höchsten Beamtenpositionen der ostdeutschen Länder und des Bundes. Es geht um eine prinzipielle Haltung: um Chancengerechtigkeit sowie um materielle und ideelle

Gleichbehandlung. Wir sind die politische Kraft, die sich dafür stark macht!

Die Realität sieht noch immer anders aus. Auch 34 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland ein geteiltes Land. Mit Blick auf die Lebens- und Demokratiezufriedenheit, die Wirtschaftskraft, den Wohlstand, die Einkommen und die Rente zeichnen sich noch immer die Umrisse der DDR auf Karten ab. Das ist die Konsequenz verfehlter Politik seit 1990, des Versagens von Landes- und Bundesregierungen. Wir sehen aber auch Zeichen der Hoffnung: Lange wurden jene, die auf Fehler und Ungerechtigkeiten im Prozess der deutschen Vereinigung hinwiesen, als Ewiggestrige verunglimpft, die die DDR wiederhaben wollten. Von den Ostdeutschen wurde verlangt, sie müssten sich schnellstmöglich in jeder Hinsicht den Westdeutschen anpassen und ihre eigene Geschichte und Identität vergessen. Damit ist endlich Schluss. Selbstbewusste Ostdeutsche verschaffen ihrer Perspektive in der öffentlichen Debatte zunehmend Gehör. Sie fragen, warum die Chance nicht genutzt wurde, die beiden deutschen Staaten auf gleichberechtigte Weise mit einer gemeinsamen, neuen Verfassung zu vereinigen. Sie verweisen auf den von der Treuhand organisierten Ausverkauf des Volksvermögens, die verheerende Deindustrialisierung Ostdeutschlands und die folgende Massenarbeitslosigkeit, die das Leben von Millionen Menschen zerstört und Wunden geschlagen hat, die bei vielen bis heute schmerzen. Sie kritisieren zurecht, dass der sogenannte „Elitenwechsel“ nach 1990 nicht selten zweitklassige Westdeutsche in Ämter hievte, während die Karrieren von Ostdeutschen zerstört und ihre Lebensleistungen entwertet wurden. Wir stehen an der Seite dieser selbstbewussten Ostdeutschen.

Unsere Projekte:

- **Gleiche Löhne für Ost und West:** Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die Lohnlücke bei gleichen Arbeitsbedingungen endlich schließt, unter anderem durch Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung.
- **Ausgleich für Ost-Rentnerinnen und Ost-Rentner:** Damit die Altersarmut in den ostdeutschen Ländern aufgrund gebrochener Erwerbsbiografien nach der Wende nicht weiter zunimmt, werden wir für einen Ausgleich sorgen, der die Grundsicherung deutlich übersteigt. Ebenso werden wir einen landeseigenen Gerechtigkeitsfonds aufsetzen, der alle Betroffenen, deren DDR-Renten nicht anerkannt wurden, angemessen entschädigt.
- **Umsteuern bei der Personalpolitik:** Wir werden uns dafür einsetzen, das Repräsentationsdefizit zu beheben, unter anderem durch eine Selbstverpflichtung im öffentlichen Dienst, einer Höherbewertung regionaler Kompetenz als Einstellungskriterium, personalpolitischen Einstellungskorridoren für Ostdeutsche, verbesserten Qualifikationsangebote und Möglichkeiten des Seiteneinstiegs bzw. Aufstiegs für ostdeutsche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit DDR-Abschlüssen, der endgültigen Überwindung von Sonderregelungen im öffentlichen

Dienst sowie kostenlosen Beschwerdemöglichkeiten bei arbeitsrechtlicher Diskriminierung.

- **Treuhand-Unrecht aufarbeiten:** Wir werden dafür sorgen, dass das Treuhand-Unrecht endlich durch eine staatliche Kommission kritisch aufgearbeitet wird.
- **Die Interessen ostdeutscher Landwirte wahren:** Wir setzen uns dafür ein, dass die Leistung der Bäuerinnen und Bauern eine angemessene Wertschätzung durch eine realistische und kostendeckende Preisbildung erfährt. Wir wenden uns gegen Regelungen und Kappungen im Förderrecht, durch die naturräumliche Besonderheiten, z.B. schlechtere Bodenwerte und geringere Niederschlagsmengen, ignoriert und Mittel pauschal zum Nachteil der größeren ostdeutschen Betriebe in die alten Bundesländer umgeleitet werden.
- **Erhalt von DDR-Architektur:** Wir setzen uns für den Erhalt und die Anerkennung von Bauwerken im Stil der Ostmoderne als wichtiger Bestandteil des kulturellen Erbes der DDR ein. Abrisse wie der des Generalhotels in Schönefeld sollen der Vergangenheit angehören. Noch vorhandene Zeugnisse wie das Bogensee-Areal wollen wir dauerhaft erhalten.

1.4 Klima, Landnutzung und gesunde Umwelt – Lebensgrundlage für uns alle

Brandenburg als verantwortungsbewusster Akteur im Klimaschutz, eine den unvermeidlichen Klimaänderungen angepasste Landnutzung, gute Lebens- und Arbeitsbedingungen in der land- und forstwirtschaftlichen Produktion, regionale Lebensmittelversorgung in einer sauberen und vielfältigen Natur – das ist unsere Vision für Brandenburg. Das geht nur gemeinsam. Beim Klimaschutz sind alle gefordert, aber es darf niemand überfordert werden. Für die Land- und Forstwirtschaft muss es möglich sein, Beiträge zum Klima- und Naturschutz nicht nur wirtschaftlich zu verkraften, sondern davon profitieren zu können. Unsere Aufgabe in der Politik sehen wir darin, einen Ausgleich der verschiedenen Interessen zu finden, damit zukünftige Generationen in einer intakten Umwelt leben und darin Nahrungsmittel produzieren können.

Leider sind Umwelt- und Landnutzungspolitik heute immer noch eher ein Gegeneinander als ein Miteinander. Zu oft werden die Kosten für gesellschaftliche Ziele den Landwirtinnen und Landwirten allein aufgedrückt. Damit geraten sie in eine wirtschaftliche Schieflage, das haben die aktuellen Proteste deutlich gezeigt. Es ist aber auch der falsche Weg, einfach alle Umweltstandards über Bord zu werfen. Ein einfaches “Weiter so” ist keine Option. Die aktuelle Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen hat die nötige Unterstützung versäumt – Versprechungen über ein Agrarstrukturgesetz, eine Düngestrategie, ein Insektenschutzprogramm, eine Nutztierstrategie wurden gebrochen oder viel zu spät eingelöst. Was die Landesregierung vorlegt, etwa mit dem Klimaplan, der Nachhaltigkeitsstrategie, dem Gesamtkonzept Wasser, ist viel beschriebenes Papier

mit viel zu wenig konkreten Umsetzungsschritten und ohne finanzielle Untersetzung. Damit wird die Zukunft riskiert, sowohl die der Agrarbetriebe als auch unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

1.4.1 Klimaschutz in sozialer Verantwortung

Unser Ziel ist ein klimagerechtes Brandenburg. Das bedeutet einerseits, mit entschlossenen Maßnahmen die Klimakatastrophe und die damit einhergehende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen abzuwenden oder zumindest abzumildern. Andererseits geht es uns darum, den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft, unseres Verkehrs, unserer Städte und Dörfer und unserer Energieversorgung dafür zu nutzen, dass es sich in Brandenburg künftig besser, gerechter und gleichberechtigter leben lässt als heute. Mehr Bus und Bahn, kostengünstig und auch in entlegenen Regionen verfügbar – statt Abhängigkeit vom eigenen Auto, teuer und schlecht fürs Klima. Dezentrale und regionale Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien mit finanziellem Plus für die Kommunen – statt Geld für die Profite von Energiekonzernen und autokratischen Regimen. Regionale Wirtschaftskreisläufe mit Guter Arbeit vor Ort – statt weiter Wege und Abhängigkeit von globalen Lieferketten. Nur einige Beispiele, die aufzeigen, wie es sein könnte, wenn man den ökologischen Umbau als Chance begreift und ihn entsprechend gestaltet – sozial gerecht und zum Wohle der Menschen. Wir sehen es als staatliche Aufgabe, zu gewährleisten, dass die ökologischste Variante immer die kostengünstigste ist.

Die Realität sieht leider anders aus. Die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen reichen weder aus, rechtzeitig Klimaneutralität zu erreichen, noch wird ausreichend auf den sozialen Ausgleich geachtet. Der Klimaplan ist viel zu unkonkret und es ist absehbar, dass die Klimaziele damit verfehlt werden. Und er schweigt sich darüber aus, wer den Klimaschutz finanzieren soll. Dabei haben wir doch auf Bundesebene gesehen, was die Folgen sind: ein Heizungsgesetz mit hohen Anforderungen an Hausbesitzende ohne Klarheit über mögliche Förderungen, ein versprochenes Klimageld als Sozialausgleich für Mehrkosten, das dann doch auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Das darf sich in Brandenburg nicht wiederholen.

Unsere Projekte:

- **Klimaplan konkretisieren und finanzieren:** Wir werden den Klimaplan des Landes so ausgestalten, dass das Ziel der Treibhausgasneutralität im gesamten Land bis 2045 tatsächlich erreicht wird. Dafür werden wir den Klimaplan mit einem Budget und Finanzierungsinstrumenten untersetzen.
- **Sondervermögen Klimaschutz schaffen:** Ein Klimaplan ohne finanzielle Untersetzung ist nichts wert: Die notwendigen finanziellen Mittel und personellen Ressourcen

müssen zeitnah verbindlich eingeplant und zur Verfügung gestellt werden. Hierfür werden wir ein zweckgebundenes Sondervermögen bilden.

- **Mehr Unterstützung zur Umsetzung in Kommunen und durch Einzelpersonen:** Wenn Kommunen oder auch Einzelpersonen Maßnahmen des Klimaplanes umsetzen sollen, muss das Land durch Förderprogramme ausreichend Hilfestellung leisten sowie aufsuchende Beratung und weitere Unterstützung anbieten, z.B. bei der kommunalen Wärmeplanung.
- **Sozialcheck einführen:** Das heißt, dass bei jeder Maßnahme geprüft werden muss, wie unnötige Belastungen vermieden oder unzumutbare Belastungen, insbesondere für einkommensschwächere Bürgerinnen und Bürger, ausgeglichen werden.
- **Klimaschutz geht nur gemeinsam:** Wir werden Beteiligungsgremien auf allen Ebenen so gestalten, dass die Mitwirkung von Betroffenen und Interessenvertreterinnen und -vertretern nicht nur formal gesichert ist – vom Fachbeirat auf Landesebene über einen Bürgerrat Klimaschutz bis hin beispielsweise zu regionalen Moorbeiräten für Moorschutzprojekte.
- **Klimaschutzgesetz einführen:** Wir werden ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen, um die Klimaziele und wesentliche Maßnahmen rechtlich verbindlich festzuschreiben. Die Konsequenzen bzw. Nachsteuerungsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung der Zwischenziele müssen verbindlich geregelt sein.
- **Landeseinrichtungen und Verwaltung – klimaneutral bis 2035:** Das Land muss seiner Vorbildrolle gerecht werden. Deshalb müssen seine Verwaltung und Einrichtungen bis 2035 klimaneutral sein.
- **Klimaanpassungsstrategie umsetzen:** Wir werden die Klimaanpassungsstrategie konsequent umsetzen und die dafür nötigen finanziellen Mittel bereitstellen.
- **Zivilgesellschaft unterstützen:** Engagement vor Ort für mehr Klimaschutz, seien es Initiativen von Bürgerinnen und Bürger oder von Organisationen wie Fridays for Future, findet bei uns ein offenes Ohr und Unterstützung.

1.4.2 Energiewende: Erneuerbar, dezentral, demokratisch und sozial

Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet wird. Gelingt das, so bietet sich eine große Chance, die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversorgung zu beenden und diese bürgernah und als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu organisieren. Wir sind der Meinung, dass die Energieversorgung dem Gemeinwohl dienen muss und diese deshalb der Profitgewinnung entzogen gehört. Dazu gehören dezentrale Energieversorgungsstrukturen, um resilienter in der Energieversorgung zu bleiben. Bürgerenergiegesellschaften und Bürgerenergiegenossenschaften sowie kommunale Energieversorger sollen hier einen großen Beitrag leisten. Brandenburg

kann hier mit der Energieregion Lausitz/Łużyca ein internationaler Vorreiter auf dem Weg hin zur demokratisch organisierten, sozial gerechten und klimaneutralen Energieversorgung der Zukunft werden. Die Ostdeutschen sehen wir aufgrund ihrer historischen Erfahrungen nach 1990 als Transformationsexpertinnen und -experten.

Strukturwandel in der Lausitz/Łużyca

Mit dem Ende der Braunkohleverstromung in den nächsten Jahren steht die Lausitz/Łużyca vor einem Strukturwandel, der Möglichkeiten bietet, durch finanzielle Mittel des Bundes die Region aktiv zu gestalten. Das ist eine große Chance für die Region. Unser Ziel ist die Schaffung von tarifgebundenen und ökonomisch sowie ökologisch nachhaltigen Industriearbeitsplätzen, damit vom Braunkohleausstieg betroffene Erwerbstätige in der Lausitz/Łużyca eine Zukunft haben. Wir gestalten den Entscheidungsprozess von Strukturwandelprojekten transparenter. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen nehmen wir die Lebensverhältnisse in der Lausitz/Łużyca in den Blick. Weitere Schwerpunkte setzen wir deshalb im Ausbau der sozialen Infrastruktur, denn die Neuansiedlung von Unternehmen gelingt nur mit einer nachhaltigen Fachkräftegewinnung durch gute Schulen, Weiterbildung sowie Qualifizierung und Zuzug in die Lausitz/Łużyca. Die Lausitz/Łużyca wandelt sich zu einer Region der erneuerbaren Energien im Einklang mit dem ländlichen Charakter mit seinen besonderen Naturräumen, der Landwirtschaft und Angeboten für Tourismus und Kultur. Die sorbisch/wendische Identität ist ein Alleinstellungsmerkmal im Land und nimmt nach all den Verlusten durch den Bergbau einen besonderen Stellenwert ein.

Unsere Projekte:

- **Energieversorgung in öffentliche Hand:** Wir werden die Kommunen im Land in die Lage versetzen, Wind- und PV-Anlagen in öffentlicher Hand zu bauen und zu betreiben. Die Profite aus der Energiegewinnung müssen vor Ort bleiben. Über den Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, dass großflächige Photovoltaikanlagen durch die Landes- und Regionalplanung der Länder geplant werden.
- **100 Prozent erneuerbar bis 2030:** Wir werden dafür sorgen, dass die Energieproduktion in Brandenburg bis zum Jahr 2030 vollständig aus erneuerbaren Energien abgesichert werden kann. Dafür wollen wir so schnell wie möglich aus der Nutzung der Braunkohle zur Energiegewinnung aussteigen. Voraussetzung für einen gelingenden Kohleausstieg müssen zwangsläufig die Sicherstellung der Grundlast im Stromnetz sowie die soziale Absicherung aller direkt und indirekt Beschäftigten im Braunkohlesektor in der Lausitz/Łużyca sein.
- **Stromnetze in öffentliche Hand:** Langfristig werden wir gemeinsam mit den Kommunen die Stromnetze im Land in öffentliche Hand zurückholen. Nur so kann bezahlbare und erneuerbare Energieversorgung sichergestellt werden. Wir werden prüfen, ob die Bundesnetzagentur eine Miteignerfunktion bei Übertragungs- und

Verteilnetzbetreibern übernehmen kann.

- **Damit alle profitieren:** Mit einem Erneuerbare-Energien-Beteiligungsgesetz werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sowohl die betroffenen Kommunen als auch die Anwohnerinnen und Anwohner finanziell profitieren, wenn Anlagen vor Ort errichtet werden.
- **Energieversorgung und kritische Infrastrukturen in die öffentliche Hand:** Die geplante Lausitz/Łużycaer Wasserstoffleitung kann nur unter Mitwirkung der öffentlichen Hand gebaut und betrieben werden. Die vorgesehene Förderung aus dem Strukturstärkungsgesetz ermöglicht es, gemeinsam mit der Lausitz/Łużycaer kommunalen Familie ein solches Projekt umzusetzen.
- **Gegen hohe Energiekosten:** Wir werden staatliche Preiskontrolle für Strom wiedereinführen und Energieversorger zum Angebot ökologischer Sozialtarife verpflichten.
- **Jede Kilowattstunde zählt:** Wir werden Bürgerinnen und Bürger, die sich an der Energiewende beteiligen wollen, finanziell unterstützen. Konkret werden wir ein Förderprogramm für Balkonkraftwerke, Mini-Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen auf Wohnhäusern sowie Mieterstrom-Initiativen aufsetzen. Bestehende Hürden wollen wir abschaffen.
- **Flächenverbrauch steuern:** Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien im Einklang mit Mensch und Umwelt passiert. Vorrangig sollen bereits bebaute Flächen wie Parkplätze oder Dächer genutzt werden, bevor andere Flächen dafür herangezogen werden.
- **Wasserstoff fördern:** Wir unterstützen den Einsatz von Wasserstoff dort, wo diese Technologie ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist. Bei Autos oder Heizungsanlagen ist dies in der Regel nicht der Fall. Die dazugehörige Infrastruktur gehört in öffentliche Hand. Wenn Wasserstoff eingesetzt wird, ist langfristig nur der Einsatz von grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien vernünftig. Wir wollen dabei den Wasserstoff, den wir für unsere Industrien benötigen, möglichst vor Ort erzeugen, um unsere Abhängigkeit von Importen zu verringern. Dabei müssen jedoch auch die Umweltbelastungen in den Blick genommen werden, die mit der Herstellung von Wasserstoff verbunden sind. Das gilt insbesondere für Regionen, denen Wassermangel droht.
- **Strukturwandel gemeinsam mit den Betroffenen gestalten:** Zur Mitwirkung und regionalen Willensbildung beim Strukturwandelprozess in der Brandenburgischen Lausitz/Łużyca wird ein Regionalausschuss mit gewählten und berufenen ehrenamtlichen Mitgliedern gebildet. Aufgabe und Ziel ist es, die Umsetzung der Projekte zu begleiten und neue Impulse zu setzen.

- **Kinder- und Jugendbudget einrichten:** Wenn es um die Zukunft des Landes geht, sollten die, die sie noch vor sich haben, auch mitentscheiden dürfen. Deshalb wollen wir gerade im Bereich der Energiewende Kinder und Jugendliche beteiligen und ihnen so auch eine Zukunftsperspektive im Land Brandenburg bieten.
- **Bürgerfonds aufsetzen:** Die Bürgerregion Lausitz/Łużyca soll über einen eigenen Bürgerfonds entscheiden. Die Zivilgesellschaft hat sich in der Bürgerregion organisiert, ihr soll damit die Möglichkeit gegeben werden, eigene Projekte zu entwickeln und darüber zu entscheiden.
- **Mehr Transparenz:** Wir werden eine Online-Plattform zur vollumfänglichen Dokumentation des Umsetzungsstatus der bisher beschlossenen Strukturwandelprojekte aufsetzen. Ziel ist der Ausbau von Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Arbeit in den bisherigen Strukturwandel-Werkstätten.
- **Unternehmen beim Strukturwandel unterstützen:** Wir werden dafür sorgen, dass die Unternehmensförderungen insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Rahmen des Strukturwandels über den Just Transition Fund (JTF) erfolgt. Eine direkte Unternehmensförderung werden wir zudem über das Bundesprogramm „Unternehmen Revier“ ermöglichen.
- **Kommunen beim Strukturwandel unterstützen:** Die Wirtschaftsregion Lausitz/Łużyca GmbH werden wir zu einer Projektentwicklungsgesellschaft weiterentwickeln. Insbesondere kleine Kommunen brauchen Unterstützung im Strukturwandel.
- **Strukturwandel-Gelder nur für Gute Arbeit:** Wir werden Gute Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und Betriebsräte zur Voraussetzung für die Strukturwandel-Förderung machen.
- **Zukunft Schiene:** Wir werden uns dafür einsetzen, alle geplanten Schienenprojekte in der Lausitz/Łużyca zügig mit Finanzierungsvereinbarungen zwischen Bund, Land und Deutsche Bahn zu sichern, um eine zügige Umsetzung auf den Weg zu bringen.
- **Die Lausitz/Łużyca braucht ein Gesamtkonzept:** Der Ausbau der Gigawatt-Factory Lausitz/Łużyca für die Erzeugung von erneuerbaren Energien braucht eine sozial- und raumverträgliche Steuerung. Die kommunale Familie, insbesondere die Tagebaurandgemeinden, betroffene Landwirte und Umweltverbände sind bei den Planungen einzubeziehen.
- **Rekultivierungsziele erfüllen:** Wir werden dafür sorgen, dass die Braunkohle- und Sanierungspläne erfüllt sowie in Einklang mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien gebracht werden. Dazu gehört auch die Rückgabe der landwirtschaftlichen Flächen an die regionalen Landwirte, wie in den Braunkohleplänen festgelegt. Eine Mehrfachnutzung für landwirtschaftliche Zwecke und zur Energieerzeugung muss ermöglicht werden.

- **Sanierungen überregional planen:** Wir werden das Gesetz zur Regional- und Braunkohlesanierungsplanung neu gestalten und den regionalen Planungsgemeinschaften die Aufgabe übertragen, Regionalpläne zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu erstellen. Die Finanzierung erfolgt über den Landeshaushalt.

1.4.3 Unser wertvollstes Gut: Wasser

Wasser ist die Grundlage für das Leben auf der Erde. Zurecht wurde der Zugang zu ausreichend sauberem Trinkwasser von den Vereinten Nationen zu einem Menschenrecht erklärt. Doch nicht nur Menschen, Tiere und Pflanzen benötigen Wasser zum Leben, sondern auch die Wirtschaft braucht es für die Produktion von Gütern und für Dienstleistungen. Brandenburg ist ein gewässerreiches Bundesland und auf der ganzen Welt berühmt für seine mehr als 3000 wunderschönen Seen und Flüsse, die den Menschen als Erholungsraum dienen, einen vielfältigen Lebensraum für Tiere und Pflanzen darstellen sowie unsere Trinkwasserversorgung sichern. Die Brandenburger Gewässer sind wichtiger Bestandteil unserer Lebensqualität und deshalb unbedingt zu schützen.

Viele Menschen auf der Welt haben schon heute nicht ausreichend sauberes Wasser zur Verfügung. Auch in Brandenburg wird Wasser infolge des Klimawandels knapper. Seit Jahren erleben wir einen zunehmenden Trend zur Niederschlagsarmut. Der Grundwasserpegel sinkt. Gleichzeitig nehmen die Auseinandersetzungen um das verfügbare Wasser zu. In den Sommermonaten der vergangenen Jahre musste in manchen Teilen des Landes bereits Wasser rationiert werden. Wir können nicht weiter die Augen verschließen: Wasser wird zum begrenzenden Faktor für die weitere Entwicklung im Land. Wir müssen Wasserverfügbarkeit und Wasserbedarf einander gegenüberstellen und klare Prioritäten setzen: Die Trinkwasserversorgung der Bürgerinnen und Bürger steht an erster Stelle. So viel Wasser wie möglich muss in der Region gehalten werden, um den Wasserhaushalt und die Grundwasserneubildung zu verbessern.

In der Lausitz/Łużyca hat der Wasserhaushalt nach dem Braunkohleausstieg eine besondere Bedeutung, denn das verfügbare Wasserangebot im Grundwasser und in den Oberflächengewässern reicht nicht aus, um alle Wasserbedarfe zu decken. Übernutzung könnte zu Engpässen bei der Sicherung der Wasserversorgung bis in die Hauptstadtregion führen. Betroffen sind dabei sowohl die Trink- als auch die Brauchwasserversorgung. Ohne Kompensation bzw. Ausgleichsmaßnahmen besteht gerade hier eine noch größere Gefahr hoher Wasserkonkurrenz. Gefährdet ist auch der Erhalt des Biosphärenreservats Spreewald. Deshalb braucht es schnell Konzepte und zügige Entscheidungen.

Unsere Projekte:

- **Wasserverfügbarkeit absichern:** Wir werden die fachlichen Grundlagen der Grundwasserbilanzierung transparent überprüfen, um nachvollziehbare Daten zu gewinnen, wo wieviel Wasser von wem und wofür ohne negative Folgen für den Wasserhaushalt genutzt werden kann.
- **Wasser in der Landschaft halten:** Wir werden dafür sorgen, dass Anstrengungen zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes darauf ausgerichtet werden, Wasser in der Region zu halten, die Grundwasserneubildung zu verbessern und Wassernutzungen den natürlich verfügbaren Ressourcen anzupassen. Dazu bedarf es eines integrierten Wassermanagements unter Zusammenarbeit der Gewässerunterhaltungs- und der Zweckverbände sowie der Landnutzenden.
- **Der Mensch geht vor:** Wir werden bei einer Novellierung des Wassergesetzes die notwendigen Prioritäten für die Wassernutzung benennen und den Vorrang der Trinkwasserversorgung vor anderen Nutzungen festschreiben.
- **Gerechte Tarife für das Wasser:** Wir werden das Wassernutzungsentgelt gerechter gestalten und dabei auch die Wassernutzungen durch den Bergbau berücksichtigen. Es sollen klare Vorgaben erarbeitet werden, unter welchen Bedingungen Gewässerbenutzungen erlaubt sind.
- **Technische Grundlagen sichern:** Wir werden ein Landesprogramm für die Sanierung maroder wasserwirtschaftlicher Anlagen (z.B. Staue) auflegen, um besseren Wasserrückhalt zu gewährleisten.
- **Trink- und Abwasserversorgung sichern:** Wir werden das Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft aktualisieren und die notwendigen Struktur- und Infrastrukturanpassungen fördern. Besonderen Wert legen wir dabei auf die Zusammenarbeit über Gemeinde- und Verbandsgrenzen hinweg sowie auf neue Herausforderungen, wie Klimawandel, Energieeinsparung und neue Qualitätsanforderungen an die Abwasserreinigung.
- **Abwasser nutzen:** Wir werden prüfen, wie und unter welchen Bedingungen gereinigtes Abwasser ohne Gefahr für Grundwasser und Böden zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes in der Region genutzt werden kann.
- **Kommunen unterstützen:** Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, Starkregenereignisse zu bewältigen, die Versickerung von Niederschlagswasser vor Ort sowie die Nutzung als Brauchwasser voranzubringen.
- **Das Land in die Pflicht nehmen:** Auch wenn die Trinkwasserbereitstellung und Abwasserbeseitigung kommunale Aufgabe ist und bleibt: nach unserer Überzeugung lassen sich viele mit dem Klimawandel verbundene Herausforderungen nur bei überregionaler Bearbeitung bewältigen, dabei denken wir an Verbundlösungen und mehr Kooperationen zwischen den Verbänden. Wir sehen hier das Land in der Pflicht,

maßgeblich zu koordinieren, zu moderieren und zu unterstützen. Das gilt insbesondere, wenn Wassertransporte über kommunale Grenzen und Verbandsgebiete hinweg organisiert werden müssen.

- **Wasserrückhalt konkret realisieren:** Wir werden eine Bestandsaufnahme beim Niedrigwasserkonzept durchführen und festlegen, welche Maßnahmen für eine umfassende Umsetzung zu ergreifen sind. Das Land muss sich bei der Umsetzung stärker als bisher engagieren und auch Maßnahmen in Eigenregie umzusetzen. Förderrichtlinien müssen attraktiver werden, um neue Projektträger zu gewinnen. So müssen beispielsweise Personalkosten in der Förderrichtlinie „Gewässerentwicklung/ Landschaftswasserhaushalt“ förderfähig werden.
- **Sauberes Trinkwasser sichern:** Die Sanierung oder Eingrenzung von Altlasten, die lokal die Möglichkeiten der Trinkwasserförderung begrenzen, soll vorangebracht werden.
- **Wasserentnahmen zentral erfassen:** Das bisher nur sehr unvollständig geführte digitale Wasserbuch muss landesweit auf einen aktuellen Stand gebracht werden. Es ist wichtige Voraussetzung für Entscheidungen über mögliche weitere Wassernutzungen.
- **Wasserverfügbarkeit vor Ansiedlung prüfen:** Wir wollen die Wasserverfügbarkeit an möglichen Gewerbestandorten vorab bewerten und bei der Anwerbung von Unternehmen von vornherein berücksichtigen. Es darf nicht wieder vorkommen, dass eine Unternehmensansiedlung die Wasserversorgung einer ganzen Region gefährdet.
- **Fachkräfte sichern:** Die Wasserwirtschaftsverwaltung muss personell aufgestockt werden, um die vielfältigen Aufgaben umsetzen zu können. In Zusammenarbeit mit den Universitäten müssen die Ausbildungskapazitäten im Bereich der Wasserwirtschaft wieder gestärkt werden, um dem absehbaren Fachkräftemangel zu begegnen.
- **Wasserrahmenrichtlinie angehen:** Wir brauchen eine ehrliche Bilanz, wie viele Ressourcen und Personal die Umsetzung gesetzlicher Verpflichtungen (z.B. Wasserrahmenrichtlinie) und Konzepte (z.B. Klimaanpassung, Niedrigwasserkonzepte) erfordern. Ziel muss die vollumfängliche Umsetzung sein, ansonsten müssen Prioritäten gesetzt werden. Es nützt nichts, wenn Konzepte auf dem Papier stehen, aber nicht realisiert werden können.
- **Hochwasserschutz ist Katastrophenschutz:** Nach weitgehendem Abschluss der Deichsanierungen an Oder und Elbe muss nun der Hochwasserschutz an den kleineren Flüssen vorangebracht werden. Besonders wichtig sind dabei Maßnahmen des natürlichen Hochwasserschutzes (Retentionsflächen).
- **Oder grenzüberschreitend schützen:** Wir werden uns beim Bund für Gespräche mit der Republik Polen für einen besseren Schutz der Oder einsetzen. Dabei soll auch das

deutsch-polnische Wasserstraßen-

Abkommen von 2015 auf den Prüfstand gestellt werden. Ausbaumaßnahmen an der Oder lehnen wir ab.

- **Ein Wasser-Leitbild für die Spree:** Mit dem Auslaufen des Braunkohletagebaus wird es viel weniger Wasser in der Spree geben als bisher. Auf der Grundlage eines in der Region zu erarbeitenden Leitbildes müssen schnellstmöglich Szenarien für das verfügbare Wasser und mögliche Nutzungen in Abhängigkeit von verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserhaushaltes erarbeitet werden. Die Bergbauunternehmen sollen für die Folgekosten umfassend in die Pflicht genommen werden. Eine enge dreiseitige Zusammenarbeit mit Berlin und Sachsen ist dabei unabdingbar.
- **Zügige Entscheidung zum Bau eines Wasserüberleiters und weiterer Wasserspeicher:** Aufgrund des absehbar angespannten Wasserhaushaltes der Spree herrscht zügiger Handlungsbedarf. Lange Planungs- und Genehmigungsverfahren und der Bau selbst erfordern es, schneller die notwendigen Entscheidungsgrundlagen zu schaffen.

1.4.4 Landwirtschaft: Zukunfts- und gemeinwohlorientiert

Die zentrale Aufgabe der Landwirtschaft ist die nachhaltige Lebensmittelproduktion, daneben auch Energie- und Rohstoffherzeugung. Damit sind die Landwirtinnen und Landwirte für ganz Brandenburg, nicht nur für die ländlichen Räume, unverzichtbar. Die Landwirtschaft trägt eine hohe Verantwortung für das Gemeinwohl. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der biologischen Vielfalt, die Vermeidung von Treibhausgasemissionen, eine enge Einbindung in die dörfliche Gemeinschaft und lebenswerte ländliche Räume, gute und attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten – all das gelingt nur mit der Landwirtschaft und wirtschaftlich gesunden Betrieben. Wir wollen eine strukturreiche, vielfältige Landwirtschaft. Landwirtinnen und Landwirte sollen stärker von regionalen Wirtschaftskreisläufen profitieren. Ein größerer Teil ihrer Produkte sollte direkt im Hof nebenan oder in Lebensmittelmärkten der Region verkauft oder frisch in Kita-, Schul- oder Krankenhausküchen zu gesundem Essen verarbeitet werden. Stabile Lieferbeziehungen stärken die Bäuerinnen und Bauern, erhöhen die regionale Identität und vermeiden Transporte, die Kosten und Abhängigkeiten verursachen und dem Klima schaden. Gute Löhne und Arbeitsbedingungen vor Ort, faire Handelsbeziehungen und eine Agrarwirtschaft im Einklang mit natürlichen Ressourcen und funktionsfähigen Ökosystemen sind für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

In den letzten Jahren sind die Preise für Nahrungsmittel explodiert. Viele Menschen wollen sich gesund und mit gutem Gewissen ernähren, können es sich aber immer weniger leisten. Bei den Landwirtinnen und Landwirten bleibt allerdings nur wenig

hängen, selbst bei hohen Lebensmittelpreisen im Laden. Auch sie leiden unter hohen Kosten, einem ruinösen Wettbewerb am Weltmarkt und allmächtigen Lebensmittelkonzernen. Hinzu kommt die zunehmende Spekulation mit Agrarflächen, welche die Kauf- und Pachtpreise für Boden nach oben treibt. Immer mehr Betriebe geben angesichts dieser Rahmenbedingungen auf und werden zur Beute von Bodenspekulanten und nicht-landwirtschaftlichen Investorennetzwerken.

Die Agrarförderung soll auf die Gemeinwohlleistungen ausgerichtet sein – und zwar so, dass auch die Arbeit bezahlt und nicht nur Schadensersatz geleistet wird. Wir wollen Lebensmittel, Landwirtschaftsflächen und Agrarbetriebe vor dem spekulativen Geschäftsmodell nicht-landwirtschaftlicher Investoren-Netzwerke schützen, denen es nur um Rendite und nicht um nachhaltige und ortsgebundene Bewirtschaftung geht. Die öffentliche Hand soll das durch eine aktivere Bodenpolitik mitgestalten.

Unsere Projekte:

- **Ackerland in Bauernhand:** Wir werden den stockenden Prozess um ein Agrarstrukturgesetz wieder aufnehmen, damit landwirtschaftliche Betriebe von ortsansässigen und mit der Region verwurzelten Akteurinnen und Akteuren gesteuert werden statt von nicht-landwirtschaftlichen Bodenspekulanten. Dazu gehören vor allem Regelungen für Flächen- und Anteilsverkäufe von Agrarbetrieben zugunsten ortsansässiger Landwirtinnen und Landwirte sowie eine Bodenpreisbremse. Die vielfältige brandenburgische Agrarstruktur mit großen und kleinen, konventionellen oder Ökobetrieben soll dabei nicht in Frage gestellt werden. Gemeinnützige Organisationen sollen Landwirtschaftsflächen kaufen können, wenn die Verpachtung an ortsansässige Betriebe gewährleistet ist.
- **Bodenfonds einrichten:** Wir werden im Rahmen einer zu gründenden Brandenburgischen Bodengesellschaft einen öffentlichen Bodenfonds einrichten. Auf diese Weise werden wir Flächen im Sinne einer vielfältigen Agrarstruktur langfristig zu gemeinwohlorientierten Bedingungen an ortsansässige Landwirtinnen und Landwirten verpachten.
- **Agrarförderung auf Gemeinwohlleistungen ausrichten:** Wir werden die Betriebe beim Klimaschutz und der Klimaanpassung unterstützen und diese so fördern, dass sie hohe Sozial-, Umwelt- und Tierwohlstandards gewährleisten können. Oberstes Gebot ist dabei für uns Verlässlichkeit – und ein möglichst geringer bürokratischer Aufwand für die Unternehmen.
- **Regionale Kreisläufe stärken:** Wir werden dafür sorgen, dass die Betriebe bei Investitionen, Netzwerken und Werbekampagnen stärker unterstützt werden, um die

regionale Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte zu intensivieren. Die 2022 eingeführten regionalen EU-zertifizierten Qualitätssiegel für ökologische bzw. konventionelle Produkte werden wir aus ihrem Dornröschenschlaf erwecken, um Regionalität bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigen zu können.

- **Landwirtschaftsflächen schützen:** Wir werden eine Strategie zur Vermeidung von Flächenverlusten insbesondere durch Versiegelung erarbeiten und umsetzen. Ziel muss es sein, den Anteil Brandenburgs am 30-ha-Ziel der Bundesregierung bis 2030 zu erreichen und perspektivisch netto Null Flächenverlust anzustreben.
- **Energie vom Acker nicht auf Kosten der Sicherung der Lebensmittelversorgung:** Wir werden dafür sorgen, dass Freiflächen-Photovoltaik auf das notwendige Maß begrenzt und durch eine übergeordnete Raumplanung auf Flächen gelenkt wird, die möglichst wenig Konfliktpotenzial mit landwirtschaftlicher Nutzung, Landschaftsschutz und Gemeinwohlbelangen bergen. Dabei werden wir die Doppelnutzung durch Agri-Photovoltaik vorrangig befördern.
- **Gute Nutztierhaltung befördern:** Die landwirtschaftliche, flächengebundene Nutztierhaltung werden wir gegenüber der gewerblichen Tierhaltung stärken. Dies muss durch entsprechende Förderprogramme und Rahmenbedingungen unterstützt werden. Den Tierschutzplan werden wir evaluieren und die aktuell vordringlichen Handlungsbedarfe herausarbeiten.
- **Herdenschutz sicherstellen:** Der Herdenschutz und die Entschädigung bei Wolfsrissen werden wir fortführen und unbürokratisch ausgestalten. Bei Wolfsübergriffen auf Weidetiere, die den Standards entsprechend geschützt sind, müssen Wölfe unbürokratisch geschossen werden können. Eine allgemeine Bestandsregulierung sehen wir dagegen kritisch, weil sie Herdenschutz nicht ersetzen kann.
- **Seuchenprävention stärken:** Die Prävention gegen Tierkrankheiten und Seuchen wie die Afrikanische Schweinepest oder die Vogelgrippe müssen ausgebaut werden. Wir werden Konzepte fördern, die das Risiko von Ausbrüchen mindern, bzw. diese schnell und wirksam eindämmen.
- **Ökologische Landwirtschaft stärken:** Den weiteren Ausbau des Ökolandbaus als besonders naturverträgliche Form der Landnutzung werden wir im Einklang mit der Verbesserung von Verarbeitungs- und Vermarktungsmöglichkeiten ökologischer Produkte unterstützen, ohne konventionelle und Öko-Betriebe gegeneinander auszuspielen.
- **Gemüse und Obst regional erzeugen:** Die Gartenbaukonzeption werden wir evaluieren und bei Bedarf fortschreiben, um wieder einen höheren Selbstversorgungsgrad zu erreichen. Ziel ist es, die Betriebe zu stabilisieren und Brandenburg und Berlin stärker mit regionalen Produkten zu versorgen.

- **Moore schützen:** Das Moorschutzprogramm werden wir in Kooperation und mit Unterstützung der Landwirtschaft umsetzen. Ziel ist es, neben besonders geschützten Flächen, eine betriebswirtschaftlich attraktive Nutzung des größten Teils der vernässten Moorflächen zu gewährleisten. Dazu sind ökonomische Folgeabschätzungen und der Aufbau von Wertschöpfungsketten (z.B. für Paludikulturen) erforderlich. Die Kommunikation und Beteiligung von Landnutzerinnen und -nutzern, Eigentümerinnen und Eigentümern sowie Anwohnerinnen und Anwohnern werden wir verbessern, etwa durch regionale Beiräte.
- **Chancen des Nutzhanfs nutzen:** Nutzhanf bietet unter unseren Klimaverhältnissen gute Chancen für eine besonders boden- und ressourcenschonende Flächenbewirtschaftung, für regionale Wertschöpfung und Klimaschutz. Damit können wir gleichzeitig eine Brandenburger Tradition neu beleben. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Anbau und die regionale Verarbeitung und Vermarktung zu befördern.
- **Landschaftspflegeverbände unterstützen:** Die Landschaftspflegeverbände als Mittler zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Kommunen werden wir unterstützen und fördern.
- **Bioökonomie unterstützen:** Die Bioökonomie ist eine Chance für die Landwirtschaft zur Entwicklung neuer Geschäftsfelder und kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir werden die Bioökonomiestrategie umsetzen und dafür dauerhafte Unterstützungsstrukturen aufbauen. Allerdings wenden wir uns gegen eine einseitige Fokussierung auf eine Hightech-Landwirtschaft, gegen Agrogentechnikverfahren und vor allem gegen die Dominanz von IT-, Pharma- und Lebensmittelkonzernen in der der Bioökonomie.
- **Gute Arbeit für alle in der Landwirtschaft:** Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter leisten unverzichtbare Arbeit vor allem im Gartenbau. Wir werden für einen fairen Umgang mit ihnen, beispielsweise in Bezug auf Arbeitszeiten, Entlohnung, Unterbringung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung sorgen.
- **Enquete-Kommission zur Zukunft der Landwirtschaft:** Es bedarf einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Verständigung zur Rolle der Landwirtschaft und zur künftigen Ausrichtung der Agrarpolitik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Hierzu werden wir eine Enquete-Kommission des Landtages einrichten.
- **Die Teichwirtschaft sichern:** Wir werden einen Masterplan Teichwirtschaft auflegen, um der Teichwirtschaft in Zeiten schwieriger Wasserversorgung, hoher Naturschutzanforderungen und schwieriger Marktbedingungen das Überleben zu sichern. Die Förderrichtlinie zum Ausgleich von Schäden durch geschützte Arten

werden wir fortführen und bedarfsgerecht ausstatten.

- **Gegen die Marktmacht der Lebensmittelkonzerne:** Wir setzen uns für faire Chancen der Produzenten gegenüber Verarbeitern und dem Lebensmitteleinzelhandel ein. Dafür werden wir uns auf Bundesebene für konsequente Regelungen gegen unfaire Handelsbeziehungen einsetzen. Dazu gehören auch Milchlieferverträge mit verbindlichen und fairen Preisen. Wir wollen den Einfluss großer Konzerne in der Landwirtschaft zugunsten regionaler und kleinteiliger Strukturen zurückdrängen.
- **Gegen die Verschwendung von Lebensmitteln:** Wir wollen die Lebensmittelverschwendung beenden, wie sie bislang leider in allen Unternehmen entlang der Lieferkette praktiziert wird. Dort setzen wir an: Wir wollen von Frankreich lernen und es in Brandenburg gesetzlich untersagen, Lebensmittel im Einzelhandel wegzuworfen. Stattdessen werden wir die Pflicht einführen, unverkaufte Produkte zu spenden, in der Landwirtschaft zu nutzen oder zu Tierfutter zu verarbeiten.

1.4.5 Damit der Wald Zukunft hat

Brandenburg ist bekannt für seine Wälder, die den Menschen als Erholungsraum dienen, Lebensraum für zahlreiche Tierarten bieten und als nachhaltige Rohstofflieferanten einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellen. Unsere Wälder speichern 30 bis 50 Prozent des Niederschlags und sorgen dadurch dafür, dass in längeren Dürreperioden überhaupt noch Wasser fließt. Bäume können in Größenordnungen CO₂ in Biomasse einbauen und als nachhaltigen Rohstoff Bauholz dauerhaft speichern. In Brandenburg gibt es sehr viele kleine Privatwaldbesitzende, die Unterstützung für die nachhaltige Bewirtschaftung ihrer Wälder brauchen. Die Jagd leistet einen wichtigen Beitrag zum Naturerleben und zur regionalen Wertschöpfung, und sie spielt eine Schlüsselrolle bei der erfolgreichen Walderneuerung und Naturverjüngung. Getragen wird sie von vielen ehrenamtlichen Jägerinnen und Jägern, mit denen gemeinsam nach Lösungen gesucht werden muss, wie Wald und Wild in einem zukunftsfähigen Gleichgewicht gehalten werden können. Damit der Wald alle Funktionen auch in Zukunft erfüllen kann, muss er umgebaut werden: mehr Laubbäume, mehr klimaangepasste Baumarten, Bäume mit unterschiedlichem Alter.

Durch den Klimawandel und immer längere Trockenperioden ist die Zukunft des Waldes akut bedroht. Wir wollen den Wald fit machen für die Zukunft und den Umbau des Waldes vorantreiben. Dies ist aber kein Selbstläufer. Gerade weil der notwendige Waldumbau in Zeiten des Klimawandels noch schwieriger wird, brauchen wir eine starke Forstverwaltung mit vor Ort ansprechbaren, gut qualifizierten und fair bezahlten Forstleuten, denn der freie Markt allein wird den Waldumbau nicht voranbringen. Mit der Forstreform ist wenigstens der fortlaufende Stellenabbau der letzten Jahrzehnte gestoppt. Aber das reicht nicht: Um den Waldumbau voranzubringen und den Wald für Holznutzung, Erholung und Naturschutz zu bewahren, müssen wir mehr tun. Die

Landesregierung hat die Forstverwaltung in der Fläche des Landes ausgedünnt, hat Dienstleistungsangebote für Privatwaldbesitzende eingeschränkt, ist mit dem Bürokratieabbau oder bei der Waldumbauförderung nicht vorangekommen und hat sich durch den Abbau von Personalstellen für Waldarbeiterinnen und -arbeiter von privaten Dienstleistern abhängig gemacht. So sind die Zukunftsherausforderungen des Waldes nicht zu bewältigen.

Unsere Projekte:

- **Aktionsplan Waldumbau erarbeiten und umsetzen:** Schlüssel für den Wald der Zukunft ist der Waldumbau. Wir werden einen Aktionsplan Waldumbau auflegen, um die umgebaute Fläche und die Geschwindigkeit wesentlich zu erhöhen. Der Naturverjüngung kommt dabei besondere Bedeutung zu.
- **Kleinwaldbesitzende brauchen mehr Unterstützung:** Zur Aktivierung des Kleinprivatwaldes werden wir eine Kommunikations- und Betreuungsstrategie auflegen und Forstbetriebsgemeinschaften finanziell unterstützen. Für Eigentümerinnen und Eigentümer kleiner Waldflächen soll ein „Rundum-Sorglos-Betreuungspaket“ für den Waldumbau angeboten werden.
- **Mehr Personal für den Waldumbau:** Den Landesbetrieb Forst werden wir personell so ausstatten, dass er die zusätzlichen Aufgaben beim Waldumbau und bei der Betreuung von Privat- und Kommunalwald leisten kann. Wo keine leistungsfähigen Forstbetriebsgemeinschaften existieren, soll der Landesforstbetrieb auch wieder vermehrt Forstdienstleistungen gegen Entgelt anbieten. Wir benötigen wieder mehr ansprechbare Forstleute in der Fläche des Landes.
- **Mehr Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter ausbilden und einstellen:** Wir werden die Anzahl der Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter im Landesbetrieb erhöhen, um die Abhängigkeit von privaten Dienstleistern zu verringern und flexibles Handeln zu gewährleisten. Dazu wird die Ausbildungskapazität ausgebaut und die Ausbildung ergänzend zur Waldarbeiterschule Kunsterspring dezentralisiert.
- **Waldschulen retten:** Die Waldpädagogik mit den Waldschulen werden wir unvermindert erhalten und das Personal dafür sichern.
- **Waldwissenschaft stärken:** Das Landeskompetenzzentrum Forst in Eberswalde leistet unverzichtbare Aufgaben im Monitoring und der fachlichen Begleitung der Forstwirtschaft. Es soll weiter gestärkt werden. Gespräche mit anderen Bundesländern zu verstärkter Kooperation sollen intensiviert werden.
- **Landeswaldflächen erweitern:** Wir werden den Landesbetrieb Forst in die Lage versetzen, die Landeswaldflächen durch Ankauf von Flächen privater Kleinwaldbesitzenden, die an der Bewirtschaftung ihrer Flächen kein Interesse mehr

haben, zu erweitern und zu arrondieren, unter Beachtung der Interessen funktionierender forstlicher Zusammenschlüsse vor Ort.

- **Wald muss erhalten werden:** Das Waldgesetz werden wir dahingehend ändern, dass die Handlungsmöglichkeiten des Landes bei der Waldbrandprävention erleichtert und höhere Anforderungen hinsichtlich einer vielfältigen Waldstruktur und einer nachhaltigen Forstwirtschaft formuliert sowie die Gemeinwohlleistungen betont werden. Die Umwandlung von Wald in andere Nutzungsarten (Gewerbe und Siedlungserweiterung) soll erschwert werden.
- **Wald braucht auch Wildnis:** Wir stehen zu dem Ziel, 10 Prozent der Waldfläche in öffentlicher Hand der unbeeinflussten Entwicklung zu überlassen und 2 Prozent der Landesfläche als dauerhafte Wildnisfläche auszuweisen.
- **Wald und Wild im Einklang entwickeln:** Wir werden prüfen, ob sich die Verbissituation im Wald verbessert. Wenn es weiteren Handlungsbedarf gibt, werden wir in einem umfassenden Dialogprozess mit allen Beteiligten Möglichkeiten suchen, den Einfluss der Waldeigentümerinnen und -eigentümer auf das Jagdregime zu verbessern, ohne dass grundsätzlich bewährte System der Jagdgenossenschaften und Hegegemeinschaften in Frage zu stellen.

1.4.6 Oasen für Jung und Alt: Kleingärten

Kleingärten spielen eine große Rolle für Menschen, die kein Eigenheim haben. Hier kann man sich erholen, Obst und Gemüse ernten, Gemeinschaft im Verein erleben.

Kleingärten sind darüber hinaus wichtig für die biologische Vielfalt und das regionale Kleinklima.

Landesweit stehen Kleingärten vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen: Im Berliner Umland ist das Interesse ungebrochen hoch, doch sehen sich die Kleingärten zunehmender Flächenkonkurrenz ausgesetzt. Die Begehrlichkeiten für Wohn- und Gewerbeflächen steigen. In den ländlichen Räumen dagegen nimmt mancherorts der Leerstand zu, und die Vereine müssen sich über Rückbau Gedanken machen. Mitunter besteht das Problem, dass die historisch gewachsenen ostdeutschen Kleingartenstrukturen nicht recht mit den Anforderungen des Bundeskleingartengesetzes übereinstimmen.

Unsere Projekte:

- **Kleingärten sichern:** Kleingärten ostdeutscher Prägung brauchen Bestandsschutz und Entwicklungsmöglichkeiten. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein.
- **Kleingärten weiter fördern:** Wir werden die Förderung von Kleingärten durch das Land absichern – mindestens in der Höhe wie bisher.
- **Kleingärten demokratisch begleiten:** Wir werden den Kleingartenbeirat auch in der kommenden Wahlperiode fortführen. Für den landesweiten Umgang mit Kleingärten

sollen gemeinsam mit dem Landeskleingartenbeirat erarbeitete Leitlinien die Grundlage bilden.

- **Mehr Zusammenarbeit mit Schulen:** Die Zusammenarbeit von Kleingartenvereinen mit Schulen zur Anlage und Betreuung von Schulgärten werden wir befördern.
- **Kleingärten bei der Städtebauförderung berücksichtigen:** Wir werden bei der Erstellung von kommunalen Kleingartenentwicklungskonzepten und wo nötig beim Um- und Rückbau von Kleingärten unterstützen.

1.4.7 Die Vielfalt der Natur schützen

Brandenburg hat eine großartige Natur. Wälder und Seen, Felder und Wiesen prägen unsere Landschaft. Die Natur ist ein wichtiger Grund, warum sich viele Menschen bei uns in Brandenburg wohlfühlen – Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie Gäste. In der Brandenburger Natur leben noch viele Tier- und Pflanzenarten, die andernorts selten geworden sind. Diese gilt es weiter zu schützen und für künftige Generationen zu bewahren. Schließlich ist Biodiversität eine wichtige Grundlage für das Funktionieren der Ökosysteme, von deren Funktionieren wir Menschen abhängig sind. Wir sind fest überzeugt: Naturschutz und Landnutzung, Tierschutz und Landwirtschaft müssen keine Gegensätze sein, sondern gehen nur zusammen.

Doch auch in Brandenburg werden die Roten Listen länger. Immer mehr Tier- und Pflanzenarten sind in ihrem Bestand bedroht. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Wichtige Instrumente sind dabei die Europäischen Naturschutzbestimmungen, wichtige Akteure die verschiedenen Naturschutzverwaltungen einerseits und der ehrenamtliche Naturschutz andererseits.

Unsere Projekte:

- **NATURA 2000 ausbauen:** Die Umsetzung der europäischen Naturschutzaufgaben im Rahmen von NATURA 2000 ist von entscheidender Bedeutung für die Bewahrung der biologischen Vielfalt. Dafür müssen auch vor dem Hintergrund laufender EU-Vertragsverletzungsverfahren die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Die NATURA 2000 Teams werden wir weiter ausbauen.
- **Naturschutzstationen stärken:** Die Naturschutzstationen und die Staatliche Vogelschutzwarte leisten besonders effektive und wichtige Arbeit im Artenschutz, bei der Koordination des ehrenamtlichen Engagements und bei der Begleitung des Ausbaus erneuerbarer Energien. Wir werden sie personell und materiell stärken und wieder mehr Artenschutzprogramme auflegen.
- **Großschutzgebiete als Modellregionen stärken:** Die Großschutzgebiete und die Naturwacht werden wir weiter stärken, damit sie ihren Aufgaben beim Erhalt der biologischen Vielfalt, der Bildung für nachhaltige Entwicklung, beim naturverträglichen Tourismus und einer nachhaltigen Regionalentwicklung gerecht

werden können. Der Nationalparkverwaltung Unteres Odertal werden wir Vollzugsaufgaben übertragen, wie das in den meisten anderen Nationalparks in Deutschland üblich ist.

- **Ehrenamtliches Engagement fördern:** Das Ehrenamt leistet unverzichtbare Arbeit im praktischen Naturschutz, bei der Bewertung von Projekten, in der Umweltbildung und der Umweltbeobachtung. Die Naturschutzverbände werden wir mindestens in der bisherigen Höhe auskömmlich, dauerhaft und verlässlich fördern. Die seit der Schließung der ehemaligen Landeslehrstätte Naturschutz in Lebus brachliegende Fortbildungsarbeit für den haupt- und ehrenamtlichen Naturschutz werden wir wieder aufbauen.
- **Keine Absenkung von Standards:** Wir wenden uns gegen die Aufweichung von Schutzstandards in Schutzgebieten. Eine Inanspruchnahme von Landschafts- und anderen Schutzgebieten soll möglichst vermieden werden.
- **Insektenschutz vorantreiben:** Im „Insektendialog“ haben Naturschutz- und Landnutzungsverbände gemeinsam wertvolle Ideen entwickelt, wie der Schutz der biologischen Vielfalt und der natürlichen Ressourcen mit der Landnutzung in Einklang gebracht werden kann. Die Fraktionen der aktuellen Regierungskoalition haben die Umsetzung dann aber verweigert. Wir werden diesen Gesprächsfaden wieder aufnehmen. Das Insektenschutzprogramm muss mit Leben erfüllt werden. Der im Rahmen des Insektendialogs erarbeitete Gesetzentwurf und der Forderungskatalog sollen Grundlage für die weiteren Beratungen sein.
- **Alleen als Kulturgut sichern:** Der Bestand an Alleen ist stark zurückgegangen. Hier werden wir umsteuern: Ziel muss es sein, wieder mehr Alleen zu pflanzen. Wir orientieren uns dabei an positiven Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern bspw. zur Regelung von Pflanzabständen, Lückenbepflanzung, regionale Pflanzkonzepte, Straßenbaumkataster, Straßenkategorien übergreifende Planung und Alleenfonds. Der Vollzug des gesetzlichen Alleenschutzes inklusive der Nachpflanzpflicht muss abgesichert werden.
- **Naturschutz auf öffentlichen Flächen:** Die Stadtnatur wollen wir erhalten und ausbauen, Blühstreifen in Städten und Dörfern einrichten und Außengelände öffentlicher Einrichtungen sowie Schul- und Kitagelände naturnah gestalten. Wir werden ein Programm zur Wiederbegrünung und Renaturierung von Gemeindeflächen im Land organisatorisch und finanziell unterstützen.

1.4.8 Mehr Schutz für Tiere dauerhaft absichern

Tierschutz ist ein ethisches Gebot und vielen Menschen ein wichtiges Anliegen. Für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung wurde vor Jahren im Ergebnis eines Volksbegehrens der Tierschutzplan Brandenburg ins Leben gerufen – ein erfolgversprechender Ansatz,

gemeinsam mit Berufsstand und Tierschutzverbänden Verbesserungen beim Tierwohl zu erreichen. Wir stehen zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, sehen aber die Notwendigkeit für weitere Verbesserungen beim Tierwohl. Diese müssen umgesetzt werden, ohne die Landwirtschaftsbetriebe wirtschaftlich zu überfordern. Der Tierschutz bei Heimtieren und auch bei hilfsbedürftigen Wildtieren wird zum großen Teil ehrenamtlich getragen. Dieses Engagement muss gefördert werden. Für Tierheime muss eine auskömmliche Finanzierung sichergestellt werden.

Noch längst sind nicht alle Ziele aus dem Tierschutzplan erreicht – daran muss weitergearbeitet werden. Tierheime leiden unter chronischer Unterfinanzierung. Es kann nicht sein, dass engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dauerhaft unter prekären und selbstausbeuterischen Bedingungen arbeiten.

Unsere Projekte:

- **Tierschutzplan umsetzen:** Den Tierschutzplan für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung werden wir evaluieren und die aktuell vordringlichen Handlungsbedarfe herausarbeiten, um beispielsweise ein Ende des Kupierens von Ferkelschwänzen zu erreichen.
- **Verbandsklage für Tierschutzvereinigungen ermöglichen:** Wir befürworten eine Verbandsklage für anerkannte Tierschutzvereinigungen.
- **Tierwohl in der Nutztierhaltung verbessern:** Auf Bundesebene setzen wir uns für die Umsetzung der Vorschläge der „Borchert-Kommission“ für eine Verbesserung der Tierwohlbelange in der Nutztierhaltung ein. Wir befürworten eine verpflichtende Kennzeichnung der Haltungsbedingungen bei tierischen Produkten.
- **Tierheime unterstützen:** Für die Tierheime in Brandenburg werden wir eine ehrliche Bestandsaufnahme des Finanzbedarfs für Investitionen und den laufenden Betrieb vornehmen und gemeinsam mit den Kommunen Finanzierungskonzepte erarbeiten. Ziel muss sein, die Tierheime und die Tierschutzvereine auskömmlich zu finanzieren.
- **Wildtierpflege und -auswilderung regeln:** Für die Pflege und Auswilderung hilfsbedürftiger Wildtiere soll ein Konzept vorgelegt werden, das den Bedarf ermittelt, vorhandene Einrichtungen einbezieht und klare Regelungen für Verfahren und Finanzierung vorsieht.

1.4.9 Für ein enkelgerechtes Land: Nachhaltigkeitsprozess wiederaufnehmen

Nachhaltigkeit bedeutet, dass wir unser Leben so gestalten, dass auch zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse noch erfüllen können. Eigentlich sollte das selbstverständlich sein – ist es aber nicht. Die 2014 unter einer linken Umweltministerin erarbeitete Nachhaltigkeitsstrategie war ein hoffnungsvoller Ansatz, um die brandenburgische Politik enkelgerecht umzugestalten. Leider ist dieser Prozess durch die nachfolgende Regierungskoalition nicht konsequent fortgesetzt worden: Die

Strategie wurde nicht richtig umgesetzt, und die nachfolgenden Fortschreibungen waren wenig ambitioniert und blieben wirkungslos. Dem zögerlichen Agieren der Landesregierung stehen die Herausforderungen für die Zukunft gegenüber und aktive und fortschrittliche Kräfte in der Zivilgesellschaft, die bereit stehen für den sozialökologischen Umbau, aber Unterstützung durch die Landespolitik brauchen.

Unsere Projekte:

- **Zivilgesellschaft stärken:** Die zivilgesellschaftlichen Strukturen wie den Nachhaltigkeitsbeirat, die Nachhaltigkeitsplattform und das Jugendforum Nachhaltigkeit, die sich für eine nachhaltige Landespolitik einsetzen, werden wir weiterhin unterstützen und stärken.
- **Nachhaltigkeitscheck einführen:** Für alle Gesetzesvorhaben und Strategien der Landesregierung werden wir einen Nachhaltigkeitscheck einführen. Damit soll sichergestellt werden, dass wir heute nicht auf Kosten künftiger Generationen handeln.
- **Jährliche Nachhaltigkeitsberichtspflicht einführen:** Um Fortschritte und Defizite zu erkennen, werden wir einen jährlichen Nachhaltigkeitsbericht einführen. Die Nachhaltigkeitsindikatoren müssen komplett überarbeitet werden, um aussagekräftig zu werden.

2 Solidarität als Gesellschaftsprinzip: Für eine starke öffentliche Daseinsvorsorge

Gerade in der Corona-Zeit haben wir gesehen, wie wichtig ein gut aufgestelltes, verlässliches und widerstandsfähiges Gemeinwesen für das Funktionieren unserer Gesellschaft ist: ein Krankenhaus in der Nähe, gut ausgestattet und mit genügend Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern, moderne Schulen mit gut ausgebildeten Lehrkräften und ausreichend digitaler Technik, eine schnelle und unkomplizierte Verwaltung ohne unnötige Bürokratie, ein starkes Netz aus sozialen Einrichtungen und Unterstützungsangeboten für Menschen in Not. Kurz: eine leistungsfähige und stabile öffentliche Daseinsvorsorge. Oft genug haben wir aber auch erlebt, dass es genau daran gefehlt hat oder die Dinge nicht so funktioniert haben, wie sie eigentlich sollten.

Die Ursache hierfür liegt in einer falschen Politik: Seit den 1990er Jahren wurde massiv an der öffentlichen Daseinsvorsorge gespart, auch in Brandenburg. Staatliche Aufgaben wurden systematisch an externe Dienstleister und billige Subunternehmen ausgelagert – oft genug auf Kosten der Beschäftigten. Öffentliches Eigentum wie Krankenhäuser, Wohnungen oder Energienetze wurden privatisiert - vor allem die lukrativen, während defizitäre Einrichtungen in der öffentlichen Hand belassen wurden. Soziale Leistungen wurden gekürzt, soziale Infrastruktur eingestampft - vor allem zu Lasten derjenigen, die

es ohnehin am schwersten haben. Dringend notwendige Investitionen hingegen blieben aus, vielerorts ist unsere Infrastruktur marode. Diese Fehler holen uns heute ein. Wir alle erleben das in unserem Alltag: fehlende Schulen und Kitas, einsturzgefährdete Brücken, veraltete technische Ausstattung und zu wenig Personal in Bildung, Gesundheit, Nahverkehr oder Verwaltung. Gerade in den Bereichen, aus denen sich der Staat überwiegend zurückgezogen hat, sind die Probleme augenfällig, so zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt. In immer mehr Orten ist bezahlbarer Wohnraum Mangelware geworden und selbst Familien mit gutem Einkommen finden keine ausreichend große Wohnung mehr. Die oft verzweifelte Suche nach bezahlbarem Wohnraum ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen und für Betroffene nicht selten existenzbedrohend.

Gerade angesichts der Herausforderungen unserer Zeit und des Auseinanderdriftens unserer Gesellschaft ist ein gut aufgestellter, resilienter und demokratischer Staat notwendig, um Entwicklungen zu steuern und Sicherheit im Wandel gewährleisten zu können. Wir sind überzeugt: Nur ein starkes öffentliches Gemeinwesen kann Veränderung produktiv gestalten und den Menschen Perspektiven schaffen – der Markt wird dazu nicht in der Lage sein, es widerspricht seinem Wesen und Ziel. Deshalb wollen wir die Dinge, die wir alle für ein gutes Leben brauchen, wieder in Gemeineigentum überführen und auf diese Weise sicherstellen, dass sie dem Wohl aller und nicht nur den Profiten einiger Weniger dienen: Gesundheit, Mobilität, Bildung, Wohnen, Wasser und Energie gehören in die öffentliche Hand! Darüber hinaus braucht es ein engmaschiges soziales Netz, das die Menschen wirksam gegen die Lebensrisiken von Krankheit, Unfall, Alter, Pflegebedürftigkeit und Erwerbslosigkeit schützt, Armut effektiv bekämpft und vor allem die Kinderarmut in unserem reichen Land endlich beseitigt. Wir wollen eine Gesellschaft, aufgebaut nach dem Prinzip der Solidarität – alle für einen und einer für alle. Eine starke Gemeinschaft, die Halt gibt, auf die man sich verlassen kann, die da ist, wenn man sie braucht. Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind groß: Bildungskrise, Demokratiekrise, Klimakrise, Pflegenotstand und vieles mehr. Nur gemeinsam werden wir sie meistern und dem Traum vom guten Leben für alle Stück für Stück näherkommen.

2.1 Nicht gleich, aber gleich gut: Brandenburg zusammenhalten

Immer mehr Menschen zieht es nach Brandenburg. Viele, die das Land in den letzten Jahrzehnten verlassen haben, kehren zurück. Wieder mehr junge Leute wollen gar nicht erst weg, sondern nach Schule und Ausbildung in ihrer Region bleiben. Andere haben sich erst in den letzten Jahren in Land und Leute verliebt und sich entschlossen, hier ihr weiteres Leben verbringen zu wollen. Manche haben auch unfreiwillig ihre Heimat verlassen müssen und bei uns in Brandenburg eine sichere Zuflucht gefunden. So oder so: Brandenburg wächst wieder, aber noch nicht überall. Noch immer gibt es Regionen mit Abwanderung und Bevölkerungsrückgang. Brandenburg ist vielfältig im ländlichen

Raum mit seinen unterschiedlichen Entwicklungspotentialen. Diese Vielfalt gilt es bei allen Entscheidungen zu beachten.

Alle Regionen brauchen Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur, ansonsten wird es weiter zwangsläufig Verliererinnen und Verlierer geben. Genau das erleben wir gerade. So steigen die Mieten, Kaufpreise für Bauland und Eigenheime ziehen nach, vielerorts werden Kitaplätze knapp, es fehlt an Schulen und die Verkehrsinfrastruktur gerät an ihre Grenzen. Wo die einen vollbesetzte Busse und einen guten Takt haben und es trotzdem nicht reicht, gibt es noch immer Dörfer, die vom Busverkehr abgehängt sind und wo Menschen sich nur auf ihr eigenes Auto verlassen können. Wir setzen auf kooperative Beziehungen zwischen den Gemeinden und Städten, denn nicht jedes Dorf kann eine Schule, eine Kita oder Dorfladen haben. Deshalb spielt die Frage der Erreichbarkeit von Leistungen, die man zum Leben braucht, eine große Rolle. Menschen bleiben und kommen, wenn man mit Bus oder der Bahn auch wieder wehkommt.

Den Kommunen fehlt das Geld, um mit der rasanten Entwicklung Schritt zu halten. Diese Probleme sind nicht naturgegeben, sie sind die Folge von politischen Entscheidungen. Genauer: Von Nicht-Entscheidungen. Fragen der Mobilität und gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum sind für Menschen entscheidend bei der Beantwortung der Frage nach gehen oder bleiben. Denn Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, den Kino- oder Theaterbesuch, das Top-Fußballspiel oder Radrennen gibt es nur mit guter Mobilität. Sich abgehängt fühlen, führt zu einem zunehmenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen und mentalen Auseinanderdriften von Stadt und Land. Das Gefühl, dass der ländliche Raum nur noch als Funktionsraum für erneuerbare Energien wahrgenommen wird und nicht als Lebensraum der Hälfte der Bevölkerung angesehen wird, ist dominant. Das führt zu mehr Ablehnung von Politik und weniger Zusammenhalt. Schlussendlich ist es eine Gefahr für unsere Demokratie.

Unsere Projekte:

- **Sonderfonds für Investitionen und soziale Infrastruktur:** Wollen wir ein weiteres Auseinanderdriften unseres Landes verhindern, brauchen wir hier ein umfassendes Investitionsprogramm. Für die kommenden zwei Jahre werden wir einen Sonderfonds über mindestens 500 Millionen Euro für Investitionen in die soziale Infrastruktur in den Orten des Landes auflegen.
- **Masterplan zur Sicherung der Daseinsvorsorge:** Der ländliche Raum braucht einen Masterplan der Daseinsvorsorge mit konkreten verbindlichen Umsetzungszielen. Dazu gehören gesundheitliche Versorgung, Mobilität, Bildung, Infrastruktur, kulturelle Angebote und die Förderung der dörflichen Gemeinschaft. Die Enquete-Kommission des Landtages hatdazu viele konkrete Vorschläge gemacht, die aktualisiert und umgesetzt werden sollten.

- **Kneipensterben aufhalten:** Wir werden ein Programm zum Erhalt und zur Stärkung von Hotellerie und Gastronomie im ländlichen Raum auflegen, mit dem wir insbesondere dem Gasthaussterben entgegentreten wollen. Gefördert werden sollen hierbei auch innovative Modelle bei der Gewinnung von Fachkräften für den Tourismus oder bei der Unternehmensnachfolge.
- **Anschubfinanzierung für Sozialgenossenschaften bereitstellen:** Wir werden das Genossenschaftsmodell stärken. Es ermöglicht die Chance gemeinsam Lösungen für spezifische Bedürfnisse in den Bereichen gesundheitliche Versorgung, Energiewirtschaft, Versorgung, Kultur und Mobilität, zu finden. Sie sind eine gute Mischung aus Eigeninitiative und Solidarität für die Gemeinschaft.
- **Finanzausgleichsgesetz ändern:** Der Finanzhaushalt vieler kleiner Gemeinden braucht die Berücksichtigung der Gemeindeflächengröße, denn wenig finanzielle Einnahmen und lange Gemeindestrassen lassen kaum Finanzspielraum für freiwillige Aufgaben.
- **Ländliche Räume in die Staatskanzlei:** Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist eine Querschnittsaufgabe über alle Fachbereiche hinweg. Wir werden eine interministerielle Arbeitsgruppe und eine beziehungsweise einen Sonderbeauftragten in der Staatskanzlei einsetzen, um den Anforderungen der ländlichen Räume bei allen Entscheidungen die notwendige Geltung zu verschaffen.
- **Auswirkungen auf ländliche Räume immer mitdenken:** Alle Gesetzesvorhaben sollen speziell auf ihre Auswirkungen auf die ländlichen Räume geprüft werden.

2.2 Gut versorgt in Stadt wie Land: Gesundheit ist keine Ware

Allen Menschen in Brandenburg soll die bestmögliche Gesundheitsversorgung und Pflege zur Verfügung stehen – unabhängig von der Größe ihres Geldbeutels. Wir wollen die Profitorientierung im Gesundheitswesen abschaffen. Statt großer Gewinne für Krankenhaus- und Pflegekonzerne wollen wir eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung. Wir glauben, dass das nur gelingen kann, wenn der Staat mehr Verantwortung übernimmt und wir die Gesundheitsversorgung nach und nach wieder in die öffentliche Hand überführen. Wir wollen die Zweiklassenmedizin in Deutschland abschaffen und eine solidarische Kranken- und Pflegeversicherung einführen, in die alle einzahlen und von der dann auch alle gleichermaßen profitieren. Nur so schaffen wir die Voraussetzungen, die nötig sind, damit alle Menschen im Bereich Gesundheit und Pflege bestmöglich versorgt sind: Patientinnen und Patienten, Beschäftigte sowie Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen.

Die letzten Jahrzehnte waren auch in Brandenburg geprägt von einer immer schlechter werdenden gesundheitlichen Versorgung, insbesondere in der Fläche des Landes. Krankenhäuser wurden geschlossen oder privatisiert, vielerorts wurden Abteilungen dicht gemacht. Die allermeisten Häuser befinden sich heute in einer wirtschaftlichen

Schieflage und nicht wenige drohen der Unterfinanzierung zum Opfer zu fallen. Bei den Hausarztpraxen fehlt es an Nachwuchs und monatelanges Warten auf einen Facharzttermin ist die Regel, nicht die Ausnahme. Bei immer mehr Medikamenten gibt es Lieferschwierigkeiten, die für die Betroffenen lebensbedrohliche Auswirkungen haben können. Die negativen Folgen der Profitgier zeigen sich immer deutlicher. Besonders gravierend ist der Personalmangel in unseren Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. In keinem Berufsfeld ist die durchschnittliche Verweildauer so kurz wie in der Pflege, der Krankenstand so hoch. Mittlerweile führt der Personalnotstand sogar dazu, dass Pflegeheime schließen müssen, weil sie aufgrund von zu wenig Personal ihre Betten nicht mehr voll belegen und damit nicht mehr wirtschaftlich arbeiten können - dabei sind die Kosten für Pflegeheimplätze für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie ihre Angehörigen enorm. Zunehmend führt dies auch zu einem Mangel an Pflegeheimplätzen, besonders in der Kurzzeitpflege. Unser Gesundheitssystem steht in vielen Bereichen kurz vor dem Kollaps und es braucht entschlossenes Handeln, um es zu stabilisieren und angesichts einer älter werdenden Gesellschaft zu stärken und auszubauen.

2.2.1 Ärztemangel bekämpfen

Wir wollen die ambulante medizinische Versorgung in allen Regionen des Landes sicherstellen. Überall in Brandenburg muss es ausreichend Hausärztinnen und Hausärzte sowie erreichbare Fachärztinnen und Fachärzte mit ausreichend Terminen geben. Die zeitraubende und frustrierende Suche nach Haus- oder Fachärztinnen und -ärzten muss überwunden werden. Wie früher wollen wir Polikliniken bzw. Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in kommunaler Hand, in denen Patientinnen und Patienten wohnortnah und ganzheitlich versorgt werden können und den Ärztinnen und Ärzten die Möglichkeit eines Anstellungsverhältnisses mit guten Arbeitsbedingungen und geregelten Arbeitszeiten bieten.

In Brandenburg suchen derzeit knapp 700 Hausärztinnen und -ärzte eine Nachfolge. 330 hausärztliche Kassensitze sind unbesetzt. Das Durchschnittsalter der Hausärztinnen und -ärzte liegt bei 54,4 Jahren und rund 37 Prozent der behandelnden Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner waren 2023 älter als 60 Jahre. Die Zahl der potenziellen Nachfolgerinnen und Nachfolger ist auf absehbare Zeit deutlich geringer als die Zahl der sich zur Ruhe setzenden Ärztinnen und Ärzte – auch im fachärztlichen Bereich, hier fehlen momentan 170 Fachärztinnen und Fachärzte. Immer weniger Nachwuchsärztinnen und -ärzte lassen sich als Hausärztinnen und -ärzte nieder, sie bevorzugen Angestelltenverhältnisse und Teilzeitmodelle. Sie scheuen das unternehmerische Risiko einer Selbstständigkeit. Ebenso wird die überbordende Bürokratie im Praxisalltag als Hindernis für die Niederlassung wahrgenommen. So müssen Medizinerinnen und Mediziner in einer klassischen Ein-Personen-Praxis oft mehr als die Hälfte ihrer Arbeitszeit mit bürokratischen Prozessen verbringen.

Praxisinhaberinnen und -inhaber kommen so häufig auf eine Wochenarbeitszeit von deutlich über 50 Stunden. Ärztinnen und Ärzte in Anstellungsverhältnissen können sich hingegen viel mehr auf ihre medizinische Kerntätigkeit, die Arbeit mit den Patientinnen und Patienten, fokussieren. In der Folge droht in vielen Regionen eine ärztliche Unterversorgung.

Wir wollen auch die psychosoziale und psychiatrische Versorgung verbessern. Die Zahl der psychischen Erkrankungen ist in den vergangenen Jahren auch in Brandenburg stark gestiegen – die Zahl der Therapieplätze aber nicht. Psychische Erkrankungen sind nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Sie werden durch prekäre und überlastende Arbeitsverhältnisse, Armut, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen verstärkt. Auch die gesamte Gesellschaft leidet, wenn Menschen dauerhaft krank werden und nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr arbeiten können – gerade in sozialen Berufen, wo die psychische Belastung besonders hoch ist. Obwohl Prävention sowie frühzeitige Intervention und Behandlung wichtig sind, um schwerwiegende Krankheitsverläufe zu verhindern, warten Betroffene oft lange auf einen kassenärztlichen Behandlungs- oder Therapieplatz, besonders im ländlichen Raum.

Unsere Projekte:

- **Landarztstipendium wiederbeleben:** Pro Semester werden wir wieder 50 Stipendien vergeben, wenn sich Medizinstudentinnen und -studenten nach dem Studium verpflichten, in Brandenburg tätig zu werden. Damit sichern wir kontinuierlich die ambulante Versorgung in der Fläche und binden zusätzlich zukünftige Studierende des Innovationszentrums Universitätsmedizin Cottbus/Chósebuz (IUC) und der Medizinischen Hochschule Brandenburg (MHB) an das Land Brandenburg.
- **Förderprogramm Niederlassung:** Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KVBB) und den Kommunen werden wir ein Förderprogramm auflegen, um Ärztinnen und Ärzte für die Niederlassung in unterversorgten Regionen zu gewinnen.
- **Zusammenarbeit von IUC und MHB fördern:** Zukünftig werden an der neuen Universität in Cottbus/Chósebuz Medizinerinnen und Mediziner ausgebildet. Daneben hat sich seit Jahren das Medizinstudium an der kommunal getragenen MHB etabliert und die ersten dort ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte arbeiten im Land. Wir wollen, dass beide Universitäten stärker kooperieren. Die Forschungsförderung von mindestens 5 Millionen Euro für die MHB werden wir deshalb verstetigen und gemeinsame Forschungsprojekte von IUC und MHB gezielt fördern.
- **Regionale Bedarfsplanung vorantreiben:** Wir werden dafür sorgen, dass das Land bei der Ausweisung von Kassenarztsitzen künftig mitentscheiden kann. Bisher entscheiden die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB) mit den Krankenkassen allein über die ambulante Versorgungsstruktur. Vielfach gelten

Regionen als überversorgt, doch vor Ort eine niedergelassene Ärztin oder einen niedergelassenen Arzt zu finden ist schlicht unmöglich. Das muss sich ändern. Wir sorgen dafür, dass das Land künftig gemeinsam mit der KVBB, den Krankenkassen und Krankenhausträgern eine regionale und sektorenübergreifende Bedarfsplanung vornimmt, um die medizinische Versorgung zu sichern. An der dringend notwendigen Überarbeitung der Kriterien müssen alle Akteure beteiligt werden.

- **Kommunale MVZ bzw. Polikliniken aufbauen:** Um die ambulante Versorgung zu stärken, werden wir ermöglichen, dass Kommunen selbstständig Medizinische Versorgungszentren oder Polikliniken gründen können. Dazu werden wir die bestehenden gesetzlichen Hürden abbauen und die Gründung gezielt fördern. Damit kommen wir dem Wunsch vieler Ärztinnen und Ärzte nach, die ambulant tätig sein wollen, aber die Risiken der Selbständigkeit scheuen. Gleichzeitig stellen wir die Versorgung in der Fläche sicher.
- **Mobile Angebote schaffen:** Um den Ärztemangel in dünnbesiedelten Regionen zu begegnen, werden wir zukünftig mobile Angebote schaffen. Eine rollende Arztpraxis kann wirksam die Unterversorgung eindämmen, indem sie immobile Patientinnen und Patienten auf dem Land versorgt.
- **AGNES – Gemeindeschwestern braucht das Land:** Um Hausärztinnen und -ärzte zu entlasten, ist der flächendeckende Einsatz von Gemeindeschwestern unbedingt notwendig. Wir werden ermöglichen, dass diese nach entsprechender Qualifikation ärztliche Tätigkeiten wie selbständige Wundversorgung, Hausbesuche, Blutentnahmen etc. übernehmen können. Damit die Gemeindeschwestern allen gesetzlich Versicherten zugutekommen können, werden wir alle Kassen als Kostenträger in das Projekt einbinden.
- **Digitalisierung vorantreiben:** Ob E-Rezept, elektronische Patientenakte oder elektronische Krankenschreibung, die Digitalisierung schreitet voran. Dies ist sinnvoll, wenn sie das Leben und die Arbeit erleichtert. Weniger sinnvoll ist es, wenn die technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen mangelhaft sind. Deshalb werden wir den digitalen Ausbau gezielt fördern und zwischen allen Beteiligten abgestimmte und einheitliche Lösungen schaffen. Mehr Digitalisierung kann nicht das persönliche Gespräch zwischen Ärztin bzw. Arzt und Patientin bzw. Patient ersetzen. Übergangsweise müssen alternative analoge Angebote vorgehalten werden.
- **Bürokratie abbauen:** Die Ärzteschaft soll sich zuallererst um ihre Patientinnen und Patienten kümmern. Deshalb werden wir den bürokratischen Wahnsinn reduzieren, der dazu zwingt, einen Großteil der Zeit administrativen Arbeiten zu opfern. Das entlastet die Fachkräfte und schafft Behandlungsressourcen.
- **Gerechte Vergütung:** Fachärztliche Qualifizierung und Weiterbildung sowie die allgemeine Preisentwicklung müssen sich auch in der Höhe der Honorare

widerspiegeln. Aufgrund der demografischen Entwicklung benötigen wir z.B. mehr Rheumatologinnen und Rheumatologen sowie und Diabetologinnen und Diabetologen. Ihre Vergütung werden wir anpassen.

2.2.2 Brandenburgische Krankenhäuser: Anker der gesundheitlichen Versorgung

Krankenhäuser und Kliniken sind eine wichtige Säule der sozialen Daseinsvorsorge und Anker der gesundheitlichen Versorgung. Gleiche Lebensverhältnisse gibt es nur dann, wenn die Menschen überall eine gleichwertige gesundheitliche Versorgung erhalten – ambulant wie stationär. Mit Blick auf die Krankenhauslandschaft bedeutet das, dass es in allen Regionen kurze Wege zum nächstgelegenen Krankenhaus gibt. Als Linke stehen wir zu unseren Krankenhäusern und werden dafür sorgen, dass kein weiterer Standort geschlossen oder privatisiert wird.

Derzeit gibt es in Brandenburg 65 Krankenhäuser in unterschiedlicher Trägerschaft, mit unterschiedlichen Versorgungsstufen und verteilt auf die fünf Versorgungsgebiete. Finanziert werden sie vor allem über das System der Fallpauschalen (DRGs) sowie über Investitionsmittel des Landes. Mit der Einführung der Fallpauschalen vor etwa 20 Jahren wurde die Ökonomisierung im Gesundheitswesen vorangetrieben – mit verheerenden Folgen für die Patientinnen und Patienten, die Beschäftigten, die Versorgungsstrukturen und für die Gemeinschaft. Die Anreizstruktur der Fallpauschalen führt dazu, dass besonders gewinnbringende Behandlungen besonders häufig - und nicht selten unnötigerweise - durchgeführt werden, wodurch private Klinikkonzerne auf unser aller Kosten Milliarden Gewinne abschöpfen können. Gleichzeitig bluten die häufig in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft befindlichen Grund- und Regelversorger ohne besondere Spezialisierung finanziell aus. Obwohl Deutschland das teuerste Gesundheitssystem der Welt besitzt, sind viele Kliniken akut in ihrer Existenz bedroht – auch in Brandenburg. Vielerorts wurden bereits Abteilungen oder ganze Häuser geschlossen, überall gibt es einen gefährlichen Personalmangel und die Versorgungsqualität nimmt spürbar ab. Das Finanzierungsdefizit in Brandenburg beläuft sich derzeit auf etwa 200 Millionen Euro. Darüber hinaus fehlt es an einer sektorenübergreifenden regionalen Planung in den Versorgungsgebieten, um den Um- und Ausbau zu bedarfsgerechten und modernen Zentren der ambulanten und stationären Versorgung zu sichern. Bis zum Inkrafttreten der Krankenhausreform des Bundes sind finanzielle Hilfen zur Überbrückung und wirtschaftlichen Sicherung dringend notwendig.

Unsere Projekte:

- **Regionale Klinikverbände unter dem Dach einer Landeskrankenhausgesellschaft schaffen:** Mit der Universitätsklinik in Cottbus/Chósebus schaffen wir das erste Landeskrankenhaus im Land. Wir wollen unter diesem Dach auch die weiteren Kliniken aufnehmen - ein regionaler Klinikverbund im

Versorgungsgebiet Lausitz/Łużyca kann dabei ein nächster Schritt sein. Gesundheit aus einer Hand und die Sicherung aller Standorte wären damit gewährleistet. Diese so entstandene Gesellschaft könnte das Muster sein für weitere regionale Klinikverbünde mit direkter Beteiligung des Landes in allen Versorgungsregionen, die sich in einem weiteren Schritt unter dem Dach einer Landeskrankenhausgesellschaft wiederfinden. Die Synergieeffekte verkürzen Behandlungswege für Patientinnen und Patienten und sparen Kosten im Gesundheitswesen.

- **Finanzhilfen für Krankenhäuser:** Wir werden drohende Insolvenzen durch Finanzhilfen des Landes abwenden und die medizinische Versorgung sichern, bis die geplante Krankenhausreform des Bundes greift. Wir brauchen Stabilität und Sicherheit, um die zukünftige Krankenhausstruktur im Land zu planen.
- **Klarheit in der Krankenhausreform:** Unbestritten, eine Reform ist notwendig, doch der Bund muss endlich liefern. Deshalb erhöhen wir den Druck, auch für ein Vorschaltgesetz des Bundes, um die mangelnde Refinanzierung der gestiegenen Personal- und Betriebskosten aufzufangen. Klar ist für uns dabei: die brandenburgischen Krankenhausstandorte stehen nicht zur Disposition. Sie sind für die flächendeckende medizinische Versorgung, vor allem im ländlichen Raum, notwendig.
- **Krankenhausplanung vorantreiben:** Die neue Landeskrankenhausplanung muss länderübergreifend vorangetrieben werden. Nicht nur mit Berlin, sondern auch mit Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt muss eine Abstimmung erfolgen. Die Krankenhausplanung werden wir zu einer regionalisierten und sektorenübergreifenden Gesundheitsplanung umbauen, in der stationäre und ambulante Angebote miteinander verzahnt und bedarfsgerecht abgestimmt werden.
- **Investitionen sichern:** Wir werden dafür sorgen, dass das Land den Krankenhäusern künftig mindestens 200 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stellt. Nur so kommt das Land der gesetzlichen Pflicht zur bedarfsgerechten Investitionsförderung nach. Auf diese Weise stellen wir Investitionen in die bauliche Infrastruktur und für die bedarfsnotwendige Anschaffung von medizinischen Großgeräten zur Behandlung der Patientinnen und Patienten sicher.
- **Transformationsfonds schaffen:** Der Aus- und Umbau der Brandenburgischen Krankenhäuser im Zuge der Krankenhausreform bedarf zusätzlicher Finanzmittel. Neben dem Bund muss auch Brandenburg seinen Anteil dazu leisten. Kleine Krankenhausstandorte werden wir zu ambulant-stationären Zentren umbauen und die telemedizinischen Angebote ausbauen, um so die ortsnahe gesundheitliche Versorgung in der Fläche zu sichern.
- **Komplette Abschaffung der Fallpauschalen:** Bedarfsnotwendige Krankenhäuser müssen ihre Kosten refinanziert bekommen, egal ob die aufgestellten Betten im Jahr

zu 100 Prozent ausgelastet sind oder nicht. Die geplanten Vorhaltepauschalen sind ein Schritt in die richtige Richtung, doch die Fallpauschalen (DRG) müssen komplett abgeschafft werden. Das erhöht die Behandlungsqualität, sichert die bedarfsgerechte Versorgung mit stationären medizinischen Leistungen und drängt private Gewinninteressen zurück.

- **Krankenhäuser in öffentlicher Hand:** Krankenhäuser sind Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Profitinteressen haben im Gesundheitswesen nichts zu suchen. Die bestmögliche medizinische Behandlung der Patientinnen und Patienten muss im Mittelpunkt stehen. Deshalb werden wir die Krankenhäuser im Besitz von privaten Klinikkonzernen Schritt für Schritt in die öffentliche Hand zurückführen.
- **Bürokratie abbauen:** Wir werden Ärztinnen und Ärzte, Therapeutinnen und Therapeuten und Pflegepersonal vom bürokratischen Aufwand entlasten, damit diese wieder mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit mit den Patientinnen und Patienten haben. Prüfung und Kontrolle durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen werden wir auf ein notwendiges Maß reduzieren. Die geplante Krankenhausreform darf nicht zu einem weiteren bürokratischen Monstrum führen.
- **Geburtshilfe absichern:** Wir stehen für die Umsetzung des nationalen Gesundheitsziels „Gesund rund um die Geburt“. Dabei sollen Schwangere, Mütter und Neugeborene umfassend und ganzheitlich betreut und versorgt werden. Dazu gehören Maßnahmen der Prävention und Früherkennung, die interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener Gesundheitsberufe sowie Information und Aufklärung. Besonders wichtig ist es dabei für uns, dass für die Menschen in Brandenburg flächendeckend und wohnortnah Geburtskliniken und -zentren sowie freiberufliche Hebammen zur Verfügung stehen und somit die Wahlfreiheit des Geburtsorts sichergestellt wird. Denn die Versorgungslage in Brandenburg ist auch hier leider zunehmend prekär. Eine Möglichkeit Schwangere, Mütter, Neugeborene und deren Familien, aber auch die Kliniken zu entlasten, sehen wir in der flächendeckenden Einrichtung hebammengeleiteter Kreißsäle.

2.2.3 In Würde altern: Pflege vor Ort

Die Menschen in Brandenburg werden immer älter. Aufgrund der Errungenschaften der modernen Medizin erfreuen sich viele auch hochbetagt noch bester Gesundheit und können ihr Leben in vollen Zügen genießen. Doch mit steigendem Alter und einem durch den demographischen Wandel bedingten höheren Anteil an älteren Menschen in der Gesellschaft, wächst auch die Zahl derjenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Derzeit leben in Brandenburg 185.000 pflegebedürftige Menschen, das sind 7,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Wir wollen, dass die Menschen in Brandenburg in Würde und selbstbestimmt alt werden können. Wenn dazu Hilfe und Unterstützung notwendig ist, dann muss sie unkompliziert, bezahlbar und selbstverständlich zur Verfügung stehen.

Pflegende Familienangehörige sollen kompetent beraten, entlastet und unterstützt werden. Nachbarschaftliche Hilfen gehören gefördert und ambulante Pflegedienste ordentlich vergütet. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen gut und die Arbeit bestens bezahlt sein. Sollte ein Pflegeheimplatz unvermeidbar sein, muss dieser vorhanden und für die Pflegebedürftigen bezahlbar sein. Priorität hat dabei neben dem Wunsch- und Wahlrecht, die Pflege in der eigenen Häuslichkeit im gewohnten Umfeld. Grundsätzlich ist mit guten pflegevermeidenden Präventionsmaßnahmen die Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich hinauszuzögern und die Lebensqualität der Menschen zu erhalten.

In Brandenburg sind die Pflegekosten in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen müssen inzwischen durchschnittlich 2260 Euro pro Monat zahlen - 235 Euro mehr als noch 2023. Nicht alle Menschen können sich den Aufenthalt im Heim aus Erspartem finanzieren. Die Durchschnittsrente lag 2023 nur bei 1481 Euro. Deshalb sind 40 Prozent der Brandenburger, die in einem Pflegeheim leben, auf Hilfe vom Sozialamt angewiesen. Wer Erspartes hat, muss dieses in vielen Fällen komplett aufbrauchen, deshalb bedeutet Pflegebedürftigkeit in vielen Fällen eine stille Enteignung. Trotz der hohen Pflegekosten sind die Pflegeeinrichtungen finanziell am Limit. Aufgrund des hohen Personalmangels können nicht alle Plätze belegt werden, was zu bilanziellen Defiziten und langfristig zur Zahlungsunfähigkeit führt. Hinzu kommen die gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise. Immer mehr Betreiber geben auf. Durch den hohen Kostendruck nimmt die Qualität der Pflege ab und die Arbeitsbedingungen werden schlechter. In vielen Regionen ist es schwierig geworden, überhaupt einen Pflegeplatz zu bekommen, vor allem Kurzzeitplätze sind Mangelware.

Unsere Projekte:

- **„Pakt für Pflege“ fortführen und ausbauen:** Wir werden das Förderprogramm „Pakt für Pflege“ sichern und ausbauen. Jährlich werden wir dafür 30 Millionen Euro zur Verfügung stellen. In den Mittelpunkt stellen wir Maßnahmen, um die Pflege in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen. Pflegende Angehörige sollen gezielt beraten werden und Unterstützungsleistungen vor Ort finden.
- **Investitionsförderprogramm für teil- und vollstationäre Pflege:** Bisher werden die Investitionskosten der Einrichtungen auf die Pflegebedürftigen abgewälzt. Das werden wir ändern, indem wir dafür sorgen, dass das Land den Neu-, Um- und Ausbau von Pflegeeinrichtungen ausreichend fördert.
- **Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag Pflege:** Seit 2014 diskutiert man im Land Brandenburg über einen Branchentarifvertrag Pflege, der für alle Einrichtungen der ambulanten und stationären Altenpflege gilt. Wir werden in Zusammenarbeit mit Ver.di und den Wohlfahrtsverbänden einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag festlegen. Dieser gilt dann auch für alle kirchlichen Einrichtungen.



- **Dorf- und Quartierskümmerer in jeder Gemeinde:** Wir werden dafür sorgen, dass in jeder Gemeinde und in jedem Stadtteil hauptamtlich Tätige ältere, hilfebedürftige oder alleinstehende Personen regelmäßig aufsuchen. Dabei sollen Hilfsbedarfe erfasst, konkrete Hilfe organisiert, gemeinsame Aktivitäten geplant und koordiniert werden. Ziel ist es, dass die Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können und stationäre Pflege so lange wie möglich vermieden wird.
- **Ausbau der Kurzzeit-Tagespflegeplätze:** Wir werden pflegende Angehörige entlasten, sodass sie nach einem Krankenhausaufenthalt des pflegebedürftigen Verwandten genügend Zeit haben, die häusliche Situation auf dessen Bedürfnisse vorzubereiten. Dafür werden wir mehr Kurzzeitpflege- und Tagespflegeplätze im gesamten Land Brandenburg schaffen. Wichtig ist uns dabei eine gute Verzahnung und Kooperation zwischen Kliniken und der Anschlusspflege.
- **Hospiz- und Palliativpflege ausbauen:** Sterben ist ein Teil des Lebens. Zum würdevollen, angst- und schmerzfreien Sterben zu Hause oder in einem besonders geschützten Rahmen tragen ambulante und stationäre Hospiz- und Palliativeinrichtungen in herausragender Weise bei. Neben einer guten finanziellen und personellen Ausstattung der Hospiz- und Pflegedienste werden wir auch deren ehrenamtliche Strukturen gezielt unterstützen. Ohne das große Engagement der zahlreichen ehrenamtlich Tätigen kann die Versorgung in diesem Bereich nicht auf angemessen hohem Niveau erfolgen. Ziel ist es, in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt mindestens ein stationäres Hospiz zu schaffen.
- **Auskömmliche Pflegesätze:** Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege müssen bei entsprechendem Nachweis die gestiegenen Kosten von den Pflegekassen erstattet bekommen. Monatelange Pflegesatzverhandlungen zwischen Pflegekassen und Trägern der Pflege gilt es zu verhindern, um die Existenz der Einrichtungen nicht zu gefährden.
- **Höheres Pflegegeld und höhere Sachkosten:** Die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung müssen deutlich nach oben angepasst und ein jährlicher Inflationsausgleich vorgenommen werden. Pflegebedürftigkeit darf nicht zur Altersarmut führen. Wir werden dafür sorgen, dass pflegende Angehörige für ihre Leistung ein höheres Pflegegeld erhalten.
- **Eigenanteile absenken:** Die Eigenanteile für Pflegebedürftige müssen signifikant sinken und perspektivisch abgeschafft werden. Im ersten Schritt werden wir für einen Sockel-Spitze-Tausch sorgen, sodass Pflegebedürftige einen festen Sockelbetrag zahlen und die darüberhinausgehenden Kosten von der Pflegeversicherung übernommen werden. Im zweiten Schritt wollen wir eine solidarische Pflege-Vollversicherung einführen, die Eigenanteile entbehrlich macht. Dafür werden wir uns mit aller Kraft auf Bundesebene einsetzen.

2.2.4 Gesundheitsberufe: Attraktiv, anerkannt und gut bezahlt

Krankheit und Pflegebedürftigkeit kann jede und jeden treffen und doch sind medizinische und pflegerische Hilfe mittlerweile keine Selbstverständlichkeit mehr. In vielen Bereichen des täglichen Lebens können technische Errungenschaften, Computersysteme und Maschinen inzwischen die Arbeit des Menschen ersetzen. In der Gesundheitsversorgung und in der Pflege ist dies nur zu einem kleinen Teil der Fall. Hier kann Technik zwar die Fachkraft unterstützen, sie aber keinesfalls ersetzen und das ist gut so. Denn in einer Gesellschaft, die durch Schnellebigkeit und Wandel gekennzeichnet ist und in der immer mehr Menschen unter Einsamkeit leiden, können die diejenigen, die sich für Gesundheitsberufe und damit für die Arbeit mit den Menschen entscheiden gar nicht genug wertgeschätzt, anerkannt und unterstützt werden. Gesundheitsberufen muss deshalb endlich der gesellschaftliche Stellenwert eingeräumt werden, der ihrer Leistung für unser Gemeinwesen entspricht.

Die Coronapandemie hat uns diesen Wert deutlich vor Augen geführt. Trotzdem blieb es im Wesentlichen bei Applaus und warmen Worten. Mangelnde Anerkennung und wenig attraktive Arbeitsbedingungen für Medizinerinnen und Mediziner, Pflegekräfte, Therapeutinnen und Therapeuten, Fachkräfte in der Beratung und Betreuung sowie in Apotheken und Laboren führen auch in diesen Bereichen zu einem deutlich spürbaren Fachkräftemangel. Wenn es nicht gelingt, junge Menschen für diese Berufe zu begeistern, werden die vorhandenen Fachkräfte die stetig wachsenden Missstände nicht mehr kompensieren können.

Unsere Projekte:

- **Mehr Fachkräfte durch mehr Ausbildungs- und Studienangebote:** Wir werden die Pflegeassistentenausbildung in das Gesamtsystem der generalistischen Pflegeausbildung als niedrigschwelliges Ergänzungsangebot zur Pflegefachkraft integrieren und die Ausbildungskapazitäten bedarfsgerecht ausbauen. Ebenfalls ausbauen wollen wir das Landärztestipendium. Auch die Einstellung des Projekts der Schulgesundheitsfachkräfte an Schulen war eine Fehlentscheidung, die wir umgehend korrigieren werden. 
- **Gesundheitsberufe müssen gestärkt und aufgewertet werden:** Wer an den Pflegeberuf denkt, denkt an Stress, Schichtdienst und wenig Lohn. Das muss sich ändern! Die Arbeit mit Menschen muss wieder Spaß machen. Dazu müssen Ausbildungs- und Beschäftigungsbedingungen attraktiver werden. Wir wollen eine umfassende Attraktivitätskampagne, die über die Bedeutsamkeit sozialer Berufe aufklärt und die schönen Seiten an der Arbeit mit Menschen in den Vordergrund stellt. 
- **Ausländische Fachkräfte sind eine Bereicherung und müssen schnell in Arbeit kommen:** Brandenburg ist im gesamten Gesundheitssystem dringend auf den tatkräftigen Einsatz ausländischer Fachkräfte angewiesen. Der Fachkräftemangel ist

allein damit noch lange nicht kompensierbar. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass ausländische Fachkräfte schnellstmöglich ins Berufsleben einsteigen können. Dazu müssen die Berufsanererkennungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Migrantinnen und Migranten sollen die Möglichkeit bekommen, eine Ausbildung und einen Berufsabschluss zu machen und gezielt für Aufgaben im Gesundheitswesen geworben werden. Brandenburg verschenkt hier Ressourcen, die dringend genutzt werden müssen. ²

- **Pakt für Pflege 4. Säule „Fachkräftesicherung“ umsetzen und ausbauen:**
Die umgehende Umsetzung der 4. Säule des Paktes für Pflege „Ausbildung und Fachkräftesicherung“ ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des allgemeinen Fachkräftemangels wichtiger denn je. Wir gehen dies mit aller Kraft an.
- **Verbesserungen in der Ausbildung und im Studium:** Wir werden die fachübergreifende Ausbildung nichtärztlicher Gesundheitsberufe an kommunalen Bildungszentren durchführen und das jetzige Ausbildungsangebot damit ausbauen bzw. ergänzen. Der Aufbau kommunaler bzw. regionaler öffentlicher Bildungszentren zur fachübergreifenden Ausbildung aller nichtärztlichen Berufsgruppen kann eine gute Ergänzung sein. Gerade die Ausbildungskapazitäten für Pflege- und Therapieberufe müssen deutlich ausgebaut werden. Zudem muss es in allen Bereichen eine angemessene Ausbildungsvergütung geben. Auch Medizinstudierende im Praktischen Jahr müssen hier mitgedacht und eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe des BAföG-Höchstsatzes erhalten. Die vorhandenen Ausbildungsstätten bspw. die Pflegefachschulen müssen landesweit gut aufgestellt und ausfinanziert werden.
- **Mehr Zahnärztinnen und Zahnärzte für ein flächendeckendes Angebot:**
Wir werden ein Landzahnarztstipendium einführen – analog dem Landarztstipendium im Medizinstudium. Damit binden wir den medizinischen Nachwuchs ans Land und sichern die Nachfolge.
- **Wir machen das Berufsleben besser:** Damit junge Menschen lange in ihrem Wunschberuf verweilen, müssen wir gute Arbeitsbedingungen sicherstellen. Hierzuzählen eine gute Bezahlung, durch einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag Pflege, und die Lohngleichheit zwischen ÖGD-Ärzten und niedergelassenen sowie angestellten Ärzten in Kliniken, MVZ oder anderen Einrichtungen. Wir werden die Last auf viele Schultern verteilen: durch eine gesetzlich verankerte Personalbemessung und Personalmindeststandards in allen Bereich des Gesundheitswesens.
- **Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sichern:** Um ausreichend Personal zu gewinnen, müssen Ausbildungs- und Studienkapazitäten sowie Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ausgebaut werden. Hebammen mit einer schulischen Berufsausbildung müssen die Möglichkeit haben, über eine berufsbegleitende Fortbildung den Bachelorabschluss zu erlangen. Ausbildungen und

Weiterqualifizierungen müssen grundsätzlich auch in Teilzeit berufsbegleitend und damit bezahlt stattfinden können. Gerade vulnerablen Gruppen wie Alleinerziehende können somit Berufsmöglichkeiten eröffnet werden.

- **Aussteigerinnen und Aussteiger zurückgewinnen:** Nicht mehr zur Verfügung stehen die vielen Fachkräfte, die ihrem Beruf aufgrund schlechter Bedingungen bereits den Rücken gekehrt haben. Wir werden eine Kampagne aufsetzen, die diese Fachkräfte – vor allem in der Pflege – zurückgewinnt. Sie benötigen die Anerkennung, die ihnen verwehrt blieb, und sie müssen die Arbeitsbedingungen vorfinden, die sie vermisst haben.
- **Soziale Arbeit muss sich nicht nur gut anfühlen, sondern auch ein gutes Leben ermöglichen:** Wir wollen, dass soziale Berufe gewürdigt und gesellschaftlich anerkannt werden. Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker sowie die vielen Fachkräfte im Betreuungswesen, der Beratung und in anderen sozialen Bereichen sind keine Selbstverständlichkeit. Soziale Arbeit ist keine unbegrenzte Ressource, sondern ein hohes Gut, dessen Bedeutung und Stellenwert immer wieder herausgehoben werden muss. Wir müssen dafür sorgen, dass dieses hohe Gut geschützt und gepflegt wird. Jungen Menschen müssen Anreize geboten werden, die sie dazu bewegen, sich für einen Beruf in der Gesundheits- oder Pflegebranche zu entscheiden und dort so lange wie möglich zu verweilen. Die Arbeit mit und am Menschen muss auch in Brandenburg wieder Spaß machen und nicht nur knapp zum Überleben reichen. Brandenburg ist ein soziales Land. Dies müssen auch die Fachkräfte in den sozialen Berufen spüren.

2.2.5 Der Öffentliche Gesundheitsdienst: unverzichtbare Säule des Gesundheitswesens

Kaum ein Teil der gesundheitlichen Daseinsvorsorge wird häufiger genutzt und in der Öffentlichkeit zugleich weniger wahrgenommen als der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Seine Aufgaben sind vielfältig und reichen von Prävention über Gesundheitsförderung bis hin zum Gesundheitsschutz. Hinter vielen wichtigen und unverzichtbaren Maßnahmen in unserem Land stecken die 18 Brandenburger Gesundheitsämter. Mit dem Ausbruchmanagement und dem Meldewesen rückten sie in der Corona-Pandemie erstmals mehr in das Licht der Öffentlichkeit. In diesem Kontext gewann auch der Bereich Krankenhaushygiene mehr und mehr an Bedeutung, der ebenfalls in den Bereich des ÖGD fällt. Gerade aus dem Leben von Kindern und deren Eltern ist der ÖGD kaum wegzudenken. Dies beginnt bei der zahnärztlichen Gruppenprophylaxe in Kita und Schule, reicht über die Einschulungsuntersuchung bis hin zur Feststellung von Impflücken. Auch die Beratung und Hilfe für psychisch erkrankte Menschen ist eine Schwerpunktaufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Der Kinder- und Jugendärztliche Dienst (KJGD) und der Sozialpsychiatrische Dienst übernehmen wichtige Aufgaben der Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung. Die

Gesundheitsberichterstattung ermöglicht zudem einen guten Überblick über die gesundheitliche Lage der Bevölkerung und eröffnet damit Steuerungsmöglichkeiten.

All dies muss noch mehr in die öffentliche Wahrnehmung rücken, die entsprechende Anerkennung finden sowie adäquat ausfinanziert werden. Mit dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurden erste Schritte in diese Richtung unternommen – allerdings verschläft Brandenburg dessen Umsetzung.

Unsere Projekte:

- **Gesundheitsämter stärken:** Die Umsetzung des „Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ muss kontrolliert vorangetrieben, überwacht und gegebenenfalls nachgesteuert werden. Im Jahre 2020 wurde der ÖGD-Pakt beschlossen, der mit einem Gesamtvolumen von 4 Milliarden Euro deutschlandweit für große Verbesserungen gesorgt hat. Wir werden mit den zur Verfügung gestellten Mitteln für nachhaltige Verbesserungen sorgen und den ÖGD modern und zukunftsfest ausbauen.
- **Einführung einer ÖGD-Quote im Studium:** Wir werden mindestens ein Prozent der Medizinstudienplätze für Studentinnen und Studenten vorbehalten, die sich verpflichten, nach dem Studium mindestens fünf Jahre im ÖGD zu arbeiten. So können aufgebaute Strukturen erhalten werden und im Bedarfsfall erweitert werden.
- **Stärkung der Aus- und Weiterbildung:** Eine gute Aus- und Weiterbildung sichert die Qualität des ÖGD. Deshalb werden wir die Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen Düsseldorf weiter finanziell unterstützen.
- **Gesundheitsämter standardmäßig mit ärztlicher Leitung besetzen:** Zur Steuerung der Gesundheitsämter halten wir eine hochqualifizierte ärztliche Leitung für zwingend erforderlich.
- **Verlängerung des Pakts für den ÖGD:** Der ÖGD-Pakt war maßgeblich für die notwendige Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Damit erfuhren der ÖGD endlich die ihm gebührende Aufwertung und den erforderlichen Anschlag. Dies kann und darf nicht wegbrechen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass der ÖGD-Pakt über 2026 hinaus verlängert und ggf. angepasst wird.

2.2.6 Reha-Land Brandenburg – mehr als nur Urlaub

Mehr als 25 Reha-Kliniken betten sich in Brandenburgs Naturlandschaft ein. Kurorte wie Bad Freienwalde, Bad Liebenwerda, Bad Belzig oder Bad Wilsnack werden weit über die Landesgrenzen gerühmt. Aber auch Rehakliniken u.a. in Burg/Bórkow, Lübben/Lubin, Beelitz, Lindow, Bernau, Hohenelse oder Sommerfeld ziehen Patientinnen und Patienten aus nah und fern an. In Brandenburg stehen mehr als 5.200 Betten für die Rehabilitation zur Verfügung. Knapp 4.000 Beschäftigte versorgen jährlich mehr als 60.000 Menschen. Eine erfolgreiche Rehabilitation ist für die Betroffenen ein Zugewinn an Lebensqualität und dient der Wiedererlangung der Selbstbestimmung bis hin zur vollständigen

Genesung. In Anbetracht eines steigenden Arbeitskräfte- und Fachkräftebedarfes liegt der volkswirtschaftliche Nutzen einer Rehabilitation klar auf der Hand. Brandenburg gilt als Vorreiter in der Long COVID-Behandlung und hat sich auch in anderen Bereichen mit Angeboten etabliert. Doch Rehakliniken klagen über einen hohen Investitionsbedarf, steigende Kosten aufgrund der Inflation und einen zunehmenden Fachkräftemangel.

Unsere Projekte:

- **Green Care and Hospital Programm fortführen:** Wir werden Reha-Kliniken und ambulante Reha-Einrichtungen weiterhin fördern, um die Transformation zu mehr Energieeffizienz und Ressourcenschonung zu bewältigen.
- **Long Covid-Behandlungskapazitäten ausbauen:** Bis zu 10 Prozent der an Covid-19-Erkrankten leidet an Spätfolgen. Die Kapazitäten für Diagnostik und Behandlung müssen sukzessive ausgebaut und an die steigenden Bedarfe angepasst werden. Wir werden gezielte Fortbildungsprogramme und die Zusammenarbeit der verschiedenen Einrichtungen zur Behandlung weiter fördern.
- **Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag Reha:** Gemeinsam mit Ver.di und den Trägern der Reha-Branche werden wir einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag im Bereich Rehabilitation einführen. Gute Arbeit in der Rehabilitation muss auch gut bezahlt werden. Das erhöht die Attraktivität für diese wichtige Arbeit.
- **Sektorengrenzen überwinden:** Auch zwischen der akuten stationären, ambulanten Behandlung und rehabilitativen Behandlung gilt es, die sektoralen Grenzen zu überwinden.
- **Finanzierung sichern:** Nicht planbare Kostensteigerungen müssen retropektiv durch die Kostenträger berücksichtigt und die vereinbarten Pflegesätze angepasst werden.
- **Zugang zur Reha erleichtern:** Wir werden den Zugang zur Rehabilitation erleichtern. Gerade bei chronisch kranken Menschen sollte auf umfangreiche Begutachtungen und Antragsstellungen verzichtet werden können.

2.2.7 Medikamentenmangel und Apothekensterben stoppen

Tausende Menschen in Brandenburg sind täglich auf Medikamente angewiesen, fast jeder muss zumindest hin und wieder bei akuter Krankheit auf Arzneimittel zurückgreifen. In der Vergangenheit war es selbstverständlich, dass die helfende Medizin jederzeit und mit kurzen Wegen in einer nahegelegenen Apotheke verfügbar war.

Doch Profitinteressen, die Verlagerung der Produktion ins Ausland, eine Monopolisierung bei zahlreichen Wirkstoffen – oft weltweit in nur noch einer oder wenigen Fabriken – sowie zunehmend anfälliger globale Lieferketten führen Jahr für Jahr zu größeren Engpässen. Selbst einfachste Medikamente wie Paracetamol oder Fiebersäfte für Kinder fehlen regelmäßig. Internetapotheken und Billigketten verdrängen

die Apotheke vor Ort. Wir wollen die gezielte Ansiedlung von Pharmazieunternehmen in Brandenburg fördern, wie Italien der Pharmaindustrie genaue Vorgaben machen, was in welcher Menge zu produzieren ist, und die fachkundige Beratung in der Apotheke vor Ort sicherstellen.

Unsere Projekte:

- **Bestände erheben – Vorräte anlegen:** Wir werden eine Landesreserve für Antibiotika, Fiebersenker und weitere lebenswichtige Medikamente anlegen, um Mangelsituationen begegnen zu können. Gemeinsam mit der Landesapothekerkammer soll dazu eine Abfrage nach den Beständen erfolgen und knappe Medikamente koordiniert im Land verteilt werden.
- **Pandemiereserve vorhalten:** Atemschutzmasken, Handschuhe und Desinfektionsmittel dürfen nie wieder Mangelwaren sein. Deshalb werden wir eine entsprechende Pandemiereserve vorhalten und im Bedarfsfall dem medizinischen Personal und den Einrichtungen zur Verfügung stellen.
- **Aufbau von Produktionsstätten:** Durch eine gezielte Förderpolitik sollen pharmazeutische und Unternehmen für Medizinprodukte im Land Brandenburg angesiedelt werden. Das erhöht die Versorgungssicherheit, schafft hochqualifizierte Arbeitsplätze, stärkt die nachhaltige Produktion und erhöht die Unabhängigkeit.
- **Produktionsvorgaben für Pharmaunternehmen:** Wir werden darauf hinwirken, dass nach Vorbild Italiens der Pharmaindustrie vorgeschrieben wird, welche Wirkstoffe zu welchen Mengen im Land produziert werden müssen.
- **Apothekerstipendium:** Das brandenburgische Landarztstipendium werden wir auf das Pharmaziestudium ausweiten. Damit binden wir den Nachwuchs ans Land und sichern die Nachfolge von märkischen Apothekerinnen und Apothekern ab.
- **Ausbildungskapazitäten steigern:** Wir werden die Ausbildungskapazität zum Pharmazeutisch-Technischen Assistenten (PTA) im Land Brandenburg ausweiten. Bisher wird jährlich nur eine Klasse am Standort Eisenhüttenstadt ausgebildet. Zukünftig werden wir an zwei Standorten im Land Brandenburg diese Ausbildung vorhalten. Regeln werden wir zudem eine angemessene Ausbildungsvergütung und die notwendige Förderung der Ausstattung der Ausbildungsstellen.
- **Versandhandel beschränken:** Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass verschreibungspflichtige Medikamente zukünftig in Deutschland nicht mehr über den Versandhandel bezogen werden können. Die fachkundige Beratung der Patientinnen und Patienten soll durch die Apothekerinnen und Apotheker in Zusammenarbeit mit den behandelnden Ärztinnen und Ärzten sichergestellt werden.
- **Mehrwertsteuer auf Arzneimittel senken:** Nach Dänemark und Bulgarien zahlt man in Deutschland den höchsten Steuersatz auf Arzneimittel. Wir schlagen eine völlige

Befreiung von der Umsatzsteuer zumindest für verschreibungspflichtige Medikamente vor.

- **Patentschutz und Profite begrenzen:** Solidarität mit dem globalen Süden. Medikamente und Impfstoffe, die mit Millionen Euro an Steuermitteln entwickelt wurden, müssen der Allgemeinheit und auch den Menschen im globalen Süden zur Verfügung stehen. Auf Bundesebene wollen wir erreichen, dass Unternehmen wie BioNTech, die in den letzten Jahren Milliardengewinne verbucht haben, mit einer Übergewinnsteuer zur Finanzierung der Lasten durch die Pandemie herangezogen werden.

2.2.8 Für einen progressiven Umgang mit Sucht und Drogen

Die Teil-Legalisierung von Cannabis hat trotz aller Unzulänglichkeiten in der Umsetzung einen Paradigmenwechsel in der Sucht- und Drogenpolitik eingeleitet, der weiter vorangetrieben werden muss: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe. Der Wunsch nach Rausch ist seit jeher Bestandteil der Kultur und tief in unserer Gesellschaft verankert, auch wenn damit Risiken und mögliche Schäden verbunden sind. Nur durch eine gute Gesundheits- und Sozialpolitik ist eine Schadensreduzierung möglich. Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, Menschen zu erziehen oder moralisch über sie zu urteilen. Unser Ziel ist ein System, das auf Prävention, Aufklärung, Entstigmatisierung und Unterstützung basiert, anstatt auf Strafe und Ausgrenzung. Nur so können wir einen informierten, risikobewussten und verantwortungsvollen Konsum ermöglichen, effektiven Jugendschutz durchsetzen und gleichzeitig einen barrierearmen Zugang zu Hilfe und Beratung schaffen. Wir setzen uns deshalb für Bildungsprogramme ein, die bereits in Schulen beginnen und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren. Wir wollen Brandenburg zu einem Vorreiter in einem fortschrittlichen, humanen und effektiven Umgang mit dem Thema Sucht und Drogen machen.

In Brandenburg, wie auch in anderen Teilen Deutschlands, zeigt sich ein differenziertes Bild in Bezug auf Sucht und Drogenkonsum. Alkohol- und Tabakmissbrauch sind nach wie vor weit verbreitet, während der Konsum illegaler Drogen – allen Verboten zum Trotz – zunimmt. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg des Missbrauchs von Crystal Meth, vor allem in Grenznähe. Ein weiteres Problem ist die Verfügbarkeit und Qualität von Präventions- und Hilfsangeboten. Obwohl es einige hervorragende Initiativen und Programme gibt, sind diese oft unterfinanziert und erreichen nicht alle Zielgruppen effektiv. Darüber hinaus führt die Stigmatisierung von Suchterkrankungen dazu, dass viele Betroffene zögern, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Auch in Brandenburg zeigen sich damit die Folgen einer jahrzehntelangen falschen Drogenpolitik. Mit dem Verbot von Drogen wurden die Risiken für Konsumierende und Gesellschaft nicht wirksam reduziert. Weder wurde Drogenhandel verhindert noch eine Verringerung des Konsums erreicht.

Vielmehr zeigt sich, dass drogenbezogene Probleme durch die Repression verstärkt wurden: die Gesundheitsgefährdung durch Streckmittel, die Finanzierung der organisierten Kriminalität, Beschaffungskriminalität, sozialer Abstieg von Abhängigen, Begleiterkrankungen wie HIV/Aids und Hepatitis. Zugleich verschlingt die Repression jedes Jahr immense finanzielle Mittel, die für Hilfe und Prävention fehlen.

Unsere Projekte:

- **Verstärkung der Präventionsarbeit:** Wir werden die Präventionsprogramme im Land ausbauen und finanziell absichern. Diese sollen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und alle Altersgruppen ansprechen. Vor allem im schulischen Bereich soll es deutlich mehr Prävention und Aufklärung als bislang geben.
- **Verbesserung der Zugänglichkeit zu Hilfsangeboten:** Unser Ziel sind niedrigschwellige Beratungs- und Hilfsangebote, die anonym und ohne bürokratische Hürden zugänglich sind. Entsprechende Projekte werden wir unterstützen und durch das Land finanziell fördern.
- **Entstigmatisierung von Suchterkrankungen:** Wir werden Kampagnen zur Aufklärung über Suchterkrankungen etablieren, um das Bewusstsein zu schärfen und Vorurteile abzubauen.
- **Entkriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten:** Unser Ziel ist die Überarbeitung der aktuellen Drogenpolitik hin zu einem Modell, das auf Entkriminalisierung basiert und den Schwerpunkt auf Gesundheit und Prävention legt. Dafür werden wir für häufig gebrauchte Drogen Höchstmengen festlegen, bei deren Besitz keine Strafverfolgung erfolgt. In diesen Fällen muss die Strafverfolgung durch Beratungs- und Hilfsangebote ersetzt werden. Auf diese Weise werden Mittel frei, um die organisierte Kriminalität zu bekämpfen sowie Präventions- und Hilfsangebote auszubauen.
- **Förderung der Harm-Reduction-Programme:** Wir werden Programme unterstützen, die auf Schadensminimierung abzielen. Konkret setzen wir uns für einen flächendeckenden Zugang zu Drogenkonsumräumen, zu sterilen Konsumutensilien etwa durch Spritzentauschprogramme sowie zur Take-Home-Vergabe von Naloxon, dass bei Opioidüberdosierung lebensrettend ist, ein. Wir werden dafür sorgen, dass analysegestützte Präventionsprogramme (Drug Checking) ausdrücklich ermöglicht und durch das Land gefördert werden.
- **Investition in Forschung:** An unseren Brandenburger Hochschulen werden wir interdisziplinäre Forschungsprojekten zu Suchtprävention, Behandlungsmethoden und den sozialen Ursachen von Drogenkonsum mit Landesmitteln unterstützen.
- **Stärkung der sozialen Systeme:** Es braucht einen Ausbau sozialer Dienste, die indirekt zur Prävention von Sucht beitragen, wie z.B. Arbeitsplatzsicherung,

Bildungsmöglichkeiten und Wohnraumförderung. Damit das gelingt, werden wir mehr Mittel für die soziale Infrastruktur zur Verfügung stellen.

- **Substitutionstherapie für alle Opioidabhängigen ermöglichen:** Wir werden Zugang und die Behandlung vereinfachen, vor allem auch in Haftanstalten. Dazu brauchen wir unter anderem mehr Substitutionsärztinnen und -ärzte. Auch die diarmorphingestützte Behandlung (Heroinvergabe) und die Take-Home-Regelung sollen ausgebaut werden.

2.2.9 Sport für alle

Sport verbindet und bringt Menschen zusammen. Er ermöglicht Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – unabhängig von ökonomischem Status, Herkunft, Alter und Geschlecht. Er schafft Begegnungsorte, kreiert Zusammenhalt, ermöglicht Selbstverwirklichung und vermittelt Werte wie Teamgeist, Toleranz und Fairness. Für viele Brandenburgerinnen und Brandenburger gehört Sport wie selbstverständlich zum Leben dazu. Der Sport in Brandenburg lebt dabei vom ehrenamtlichen Engagement unzähliger Menschen. Für uns sind Investitionen in Sportsstätten aus diesem Grund mehr als Gesundheitsförderung. Sie sind nachhaltige Investitionen in die Zivilgesellschaft. Es ist ein zentrales Ziel linker Politik, alle Bereiche des Sports gleichwertig zu fördern. Dazu zählen wir den Leistungssport ebenso wie den Breiten-, Kinder-, Senioren- und Behindertensport.

Doch um allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern gleichberechtigte Teilhabe an sportlichen Angeboten zu ermöglichen, müssen noch viele Barrieren abgebaut werden. Die Beteiligten sind häufig nicht in der Lage, Sportangebote dauerhaft zu finanzieren, dem Breitensport fehlen nachhaltige Strukturen und Karrieren im Spitzensport bergen Risiken. Viel Engagement im ehrenamtlichen Sport wird durch komplizierte Regelungen auf verschiedenen Ebenen behindert. Die Unterstützung für ehrenamtliche Strukturen muss breit ausgebaut werden, damit Trainerinnen und Trainer, Wettkampfrichter und Wettkampfrichterinnen und Organisatoren sowie Organisatorinnen diese wichtigen Angebote für unsere Gesellschaft aufrechterhalten und Nachwuchs gewinnen können.

Unsere Projekte:

- **Sport und Bewegung von klein auf:** Wir werden dafür sorgen, dass Sport und Bewegung verbindlicher Schwerpunkt in der Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher wird. Sportvereine sollen in die Lage versetzt werden, im Rahmen der Ganztagsbetreuung als unerlässlicher Partner aktiv mit Schulen und Horten zu kooperieren.
- **Auskömmliche Sportförderung:** Wir werden die Sportförderung über den Landessportbund entsprechend der Mitgliederentwicklung sowie der Inflations- und Kostensteigerung jährlich anpassen. Dazu gehört eine klare, transparente Finanzierung des Breiten-, Spitzen- und Leistungssports in Brandenburg und mehr

Entlastung vom bürokratischen Aufwand für ehrenamtliche Strukturen.

- **Sportinfrastruktur stärken:** Wir setzen die Sportstättenförderung über ein kommunales Investitionsprogramm fort. Insbesondere werden wir die Kommunen beim Bau und Erhalt von Schwimmhallen und Freibädern unterstützen, um die Schwimmfähigkeit unserer Kinder und Jugendlichen zu sichern. Darüber hinaus setzen wir uns für die Fortschreibung des „Goldenen Plan Brandenburgs“ zur Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus ein.
- **Mehr Geld für den Breitensport:** Ergänzend zu den bisherigen Förderungen pro Mitglied wollen wir deshalb eine zusätzliche jährliche „Pro-Kopf-Pauschale“ von 10 Euro für Vereine bis 1.000 Mitglieder sowie von 6 Euro für Vereine ab 1.000 Mitglieder einführen.
- **Freistellung für Ehrenamtliche:** Für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer, Organisatorinnen und Organisatoren, Trainerinnen und Trainer sowie Wettkampfrichterinnen und -richter werden wir für Trainingslager, die Fahrten zu Wettkämpfen sowie für Aus-, Fort- und Weiterbildung eine entgeltliche Freistellung analog der Bildungsfreistellung in Höhe von zehn Tagen in zwei Jahren ermöglichen.

2.3 Grundrecht auf Wohnen

Die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum ist eine der drängendsten sozialen Aufgaben unserer Zeit. Unser Ziel ist es, die kulturelle, soziale und demokratische Teilhabe Aller zu ermöglichen, anstatt weiter Investoren und ihre Prestigeprojekte zu subventionieren. Damit dies gelingt, brauchen wir nicht weniger als ein komplettes Umdenken in der Wohnungspolitik. Uns geht es sowohl um eine solidarische Neuausrichtung der Mietpolitik, in der das Grundrecht auf Wohnen endlich realisiert wird, als auch um eine passgenaue Anwendung, Evaluation und Weiterentwicklung bereits bestehender mietenpolitischer Instrumente. Wir wollen sozialen Wohnraum dauerhaft sichern und mithilfe einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft direkt in Wohnobjekte und die Gestaltung von Kommunen und Quartieren investieren. Dafür müssen wir Genossenschaften und die kommunalen Wohnungsunternehmen stärken sowie Raum schaffen für Mitgestaltung, Mitbestimmung und Eigeninitiative von Mieterinnen und Mietern. Die Möglichkeiten der Profitmaximierung und der Spekulation mit Wohnraum gehören endlich unterbunden. Wir stehen deshalb an der Seite der Mieterinnen- und Mieterinitiativen, die an unterschiedlichen Orten seit einigen Jahren verstärkt versuchen, die Marktlogik der Wohnungspolitik zu durchbrechen. Wie ihnen geht es uns um die Stärkung der Rechte von Mieterinnen und Mietern sowie um eine soziale Mietpolitik im Sinne des öffentlichen Interesses.

Überall im Land werden die Folgen des auf Profit ausgerichteten Wohnungsmarktes durch exorbitante Mietsteigerungen, Knappheit von Wohnraum und

Verdrängungsprozesse spürbar. Die Boden- und Mietpreise explodieren insbesondere im Berliner Umfeld, bezahlbare Wohnungen sind schwerer zu finden, Verdrängungsprozesse nehmen zu und immer häufiger steht die Frage der Verfügbarkeit von Flächen für soziale Infrastruktur sowie kulturelle und demokratische Teilhabe im Raum. In zahlreichen Brandenburger Kommunen gibt es mittlerweile einen angespannten Wohnungsmarkt, selbst in Städten und Gemeinden im sogenannten „zweiten Ring“ wird bezahlbarer Wohnraum immer häufiger zur Mangelware. Dies ist auch eine Folge der seit Jahrzehnten anhaltenden neoliberalen Politik der Deregulierung und der Privatisierung, welche der Spekulation mit Wohnraum den Weg bereitet hat. Der Rückzug des Bundes und der Länder aus der sozialen Wohnraumförderung, führte seit 2004 zu einem kontinuierlichen und dramatischen Rückgang der Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen (2004: 113.013 Wohneinheiten, 2020: 21.893 Wohneinheiten). Privatisierungen, zu denen sich kommunale Unternehmen und kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in der Nachwendezeit auf Grundlage des Altschuldenhilfegesetzes oder des Einigungsvertrages verpflichtet sahen, schränken den Handlungsraum und die Steuerungsmöglichkeiten heute massiv ein. Altschulden belasten vor allem kleine kommunale Wohnungsunternehmen in den ländlichen Gebieten. In vielen Orten fehlt schlicht das Geld für Instandsetzung und Modernisierung, um altersgerechtes, barrierearmes Wohnen zu ermöglichen oder mit energetischen Sanierungen einen Beitrag gegen den Klimawandel zu leisten.

Unsere Projekte:

- **Mieterinnen und Mieter schützen:** Wir werden dafür sorgen, dass Brandenburg endlich alle bundesrechtlich eingeräumten Möglichkeiten zur Regulierung des Mietmarktes nutzt. Dazu zählt eine konsequente Anwendung der Mietpreisbremse genauso wie die Ermöglichung eines Genehmigungsvorbehaltes der Kommunen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.
- **Die Eigentumsfrage stellen:** Wir werden das Enteignungsgesetz erweitern und den Kommunen die Möglichkeit der Enteignung für soziale Zwecke, Bildungsinfrastruktur und die Wohnraumversorgung einräumen.
- **Landeseigene Wohnungsgesellschaft:** Mit einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft werden wir kommunale Wohnungen sichern und neue Bestände aufbauen. Viele Kommunen können dies nicht aus eigener Kraft stemmen, wohl aber das Land mit seinen finanziellen Ressourcen. Dazu soll Brandenburg landeseigene Grundstücke nutzen, selbst Grundstücke ankaufen und die Städte und Gemeinden bei Planung, Bau und Sanierung von Wohnungen unterstützen. Die Landeseigene Wohnungsbaugesellschaft soll zudem in Not geratene kommunale Wohnungsunternehmen erwerben beziehungsweise sich unmittelbar an diesen Kommunalunternehmen beteiligen.

- **Boden gehört in öffentliche Hand:** Wir werden den Verkauf von öffentlichem Boden unterbinden und die Flächen des Landes in einem Bodenfonds zusammenführen. Wir stärken die Kommunen bei der strategischen Flächenvorsorge für bezahlbares Wohnen.
- **Keine soziale Wohnraumförderung für Profite auf dem Wohnungsmarkt:** Wir werden die Wohnraumförderung des Landes so überarbeiten, dass ausschließlich kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Akteure Mittel aus der sozialen Wohnraumförderung erhalten.
- **Eigentumsförderung der ILB überarbeiten:** Angesichts horrend steigender Grundstücks-, Bau- und Kaufpreise rückt die Chance auf ein Leben ohne Miete für viele Menschen in Brandenburg in unerreichbare Ferne. Wir werden dabei unterstützen, selbstgenutztes Wohneigentum zu schaffen – insbesondere für Familien, generationenübergreifende Projekte, gemeinwohlorientierte Baugruppen, sowie für Normalverdienerinnen und Normalverdiener. Mieter:inneninitiativen wollen wir darin unterstützen ihr Wohnobjekt zu übernehmen und in nicht profitorientierte Strukturen zu überführen. Dafür werden wir die Eigentumsförderung der ILB grundlegend überarbeiten.
- **Brandenburg zum Land der Zukunftsorte machen:** Leer stehende Gebäude wieder mit Leben füllen, Arbeiten und Leben verbinden, Wohnraum dauerhaft dem Markt entziehen, durch Mehrgenerationenwohnen Verantwortung füreinander übernehmen und das Dorf- und Kleinstadtleben aktiv mitgestalten. Das sind nur einige der Ansätze, die immer mehr Menschen dazu bringen, sich zu organisieren und aufs Land zu ziehen. Wir wollen, dass diese Bemühungen durch das Land aktiv unterstützt und Wohnprojekte beraten und gefördert werden.
- **Abrissförderung stoppen:** Wir werden dafür sorgen, dass der Abriss und der anschließende Neubau von Wohnungen mit Hilfe der Wohnraumförderung des Landes nicht länger finanziell lukrativer sind als die Sanierung bestehender Gebäude.
- **Förderung des sozialen Zusammenhalts innerhalb der Wohnquartiere:** Wir brauchen mehr Raum für den sozialen Austausch in den Wohnquartieren. Begegnungsorte und nachbarschaftliche Projekte brauchen mehr Rückenwind durch die Landes- und Kommunalpolitik, denn Menschen wollen ihr eigenes Wohnumfeld mitgestalten.
- **Barrierefreier Umbau von Wohnungen:** Barrierefreie Zugänge, Aufzüge und speziell angepasste Wohnungen ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden bis in das hohe Alter. Bestehende Wohnungen müssen den lokalen Bevölkerungsprognosen entsprechend barrierearm oder barrierefrei umgebaut werden. Das werden wir durch ein Landesprogramm unterstützen.
- **Energetische Sanierung:** Wir wollen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter vor hohen Neben- und Betriebskostenabrechnungen den Sanierungsstau der kommunalen

Wohnungsunternehmen im Bereich der energetischen Sanierung abbauen. Energetische Sanierungen müssen für die Mieterinnen und Mieter sozial verträglich erfolgen. Dazu wollen wir ein eigenes Förderprogramm auflegen.

- **Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit:** Wir wollen einen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit auf den Weg bringen, der die Brandenburgerinnen und Brandenburger wirksam vor Obdachlosigkeit und (verdeckter) Wohnungslosigkeit schützt. Niemand darf auf Grund von Zahlungsrückständen seine Wohnung verlieren.
- **Wärmewende sozial gestalten:** Wir wollen die Wärmewende in Brandenburg entschlossen voranbringen. Dabei setzen wir auf dezentrale erneuerbare Energien bzw. kommunale Großwärmepumpen und Tiefen-Geothermie zur Betreibung grüner Fernwärmenetze. Das ineffiziente und überteuerte Heizen mit Wasserstoff lehnen wir ab. Der Übergang muss aber tatsächlich sozial gestaltet werden. Mieter/innen und Hausbesitzer/innen brauchen eine sichere und ausreichende Förderung beim Umstieg. Das Instrument der kommunalen Wärmeplanung wollen wir in diesem Sinne mit gestalten.
- **Neue Wohngemeinnützigkeit:** Wir wollen, dass Brandenburg zum Vorreiter in der Etablierung der Neuen Wohngemeinnützigkeit wird. Denn es braucht starke Akteure und möglichst viele Wohnungsbestände, mit denen kein Profit mehr gemacht werden darf.
- **Kündigungsmoratorium für Menschen in Notlagen:** Wir werden ein Mieten- und Kündigungsmoratoriums aller landeseigenen und kommunalen Wohnungsunternehmen inkl. Studierendenwerke für Menschen in Notlagen einführen und die Kommunen dabei unterstützen, die persönlichen Hilfen nach §§ 67 ff SGB XII als das wirksamste Instrument zur Verhinderung und Beseitigung von Wohnraumverlust zu stärken, bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und auszubauen.
- **Ökologisch und nachhaltig bauen:** Wir wollen Nachverdichtung statt Zersiedelung fördern, um den Flächenverbrauch zu stoppen. Darüber hinaus wollen wir modulares Bauen sowie das Bauen mit Holz und anderen regionalen und nachwachsenden Materialien fördern und die Nutzung erneuerbarer Energien ausweiten.
- **Rechte von Mieterinnen und Mietern stärken:** Wir werden die Kontroll- und Mitbestimmungsrechte von Mieterinnen und Mietern stärken. Dafür wollen wir u.a. ein Brandenburger Wohnungsaufsichtsgesetz einbringen.
- **Altschulden erlassen:** Wir werden den kommunalen Wohnungsunternehmen die Altschulden erlassen und somit ihre Handlungsfähigkeit stärken.
- **Kommunale Mietendeckel:** Wir setzen uns beim Bund für die Einführung kommunaler Mietendeckel ein. Hierdurch sollen die Landkreise, Städte und Gemeinden eigenständig über regional wirksame Mietendeckel entscheiden können.

- **Kommunale Vorkaufsrechte:** Wir setzen uns dafür ein, dass das Vorkaufsrecht für Kommunen wieder ermöglicht wird.
- **Wohngeld reformieren:** Wir sorgen für eine ausreichende Aufstockung des Wohngeldes um einen Landesanteil für Energiekosten sowie für die Organisation von Ressourcen zur schnellen Bearbeitung von Anträgen in den Wohnungsämtern. Auf Bundesebene setzen wir uns für weitere Schritte in der Wohngeldreform ein, um sicherzustellen, dass alle bedürftigen Haushalte zuverlässig Wohngeld erhalten.

2.4 Mobilität für alle: Nächster Halt – Verkehrswende

Sicher und bezahlbar von A nach B zu kommen ist die Voraussetzung, um den Alltag zu bewältigen, zur Arbeit zu kommen, Freundschaften zu pflegen und an Kultur, Sport, Erholung oder Politik teilhaben zu können. Kurzum: Mobilität ist die Voraussetzung für ein freies und selbstbestimmtes Leben. Umso wichtiger ist es, dass niemand in Brandenburg abgehängt ist, auch ohne Auto oder Führerschein. Wir möchten Mobilität für alle möglich machen – unabhängig vom Geldbeutel, vom Wohnort, vom Alter oder von der Gesundheit. Damit leisten wir obendrein einen wichtigen Beitrag, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren und die Klimaziele zu erreichen. Damit das gelingt, ist ein gut ausgebauter und günstiger öffentlicher Nahverkehr mit attraktiven Fahrplänen und guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten notwendig, auch und gerade im ländlichen Raum. Dort braucht es zusätzlich kreative und praktische Lösungen für die “letzte Meile”. Der Güterverkehr muss überdies Schritt für Schritt von der Straße auf die Schiene gebracht werden.

In Brandenburg, einem Bundesland, das eine hohe Anzahl von Pendlerinnen und Pendlern verzeichnet, ist die Effizienz und Effektivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) von entscheidender Bedeutung. Jedoch hat die Gestaltung des ÖPNV in den letzten Jahren zu einer Situation geführt, die sowohl für die Pendler als auch für die Vision einer nachhaltigen Verkehrswende problematisch ist. Eines der Kernprobleme ist die Vernachlässigung der Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken sowie die Wiederinbetriebnahme kleinerer Haltepunkte durch die aktuelle Landesregierung. Ohne angemessene Investitionen in die Infrastruktur des Bahnverkehrs bleibt die Vision einer umfassenden Verkehrswende unerreichbar, da ein wesentlicher Teil des Potenzials für eine umweltfreundlichere und effizientere Personenbeförderung ungenutzt bleibt. Hinzukommt die unzureichende finanzielle Unterstützung der Landkreise für den Ausbau und die Instandhaltung des ÖPNV. Diese finanzielle Kluft führt dazu, dass viele notwendige Projekte zur Verbesserung des ÖPNV entweder verzögert oder ganz aufgegeben werden müssen.

Unsere Projekte:

- **Kostenfreie Schülerbeförderung:** Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schülerinnen und

Schüler von Klasse 1 bis 13 und Auszubildende ganzjährig, also auch in den Ferien, kostenfrei den ÖPNV in Anspruch nehmen können, im gesamten VBB-Tarifgebiet.

- **Einführung eines Bildungs- und Sozialtickets:** Wir werden für junge Leute und Menschen mit kleinen Einkommen zunächst ein Ticket schaffen, mit dem sie für 9 Euro im Monat mit Bahn und Bus durch ganz Brandenburg und Berlin fahren. Davon sollen auch engagierte Brandenburgerinnen und Brandenburger über die Ehrenamtskarte profitieren. Später soll 29 Euro-Ticket für alle hinzukommen.
- **Lückenschluss bei den „Öffis“:** Den Landkreisen und kreisfreien Städte werden wir mehr Geld geben, um Lücken im Straßenbahn- und Busangebot zu schließen. Jede Gemeinde und jeder Bahnhof sollen tagsüber mindestens 1x stündlich mit Bus oder Bahn erreichbar sein. Um den Arbeitskräftebedarf zu decken, setzen wir uns für gerechte Löhne und attraktive Arbeitsbedingungen bei den Verkehrsbetrieben ein. Außerdem wollen wir es den Kommunen ermöglichen, eigene Modelle zur Ko-Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs (z.B. Bürgertickets) zu entwickeln.
- **Eisenbahn zurück aufs Land bringen:** Schluss mit dem Schnecken tempo bei der Reaktivierung stillgelegter Strecken! Wir beschleunigen die Vorbereitungen und Planungen für die aussichtsreichsten Verbindungen – unter anderem durch einen Vorlaufbetrieb mit Bahnen oder Bussen. So bringen wir die Eisenbahn in die Fläche des Landes zurück.
- **Mobilitätsgesetz nachschärfen:** Im Mobilitätsgesetz regeln wir die Ziele und Leitlinien für gerechte Mobilität in Brandenburg. Dafür werden wir das Gesetz nachschärfen – im engen Austausch mit Verbänden, Gewerkschaften und Kommunen. Unter anderem soll das Gesetz über den öffentlichen Nahverkehr in das Mobilitätsgesetz integriert werden. Es braucht landesweite Mindeststandards für Fahrpläne und klare Zuständigkeiten für Radwege. In diesem Zusammenhang denken wir darüber nach, den kommunalen Nahverkehr zur Pflichtaufgabe für unsere Landkreise und Städte zu machen. Wir werden auch einen Abschnitt zum Güterverkehr ergänzen.
- **Vorfahrt für Bahn und Bus, Fahrrad- und Fußverkehr:** Es gilt, die im Mobilitätsgesetz formulierten Ziele auch umzusetzen. „Öffis“, Fahrrad- und Fußverkehr müssen erheblich gestärkt werden, um die Abhängigkeit vom Auto zu verringern. Neben einem neuen Landesnahverkehrsplan (einschließlich eines landesweiten Netzes für Bahn und Bus) werden wir den Landesradverkehrsplan zügig erarbeiten und umsetzen. Die Verkehrsmittel des sogenannten „Umweltverbunds“ müssen besser miteinander vernetzt sein. Für diese Aufgaben werden wir deutlich mehr Geld in die Hand nehmen.
- **Landesweite Velorouten:** Gemeinsam mit den Landkreisen bringen wir den Ausbau überörtlicher Radwege voran. Es soll ein landesweites Radwegenetz für den Alltagsverkehr geben. Dieses führt Radfahrende auch abseits der Landesstraßen durch Grünräume. Es gibt einen Winterdienst und Raststellen.

- **Von der Straße auf die Schiene:** In direkter Zuständigkeit des Landes werden wir den regionalen Eisenbahnverkehr verbessern. Neben der Reaktivierung stillgelegter Bahnverbindungen werden wir das Infrastrukturprogramm „i2030“ auf seine Wirksamkeit überprüfen und nachjustieren. Es braucht dafür ein Update mit weiteren Projekten (z.B. den zweigleisen und elektrischen Ausbau der Ostbahn zwischen Berlin und dem polnischen Kostrzyn). Dabei müssen die Schienenprojekte für die Lausitz/ Łużyca und grenzüberschreitende Verbindungen besonders berücksichtigt werden. Bei allen Planungen im Eisenbahnbereich denken wir den Güterverkehr immer mit und wollen dessen Verlagerung auf die Bahn erleichtern und aktiv unterstützen. Dafür braucht es mehr Terminals und Gleisanschlüsse für den Schienengütertransport.
- **Qualität der „Öffis“ verbessern:** Sollen Bahn und Bus als Alternative zum Auto funktionieren, müssen sie zuverlässiger werden. Wenn etwas nicht nach Plan läuft, sind die Fahrgäste rechtzeitig zu informieren und gerecht zu entschädigen. Zur Qualität gehören mehr Sitzplätze (durch Freigabe der 1. Klasse für alle Reisenden), Abteile für besondere Nutzergruppen (z.B. Familien mit kleinen Kindern) und ein funktionierender Schienenersatzverkehr. Aber auch die Herstellung der Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Nahverkehr darf nicht länger auf sich warten lassen. Öffentliche Toiletten an Bahnhöfen sowie der Schutz der Fahrgäste vor Regen oder Hitze spielen für uns ebenfalls eine Rolle, um den Nahverkehr attraktiver zu gestalten.
- **Neue Mobilitätsangebote:** Wenn wenig Menschen auf größer Fläche wohnen, haben es normale Buslinien schwer. Wir möchten flexible Angebote für Deinen Bedarf etablieren: Ruf- und Bürgerbusse fahren ohne Linien, ohne Fahrpläne und ohne Haltestellen, wann Du sie brauchst und wohin Du möchtest - mit dem normalen Fahrschein. Wenn Du ein Auto brauchst, soll es Dir über ein öffentliches Leihauto-Angebot zur Verfügung stehen. Das spart Dir Geld und in unseren Gemeinden Platz für Stellplätze.
- **Flughafen statt „Fluchhafen“:** Wir kämpfen weiter für ein strenges Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr am Flughafen BER. Dessen Ausbau zum internationalen Drehkreuz sowie den Bau einer dritten Start- und Landebahn lehnen wir ab. Inlands- und Privatjetflüge wollen wir begrenzen, um die Lärmbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner zu verringern.
- **Bahn und Bus zum Nulltarif:** Wir setzen uns über den Bundesrat dafür ein, den öffentlichen Nahverkehr in ganz Deutschland fahrscheinlos und zum Nulltarif anzubieten.
- **Von Brandenburg in die Welt:** Wer in Brandenburg wohnt, soll nicht erst nach Berlin fahren müssen, um einen Fernzug in andere Ecken Deutschlands oder Europas zu erwischen. Dafür werden wir unsere Städte besser an den Fernverkehr mit der Bahn

anbinden. Auf Pendlerstrecken werden wir die Fernzüge auch mit Nahverkehrsticket nutzbar machen. Der Umstieg soll auch durch sichere Abstellplätze für Fahrräder und Klein-Elektrofahrzeuge an allen Bus- und Tram-Haltestellen sowie Fahrradparkhäuser und den Ausbau von Park&Ride-Anlagen an den Bahnhöfen erleichtert werden.

- **Ladeinfrastruktur ausbauen:** Den Individualverkehr wollen wir möglichst weitgehend durch ÖPNV-Angebote ersetzen. Der verbleibende Anteil muss konsequent klimafreundlich gestaltet werden. Dafür bedarf es vor allem eines Ausbaus der Ladeinfrastruktur, bei dem wir insbesondere die Kommunen gezielt unterstützen werden.
- **Eisenbahn aus einer Hand:** Die Diversifizierung im regionalen Eisenbahnverkehr durch neue Eisenbahnverkehrsunternehmen brachte zwar buntere Züge und neue Angebote - aber auch einen Konkurrenzkampf, der zu Lasten der Eisenbahner*innen geht. Die mit der Bahnprivatisierung 1994 vollzogene künstliche Trennung von Eisenbahninfrastruktur und -betrieb kritisieren wir. Wir wollen zumindest den regionalen Eisenbahnbetrieb bündeln, um für gute Arbeitsbedingungen, mehr Sitzplätze und höhere Flexibilität bei Störungen und Nachfrageschwankungen zu sorgen. Dafür wollen wir eine Landeseisenbahngesellschaft gründen, der die Fahrzeuge für den Regionalverkehr gehören und bei der das Personal von den Triebfahrzeugführer*innen, über das Bordpersonal bis hin zum Werkstattpersonal tarifgebunden angestellt ist. Gemeinsam mit dem Land Berlin streben wir die Übernahme der S-Bahn Berlin an.
- **Lokomotiven made in Brandenburg:** Immer wieder sind Arbeitsplätze in Brandenburgs Fahrzeugindustrie bedroht, weil internationale Konzerne auf kurzfristigen Profit aus sind. Dabei brauchen wir deutlich mehr Lokomotiven, Waggons, Straßenbahnen und Busse, um den öffentlichen Nahverkehr auszustatten. Gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften wollen wir darüber nachdenken, wie die Fahrzeugherstellung in Brandenburg sicher und gerecht aufgestellt werden kann – zum Beispiel in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand.
- **Elektrisch läuft es besser:** Das Land soll Kommunen im Ausbau von, in der Fahrzeugbeschaffung für und in der Neueinrichtung von Straßenbahn-, Überlandstraßenbahn- und Oberleitungsbus-Systemen unterstützen. So schaffen wir kapazitiv hochwertige, für Nutzende attraktive und zugleich klimafreundliche Verkehrsmittel für den ÖPNV.

2.5 Unser Herzensanliegen: Soziale Gerechtigkeit

Wir wollen Brandenburg zu einem Land gestalten, in dem jeder Mensch gut, selbstbestimmt und in Würde leben kann, und nicht Vermögen und die Zufälle der

Geburt darüber entscheiden, ob man gut wohnt oder ob man Zugang zu guter Bildung, Kultur und Freizeitangeboten hat. Dafür braucht es eine starke, möglichst kostenlose öffentliche Infrastruktur für Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Kultur und Mobilität sowie Umverteilung des Reichtums von oben nach unten und wirkungsvolle Maßnahmen zum Chancenausgleich. Unsere soziale Politik durchzieht alle Politikbereiche: von Wirtschaft bis Verkehr, von Bildung bis Wohnen.

Das heißt zuerst: Armut bekämpfen und verhindern. Armut ist kein individuelles Versagen, sondern ein strukturelles Problem! Wir lassen es nicht zu, dass einige Wenige immer reicher werden, während sich zugleich die Einkommens- und Lebenssituation vieler Menschen drastisch verschlechtert. Die massiven Preiserhöhungen bei Lebensmitteln, Kraftstoffen, Strom und Gas sorgen dafür, dass immer mehr Menschen in Brandenburg auf Unterstützung angewiesen sind. Viel mehr Menschen als noch vor wenigen Jahren suchen heute Hilfe bei Tafeln oder Sozialstationen. Auch der Bedarf an Angeboten in der Schuldner-, Insolvenz-, Mieter- und Verbraucherschutzberatung steigt. Besonders groß sind die Versorgungslücken im Bereich der psychologischen Beratung. Denn in allen Altersgruppen, vor allem bei Kindern und Jugendlichen nehmen die psychischen Belastungen und Erkrankungen zu. Doch Unterstützungsleistungen von Bund und Land sind oft nicht bekannt oder nur sehr kompliziert zu beantragen.

Um allen Menschen in allen Lebenslagen ein gutes Leben zu ermöglichen, braucht es ein funktionierendes staatliches Fürsorge- und Leistungssystem sowie ein landesweites Netzwerk gut ausgestatteter sozialer Träger und zivilgesellschaftlicher Akteure, eine verlässliche Finanzierung ihrer Arbeit und unbürokratische Verfahren für alle, die Bedarf an Unterstützung und Beratung haben, um die weiterhin zu erwartenden Mehrkosten für Energie, Transport, Wärme, etc. durch eine entsprechende Aufstockung der Mittel aufzufangen.

Soziale Unterstützungs- und Beratungsstrukturen, insbesondere die Tafeln sind mit steigenden Bedarfen, unzureichender öffentlicher Finanzierung, einem wachsenden Personalangel sowie ebenfalls steigenden Kosten konfrontiert. Die gemeinnützigen Träger und Vereine haben vielfach keine Rücklagen oder andere Möglichkeiten, um die hohen und steigenden Kosten selbst zu tragen oder weiterzugeben. Viele soziale Angebote in Brandenburg stehen deshalb vor dem Aus.

Unsere Projekte:

- **Solidaritätsgesetz einführen:** Mit einem Solidaritätsgesetz werden wir die Finanzierung der sozialen Infrastruktur in Brandenburg sichern. Frauenhäuser, Frauenzentren, Mehrgenerationenhäuser und Familienzentren, Einrichtungen der Seniorenarbeit, landesweite Vertretungsorganisationen sowie die Tafeln werden nicht mehr projektbezogen, sondern institutionell gefördert, und deren Arbeit damit langfristig und planbar gesichert.

- **Angebote in Krisen sichern:** Wir werden die finanzielle Unterstützung in Form eines Mehrbelastungsausgleichs für Träger von Einrichtungen der Eingliederungs- sowie der ambulanten bzw. stationären Kinder- und Jugendhilfe, von Mehrgenerationenhäusern, Begegnungs-, Frauen- und Mädchenzentren sowie Pflege- und Sozialbetrieben sichern. Für Vereine und Träger im zuwendungsfinanzierten Bereich erfolgt eine vollständige Übernahme von (Energie-)Kostensteigerungen durch das Land.
- **Vermeidung von (Privat-)Insolvenzen und verlässliche Hilfe für Menschen in Not:** Wir werden dafür sorgen, dass das Land Menschen, die in Not geraten sind, über einen Härtefallfonds unbürokratische Hilfe gewährt.
- **Keine Sanktionen für Menschen im Leistungsbezug:** Wir setzen uns auf Bundesebene unverändert für ein sofortiges Ende der Sanktionspraxis gegenüber Menschen im Leistungsbezug ein.
- **Menschenwürdige Mindestsicherung für alle:** Wir setzen uns im Bund für eine Existenzsicherung ein, die tatsächlich armutsfest und sanktionsfrei ist. Die Regelsätze müssen dafür deutlich erhöht werden und immer die vollen Preissteigerungen abbilden. Wir wollen eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.200 Euro.
- **Wirkungsvolle Kindergrundsicherung:** Wir setzen uns auf der Bundesebene unverändert für eine sanktionsfreie und unbürokratisch zugängliche Kindergrundsicherung ein, die derzeit mindestens 695 Euro betragen muss, nicht angerechnet wird und allen Kindern aus ärmeren Familien voll zustehen soll.
- **Gerechter Start in die Berufswelt:** Alle Brandenburger Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen mit dem Start ihrer ersten Berufsausbildung - ob betrieblich oder ein Studium - einen einmaligen Startbonus in Höhe von 1.500 Euro erhalten. Damit erleichtern wir die Anschaffung von Ausbildungsmaterial oder der Einrichtung der ersten eigenen Wohnung. Das ist nicht nur gerecht, sondern fördert auch die Unabhängigkeit von den Eltern.
- **Armut und sozialräumliche Spaltung koordiniert bekämpfen:** die kommunalen Spitzenverbände, Betroffenenverbände, Sozialberatungsstellen, soziale Träger und die Verbraucherzentrale erarbeiten Maßnahmen gemeinsam, damit sie auch in der Umsetzung funktionieren.
- **Beratungsangebote stärken und ausbauen:** Um Menschen bei der Bewältigung von Krisen besser zu unterstützen, stärken wir die Rechts-, Sozial-, Erziehungs-, Energie-, Verbraucherschutz-, Familienbildungs-, Mietschuldner-, Schuldner- und Insolvenzberatung; sichern diese finanziell ab und bauen sie bedarfsgerecht aus.
- **Energiesperren verbieten:** Durch die massiv steigenden Preise bei Strom-, Wasser und Gas sind immer mehr Haushalte in Brandenburg in Bedrängnis und nicht wenigen droht eine Energiesperre. Das Recht auf Licht, warmes Wasser und einer warmen Wohnung

sind für uns Menschenrechte, die nicht abgesperrt gehören. Deshalb werden wir Energiesperren auf Bundesebene verbieten.

- **Fachkräfteoffensive für soziale Berufe:** Mit einer Fachkräfteoffensive auf Landesebene wollen wir dringend benötigtes Personal gewinnen, um die soziale Infrastruktur zu sichern. Konkrete Maßnahmen dieser Initiative sind kostenfreie, praxisnahe Ausbildungen, auch bei schulischen Ausbildungen, attraktive sowie existenzsichernde Ausbildungsvergütungen in allen Bereichen der sozialen Arbeit, bessere Rahmenbedingungen für Quereinstieg und Nachqualifizierung (u. a. Refinanzierung der Praxisbegleitung beim Träger, finanzielle Absicherung des Berufsumstieges in die soziale Arbeit) und gute Arbeitsbedingungen in allen Feldern der sozialen Arbeit.
- **Tariflöhne in sozialen Einrichtungen:** Wir werden die Zuwendungen an gemeinnützige soziale Träger, die an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes geknüpft sind, so anpassen, dass diese die Gehaltssteigerungen direkt und ohne Einbußen weiterreichen können.
- **Arbeitsbelastung senken:** Wir werden die Mindestpersonalschlüssel in den Bereichen der sozialen Arbeit, z.B. in der stationären Jugendhilfe, in der Pflege und in der Eingliederungshilfe, erhöhen, um die immense Arbeitsbelastung zu senken, die aktuell viele Fachkräfte zur Kündigung veranlasst
- **Den Einstieg für ausländische Fachkräfte in Sozialberufe vereinfachen:** Wir werden Anerkennungsverfahren von Berufsabschlüssen vereinfachen, Studiengänge und Berufserfahrung von Menschen mit Migrationshintergrund einfacher anerkennen und berufsspezifische Sprachkurse ausbauen.

2.6 Starke Kommunen – Gute Lebensqualität

Vor Ort in den Kommunen wird darüber diskutiert und entschieden, wo neue Wohnungen, Kitas oder Schulen entstehen, ob es eine Bibliothek oder einen Jugendklub gibt. Hier können wir die Demokratie hautnah erleben und uns selbst einbringen; in Vereinen, Bürgerinitiativen oder Parteien.

Diese kommunale Selbstverwaltung ist in der Realität oft stark eingeschränkt. Weil viele Kommunen finanziell nicht ausreichend ausgestattet sind und eine dauerhafte, verlässliche Unterstützung fehlt, mangelt es vor Ort an echten Gestaltungsmöglichkeiten. Dies ist besonders problematisch, weil kommunale Leistungen angesichts vieler Veränderungen und Herausforderungen dringend angepasst und ausgebaut werden müssen. Stattdessen herrscht in vielen Orten ein Sparzwang, können Schulgebäude nicht saniert oder ausgestattet oder Vereine nicht gefördert werden.

Wir treten für den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung ein, damit die Menschen

in den Dörfern, Städten und Landkreisen mehr demokratische Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Hierfür braucht es eine aufgabengerechte und verlässliche Finanzierung durch das Land. Zudem braucht es mehr Unterstützung für lokales, zivilgesellschaftliches Engagement und mehr echte Demokratie in der Kommunalpolitik.

Unsere Projekte:

- **Kommunale Infrastrukturen erhalten und ausbauen:** Dazu wollen wir die Finanzlage der Kommunen nachhaltig stärken und dazu den Finanzausgleich für kleine und ländliche Kommunen verbessern. Für notwendige Investitionen muss den Kommunen dauerhaft mehr Geld in Form von investiven Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellt werden.
- **Interkommunale Zusammenarbeit stärken:** Wir werden dafür sorgen, dass das Land mehr finanzielle Mittel und Beratungsleistungen zur Verfügung stellt, wenn Kommunen sich dafür entscheiden, Aufgaben künftig gemeinsam mit anderen zu erledigen.
- **Privatisierungen stoppen und Rekommunalisierungen fördern:** Wir werden diesen Prozess nicht nur rechtlich, sondern auch finanziell fördern. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, wichtige Infrastruktur bspw. bei Wohnen, Strom und Gas wieder in öffentliches Eigentum zu überführen.
- **Kommunalpolitik demokratischer und transparenter machen:** Wir werden die Kommunalverfassung für neue Beteiligungsmöglichkeiten öffnen und ein Transparenzgesetz schaffen.
- **Kommunalvertretungen stärken:** Die ehrenamtlichen Kommunalvertretungen werden wir stärken. Dafür wollen wir die Kommunalaufsicht mit der Aufgabe betrauen, ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter zu beraten und bei Streitigkeiten zwischen Verwaltung und Vertretung vermittelnd tätig zu werden. Die Fraktionen in den Vertretungen werden wir besser finanziell ausstatten.
- **Die Kommunen richtig digitalisieren:** e-Government birgt ein großes Potenzial für jede Kommune, sowohl für ihre Verwaltung aber auch um die Möglichkeiten der Partizipation für die Einwohnerinnen und Einwohner zu befördern. Wir werden die flächendeckende, barrierefreie Digitalisierung in Rathäusern und Behörden umsetzen und dafür mehr Mittel bereitstellen sowie eine wirksame technische Unterstützung seitens des Landes initiieren. Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes muss forciert werden.
- **Kommunalfinanzen verbessern:** Die Verbundquote für die Kommunen werden wir stabil halten und den Vorwegabzug, mit dem das Land den Kommunen derzeit jährlich 95 Millionen Euro entzieht, werden wir abschaffen. Die investiven Schlüsselzuweisungen werden wir um diesen Betrag erhöhen und die Möglichkeit

schaffen, dass die Kommunen diese auch für die Kredittilgung von Investitionen einsetzen können. Wir werden die finanzielle Ausstattung kleiner Kommunen mit einer großen Flächenausdehnung in den Blick nehmen und deshalb die Grundlagen für die Verteilung finanzieller Mittel im Land hinsichtlich eines Flächenfaktors überprüfen.

- **Zusätzliche Steuerungsmöglichkeiten für die Gemeinde- und Stadtentwicklung:** Um die Lebensqualität zu erhalten und die Kommunen für Jung und Alt attraktiv zu gestalten, müssen Städte, Gemeinden und Landkreise finanzielle Spielräume haben. Die Kommunen können nur gestalten, wenn sie finanziell in die Lage versetzt werden, die nötige soziale Infrastruktur selbst zu schaffen. Dafür werden wir mehr finanzielle Spielräume für Investitionen schaffen. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von zinsfreien Darlehen für entsprechende Investitionsprogramme der Kommunen werden wir eröffnen.
- **Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten:** Die durch die aktuelle Koalition eingeführte unsinnige Regelung, dass Kommunen, die nicht rechtzeitig ihren Jahresabschluss fertigstellen, automatisch in die vorläufige Haushaltsführung und damit in die finanzielle Handlungsunfähigkeit geraten, werden wir sofort wieder abschaffen.
- **Kommunen entschulden:** Die Einrichtung eines „Kommunalen Entschuldungsfonds Brandenburg“ steht auf der Tagesordnung für die kommende Wahlperiode. Er soll den Kommunen helfen, ihre aufgelaufenen Liquiditätskredite deutlich zu reduzieren.

2.7 Da wenn's brennt: Feuerwehren und Katastrophenschutz

In Brandenburg engagieren sich derzeit über 40.000 Menschen ehrenamtlich in den Freiwilligen Feuerwehren und den Hilfsorganisationen. Dieses Engagement ist unbezahlbar und unverzichtbar. Aber auch hier gilt: Klatschen vom Balkon und Sonntagsreden der Vertreter und Vertreterinnen der Landesregierung helfen hier nicht. Denn es braucht motivierte Menschen und eine gute zeitgemäße Ausstattung. Ersteres erreichen wir durch eine gezielte Förderung des Ehrenamtes, letzteres durch Unterstützung bei der Beschaffung. Ob Flugzeuge oder Hubschrauber oder Drohnen einen Brand bekämpfen, muss die Einsatzleitung vor Ort entscheiden. Wichtig ist, dass die erforderlichen Einsatzmittel schnell und unkompliziert eingesetzt werden können. Dabei sind in sehr vielen Kommunen die Feuerwehrgerätehäuser sanierungsbedürftig. Sie müssen mittelfristig auf den neuesten Stand der Technik gebracht oder in vielen Fällen sogar neu gebaut werden. Hier brauchen die Städte, Gemeinden und Ämter aktive und messbare Unterstützung der Landesebene.

Brandenburg steht auch beim Brand- und Katastrophenschutz aufgrund des Klimawandels in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor großen Herausforderungen. Extreme Klimaereignisse, wie Hitze, Hochwasser, Stürme, Überflutungen und Trockenheit nehmen zu. Gerade die großen Waldbrandlagen in Brandenburg in den vergangenen

Jahren, haben dies eindrücklich aufgezeigt. Darauf müssen die Feuerwehren und Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes personell und technisch vorbereitet sein. Neben effektiven Maßnahmen zum Klimaschutz, braucht es deshalb auch einen gut funktionierenden landesweiten flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz. Dabei sind es die Kommunen, die diesen mit den Freiwilligen Feuerwehren, den Berufsfeuerwehren und den Hilfsorganisationen sicherstellen. Auch diese Herausforderungen können nur gemeistert werden, wenn das Land die Kommunen bei den entstehenden Lasten wirksam unterstützt. Sonst werden vor Ort die berechtigten Interessen der Vereine, der sozialen Hilfen, der Kultur etc. gegen die Erforderlichkeiten eines modernen Brand- und Katastrophenschutzes ausgespielt.

Unsere Projekte:

- **In unsere Feuerwehren investieren:** Wir werden ein neues kommunales Investitionsprogramm zur Verbesserung der Feuerwehriinfrastruktur auflegen. Viele Feuerwehrgerätehäuser in unseren Kommunen müssen immer noch modernisiert werden; viele kleine Kommunen haben keine Gelder dafür. Durch das kommunale Investitionsprogramm werden die kommunalen Eigenanteile übernommen.
- **Für gute Ausstattung:** Die Förderung der technischen Ausstattung unserer Feuerwehren durch das Land muss deutlich verbessert werden. Viele Träger des Brandschutzes können die Herausforderungen aufgrund der explodierenden Anschaffungskosten nur schwer allein stemmen. Eine gezielte Förderung gerade kleinerer Wehren ist deshalb angezeigt.
- **Nachwuchs sichern:** Wir setzen uns für den Ausbau des freiwilligen Wahlfachangebots „Feuerwehrunterricht“ im Land ein, um den Nachwuchs der Freiwilligen Feuerwehren zu sichern und durch die Ausbildung zur Truppfrau/Truppmann das Ehrenamt zu fördern.
- **Zweiter Standort der Landesfeuerweherschule:** Wir setzen uns für die zügige Eröffnung des zweiten Standorts der Landesfeuerweherschule in Wünsdorf ein.
- **Wasserrettung und Rettungshundestaffeln fördern:** Wir werden die Förderung von Organisationen der Wasserrettung verbessern und auch die ehrenamtlich getragenen Rettungshundestaffeln besser unterstützen.
- **Mittel zur Waldbrandbekämpfung sicherstellen:** Die Kommunen brauchen die Sicherheit, mit Großschadenslagen nicht allein gelassen zu werden. Deshalb werden wir auf Landesebene ein Kompetenzzentrum für die Waldbrandbekämpfung einrichten, die Kürzungen in diesem Bereich sofort zurücknehmen und eine dauerhafte Finanzierung sicherstellen.

2.8 Sicher leben in Brandenburg: Öffentliche Sicherheit

Das Land Brandenburg ist in den vergangenen Jahren immer sicherer geworden. Die

Polizei leistet dafür einen wichtigen Beitrag. Wir wissen aber auch: Eine gute Sozialpolitik ist immer noch die beste Kriminalitätsbekämpfung. Öffentliche Sicherheit entsteht vor allem durch aktive Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität. Menschen fühlen sich sicher, wenn sie sich in ihrem Alltag sicher bewegen können.

Unsere Polizei soll die Brandenburgerinnen und Brandenburger vor Kriminalität schützen und gleichzeitig die Rechte der Bürgerinnen und Bürger wahren. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muss die Polizei personell und materiell entsprechend ausgestattet werden. Es braucht nicht immer mehr Befugnisse, sondern motivierte Polizistinnen und Polizisten, die ansprechbar und erreichbar sind. Für eine gute und im besten Sinne kritische Polizei braucht es auch Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Polizistinnen und Polizisten. Das betrifft Ausrüstung, Arbeitsumfeld und Belastung, Karriereöglichkeiten und Fortbildungsangebote, aber auch die Ermöglichung interner Kritik und Schutz von Whistleblowern und Hilfe bei Mobbing und Bossing in der gesamten Verwaltung. Bis heute werden Überstunden bei der Polizei nicht zentral erfasst. Noch immer sind Polizeidienststellen nicht umfangreich modernisiert worden. Das Studierendenwohnheim für Polizeianwärterinnen und -anwärter ist noch immer nicht eröffnet.

Unsere Polizei genießt das Vertrauen der Bevölkerung. Es gab jedoch auch Vorfälle, die geeignet sind, dieses Vertrauen zu untergraben: illegale Datenabfragen durch Polizistinnen und Polizisten, Waffen und Munition verschwanden aus den Bereichen der Polizei. Polizeieinsätze führten leider auch zu teils tödlichen Folgen, katastrophale Zustände in der Asservatenverwaltung oder auch nicht tierschutzgerechte Methoden im Diensthundewesen. Es braucht deshalb parlamentarische Kontrolle und eine Kultur innerhalb der Polizei, solche Missstände transparent und offen anzugehen und abzustellen. Auch wenn in Brandenburg eine progressive Kontrolle des Verfassungsschutzes geregelt ist, bleibt das Problem, dass eine vollständige Kontrolle der Vorgänge im Verfassungsschutz gerade im Bereich des V-Leute-Wesens naturgemäß nicht möglich ist.

Geheimdiensten wie dem Verfassungsschutz stehen wir kritisch gegenüber und wollen wir abschaffen. Die fortschreitende Radikalisierung der AFD, die selbsternannten „Querdenker“-Gruppierungen, die rechtsterroristischen Straftaten in der Bundesrepublik und die Enthüllungen zu rechtsextremen Treffen im Land Brandenburg zeigen, dass weder die Erkenntnisse der Zivilgesellschaft noch des Verfassungsschutzes ausreichen, um den demokratiegefährdenden gesellschaftlichen Entwicklungen Einhalt zu gebieten. Unsere Antwort darauf ist nicht, die Befugnisse des Verfassungsschutzes zu erweitern, sondern die Zivilgesellschaft zu stärken.

Unsere Projekte:

- **Verschärfungen des Polizeigesetzes zurücknehmen:** Die unter Federführung des CDU-

geführten Innenministeriums in den vergangenen Jahren eingeführten Verschärfungen des Polizeigesetzes werden wir evaluieren und in weiten Teilen zurücknehmen.

- **Prävention verstärken:** Wir werden die Präventionsarbeit der Polizei und die kommunale Kriminalitätsverhütung ausbauen. Augenmerk soll auch darauf liegen, das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum zu verbessern.
- **Ansprechbarkeit und Zusammenarbeit vor Ort stärken:** Wir wollen die Sicht- und Ansprechbarkeit der Polizei für Bürgerinnen und Bürger stärken. Dafür soll die Zahl der Revierpolizistinnen und Revierpolizisten vor allem in den ländlichen Räumen gestärkt und die Zusammenarbeit mit anderen Behörden wie z.B. Ordnungsämtern, v.a. aber zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure im Rahmen lokaler Sicherheitspartnerschaften ausgebaut werden.
- **Arbeitsbedingungen verbessern:** Alle Stellen in der Polizei wollen wir besetzen. Dabei legen wir ein Augenmerk darauf, dass die Polizei diverser wird. Die Polizeiwachen und Dienststellen werden wir endlich vollständig sanieren. Die Einsatzmittel halten wir auf dem neuesten Stand und sorgen dafür, dass die technische Ausstattung in den Polizeidienststellen verbessert wird. Das Wohnheim für die Anwärterinnen und Anwärter in Oranienburg werden wir zügig fertigstellen.
- **Unterstützung für Polizeibedienstete:** Es braucht verbindliche Unterstützungsangebote wie Supervisionen nach schwierigen Einsätzen und Fortbildungen zu diskriminierungsfreiem Verhalten.
- **Tasereinsatz begrenzen:** Taser werden durch die Polizei immer häufiger eingesetzt, oft auch gegen Menschen mit psychischen Problemen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es zu schweren oder sogar tödlichen Folgen kommt. Den Tasereinsatz werden wir rechtlich dem Schusswaffeneinsatz gleichstellen, um den unverhältnismäßigen Einsatz gegen Menschen in psychischen Ausnahmesituationen und als Ungehorsamsstrafe für Nichtkooperation zu unterbinden.
- **Evaluation polizeilichen Handelns:** Wir setzen uns ein für mehr kritische Polizeiforschung und -lehre sowie eine fortdauernde Evaluation polizeilichen Handelns.
- **Kriminell erlangtes Vermögen konsequent einziehen:** Die dafür erforderlichen Personalstellen sollen konsequent besetzt werden.
- **Wissenschaftliche Beobachtungsstelle schaffen:** Wir werden eine transparent arbeitende, wissenschaftliche Beobachtungsstelle von Angriffen auf Menschen-, Grundrechte und Demokratie schaffen, um über rechte, autoritäre und demokratiefeindliche Strukturen und Argumentationsmuster zu informieren.
- **Befugnisse des Verfassungsschutzes abbauen:** Wir werden die Befugnisse des Verfassungsschutzes schrittweise abbauen und die freiwerdenden Mittel den

zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Stärkung der Demokratie zur Verfügung stellen. Die Anwerbung und den Einsatz von V-Leuten werden wir unterbinden.

- **Stärkung der parlamentarischen Kontrolle:** Bis zur Überwindung des Verfassungsschutzes werden wir die parlamentarische Kontrolle weiter stärken. Dazu sind die seit 2019 geltenden Kontrollregelungen zu evaluieren und ggf. Auszubauen.
- **Gegen den Überwachungsstaat:** Digitalisierung darf nicht zu einem Ausbau von Überwachung und sozialer Kontrolle führen. Automatisierte biometrische Fernidentifizierung im öffentlichen Raum ist mit uns nicht zu machen. Private Kommunikation muss geschützt bleiben und darf nur einzelfallbezogen für gezielten Strafverfolgung genutzt werden. Die als Staatstrojaner bekannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsuchung lehnen wir entschieden ab.

2.9 Ohne Moos nix los: Nachhaltige und gemeinwohlorientierte Finanzpolitik

Wir sind auch in Zukunft einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Haushaltspolitik verpflichtet. Dabei geht es vor allem um die finanzielle Sicherstellung der Aufgabenerfüllung. Wir wollen das Gemeinwesen weiter stärken und ausbauen. Dazu gehören u. a. der öffentliche, soziale Wohnungsbau, öffentlich finanzierte und gebührenfreie Kitas und Schulen, gebührenfreie Universitäten, der öffentlich finanzierte Personen- und Schienenverkehr, die Stärkung der Ausbau von flächendeckenden Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine gute Finanzausstattung der Kommunen.

Die Stabilisierung des Landeshaushalts kann nicht durch das Kürzen öffentlicher Leistungen, sondern nur durch die Erhöhung der Einnahmen sinnvoll und wirksam stattfinden. Um die Investitions- und Gestaltungsfähigkeit unseres Landes zu sichern, wollen wir die finanzpolitischen Spielräume erweitern. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Ein solidarisches Gemeinwesen braucht einen finanziell leistungsfähigen Staat. Wir stehen dafür, dass Superreiche zur Finanzierung der Krise herangezogen und Geringverdienende und Angehörige der Mittelschicht vor den Krisenkosten geschützt werden. Unsere Forderungen sind finanzierbar, wenn hohe Einkommen, große Vermögen und Konzerne endlich gerecht besteuert werden. Eine Vermögensabgabe in Form einer Millionärssteuer würde Brandenburg jährlich über 350 Millionen Euro Mehreinnahmen einbringen. Dafür braucht es ein Umdenken auf Bundesebene.

Um auch in Zukunft Brandenburg weiter gestalten zu können, Schulen und Kitas zu bauen, in Maßnahmen für den Klimaschutz und der Gesundheitsversorgung zu investieren, die Armut und soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen und den gewaltigen Sanierungsstau zu beseitigen muss die Schuldenbremse abgeschafft werden. Allein für

Klimaschutzmaßnahmen werden in den nächsten Jahren rund 500 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich benötigt, die aus dem laufenden Haushalt nicht zu finanzieren sind. Kürzungsprogramme kommen zudem auch sozial- und wirtschaftspolitisch in dieser Notlage für uns nicht in Frage. Die Folgen des Ukraine-Kriegs und die Energiepreisexplosion stellen vor allem diejenigen Brandenburgerinnen und Brandenburger vor finanzielle Schwierigkeiten, die ohnehin schon wenig haben. Ein handlungsfähiger Staat muss hier eingreifen und einkommensschwache Haushalte deutlich unterstützen und vor Armut bewahren. Jeder Euro, der in ein besseres und chancengerechteres Bildungssystem investiert wird, gibt mehr jungen Menschen die Chance, einen Schul- und Ausbildungsabschluss zu schaffen. Ein schuldenfreies Land ist nicht per se generationengerecht. Ein Land mit moderner Infrastruktur, mit modernen Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen, mit klimaneutraler Wirtschaft bedeutet Zukunft für unsere Kinder: Nachhaltigkeitsinvestitionen sind Zukunftschancen und generationengerecht!

Unsere Projekte:

- **Wir lehnen die Schuldenbremse ab:** Sie beschneidet die Möglichkeit antizyklischer Haushaltspolitik und ist investitionsfeindlich. Deshalb wollen wir, dass sich Brandenburg auf Bundesebene für die Abschaffung der im Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse einsetzt und die Schuldenbremse aus der Verfassung des Landes Brandenburg streichen.
- **Handlungsfähigkeit des Landes erhalten:** Schuldenabbau darf nicht zu Lasten von wichtigen Investitionen in die Zukunft des Landes Brandenburg gehen. Eine Finanzpolitik, die Schuldentilgung als vorrangiges Ziel beschreibt und dabei dringend notwendige Landesaufgaben nicht erfüllt, ist für uns nicht nachhaltig und lehnen wir deshalb ab.
- **Stärkung der Kommunen:** Die Verbundquote für die Kommunen werden wir stabil halten und den Vorwegabzug, mit dem das Land den Kommunen derzeit jährlich 95 Millionen Euro entzieht, werden wir abschaffen. Die investiven Schlüsselzuweisungen werden wir um diesen Betrag erhöhen und die Möglichkeit schaffen, dass die Kommunen diese auch für die Kredittilgung von Investitionen einsetzen können. Wir werden die finanzielle Ausstattung kleiner Kommunen mit einer großen Flächenausdehnung in den Blick nehmen und deshalb die Grundlagen für die Verteilung finanzieller Mittel im Land hinsichtlich eines Flächenfaktors überprüfen.
- **Landesbürgschaften für soziale und nachhaltige Infrastruktur:** Die Vergabe von Landesbürgschaften hat sich bewährt und soll zielgerichtet weiter ausgebaut werden, z.B. für den sozialen Wohnungsbau oder der Beteiligung von Kommunen an der Errichtung von erneuerbaren Energieanlagen.
- **Kofinanzierung sicherstellen:** Fördermittel von der EU und dem Bund sind für

Brandenburg existenziell wichtig. Wir werden sicherstellen, dass keine Mittel verfallen. Unser Ziel ist, alle Fördermöglichkeiten konsequent zu nutzen und für jeden Euro von Bund oder EU für Brandenburg die Kofinanzierung des Landes zu sichern.

- **Derivatgeschäfte des Landes eindämmen:** Das Volumen der Derivatgeschäfte des Landes wollen wir zurückführen mit dem Ziel, langfristig auf Derivate zu verzichten.
- **Sozial gerechtes Steuersystem:** Wir werden uns auf Bundesebene für die Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine Reform der Erbschaftssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre einsetzen. Jetzt ist die Solidarität derer gefordert, denen es sehr gut geht.
- **Einkommensteuerrecht umgestalten:** Kleine und mittlere Einkommen müssen entlastet werden, sehr hohe Einkommen müssen diese Entlastung finanzieren. Es ist ungerecht, dass Einkommen aus Gewinnen deutlich niedriger versteuert werden als Einkommen aus Erwerbsarbeit. Deshalb wollen wir die Kapitalertragssteuer ändern.
- **Durchsetzung des Steuervollzuges:** Es braucht zusätzliches Personal in den Finanzämtern des Landes und der Steuerverwaltung sowie die Erhöhung der diesbezüglichen Ausbildungskapazitäten. Wir wollen mehr Betriebsprüferinnen und -prüfer und Personal zur Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung.
- **Mieterinnen und Mieter von der Grundsteuer entlasten:** Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Grundsteuer nicht mehr über die Betriebskosten den Mieterinnen und Mietern in Rechnung gestellt werden.

2.10 Verwaltung als Dienstleisterin: Gute Arbeit im Öffentlichen Dienst

Ein handlungsfähiges Land braucht eine handlungsfähige Verwaltung: Für Dienstleistungen und Hilfen aller Art, für Bildung und Gesundheit, für soziale und öffentliche Sicherheit, für Planung und Organisation. Wir wollen, dass sich der öffentliche Dienst als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger versteht. Es muss darum gehen, ihren Anliegen und Bedürfnissen gerecht zu werden. Wir brauchen in der Verwaltung eine Kultur des Ermöglichens. Den Menschen soll nicht gesagt werden, was angeblich nicht geht, sondern gezeigt werden, wie es gehen kann. Das Personal im öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg bildet das Rückgrat, um die weitere Entwicklung des Landes nachhaltig zu gestalten. Für die damit verbundenen Aufgaben und Chancen, zum Beispiel bei der Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels, der Digitalisierung, des allgemeinen Fachkräftemangels aber auch des Generationswechsels innerhalb der Landesverwaltung selbst, ist es unabdingbar, dass sich das Land Brandenburg als attraktiver Arbeitgeber positioniert. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst geben täglich Alles für ein soziales und funktionierendes Brandenburg und sie brauchen dafür unsere Unterstützung. Die wichtigste Ressource sind ausreichend motivierte und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Auch im öffentlichen Dienst herrscht mittlerweile ein eklatanter Personalmangel. Um das notwendige qualifizierte Personal für den öffentlichen Dienst gewinnen zu können, braucht es eine attraktive Besoldung und Vergütung. Wir waren es in unserer Regierungsbeteiligung bis 2019, die durchgesetzt haben, dass die Tarifiergebnisse für Angestellte des öffentlichen Dienstes zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen worden sind. Gleichzeitig haben wir den Stellenabbau gestoppt, Einstellungskorridore geschaffen und damit begonnen, gezielt die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu stärken. Daran werden wir festhalten und alles daransetzen, dass es nicht zu Einschnitten bei den Personalausgaben kommt. Wir wollen, dass bei der Finanzierung öffentlicher Leistungen Tarifsteigerungen und die allgemeine Preisentwicklung abgesichert werden.

Unsere Projekte:

- **Fachkräfte ausbilden und qualifizieren:** Eine funktionierende Landesverwaltung braucht ausreichend und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir setzen uns dafür ein, weiter an Strategien zu arbeiten, wie wir noch mehr neue Fachkräfte ausbilden und qualifizieren, z.B. durch duale Studiengänge, die auch in Teilzeit absolviert werden können, sowie den Wissenstransfer innerhalb der Landesverwaltung absichern.
- **Zulagen für Mangel-Berufe:** Um auch in Zukunft qualifiziertes Personal gerade in den technischen Berufen, dem Ingenieur- und Planungsbereich zu rekrutieren, müssen weiterhin Anreize, z.B. Zulagen für besondere Mangel-Berufe, geschaffen werden.
- **Gute Arbeit im öffentlichen Dienst:** Wir werden uns gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Personalräten für attraktive Bedingungen im öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg einsetzen. Dazu gehören für uns flexible Arbeitszeitmodelle, das mobile Arbeiten im Homeoffice und die Beendigung der sachgrundlosen Befristungspraxis. Der unbefristete Arbeitsvertrag muss der Normalfall sein.
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Wir werden uns im Öffentlichen Dienst für eine familiengerechte Wochenarbeitszeit mit maximal 35 Stunden pro Woche als neue Regelarbeitszeit mit Lohn- und Personalausgleich einsetzen.
- **Übertragung von Tarifiergebnissen:** Die Ergebnisse von Tarifverhandlungen werden wir zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Landes übertragen.
- **Eingruppierungen überprüfen:** Wir werden eine Kommission einsetzen, die bis 2026 eine grundlegende Überprüfung der Amtsgemessenheit von Eingruppierungen und der Wettbewerbsfähigkeit von Zulagen vornimmt, in der Schlechterstellungen von Einzelnen oder Beschäftigtengruppen ausgeschlossen werden sollen. In dieser Kommission soll der Gesamtpersonalrat paritätisch mitbestimmen.

- **Beförderungen erleichtern:** Das Beförderungssystem muss fairer und geschlechtergerecht gestaltet werden. Alle Beförderungsmöglichkeiten sollten ausgeschöpft werden, um die Arbeit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst wertzuschätzen und ihnen Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung zu bieten.
- **Mitbestimmung verbessern:** Wir werden ein modernes Personalvertretungsgesetz auf den Weg bringen, das die Personalvertretungen im Öffentlichen Dienst und ihre Mitbestimmungsrechte deutlich stärkt

2.11 Recht bekommen! Ein Rechtsstaat für Alle

Wir wollen eine bürgernahe, unabhängige und gut ausgestattete Justiz in Brandenburg, zu der jede und jeder wohnortnah und unabhängig vom Einkommen Zugang hat. Gerichtsstandorte müssen erhalten bleiben und durch Justizbüros in kleineren Orten ergänzt werden.

Opferschutz ist eines unserer Kernanliegen. Hier braucht es einen Opferbeauftragten, der mit einer Koordinierungsstelle alle zivilgesellschaftlichen Angebote vernetzt, als Ansprechpartner für Betroffene fungiert und auf systemische Fehlstellen hinweist. Wir wollen einen Ausbau der Möglichkeiten der digitalen Vernehmungsmöglichkeiten, um mehrfache Aussagen und eine Retraumatisierung des Opfers durch das Strafverfahren zu verhindern.

Wir stehen für einen Rechtsstaat, der weiß, dass Resozialisierung der beste Opferschutz ist, dass Kriminalität zuallererst ein soziales Problem ist. Wir wollen, dass schwere Straftaten wirkungsvoll bekämpft werden, kriminelles Vermögen konsequent abgeschöpft wird. Armutsdelikte hingegen müssen mit den Mitteln der sozialen Unterstützung und nicht mit Haftstrafen verhindert werden.

Viele Menschen sitzen jedes Jahr wegen Bagatelldelikten eine Ersatzfreiheitsstrafe ab, obwohl sie nicht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Diese Ersatzfreiheitsstrafen bringen der Gesellschaft nichts und helfen den Betroffenen nicht. Die Hauptgründe sind meistens Armut und psychische Probleme. Diese ungerechte und resozialisierungsfeindliche Praxis muss ein Ende haben!

Ziel des Strafvollzugs soll es sein, Gefangene in die Lage zu versetzen, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen. Dem wird der Strafvollzug derzeit nicht gerecht.

Eine gute Justiz ist eine (selbst-)kritische Justiz. Wir sehen eine Entwicklung, in der aus dem Justizministerium heraus Personalpolitik in der Justiz betrieben wird, kritisch. Ebenso kritisch begegnen wir den Vorhaben eines regelhaften Wechsels zwischen der Tätigkeit als Staatsanwältin bzw. Staatsanwalt und RichterIn bzw. Richter. Gewaltenteilung ist für uns Linke kein überholtes Konstrukt, sondern demokratisches Grundprinzip.

Unsere Projekte:

- **Wohnortnahe Gerichte:** Wir werden alle Gerichtsstandorte erhalten.
- **Arbeitsgerichtsreform rückgängig machen:** Die Reform der Arbeitsgerichtsbarkeit wollen wir zurücknehmen, das Arbeitsgericht Potsdam wieder einrichten und auch diese Gerichtsbarkeit zukunftsfest gestalten, indem wieder jüngere Richterinnen und Richter in diesem Bereich eingestellt werden.
- **Nachwuchs selbst ausbilden:** Zur Entlastung der Justizbehörden kann auch eine verlässliche Personalgewinnung beitragen. Deshalb wollen wir die Zahl der vom Land bereitgestellten Referendariatsplätze erhöhen.
- **Justizbüros einführen:** Wir setzen uns dafür ein, Justizbüros im ländlichen Raum einzurichten, die als Orte zur Antragstellung, digitalem Zugang zu Verhandlungen und zu Verwaltungsdienstleistungen dienen.
- **Chancen der Digitalisierung nutzen:** Die Digitalisierung in der Justiz werden wir weiter voranbringen! Elektronische Akten, digitale Verhandlungsmöglichkeiten und Protokollierungen müssen flächendeckend in allen Gerichtsbarkeiten eingeführt werden.
- **Selbstverwaltung stärken:** Die Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften sollen gestärkt werden. Erprobungen im Ministerium und Wechsel zwischen den Gewalten sehen wir kritisch.
- **Weisungsrecht abschaffen:** Das Weisungsrecht gegenüber den Staatsanwaltschaften werden wir abschaffen.
- **Diversität in der Justiz:** Gute Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zeichnen sich nicht ausschließlich durch gute Examensergebnisse, sondern durch Diversität, Lebenserfahrungen und soziales und ehrenamtliches Engagement aus. Wir werden dafür sorgen, dass diese Kriterien bereits in Studium und im Referendariat und vor allem bei der Einstellung in den Dienst der Justiz ein größeres Gewicht erhalten.
- **Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen:** Vor allem Ersatzfreiheitsstrafen bei Armutsdelikten wie das sogenannte Schwarzfahren oder Containern werden wir zeitnah abschaffen.
- **Resozialisierung stärken:** Die Resozialisierung im Justizvollzug muss deutlich verstärkt und der Strafvollzug soweit wie möglich offen gestaltet werden. Wir werden den Wohngruppenvollzug ausbauen. Wir fordern ein Übergangsmanagement, sowie ein koordiniertes Angebot für die Vermittlung von Wohnungen und Arbeit nach der Entlassung aus dem Strafvollzug. Für eine erfolgreiche Resozialisierung braucht es engagiertes und gut ausgebildetes Personal im Vollzug; gute Arbeitsbedingungen, Aufstiegschancen, Fortbildungen und ein Erreichen der Personalzielzahl von 1000 Bediensteten sind hierfür unabdingbar.
- **Angemessene Löhne für Strafgefangene:** Wir setzen uns dafür ein, dass Strafgefangene

angemessen bezahlt werden und so grundlegende Mittel für die Altersversorgung und Schadenersatzleistungen erhalten und sie nicht länger als günstige Arbeitskräfte dienen.

2.12 Verbraucherinnen und Verbraucher schützen

Schutz, Stärkung und Erweiterung von Verbraucherinnen- und Verbraucherschutzrechten haben in den vergangenen Jahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen – von der Lebensmittelqualität bis zu Bankgeschäften, von Versicherungsleistungen bei Schäden infolge des Klimawandels bis zum Krieg Russlands gegen die Ukraine, vom Online-Handel bis zur Gesundheitswirtschaft, vom Tourismus bis zur Pflege. Eine moderne Verbraucherinnen- und Verbraucherpolitik muss in erster Linie vorsorgenden Schutz gewährleisten und sich dabei immer mit der sozialen Frage verbinden, denn es sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen und Seniorinnen und Senioren, auf die windige Geschäftspraktiken abzielen – und denen diese Abzocke im Portemonnaie besonders weh tut.

Wir setzen uns für eine Verbraucherpolitik ein, die den Menschen in Brandenburg dient. Mehr als bislang braucht es staatliche Investitionen, um die finanzielle Last der Haushalte zu mindern sowie Monopole und überhöhte Preise zu bekämpfen. Wir stehen für eine Verbraucherpolitik, die Transparenz und öffentliche Rechenschaft bei staatlichen Unternehmen fördert, und treten dafür ein, dass Verbrauchervertretungen in Kontrollgremien vertreten sind. Unser Engagement gilt einer Politik, die die Sicherheit, Transparenz, Umweltfreundlichkeit und Nicht-Diskriminierung in den Vordergrund stellt und Brandenburg zu einem führenden Standort für verantwortungsvolle Forschung macht.

Unsere Projekte:

- **Verbraucherinnen- und Verbraucherschutz überall:** Wir werden den Verbraucherinnen- und Verbraucherschutz im ländlichen Raum stärken, zum Beispiel durch die Förderung von Kooperations- und Kompetenzzentren der Verbraucherschutzzentrale oder durch die Verstärkung mobiler Beratungsangebote.
- **Sparkassen retten:** Auch wenn immer mehr Menschen ihre alltäglichen Geldgeschäfte per Online-Banking abwickeln, setzen wir uns dafür ein, dass die Sparkassen weiterhin flächendeckend einen Zugang zu Bargeld und Dienstleistungen vor Ort in ihren Filialen sicherstellen. Das ist für uns eine Frage der Grundversorgung und der gleichberechtigten Teilhabe. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Sparkassen ihre soziale Verantwortung ernst nehmen und allen Bürgerinnen und Bürger Zugang zu einem kostenfreien Girokonto sowie zu grundlegenden Bankdienstleistungen bieten.
- **Mehr Rechtsschutz:** Im Sinne einer Entlastung der Brandenburger Gerichte und eines

besseren Rechtsschutzes für Verbraucherinnen und Verbraucher sollen Verbraucherschutzorganisationen bei der rechtlichen Durchsetzung von Verbraucherinnen- und Verbraucherinteressen in Form von Musterfeststellungs- oder EU-Verbandsklagen finanziell durch das Land unterstützt werden.

- **Energieberatung stärken:** Angesichts der Verunsicherungen und Fragen, die mit der Energiewende einhergehen, setzen wir uns für den gezielten Ausbau der unabhängigen Energieberatung ein.
- **Schuldnerinnen- und Schuldnerberatung stärken:** Wir setzen uns für einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf kostenlose Schuldnerinnen- und Schuldnerberatung ein. Die Beratungen sollen nicht zeitlich begrenzt angeboten werden, sondern sich am Bedarf der Ratsuchenden orientieren. Damit die Kommunen dies gewährleisten können, müssen die Mittel deutlich aufgestockt werden. Freistaat und Kommunen sollen für eine effektive Schuldenprävention außerdem darauf hinwirken, dass die Schuldnerinnen- und Schuldner- sowie die Verbraucherinnen- und Verbraucherinsolvenzberatung besser miteinander verknüpft werden.
- **Lebensmittelkontrolle stärken:** Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, für ausreichende Kapazitäten bei der Lebensmittelkontrolle zu sorgen. Die Ergebnisse der Hygiene- und Lebensmittelkontrollen müssen öffentlich zugänglich und verständlich sein.
- **Hausbesitzende schützen:** Weil die Klimakrise Extremwetterereignisse mit großen Schäden immer wahrscheinlicher macht, wollen wir das gesetzliche Recht, aber auch die Pflicht zur Elementarschadenversicherung. Alle Eigentümer müssen die Möglichkeit haben, ihr Objekt bezahlbar versichern zu lassen.
- **Bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung sicherstellen:** Wir werden den Energie- und Wärmesektor genauer überwachen und notfalls eingreifen, um Monopole und überhöhte Preise zu verhindern.
- **Digitale Teilhabe und Sicherheit gewährleisten:** Wir werden eine Task-Force zur effektiven Bekämpfung von Internetkriminalität einrichten.
- **Bildung und Aufklärung in Verbraucherfragen intensivieren:** Wir werden Programme zur Stärkung der Verbraucherbildung in Schulen und zum Verbot von Werbung sowie wirtschaftlicher Einflussnahme auf Bildungsinhalte aufsetzen.
- **Transparenz und öffentliche Rechenschaft bei staatlichen Unternehmen erhöhen:** Wir werden sicherstellen, dass Unternehmen in öffentlicher Hand ihre Tätigkeiten transparent machen und Verbraucherinnen und Verbraucher über Preise, Angebote und Geschäftsstrategien informieren.

3 Der Zukunft zugewandt: Bildung als Schlüssel für ein gutes Leben

Wir stehen für ein Brandenburg, in dem der freie und gleichberechtigte Zugang zu Bildung als Menschenrecht für jede und jeden gesichert wird. Sie sichert kulturelle, demokratische und soziale Teilhabe für alle – baut soziale Spaltung ab, statt sie zu verstärken. Sie eröffnet gesellschaftliche Chancen und den Zugang zur Welt, zu Arbeit und Beruf. Bildung bedeutet Entwicklung und ermöglicht die Entfaltung der Persönlichkeit. Sie ist die Voraussetzung für kritisches Denken und eine mündige Bürgerschaft - und damit ein Grundpfeiler der Demokratie. Bildung ist eine Lebensaufgabe. Der Volksmund sagt: Man lernt nie aus. Und das stimmt.

Wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen ihre Talente nutzen und ihre individuellen Potentiale ausschöpfen können und dabei individuell gefördert werden - ungeachtet des Geldbeutels ihrer Eltern oder ihrer Herkunft. Wir wollen Bildung und Wissenschaft, die dem Einzelnen gerecht wird und dazu beiträgt, gesellschaftliche Fragen zu beantworten und den Menschen die nötigen Werkzeuge in die Hand gibt, um die gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu meistern. Für uns ist die soziale, kulturelle und politische Bildung deshalb nicht weniger wichtig als die technische und naturwissenschaftliche. Nur aufgeklärte und mündige Menschen werden den wirtschaftlichen Erfolg Brandenburgs in der Zukunft sichern und zugleich für eine demokratische, weltoffene Kultur im Land streiten können.

Bildung muss gebührenfrei und nah verfügbar sein, von der Kita bis zur Volkshochschule. Menschen müssen ein Leben lang Zugang zu Bildungsangeboten erhalten. Und kein Kind soll hungrig lernen müssen, weil das Geld für eine Mahlzeit fehlt.

Die erlebte Realität von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen ist eine andere. Deshalb wollen wir die Bildungspolitik in Brandenburg vom Kopf auf die Füße stellen.

3.1 Für unsere Kleinen: für besser ausgestattete Krippen, Kitas und Horte

Das Recht jedes Kindes auf gute Bildung und Betreuung in einer wohnortnahen Kindertageseinrichtung muss überall in Brandenburg umgesetzt werden. Für uns ist klar: Um die Entwicklung aller Kinder ab Geburt bestens zu fördern, werden wir Angebote der frühkindlichen Bildung kostenlos, verlässlich und in hoher Qualität für alle Familien zur Verfügung stellen. Unsere Krippen, Kitas und Horte müssen kindgerechte Bildungseinrichtungen werden, an denen sich alle Kinder und Fachkräfte wohlfühlen.

Derzeit droht dem Kita-System vielerorts der Kollaps: Noch immer bekommt nicht jedes Kind einen Kita-Platz. Immer mehr Einrichtungen reduzieren Öffnungszeiten und bringen damit durch fehlende Betreuungsmöglichkeiten Familien unter Druck. Eine Fachkraft betreut in der Kita teilweise 20, im Hort mitunter 30 Kinder – zu Lasten der Bildungs-

und Betreuungsqualität. Hohe Arbeitsbelastung, wenig Aufstiegsmöglichkeiten und insgesamt schlechte Arbeitsbedingungen fördern nur Burn-Outs und den vorzeitigen Berufsausstieg. Der bereits jetzt deutlich spürbare Fachkräftemangel wird sich massiv verschärfen. Zudem führt das aktuelle Kitagesetz weiterhin regelmäßig zu langwierigen Rechtsstreitigkeiten, z.B. um Finanzierungszuständigkeiten oder um die Gewährleistung von Betreuungsumfängen.

Dem wirken wir aktiv entgegen, indem wir die dringend notwendigen Gesetzesreformen mit höchster Priorität vorantreiben. Wir brauchen ein gutes Kitarecht, das den gewachsenen gesellschaftlichen Anforderungen an die Qualität der Kindertagesbetreuung entspricht, gleiche Entwicklungs-, Bildungs- und Teilhabechancen für alle Kinder an allen Orten Brandenburgs sichert, Rechts- und Finanzierungssicherheit für die Träger von Kindertagesstätten schafft, sowie durch klare Regelungen zukünftig Konflikte und Rechtsstreitigkeiten zwischen Land, Kommunen, Eltern und Trägern ausschließt!

Für mehr Bildungs- und Betreuungsqualität sorgen wir mit einer Fachkräfteoffensive. Neue Fachkräfte gewinnen wir durch attraktive Ausbildungsformate und gut ausgebildete Fachkräfte halten wir durch verbesserte Arbeitsbedingungen im Beruf. Damit alle Eltern Familie und Beruf überall vereinbaren können, unterstützen wir die Kommunen dabei, ausreichend Kitaplätze in guter Qualität vorzuhalten. Dabei haben wir im Blick, dass für den Erfolg des umfassenden Strukturwandels in vielen Regionen Brandenburgs und dem damit verbundenen dringenden Fachkräftebedarf qualitativ hochwertige Kitaplätze ein wichtiger Standortfaktor für zukünftige Fachkräfte und für Unternehmen sind.

Unsere Projekte:

- **Vollständige Elternbeitragsfreiheit – sofort:** Krippe, Kita, Hort und alle Ganztagsbetreuungsangebote müssen sofort für alle Kinder kostenfrei werden, um den Zugang zu Bildung für alle Kinder zu sichern. Ein finanzierbares Modell zum Ausgleich der Einnahmeausfälle der Kommunen haben wir bereits entwickelt und werden es sofort im Kitagesetz verankern.
- **Ein neues gutes Kitagesetz:** Wir setzen uns sofort für ein rechtssicheres, umsetzbares und verständliches Kitagesetz mit eindeutigen Vorgaben für Finanzierung, Zuständigkeiten und schrittweise verbesserten Qualitätsstandards ein. Gemeinsam mit Trägern und Eltern erarbeitete Vorschläge dazu liegen seit langem auf dem Tisch!
- **Bildungsschlüssel einführen:** Wir werden eine Personalbemessung für alle Kitas und Horte verbindlich festschreiben, die alle Betreuungsumfänge, Ausfall-, Vor- und Nachbereitungszeiten sowie die besonderen Bedarfe der Kinder abdeckt. Den jahrelang nicht angepassten Personalschlüssel im Hort wollen wir senken. Eine Leitungsfreistellung von min. 20 Wochenstunden werden wir berücksichtigen.

- **Einheitlicher Qualitätsrahmen** für alle brandenburgischen Kindertageseinrichtungen: zur Sicherung landesweit gleichwertiger Bildungschancen, der mit Fach- und Praxisberaterinnen und -beratern weiterentwickelt und auch rechtsverbindlich finanziert wird.
- **Kitafinanzierung – transparent, rechtssicher, bedarfsgerecht und nachvollziehbar**, um Träger und Kommunen zu entlasten und Bürokratiekosten zu senken. Die geltende Regelung der Fehl- bzw. Restbedarfsfinanzierung der Gemeinden gemäß § 16 Abs. 3 Satz 2 KitaG schaffen wir ab!
- **Kitaplätze gewährleisten:** Wir werden die Kommunen beim notwendigen Ausbau von Kitaplätzen unterstützen. Wir werden das Kommunale Investitionsprogramm (KIP II) zur Förderung von Bau- und Ausstattungsinvestitionen in Kindertageseinrichtungen fortsetzen und bedarfsgerecht aufstocken.
- **Alle Kindertageseinrichtungen inklusiv:** Um Krippen, Kitas und Horte zu inklusiven Einrichtungen weiterzuentwickeln, in denen alle Kinder gezielt gefördert werden, werden wir die entsprechenden Voraussetzungen sicherstellen: inklusionsgerechte Räumlichkeiten und Materialien sowie multiprofessionelle Teams, zu denen neben pädagogischen auch sozialpädagogische, psychologische, heil- und sonderpädagogische sowie therapeutische Fachkräfte gehören.
- **Fachkräfteoffensive frühkindliche Bildung:** Dem akuten Personalmangel werden wir mit einer Fachkräfteoffensive begegnen, u.a. durch den Ausbau von Ausbildungs- und Studienkapazitäten und die Verbesserung der Ausbildungsqualität. Die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, Heilpädagoginnen und -pädagogen und Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger werden wir kostenfrei gestalten und vergüten – zunächst über ein befristetes Landesprogramm. Für eine entsprechende dauerhafte Regelung auf Bundesebene werden wir uns einsetzen. Quereinsteigende sollen in den ersten zwei Jahren nicht mehr auf den Personalschlüssel angerechnet werden.
- **Kita- und Schulstandorte erhalten:** Egal, wie sich die Geburtenzahlen entwickeln: Wir werden keine Kitas und Schulen schließen. Gerade dann ist es geboten, diese Situation für die Verbesserung der Qualität zu nutzen.

3.2 Gute Bildung an allen Schulen für alle Kinder und Jugendlichen

Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf gute Bildung in wohnortnahen, gut ausgestatteten Schulen. Als Lern- und Lebensorte müssen sie Platz zum Lernen, zum Erholen, Spielen, zum Bewegen, zum Experimentieren, Medienarbeitsplätze sowie Räume zum Fördern, zum Ausruhen und zum Essen bieten. Wir gestalten Schule als einen Ort, der junge Menschen auf die Welt neugierig macht und auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet. Wir wollen eine Schule, in der Kinder und Jugendliche lange gemeinsam miteinander lernen können und in der sie ohne

Leistungs- und Notendruck individuell gefördert werden. Dabei tragen Lehrerinnen und Lehrer, in Zusammenarbeit mit multiprofessionellen Teams, die Hauptverantwortung für das Gelingen dieser Bildungsprozesse. Dabei müssen sie bestmöglich unterstützt werden.

Wir wollen ein Bildungssystem, das allen jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihren individuellen Voraussetzungen gleiche Bildungschancen sichert und sie in ihrer Entwicklung fördert. Die Voraussetzung dafür ist ein inklusives Schulsystem, in dem alle Kinder möglichst lange gemeinsam lernen. Deswegen haben wir den Mut, Schule und Unterricht neu zu denken.

Wir werden sicherstellen, dass Brandenburg den staatlichen Bildungsauftrag künftig in allen Schulen, in allen Regionen verlässlich erfüllen kann.

Unsere Projekte:

- **Dem Fachkräftemangel aktiv begegnen**, indem wir die Lehrerinnen und Lehrer in Schulen wirksam entlasten. Wir befreien Lehrkräfte und Schulleitungen weitestgehend von nichtpädagogischen Aufgaben, damit sie sich auf den Unterricht, ihren Bildungsauftrag konzentrieren können und stellen zusätzliche Verwaltungskräfte, Assistenzen und IT-Fachleute ein. Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger werden wir verbindlich schulform- und fachbezogen qualifizieren – mit entsprechenden Aufstiegsmöglichkeiten.
- **Personal & Budget für Schwerpunktschulen:** Schulen mit einer hohen Quote an Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern, einer großen Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Förderbedarfen und Migrationshintergrund und/oder unbesetzten Stellen unterstützen wir unbürokratisch mit mehr Personal und einem Budget, mit dem z.B. pädagogische Assistenzen eingestellt und Sprachkurse, Migrations- und Sozialarbeit bezahlt werden können.
- **Schulsozialarbeit:** Wir verankern im Schulgesetz, dass jede Schule einen Rechtsanspruch auf Schulsozialarbeit hat. Jede Schule verfügt dabei mindestens über eine Stelle in Vollzeit, entsprechend der besonderen Bedarfe und der Größe der Schule auch mehr.
- **Bildungsrat und Bildungsreform:** Um Bildungsqualität entwickeln und sichern zu können, etablieren wir einen Bildungsrat, der mittel- und langfristige Empfehlungen und Maßnahmenvorschläge für eine echte Bildungsreform in Brandenburg diskutiert und die Ergebnisse dem zuständigen Ausschuss regelmäßig vorlegt. Dabei soll sich der Bildungsrat insbesondere mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten befassen: Bildungsbegriff, Bildungsziele sowie Bildungs- und Unterrichtsqualität; Überprüfung und Neuausrichtung der Rahmenlehrpläne hinsichtlich aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen; Erarbeitung von Vorschlägen für die Gestaltung des

Schulsystems, insbesondere der weiterführenden Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Umsetzung von Inklusion und Ganztagsbetreuung

- **Schulen(aus)bauen:** Wir unterstützen unsere Kommunen bei der Sicherstellung ausreichender Platzkapazitäten in den Schulen. Wir wollen das Kommunale Investitionsprogramm „KIP Bildung“ fortführen und ausbauen und Kommunen bedarfsgerecht und unbürokratisch bei ihren notwendigen Investitionsmaßnahmen in den Um- und Neubau von Schulen fördern.
- **Wechsel an weiterführende Schulen:** Den Übergang an weiterführende Schulen wollen wir vereinfachen, indem wir der Wohnortnähe an allen Schulformen Priorität einräumen.
- **Abschaffung unterschiedlicher Abiturabschlüsse:** Noch immer sind Abiturabschlüsse von einigen ostdeutschen Bundesländern schlechter angesehen als von den westdeutschen. Wir kümmern uns um ein Bildungssystem, in dem die Abschlüsse verschiedener Länder nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden können. Das Zentralabitur muss schnell kommen, nicht erst 2030.
- **Ausbildungsoffensive zur Gewinnung neuer Lehrkräfte** mit folgenden Maßnahmen: massiver Ausbau der Ausbildungsplätze unter besonderer Berücksichtigung der Mangelfächer, Schaffung weiterer dezentraler Ausbildungsorte in ländlichen Regionen, eine praxisorientierte Reform der Lehrkräfteausbildung (mehr Praxisanteile und kürzere Studienzeiten), attraktive Stipendienangebote für Lehramtsstudierende ab dem ersten Fachsemester, die schnellere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, die Anhebung der Bezahlung der Referendarinnen und Referendare deutlich über Mindestlohn und die Entwicklung eines Anreizsystems gemeinsam mit Kommunen, um junge Lehrkräfte beziehungsweise Studierende durch vielfältige Unterstützung bei der Ansiedlung für den ländlichen Raum zu gewinnen.
- **Multiprofessionelle Teams:** Wir legen ein Konzept für den Einsatz von multiprofessionellen Teams an allen Schulen vor. Dazu gehören für uns auch die Schulgesundheitsfachkräfte, die umgehend wieder in die Landesfinanzierung aufgenommen werden müssen. Sozialpädagogisches und therapeutisches Personal sowie Sprachmittlerinnen und -mittler werden den Schulen schrittweise bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt, um so die Umsetzung von Inklusion, Ganztagsbetreuung und die Integration aller Kinder und Jugendlichen sicherzustellen.
- **Einschulungstichtag:** Wir verlegen den Einschulungstichtag vom 30. September auf den 30. Juni. Damit gewährleisten wir einen Schulstart, der dem Entwicklungsstand unserer Kinder am besten gerecht wird. Kinder sollten nicht zu zeitig dem jetzigen Schulstress ausgesetzt werden.
- **Inklusive Bildung:** Um ein gemeinsames Lernen aller jungen Menschen unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen und möglichen Einschränkungen

bestmöglich zu fördern, werden wir inklusive Pädagogik als zentralen Bestandteil in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, Sozialpädagoginnen und -pädagogen und Erzieherinnen und Erzieher verankern, alle Schulen mit zusätzlichen Räumen zur Förderung und Rückzugsräumen ausstatten sowie die Rolle und Einsatzmöglichkeiten von Einzelfallhelferinnen und -helfern, Schulassistenten und pädagogischen Unterrichtshilfen ausweiten, die Möglichkeiten für Poollösungen schaffen und deren Beantragung erleichtern.

- **Gemeinschaftsschulen:** Echte Inklusion ist nur in Gemeinschaftsschulen erreichbar. Wir werden die Gemeinschaftsschule deshalb langfristig zur bevorzugten Schulform im Land Brandenburg entwickeln. Alle Schultypen – auch Gymnasien – sollen sich für das Konzept der Gemeinschaftsschule öffnen können. Das längere gemeinsame Lernen bis zur 10. beziehungsweise 13. Klasse bleibt unser wesentliches Ziel.
- **Bundespolitik in Bildungsmitsverantwortung nehmen!** Dafür muss Bildung als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz aufgenommen, der Bildungs-Föderalismus aufgehoben und mit einem Bildungsrahmen-Gesetz auf Bundesebene mehr Vergleichbarkeit und Standards zwischen den Ländern ermöglicht werden. Die gegenseitigen Personal-Abwerbungen müssen gestoppt und der Bund über ein Sondervermögen Bildung stärker an der Finanzierung unserer Bildungsinfrastruktur beteiligt werden.

3.3 Für gute Ganztagsbetreuung und -bildung

Wir werden in Brandenburg eine flächendeckende Ganztagsbetreuung etablieren, die das Wohl der Kinder und die Umsetzung der Kinderrechte in den Mittelpunkt stellt. Ganztagschulen und Horte werden zu Lebensorten, an denen Kinder lernen, spielen, Spaß haben sowie Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit erfahren können. Unser Maßstab für die Ausgestaltung der Ganztagsbetreuung sind die Rechte der Kinder auf Beteiligung, auf Bildung, auf Freizeit, auf Gesundheit sowie auf Teilhabe an kulturellem und künstlerischem Leben.

Die Ganztagsbetreuung als qualitativ hochwertige ganztägige Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder muss für alle Kinder inklusiv und kostenlos zugänglich sein. Dafür bietet das Ganztagsförderungsgesetz wichtige Voraussetzungen. Wir werden den Ganztags so gestalten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet wird. Eine bedarfsgerechte Ausgestaltung kann nur über die Verzahnung von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung und in Verantwortungsgemeinschaft mit den freien Trägern gelingen.

Unsere Projekte:

- **Schule satt:** Die Volksinitiative für ein kostenloses Mittagessen aller Schülerinnen und Schüler der Klassen 1-6 werden wir unverzüglich umsetzen.

- **Inklusive Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit besonderen Förderbedarfen sichern:** Wir verankern einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Schulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen bis zum 18. Lebensjahr im Umfang von bis zu 10 Stunden täglich im brandenburgischen Schulgesetz, um Betreuung sowohl vor Unterrichtsbeginn als auch nach Unterrichtsende zu sichern. Der Rechtsanspruch soll auch in den Schulferien gelten und in Kooperation der Schulen mit Trägern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe realisiert werden können.
- **Erweiterter Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung:** Den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung erweitern wir für alle Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse.
- **Ganztagsbetreuung in guter Qualität:** Ziele und Aufgaben der Ganztagsbetreuung sowie Mindeststandards im Hinblick auf die Personal- und Sachausstattung, die Räumlichkeiten und die Strukturen der Zusammenarbeit werden wir in einem verbindlichen Qualitätsrahmen festlegen. Dabei legen wir Wert auf die Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten. Die bisherigen grundlegenden Angebotsmodelle (z.B. Horte, Ganztagschulen in Kooperation mit Kinder- und Jugendhilfe) werden in ihrer bewährten Vielfalt erhalten und weiterentwickelt. Schritt für Schritt wollen wir alle Grundschulen in Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe zu Ganztagschulen weiterentwickeln.

3.4 Digitalisierung in der Bildung

Digitalisierung prägt unsere Lebenswelt bereits ab dem Kindesalter. Wir werden unsere Schulen in die Lage versetzen, alle notwendigen Kompetenzen zu vermitteln, die für die Nutzung und den Umgang mit digitalen Medien und Werkzeugen erforderlich sind. Dies sind heute unverzichtbare Voraussetzungen nicht nur für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben, sondern für gesellschaftliche Teilhabe und die gesamte persönliche Entwicklung. Die Chancen der Digitalisierung müssen erkannt und ihre Nutzung in allen Unterrichtsfächern umgesetzt werden. Den Risiken und Gefahren der digitalen Mediennutzung begegnen wir am besten, indem wir Schülerinnen und Schülern frühzeitig die Kompetenzen zum Umgang mit den digitalen Möglichkeiten vermitteln. Darüber hinaus muss der Jugendschutz rechtlich wie auch in seiner Unterstützungs- und Beratungsfunktion gestärkt werden.

Unsere Schulen sind für die digitale Welt zumeist nicht ausreichend ausgestattet. Von der Breitbandanbindung über die Geräteausstattung der Unterrichtsräume, Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte, die Bereitstellung von Software, Inhalten und sicheren Lernplattformen besteht großer Aufholbedarf. Auch die Qualifizierung aller Lehrkräfte für diese Aufgaben muss dringend gesichert werden. Digitale Arbeit findet mit Geräten statt – vermittelt werden muss sie durch Menschen!

Angebote von Telekommunikationsunternehmen, Plattformbetreibern, Suchmaschinen wie auch soziale Netzwerke werden immer vielfältiger und relevanter für die Meinungsbildung. Einerseits tragen sie zur Vielfalt bei, andererseits werden sie auch für demokratiegefährdende bis demokratiefeindliche Bestrebungen sowie zur Desinformation genutzt.

Unsere Projekte:

- **Verbindliches Rahmenkonzept zur Umsetzung der digitalen Bildung an Schulen im Land Brandenburg:** Das Rahmenkonzept soll die digitale Bildung, einschließlich Distanzunterricht in Brandenburg grundsätzlich definieren, Richtlinien für die Umsetzung digitaler Bildungsprozesse beinhalten und verbindliche Standards für die digitale Grundausstattung beinhalten.
- **Digitale Infrastruktur sicherstellen:** Alle Schulen werden wir mit einer dauerhaft ausfinanzierten und nach landeseinheitlichen Standards definierten digitalen Infrastruktur ausstatten. Das schließt digitale Endgeräte für Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler, IT-Technik und Arbeitsplätze ebenso ein, wie die interne Vernetzung durch WLAN, einen Breitband-Anschluss wie auch professionelle technische Betreuung. Der Zugang zum Netz über einen Breitbandanschluss und das passende Endgerät müssen dafür auch im eigenen Zuhause zur Verfügung stehen – überall!
- **Landeseinheitliche Lernsoftware:** Wir setzen uns dafür ein, dass das Land die Schulen mit landeseinheitlicher und auf Eignung geprüfter Lernsoftware, digitalen Diagnostikinstrumenten sowie Bildungsmedien ausstattet und die Lizenzen dafür finanziert. Dabei fordern wir, die digitale Bildung an den Schulen durch den Einsatz von Open-Source-Software und Open Educational Resources unabhängig von Konzernen zu gestalten. Die kostenlose Bereitstellung der Schulcloud ist langfristig abzusichern.
- **Lernmittelfreiheit sichern – digital wie analog:** Im Interesse der Sicherung von Chancengleichheit müssen allen Schülerinnen und Schülern bei Bedarf mobile Endgeräte leihweise zur Verfügung stehen.
- **Digitale Kompetenzen von Pädagoginnen und Pädagogen stärken:** Wir werden die Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher im Bereich der digitalen Bildung massiv ausbauen und digitale Bildung als Pflichtbestandteil in die Ausbildung integrieren.
- **Medienbildung für alle Generationen:** Wir stehen für eine Medienbildung, die neben der Schule Eingang in die Elternarbeit, in Aus- und Weiterbildung, in Betriebe, öffentliche Bildungseinrichtungen und Hochschulen findet. Dabei ist schon bei der Entwicklung der Medienbildungsangebote auf die Verzahnung von Technik und Inhalt zu achten. Die Vermittlung von Medienkompetenz sollte sich an der Lebensrealität

und Aktivitäten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen orientieren. Ein großes Potenzial liegt in der Verankerung digitaler Spiele entlang der Bildungskette. Wir wollen insbesondere die Rolle der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) bei der Vermittlung von Medienkompetenzen stärken. Medienkompetenz muss aus unserer Sicht dazu beitragen, die inhaltliche Qualität von Medien beurteilen zu können.

- **Sichere Social-Media-Nutzung:** Soziale Netzwerke gehören für die allermeisten Brandenburgerinnen und Brandenburger zum Alltag. Die auf Profit orientierten Algorithmen, die Filterblasen und Echokammern begünstigen, sind jedoch für Demokratie und freie Meinungsbildung eine Gefahr. Hinzukommt, dass eine intensive Nutzung sozialer Netzwerke Depressionen und psychische Krankheiten auslösen oder verstärken kann. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Betreiber von Social Media Plattformen mehr für den Schutz ihrer Nutzerinnen und Nutzer tun. Gleichzeitig setzen wir auf Aufklärung und die Stärkung der Medienkompetenz, die wir ausbauen wollen.
- **Kinderrechte im digitalen Raum müssen gestärkt werden,** u.a. durch Festschreibung des präventiven Kinder- und Jugendschutzes wie auch des Anspruchs auf Medienerziehung im Kinder- und Jugendgesetz, die Schaffung und den Ausbau präventiver Angebote zur Aufklärung und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt im Netz, die Durchführung eines Fachgespräches mit der Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg e.V. (AKJS) und anderen Akteuren zu den aktuellen Herausforderungen des Jugendmedienschutzes und entsprechende Schlussfolgerungen zur aufgabengerechten Finanzierung von AKJS und mabb daraus.
- **Schutz vor Hass und Gewalt aus dem Netz:** Um Straftaten im Internet, wie Kinderpornographie, verfolgen und bestrafen zu können, braucht es Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die gemeinsam mit den Juristinnen und Juristen der mabb wirkungsvolle Arbeit leisten. Dafür werden wir sie finanziell und personell ausstatten. Wir werden außerdem ein Programm initiieren, mit dem Kinder und Jugendliche, die von Gewalt und Hass im Netz betroffen sind, unterstützt werden können.

3.5 Lebenslanges Lernen durch wohnortnahe Bildungsangebote

Lebenslanges Lernen ist ein Gewinn, die Möglichkeit zum Erweitern des eigenen Horizonts, zur Erschließung neuen Wissens und neuer Fertigkeiten, die Chance zur beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung. Deshalb gestalten wir in Brandenburg eine Bildungslandschaft, die lebenslanges Lernen für alle Menschen, unabhängig von Alter, Wohnort und sozialer Lage ermöglicht. In einer Welt, in der digitale Medien immer mehr scheinbare Realität vermitteln, kommt es darauf an, alle Menschen zu befähigen, Schein und Fakten zuverlässig unterscheiden und sich selbstbestimmt und faktenbasiert eine Meinung bilden zu können.

Aufgrund der rasanten technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen wird Weiterbildung zur Notwendigkeit. Gleichzeitig ist das Angebot öffentlicher Möglichkeiten begrenzt, der Markt lukrativ für private Anbieter. Häufig hängt der Zugang zu Angeboten also nicht nur von ihrer Verfügbarkeit, sondern auch vom Geldbeutel ab.

Unsere Projekte:

- **Grundkompetenzen & Politische Bildung stärken:** Wir setzen uns dafür ein, die Angebote der politischen Bildung, die niedrigschwelligen Sprachfördermaßnahmen und die Angebote der Grundbildung weiter auszubauen.
- **Stärkung der Volkshochschulen und Erwachsenenbildungsstätten:** Wir werden die Kommunen und gemeinnützigen Träger mit Landesmitteln dabei unterstützen, das Angebot der Volkshochschulen und der Erwachsenen- und Weiterbildung auszubauen, und dabei auch neue digitale Angebote zu schaffen. Insbesondere Volkshochschulen und Erwachsenenbildungsstätten müssen gestärkt und mit einer Grundfinanzierung des Landes verlässlich abgesichert werden.
- **Fachkräfte sichern:** Wir setzen uns dafür ein, dass das pädagogische Personal bei Trägern der Fort- und Weiterbildung eine langfristige und angemessen bezahlte Arbeitsperspektive bekommt.
- **Bildungszeit für alle ermöglichen:** Wir wollen praktikable Lösungen mit Sozialpartnern und Kammern entwickeln, um die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen insbesondere auch für Arbeitnehmende in solchen kleinen und mittelständischen Betrieben zu ermöglichen, die entweder keine Zeit oder kein Geld für die Freistellung ihrer Beschäftigten haben.

3.6 Gute Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft und Forschung sind unverzichtbar, um Lösungen für aktuelle und künftige Herausforderungen, wie z.B. den Klimawandel, den demografischen Wandel sowie Fragen sozialer Gerechtigkeit und Frieden, zu entwickeln. Für uns ist klar: Wissenschaft muss der Motor für gesellschaftliche Innovation, nicht allein für wirtschaftliches Wachstum sein. Mit gezielter Förderung wollen wir kritische und innovative Forschung im Bereich Grundlagenforschung und angewandte Forschung und Lehre unterstützen und die Universitäten und Hochschulen darin begleiten, Nachhaltigkeit, Vielfalt, Inklusion und Chancengleichheit im Wissenschaftsbetrieb voranzubringen. Wir gestalten ein Brandenburg, in dem beides möglich ist: progressive Spitzenforschung und gute Bedingungen für Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Unser Ziel ist es, dass jede und jeder sich weiterbilden und sich mit den eigenen Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen kann. Deshalb gestalten wir den Zugang zum Studium so leicht wie möglich: Sämtliche Gebühren und auch den Numerus Clausus lehnen wir grundsätzlich ab. Wir wollen aber auch, dass alle Menschen ihr Studium

erfolgreich beenden können. Lohnarbeit, Leistungsdruck und Lebensentscheidungen dürfen kein Hindernis sein. Wir machen uns stark für Studienbedingungen, die zu jedem Leben und Lebensabschnitt passen. Gleichzeitig wollen wir mehr Sicherheiten für diejenigen, die das Fundament für gute Lehre und Forschung schaffen. Deshalb werden wir gute Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft durchsetzen – gegen Befristungen, Überlastung und prekäre Bezahlung. Denn nur, wer sich frei und ohne Ängste seiner Arbeit widmen kann, behält die Freude und Neugier, die es für die Wissenschaft braucht. Priorisiert vorantreiben werden wir die Studienangebote in den Bereichen Bildung und medizinische Versorgung. Von der Prignitz bis in die Lausitz/Łużyca müssen Fachkräfte gleichwertig zur Verfügung stehen. Den Aufbau des Innovationszentrums Universitätsmedizin in der Lausitz/Łużyca unterstützen wir konsequent.

Wer hohe Anforderungen an die Wissenschaft stellt, muss diese auch auskömmlich finanzieren. Wir wollen Hochschulen mit einer verlässlichen Grundfinanzierung ausstatten, die sich an die jeweiligen Anforderungsprofile anpasst. Wenn wir Hochschulen nicht allein als Ausbildungsorte für den Arbeitsmarkt sehen, dürfen wir die Investition in Wissenschaft und Forschung nicht privaten Investoren und Dritten überlassen. Um gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern, müssen wir es als Land selbst in die Hand nehmen!

Unsere Projekte:

- **Kostenloses Studium für alle:** Wir wollen sämtliche Kosten im Zusammenhang mit dem Studium abschaffen. Dazu zählen die Immatrikulations- und Rückmeldegebühren genauso, wie Kosten für Lehr- und Lernmittel oder Gebühren für bestimmte Zertifikatsnachweise wie bspw. Sprachtests.
- **Preis-Stopp in Mensen und Wohnheimen:** Mit Hilfe der Landesförderung wollen wir die Preise in den Mensen und Wohnheimen stabilisieren und weitere Erhöhungen, inklusive der Semesterbeiträge für die Studierendenwerke verhindern. Darüber hinaus wollen wir ein komplett kostenloses, einfaches Mittagsangebot für Studierende in allen Mensen schaffen.
- **Studierendenwerke finanzieren:** Die Studierendenwerke müssen ausreichend finanziert werden. Auskömmliche Zuschüsse für den laufenden Betrieb sind nötig. Damit sie Studierendenwohnheime sanieren und neu bauen können, muss ein Investitionsprogramm auf den Weg gebracht werden.
- **Offensive für mehr studentischen Wohnraum:** Wir wollen eine eigenständige Förderrichtlinie für studentischen Wohnraum auf den Weg bringen sowie gemeinsam mit den Kommunen nach bebaubaren Grundstücken suchen und sie ankaufen.
- **Verlässliche Finanzierung sichern:** Wir werden den jährlichen Mittelaufwuchs für die Hochschulen um 5 Millionen Euro weiterführen.

- **Dauerstellen für Daueraufgaben:** Wir werden den gesamten wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Unter- und Mittelbau an Hochschulen stärken. Wir wollen, dass mindestens die Hälfte aller wissenschaftlichen Stellen an den Hochschulen zukünftig unbefristet sind. Lehraufträge, die von Menschen ohne existenzsicherndes Haupteinkommen verrichtet werden, sollen in Dauerstellen überführt und ansonsten unterbunden werden.
- **Planungssicherheit für Beschäftigte:** Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) abzuschaffen und stattdessen ein Wissenschaftsqualifizierungsgesetz zu beschließen. Höchstbefristungslaufzeiten müssen verschwinden, stattdessen soll es Planungssicherheit für alle Beschäftigten in der Wissenschaft geben.
- **Lehrverpflichtung reduzieren:** Lehrverpflichtungen von mehr als 16 Semesterwochenstunden müssen unterbunden werden. Wir wollen die Lehrverpflichtung und damit die Arbeitsbelastung begrenzen. Denn Lehre, Forschung und Transfer gehören zur Arbeit aller Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu.
- **Hochschulen demokratisieren:** Alle Hochschulangehörigen sollen sich zukünftig auf Augenhöhe begegnen können. Daher wollen wir an den Hochschulen Departmentstrukturen etablieren, die Viertelparität einführen und die Senate stärken.
- **Studentischer Tarifvertrag jetzt:** Wir setzen uns für einen echten, bundesweiten studentischen Tarifvertrag ein.
- **Studienbedingungen an die Lebensrealität der Studierenden anpassen:** Mit klaren Regelungen für Teilzeitstudium, Urlaubssemester, Praktika und duale Studiengänge schaffen wir für alle die Möglichkeit, das Studium erfolgreich zu beenden.
- **Lehramtsstudium stärken:** Brandenburg braucht mehr Lehrkräfte. Um mehr junge Menschen für das Lehramtsstudium zu begeistern, wollen wir die Studienbedingungen an der Universität Potsdam sowie an der BTU Cottbus/Chósebuz Senftenberg/Zł Komorow, z.B. durch die stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis, attraktiver gestalten. Darüber hinaus wollen wir das Lehramtsstudium dezentralisieren, z.B. durch die Einrichtung eines zusätzlichen Lehramtsstudiengangs an der Europa Universität Viadrina.
- **Aufbau der Universitätsmedizin in der Lausitz/Łużyca als Chance für Brandenburg:** Wir wollen den Aufbau des Innovationszentrums Universitätsmedizin nutzen, um die Gesundheitswissenschaft in Brandenburg neu zu strukturieren. Deshalb begleiten wir ihn von Anfang an mit der Zielsetzung eines bestmöglichen Studiums, wobei gute Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleistet werden müssen. Die Abhängigkeit der Ärztengewinnung Brandenburger Kliniken und Praxen von privaten Hochschulen wollen wir überwinden.

- **Frauen, Queers und Migrantinnen und Migranten in den Hochschulen**
aktiv fördern: Wir werden die Diversität an den Brandenburger Hochschulen stärken. Dazu zählt neben der aktiven Förderung von migrantischen und weiblichen Beschäftigten in der Wissenschaft auch die Schaffung von Schutzräumen, eine Auseinandersetzung mit Macht und Privilegien an Hochschulen sowie die entsprechende Thematisierung in den Lehrinhalten bspw. durch Geschlechterwissenschaften, Postkolonialismus etc.
- **BAföG-Reform:** Wir werden uns auf Bundesebene für eine grundsätzliche Reform des BAföG einsetzen. Unser Ziel ist ein elternunabhängiges, nicht rückzahlungspflichtiges BAföG, das es allen ermöglicht zu studieren.
- **Keine Forschung für das Militär:** Wir werden eine Zivilklausel festschreiben. Forschung darf ausschließlich für zivile Zwecke stattfinden. Die Bundeswehr darf kein Drittmittelgeber an Brandenburgs Hochschulen sein.
- **Orientierungsstudium ermöglichen:** Wir setzen uns dafür ein, dass Studierende überall das Recht bekommen, ein mindestens zweisemestriges Orientierungsstudium zu absolvieren.
- **Gute Arbeit im dualen Studium:** In einem dualen Studium müssen wie in einer Berufsausbildung Qualitätsstandards für die Praxisphasen verankert sein. Dazu zählen aus unserer Sicht eine Mindestausbildungsvergütung, das Verbot von ausbildungsfremden Tätigkeiten und Regelungen zur Freistellung. Außerdem müssen die Standards des Bundesurlaubsgesetzes und der Entgeltfortzahlung angewandt werden.

4 Neuer Demokratischer Aufbruch: Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Freiheit und Mitbestimmung

Seit Jahren beobachten wir weltweit ein Erstarren rechter Kräfte und autoritärer Systeme. Auch hierzulande nimmt das Vertrauen in die Demokratie gefährlich ab. Rechte Parteien haben Zulauf, Verschwörungsdenken nimmt zu und immer häufiger kommt es zu Gewalt gegen Andersdenkende, gegen Angehörige von Minderheiten oder andere, die nicht ins völkische Weltbild passen. Die Ursachen für diese Entwicklung sind sicherlich vielfältig und komplex. Und doch sollte uns das nicht davon abhalten, sie anzugehen. Denn manches ist so offensichtlich, dass es schmerzt.

Es kommt schließlich nicht von ungefähr, dass immer mehr Menschen in Brandenburg das Gefühl haben, die Politik nimmt sie nicht ernst, ja nicht einmal wahr – wenn Geld da ist für Drohnenabwehrschirme, nicht aber für mehr Wohnungen oder Kitas und Schulen. Verständlicherweise wirkt die Politik in Potsdam weit weg von alltäglichen Problemen normaler Menschen – wenn sich die Regierung über Lastenfahräder freut, der Ärztemangel oder die hohen Pflegekosten jedoch kein Thema sind. Wie soll man einer

Regierung vertrauen, dass sie die Entwicklung des Landes vorausschauend gestaltet, wenn die Koalitionsparteien sich nicht einmal über die grundsätzliche Richtung einig sind? Statt planvollem Handeln wird gestritten, oft genug über Belanglosigkeiten. Viel zu schnell wird von der Regierung als Meckerer oder Nörgler abgetan, wer Kritik äußert oder Probleme beim Namen nennt. Demokratische Willensbekundungen werden übergangen, wenn es dem Profit dient. Dem reichsten Mann der Erde, Elon Musk, wird der rote Teppich ausgerollt, auf Kosten von Mensch und Natur – die Probleme der Mehrheit bleiben unbearbeitet: die hohen Mieten, die zu geringe Zahl an Kita- und Schulplätzen, das lange Warten auf einen Arzttermin, die zu niedrigen Löhne, dass mal wieder kein Bus kommt. Immer mehr Menschen glauben nicht mehr, dass sich durch Wahlen etwas ändert. Das muss sich ändern!

Glaubwürdigkeit und Vertrauen entstehen dort, wo die Politik beweist, dass sie in der Lage ist, die Probleme der Menschen zu lösen, sie im Alltag das Leben besser macht – spürbar und positiv. Wir wollen, dass sich die politische Agenda wieder nach den Alltagsproblemen der Menschen richtet und deren Lösung oberste Priorität eingeräumt wird. Wir sind davon überzeugt, dass das nur kooperativ und auf Augenhöhe mit den Menschen im Land gelingen kann. Denn Sie sind die Expertinnen und Experten ihres Lebens! Deshalb wollen wir neue und mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung und eine umfassende Demokratisierung unseres Gemeinwesens. Wir wollen, dass Demokratie wieder Vorrang vor wirtschaftlicher Macht hat. Soziale und demokratische Rechte müssen für alle in gleicher Weise gelten – und nicht nur Privilegierten nützen. Unsere Bürgerrechte wollen wir verteidigen und ausweiten, Zivilcourage stärken und vor allem jene besser unterstützen, die sich rechten Ideologien mutig entgegenstellen. Antifaschismus gehört zum Wesenskern linker Politik. Wir wollen einen Neuen Demokratischen Aufbruch!

4.1 Linker Feminismus - Zeit für ein selbstbestimmtes, sicheres und gerechtes Leben

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Aufstiegschancen, gleichberechtigte Teilhabe in Politik und Wirtschaft, faire Verteilung der Arbeit in der Familie – all das ist noch längst keine Realität. Im Gegenteil: trotz besserer Ausbildung gibt es immer weniger Frauen, je höher man auf die Karriereleiter schaut. Durch familienbedingte Auszeiten und Teilzeittätigkeiten sind sie häufiger von Altersarmut bedroht. Das größte Armutsrisiko im Land ist es, alleinerziehend zu sein – und das betrifft überwiegend Frauen. Und auch in der Politik sind Frauen bis heute nicht ausreichend repräsentiert – in den Kommunalvertretungen und Parlamenten sind in der Regel nicht viel mehr als ein Drittel der Mitglieder Frauen. Mit allen Konsequenzen: wo die weibliche Perspektive unterrepräsentiert ist, sind auch die weiblichen Interessen weniger vertreten.

Die Gefahr, dass Frauen Opfer von Gewalt werden, ist leider real. Es ist ein Irrglaube, dass Frauen nur selbstbewusst genug sein müssen, dann passiert schon nichts. Sexuelle

Gewalt und Gewalterfahrungen in Beziehungen können so traumatisch sein, dass ein normales Leben nicht mehr möglich ist. Der besondere Schutz von Frauen vor Gewalt ist deshalb – leider – nach wie vor dringend notwendig.

Unsere Projekte:

- **Erhalt der frauenpolitischen Infrastruktur:** Der Frauenpolitische Rat, die Frauenzentren sowie viele weitere Projekte und Initiativen sind der Raum für Frauen, in dem sie sich austauschen und verwirklichen können. Diese Infrastruktur ist für die Frauen- und Mädchenarbeit unverzichtbar. Wir werden sie flächendeckend erhalten, wo nötig ausbauen und verlässlich finanzieren. Einen besonderen Schwerpunkt sehen wir dabei in der Mädchenarbeit.
- **Verbesserung der Berufschancen für Frauen:** Wir werden die Wiedereinstiegchancen ins Berufsleben nach privaten Unterbrechungen verbessern und auch den Weg in die Selbständigkeit erleichtern. Mütter ohne Ausbildung müssen die Chance erhalten, bspw. in Teilzeit einen Berufsabschluss zu erwerben. Wir werden flexible Kinderbetreuungszeiten vorantreiben.
- **Gesetzliche Verbesserungen auf Bundesebene:** Wir werden auf Bundesebene Verbesserungen für Frauen einfordern. Das betrifft das Krankengeld in der Schwangerschaft, den Mutterschutz und das Kinderkrankengeld, das für Selbstständige zu denselben Konditionen gezahlt werden muss wie bei Müttern im Angestelltenverhältnis.
- **Frauentag zum Feiertag:** Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben den Internationalen Frauentag bereits zum gesetzlichen Feiertag erklärt, wie auch 28 Staaten weltweit. Wir werden diesen Schritt auch in Brandenburg gehen und damit ein Zeichen der Solidarität, der Achtung und der Empathie für die Frauen und deren Lebensleistung setzen.
- **Öffentliche Mittel geschlechtergerecht einsetzen:** Wir wollen eine geschlechtergerechte Haushaltsaufstellung (Gender Budgeting), die genau im Blick hat, wie sich welche Ausgaben auf die Verbesserung der Lebensrealität von Frauen und Männer auswirken. Den Einsatz staatlicher Mittel für Maßnahmen, deren Wirkungsgrad auf Männer signifikant höher ist als für Frauen, lehnen wir ab.
- **Schwangerschaftsabbrüche legalisieren, §218StGB endlich abschaffen:** Wir werden dafür Sorge tragen, dass jede Frau in jeder Region Brandenburgs eine neutral beratende Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle aufsuchen kann. Das setzt voraus, dass diese transparent vergeben werden und flächendeckend vorhanden sind. Der Schwangerschaftsabbruch muss zudem zwingend und umgehend Teil der Medizinerinnen- und Mediziner Ausbildung werden. Auf Bundesebene fordern wir die Abschaffung des §218 StGB, um Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich zu legalisieren und eine eindeutig straffreie Situation für die durchführenden Ärztinnen

und Ärzte zu schaffen.

- **Langfristige und nachhaltige Verbesserungen in der Arbeitswelt:** Wir wollen die Chancen nutzen, die Kompetenz von Frauen auch in bisher männlich dominierten Berufsfeldern zu stärken und ihnen gleiche Einstiegschancen zu ermöglichen. Dafür werden wir gezielte Fördermaßnahmen auflegen, um Mädchen und junge Frauen für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu interessieren. Wir kämpfen für eine paritätische Präsenz von Frauen in Führungspositionen. Deshalb müssen frauenpolitische Vorgaben des Landesgleichstellungs- und des Vergabegesetzes endlich auch in der Privatwirtschaft verbindlich umgesetzt werden.
- **Gleichberechtigt mitentscheiden und mitbestimmen:** Wir werden die Mitbestimmung von Frauen in Politik und Verwaltung konsequent stärken. Dazu werden wir das Landesgleichstellungsgesetz regelmäßig evaluieren und weiterentwickeln. Die Rolle der Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen und im Land soll gestärkt, ihre Befugnisse ausgeweitet werden. In allen Kommunen soll künftig bereits ab 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die Bestellung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten verpflichtend sein. Mit einem Förderprogramm wollen wir mehr Frauen für ein Engagement in der Kommunalpolitik gewinnen.
- **Gezielte Maßnahmen gegen Altersarmut:** Um das Risiko von Altersarmut für Frauen zu senken, muss die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen geschlossen und eine gleichberechtigte Verteilung von familiärer Pflege- und Sorgearbeit erreicht werden. Geleistete Pflege- und Erziehungszeiten sind in der Rentenversicherung vollumfänglich anzuerkennen. Für Alleinerziehende werden wir besondere Fördermaßnahmen entwickeln, die ihnen die Teilhabe am Berufsleben ermöglichen.
- **Parité-Gesetz und Mitbestimmung:** Die Sichtweisen von Frauen und Männern sind für unsere Gesellschaft gleichermaßen wichtig. Wir werden deshalb auch weiter an Ideen für ein Parité-Gesetz arbeiten, das die gleichberechtigte Mitbestimmung von Frauen in den Parlamenten aller Ebenen sicherstellt.

4.1.1 Frauen und Mädchen schützen: Istanbul-Konvention erfüllen

Der Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt ist uns menschliche wie gesetzliche Verpflichtung zugleich. Wir stehen für eine Gesellschaft, die jede Form von Gewalt an Mädchen und Frauen konsequent ächtet und den Opfern Schutz und Unterstützung bietet. Mit der 2018 in Kraft getretenen Istanbul-Konvention hat sich die Bundesrepublik auf allen staatlichen Ebenen verpflichtet, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu bekämpfen, Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten und Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt zu ergreifen. Dies gilt auch für Brandenburg. Doch in Brandenburg steigen die Zahlen häuslicher Gewalt seit Jahren an. Über 6.300

Fälle registrierte die brandenburgische Polizei allein im vergangenen Jahr. Mehr als 80 Prozent davon betrafen Frauen. Wie hoch die Dunkelziffer ist, kann niemand sagen. Insgesamt erlebt jede dritte Frau in Deutschland in ihrem Leben Gewalt: im öffentlichen Raum oder zu Hause, physisch oder psychisch. Das geht uns alle etwas an. Brandenburg hat deutlichen Nachholbedarf mit Blick auf den Schutz von Frauen.

Brandenburg erfüllt die Vorgaben der Istanbul-Konvention hinsichtlich der vorzuhaltenden Plätze in Frauenhäusern bei weitem nicht. Für Opfer von Sexualstraftaten fehlt es in einigen Regionen des Landes an der Möglichkeit der anonymen Spurensicherung und Verbesserungsbedarf besteht nach wie vor bei Beratungskapazitäten.

Unsere Projekte:

- **Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention:** Um die Umsetzung, Steuerung und Überwachung der Maßnahmen der Istanbul-Konvention sowie des Landesaktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder zu gewährleisten, werden wir eine "Landeskoordinierungs- und Landesmonitoringstelle Istanbul-Konvention" einrichten. Diese Stelle soll auch die Kommunen bei der Entwicklung von eigenen Aktionsplänen unterstützen.
- **Aufklären und bilden:** Alle öffentlichen Behörden, Institutionen und Einrichtungen müssen umfassend über ihre aus der Istanbul-Konvention erwachsenden rechtlichen Verpflichtungen aufgeklärt sein und deren Umsetzung sicherstellen. Aber auch die Frauen müssen über ihre Rechte, die sich aus der Konvention ergeben, bestmöglich informiert sein. Dafür werden wir eine landesweite Aufklärungskampagne initiieren.
- **Schneller und umfassender Schutz bei häuslicher Gewalt:** Bei Meldungen von häuslicher Gewalt müssen die Behörden sofort und angemessen reagieren und den Opfern umgehend geeigneten Schutz bieten. Wir werden deshalb Schulungen von Polizei und Staatsanwaltschaften für die Ermittlungsarbeit bei Fällen häuslicher Gewalt intensivieren und verbessern, um hinreichend auf die Opfer einzugehen und Gewaltspiralen zu durchbrechen. Darüber hinaus werden wir Schwerpunktsachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter für häusliche Gewalt bei den Polizeiinspektionen einführen.
- **Frauenhausfinanzierungsgesetz:** Wir werden die Frauenhäuser und Schutzeinrichtungen auf den Mindeststandard von 2,5 Schutzplätzen je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner ausbauen. Darüber hinaus wollen wir schrittweise den barrierefreien Ausbau aller Einrichtungen umsetzen, da Frauen mit Behinderungen ungleich häufiger von Gewalt betroffen sind. Um dies schnell, effizient und vor allem flächendeckend zu schaffen, werden wir nicht nur die Finanzierungsströme in einem Frauenhausfinanzierungsgesetz regeln, sondern konkret benennen, wie viele finanzielle Mittel für welche Projekte einzusetzen sind.

Auf diese Weise werden wir dafür sorgen, dass im Land Brandenburg keine Frauenhäuser geschlossen werden, die Personalsituation verbessert wird und Hilfsstrukturen dauerhaft und nachhaltig gestärkt werden.

- **Ausbau eines flächendeckenden Beratungsnetzwerkes:** Beratungsstellen für gewaltbetroffene Frauen und Kinder müssen schnell erreichbar und niedrigschwellig sowie barrierefrei zugänglich sein. Wir werden den Ausbau entsprechender Angebote so unterstützen, dass sie überall wohnortnah verfügbar sind.
- **Berücksichtigung von Gewalt auch in Sorge- und Umgangsrechtsverfahren:** Gewalt gegen Frauen trifft nicht selten auch deren Kinder. Allein das Miterleben von Partnerschaftsgewalt gegen die Mutter ist Gewalt gegen das Kind. Häusliche Gewalt wird jedoch häufig in Sorge- und Umgangsverfahren nicht (hinreichend) berücksichtigt, häufig sogar werden Gewaltschutzanordnungen durch das Sorge- oder Umgangsrecht unterlaufen. Die Justiz soll entsprechend den Vorgaben der Istanbul-Konvention geschult werden, um Gewalt zu berücksichtigen und als Frage des Kindeswohls anzuerkennen.
- **Vertrauliche Spurensicherung:** Wir werden die Möglichkeiten der vertraulichen Spurensicherung nach Vergewaltigungen durch die Einbeziehung weiterer Kliniken und Zielgruppen ausbauen.
- **Abbau von Genderstereotypen und Vergewaltigungsmythen:** Die Anzeige- und Verurteilungsquote von Delikten sexualisierter Gewalt ist – besonders im Vergleich zu anderen Taten – erschreckend gering. Dies liegt auch an den Sorgen der Betroffenen, bei Anzeigen nicht ernst genommen und an vorherrschenden Mythen in der Justiz zu Vergewaltigungen. Um diese zu minimieren, werden wir Fortbildungen für die Justiz in diesem Bereich stärken und verpflichtende Fortbildungen für Richterinnen und Richter einführen.
- **Menschenhandel offensiv bekämpfen:** Wir werden eine Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft einrichten, sichere Unterbringungen für Opfer gewährleisten und die Opferhilfe stärken.
- **Kinder schützen:** Auch Kinder müssen über ihre Rechte aufgeklärt werden. Wir werden altersgerechte Projekte zu den Themen Kinderrechte, Kinderrechtskonvention und Kinderschutz an Kitas und Schulen stärken und zu einem landesweiten Angebot ausweiten.

4.2 Unser Brandenburg: Im Herzen Europas

Brandenburg liegt im Herzen Europas. Zahlreiche Begegnungen und Initiativen sowie Projekte im europäischen Kontext finden in Brandenburg statt, sowohl im Rahmen unserer Partnerschaften mit unseren polnischen und rumänischen Partnern als auch im Austausch mit anderen europäischen Regionen. Stetig lernen wir voneinander und

überwinden Grenzen – sei es im schulischen, beruflichen oder privaten Bereich. Aber auch politische Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, wirken sich ganz konkret auf unseren Alltag aus. Besonders die Beziehungen zu unseren polnischen Nachbarinnen und Nachbarn sind uns dabei nicht nur ein Verfassungsauftrag, sondern auch eine Herzensangelegenheit. Europa ist für uns ein Friedensprojekt.

Die diversen Krisen Corona, Klimakatastrophe oder auch die Energiepreiskrise haben gezeigt, dass die Belange der Brandenburgerinnen und Brandenburger sich stärker in den Entscheidungen der Europäischen Union (EU) widerspiegeln müssen. Allgemein muss die Europäische Union demokratischer und sozialer werden, mehr die Interessen der Menschen und weniger die Interessen global agierender Konzerne vertreten. Die Spaltung zwischen Regionen und Ländern wächst. Milliarden werden für die Abschottung an den Außengrenzen und die Militarisierung der EU ausgegeben. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt: Wenn wir diesen Weg weiter gehen, wird die Europäische Union zerfallen. Das wäre eine Katastrophe für Brandenburg und ganz Europa.

Unsere Projekte:

- **Europastrategie:** Europapolitik muss ganz konkret weiterentwickelt und die demokratische Beteiligung ausgebaut werden. Gemeinsam mit den europapolitischen Akteuren werden wir eine Europastrategie auf den Weg bringen, die eng verzahnt ist mit den Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Internationalisierungsstrategie.
- **Brandenburg in der EU stärken:** Um die Interessen Brandenburgs stärker in die Gestaltung von EU-Politik einfließen zu lassen, muss der Landtag Brandenburg frühzeitig eingebunden sein. Daher ist die Landesvertretung in Brüssel auszubauen, genauso wie die Kontakt- und Informationsstelle des Landtages Brandenburg, die für die direkte Verbindung zwischen der EU und Brandenburg sorgt. Nur so ist es möglich, als Land Brandenburg rechtzeitig Einfluss auf politische Entscheidungen der EU zu nehmen, sodass diese im Sinne der Brandenburgerinnen und Brandenburger getroffen werden.
- **Entwicklungspolitik nachhaltig gestalten:** Gemeinsam mit den entwicklungspolitischen Akteuren werden wir die Entwicklungspolitischen Leitlinien weiterentwickeln. Wir wollen weiterhin aktiver Teil des Round Table „Entwicklungspolitik“ sein und die Arbeit in diesem Bereich stärker finanziell unterstützen.
- **Europapolitik im Land Brandenburg stärken:** Die europapolitischen Akteure leisten in Brandenburg einen wichtigen Beitrag zur europapolitischen Bildungsarbeit und machen Europa direkt vor Ort erlebbar. Um dies weiter zu fördern, werden wir ihre Arbeit finanziell stärken.
- **EU-Gelder für die Menschen in den Regionen:** Wir setzen uns dafür ein, dass Gelder im

Rahmen der Kohäsions- und Strukturpolitik in den Regionen ankommen, wo sie am meisten gebraucht werden, um die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den Regionen und die sozial-ökologische Transformation im Sinne der Menschen voranzubringen. Menschen vor Ort sollen darüber mitentscheiden, wofür die Mittel konkret eingesetzt werden. Ihre Belange werden wir auf EU-Ebene vertreten.

- **Rat der Regionen einsetzen:** Wir wollen einen Rat der Regionen einsetzen, um die Regionen entlang der Oder und Neiße mit allen bestehenden Akteuren im Rahmen von regelmäßigen Dialogformaten explizit in die Politikgestaltung einzubeziehen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Polen und Brandenburg in Bereichen wie Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, ÖPNV, Schienenverkehr oder Klima- und Umweltschutz weiter auszubauen. Die Euroregionen leisten hier bisher eine wertvolle Arbeit, die entlang der Oder-Neiße weiter ausgebaut werden muss.
- **Ausschuss der Regionen stärken:** Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Ausschuss der Regionen ein Gesetzesinitiativrecht bekommt, statt wie bisher nur Stellungnahmen verfassen zu können. Nur so kann gewährleistet sein, dass sich die Belange der Regionen auch tatsächlich auf EU-Ebene wiederfinden.
- **Partnerschaft mit einer ukrainischen Oblast auf den Weg bringen:** Die Ukraine wird durch den andauernden russischen Angriffskrieg massiv zerstört. Um die derzeit geplante EU-Erweiterung u.a. mit der Ukraine sukzessive vorzubereiten und voranzubringen, werden wir eine Partnerschaft mit einer ukrainischen Oblast initiieren.
- **Verständnis & Austausch fördern:** Um insbesondere jungen Brandenburgerinnen und Brandenburgern die Chancen eines geeinten Europas nahezubringen, werden wir Austauschprogramme und Projekte mit anderen EU-Ländern für Schülerinnen und Schülern, Azubis und Studierende verstärkt fördern.
- **Erlernen der polnischen Sprache:** Damit das Zusammenwachsen zwischen Brandenburg und Polen noch besser gelingt, werden wir die Möglichkeiten zum Erlernen der polnischen Sprache sowohl im schulischen als auch außerschulischen Bereich ausbauen.
- **Wiederaufleben der Partnerschaft Brandenburg-Kaliningrad prüfen:** Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine darf nicht dazu führen, dass der Dialog zwischen den Zivilgesellschaften dauerhaft abbricht. Daher werden wir prüfen, inwieweit die Partnerschaft zwischen Brandenburg und Kaliningrad vor allem auf Ebene der zivilgesellschaftlichen Kontakte wieder aufgebaut werden kann.

4.3 Nein zu Aufrüstung und Krieg

Jeder Mensch hat ein Recht auf Frieden. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle

Menschen selbstbestimmt in Frieden, Freiheit, Würde und sozialer Sicherheit leben können. Im Sinne des Grundgesetzes ist der ‚Frieden der Welt‘ der höchste Wert, dem deutsche Politik verpflichtet sein muss. Das Land Brandenburg ist sogar entsprechend der Landesverfassung dem Frieden verpflichtet. Deshalb streiten wir für eine friedliche Welt, die durch Zusammenarbeit geprägt ist und in der Konflikte durch Diplomatie gelöst werden. Frieden ist für uns dabei mehr als die Abwesenheit von Krieg. Es ist wichtig, dass die Waffen schweigen, aber im Interesse der Menschen muss der Frieden auch gerecht sein. Wir wissen, dass ‚gerechter Frieden‘ ein sehr hohes Ziel ist. Aber er ist die Grundlage für eine Welt, in der die Menschen- und Völkerrechte im Zentrum stehen. Eine dauerhafte Friedensordnung kann nur dann entstehen, wenn die Menschen nicht der Auseinandersetzung zwischen politischen Blöcken preisgegeben sind, die rücksichtslos um Macht und ökonomische Vorteile kämpfen.

Vor 79 Jahren endete in Europa der Kampf der Alliierten gegen Faschismus und Krieg. Millionen opferten ihr Leben im Kampf, im Krieg gegen die menschenverachtende Herrschaft Nazideutschlands, gegen den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden, gegen den Völkermord an rund 500.000 Sinti und Romnja und Roma in ganz Europa, gegen die Ermordung, gegen die Ermordung und Versklavung von Millionen Menschen in den von Hitler-Deutschland besetzten Ländern. Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht besiegelte das Ende der deutschen Nazi-Diktatur und bedeutete einen Sieg über Faschismus, Antisemitismus, Rassenwahn und den NS-Eroberungs- und Vernichtungskrieg.

Leider erleben wir heute wieder Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und auch faschistische Tendenzen. Sie sind in Europa, Deutschland und auch Brandenburg wieder auf dem Vormarsch. Dem stellen wir uns mit ganzer Kraft entgegen – im Parlament und auf den Straßen. Es gibt wieder Krieg in Europa. Putin hat den Befehl zu einem imperialistischen Angriffskrieg gegen die souveräne Ukraine gegeben. Wir verurteilen diesen Krieg entschieden, fordern einen sofortigen Abzug der russischen Truppen aus den besetzten Gebieten und die Bestrafung aller Kriegsverbrecher. Wir haben Verständnis für die Sorge vieler Menschen, dass sich der Krieg zu einem neuen Weltenbrand auswachsen könnte, zumal es auf der Welt auch noch andere Kriegsherde gibt. Wir halten es deswegen für richtig und notwendig, die kriegerischen Handlungen durch Diplomatie zu beenden. Die Waffen müssen schweigen und Verhandlungen beginnen. Wir hören aber auch den Menschen zu, die vor allem das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine betonen. In einer aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft muss es möglich sein, unterschiedliche Positionen und Handlungsoptionen ohne Diffamierung zu diskutieren. Es geht hier um komplexe Gewissensfragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt.

Unsere Projekte:

- **Aufrüstung stoppen:** Brandenburg muss die Nutzung des öffentlichen Raumes und der Verkehrsinfrastruktur für Militärmanöver im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten so weit wie möglich einschränken, Neuansiedlungen von Rüstungsbetrieben verhindern und darf keinerlei Fördermittel für die Produktion von Waffen und Rüstungsgütern bereitstellen. Im Bundesrat muss Brandenburg die Zuweisung weiterer Mittel für Rüstungsprojekte und die Bundeswehr grundsätzlich ablehnen.
- **Auf gute Nachbarschaft:** Brandenburg wahrt ein respektvolles, freundschaftliches und kooperatives Verhältnis zu seinen Nachbarn. Völkerverständigung, internationale Begegnungen und Friedensbildung sind Teil der Förderkriterien für Projekte in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport.
- **Demokratiebewegung stärken:** Wir verurteilen die russische Aggression und nutzen die Möglichkeiten für kulturellen und wissenschaftlichen Austausch, um die Demokratiebewegung in Russland zu stärken. Wir laden zu Gastaufenthalten ein und etablieren Stipendien, um nach dem Krieg an wissenschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen wieder anknüpfen zu können.
- **Frieden lehren und weiterentwickeln:** Friedenserziehung und gewaltfreie Konfliktlösung ist relevanter Teil der Bildungspolitik. Um Alternativen zur militärischen Logik, für die Demokratisierung der Vereinten Nationen und für die Stärkung des Völkerrechts aufzuzeigen, werden wir institutionelle und universitäre Forschungskapazitäten im Land unterstützen.
- **Solidarischer Umgang mit den Geflüchteten** aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten. Auch russische und ukrainische Deserteure müssen in Brandenburg Aufnahme und Schutz finden.
- **Unabhängigkeit von Energieimporten:** Die Energiesicherheit in Brandenburg ist durch den Krieg und die Abhängigkeit von Rohstofflieferungen aus Diktaturen bedroht. Das Land trifft daher geeignete Maßnahmen, um die Energieversorgung in Brandenburg zukunftsfest und unabhängig von Energieimporten zu machen.
- **Internationale Zusammenarbeit fördern:** Wir werden Initiativen von Kommunen, Vereinen und Verbänden für Solidarität und gegenseitiges Verständnis fördern und das Programm „Mayors for Peace“ unterstützen. Wir wollen den internationalen zivilen Austausch, etwa in den Bereichen Wissenschaft und Kultur, zwischen Brandenburg und Regionen in anderen Ländern fördern. Dabei sollte sich der Blick besonders auf die mittel- und osteuropäischen Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes richten. In diesem Zusammenhang wollen wir, dass die bereits jetzt existierenden, langjährigen Städtepartnerschaften weiter ausgebaut werden. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag für eine friedliche Verständigung zwischen den Menschen verschiedener Nationen. Die europaweite und internationale Kooperation halten wir für unverzichtbar.

4.4 Demokratie stärken

Unsere Demokratie ist nicht perfekt, aber sie ist bisher das Beste, was unsere Gesellschaft für die Organisation unseres Zusammenlebens unter Wahrung der Würde und der persönlichen Freiheit der Einzelnen hervorgebracht hat. Die Demokratie weiterzuentwickeln, sie besser zu machen, ist unsere gemeinsame Aufgabe als Gesamtgesellschaft. Wir setzen darauf, dass die Möglichkeiten jeder Einwohnerin und jedes Einwohners, sich frühzeitig über anstehende Entscheidungen zu informieren und diese beeinflussen zu können, verbessert werden. Direktdemokratische Elemente, Transparenz von Entscheidungsprozessen und neue Beteiligungsformen sollen aus unserer Sicht dabei eine wichtige Rolle spielen.

Demokratie lebt vom Mitmachen, vom Mitgestalten möglichst Vieler. Ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar für unser Zusammenleben im Land wie in den Kommunen. Ehrenamt braucht Unterstützung und vor allem Anerkennung – an beidem fehlt es viel zu oft. Wir setzen darauf die Bedingungen für ehrenamtliche Arbeit zu verbessern und das Ehrenamt attraktiver zu machen. Und wir wollen, dass die gesellschaftliche Anerkennung für diejenigen, die ihre Zeit der Gemeinschaft und dem gemeinsamen Fortschritt widmen, deutlich verbessert wird.

Demokratie braucht gut informierte Bürgerinnen und Bürger. Den Medien kommt dabei eine hohe Bedeutung zu. Die Veränderungen im Journalismus, in der Presse-, Rundfunk- und Fernsehlandschaft, aber auch in der Mediennutzung, sind enorm angesichts der Digitalisierung und dem Vormarsch des Internets. Die Chancen für Transparenz, Information und Beteiligung liegen auf der Hand, es gibt aber auch Schattenseiten: Hate Speech, Desinformation und Fake News sind nur einige Beispiele. Und auch die Gefahr, dass diejenigen von Information und Teilhabe abgeschnitten werden, die den Sprung ins Digitale nicht in dem Maße folgen können, wie andere, ist vorhanden. Die Chancen zu nutzen, indem Medienkompetenz gezielt gefördert wird, gleichzeitig aber sichergestellt ist, dass niemand abgehängt wird, ist die große Herausforderung. Gleichzeitig ist es wichtig, die Veränderungsprozesse bei den Medien zu begleiten und zu unterstützen, um die Informationsbedürfnisse in der Bevölkerung ausreichend zu decken.

Die Demokratie ist in Gefahr. Eine wehrhafte Demokratie schützt sich gegen Verfassungsfeinde. Gleichzeitig müssen wir alle aber um unser Brandenburg und unser friedliches Zusammenleben kämpfen. Dazu gehören eine lebendige Debattenkultur, das Ringen um die besten Lösungen und vielfältige Beteiligungsprozesse ebenso wie der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten. Nicht Politikerinnen und Politiker, sondern alle Brandenburgerinnen und Brandenburger werden die Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen müssen. Als Antifaschistinnen und Antifaschisten kämpfen wir auf der Straße und in den Parlamenten gegen Rechtsextreme aller Couleur. Allein werden wir die Gefahr aber nicht bändigen können. Machen Sie mit! Diese Demokratie ist es wert, dass sie

verteidigt wird!

4.4.1 Eine starke Zivilgesellschaft in einem Toleranten Brandenburg

Wir wollen dafür sorgen, dass Brandenburg für alle hier lebenden Menschen lebenswert bleibt. Dazu gehört, dass niemand Angst haben muss vor Diskriminierung, Ausgrenzung oder gar Gewalt. Für das friedliche Zusammenleben in Brandenburg ist eine starke, vielfältige Zivilgesellschaft in allen Teilen des Landes – nicht nur in den großen Städten, sondern gerade auch im ländlichen Raum – wichtig. Dafür braucht es nicht nur finanzielle Mittel, sondern vor allem auch verlässliche Unterstützung der politischen Akteure vor Ort, Wertschätzung für das Engagement und wo nötig auch Schutz. Das Tolerante Brandenburg mit seinem Beratungsnetzwerk ist seit vielen Jahren eine wichtige Stütze der Demokratiearbeit und zur Unterstützung von Aktiven vor Ort. Wir wollen es stärken und die Demokratieförderung fortentwickeln.

Trotz der großen Anstrengungen stecken wir derzeit in einer Krise der Demokratie. Demokratiefeindliche Kräfte schicken sich an, unser demokratisches Gemeinwesen in Trümmer zu legen. Dem werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen!

Unsere Projekte

- **Das Beratungsnetzwerk des Toleranten Brandenburgs stärken:** Das Tolerante Brandenburg werden wir mit ausreichend finanziellen Mitteln ausstatten, um den Kampf gegen rechte Kräfte, Rassismus und Intoleranz fortzuführen. Die einzelnen Partnerinnen und Partner des Beratungsnetzwerks werden wir so ausstatten, dass sie in der Fläche noch wirksamer werden.
- **Fehlende Mitteln für zivilgesellschaftliche Projekte kompensieren:** Durch die Kürzungen auf Bundesebene wurden die zivilgesellschaftlichen Strukturen in Brandenburg empfindlich geschwächt. Wir werden auf Bundesebene dafür werben, die Kürzungen zurückzunehmen und bis dahin die betroffenen Projekte aus Landesmitteln zusätzlich unterstützen.
- **Das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg überarbeiten:** Wir werden das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg überprüfen und anhand der aktuellen Erfordernisse überarbeiten, um es besser gegen die Angriffe auf unser Gemeinwesen aufzustellen.
- **Landes-Demokratiefördergesetz schaffen:** Den Ansatz der proaktiven Demokratiearbeit werden wir stärken und mit einem eigenen Landes-Demokratiefördergesetz die Demokratiearbeit in Brandenburg langfristig absichern.
- **Migrantische Selbstorganisation unterstützen:** Wir machen uns dafür stark, dass Migrantenselbstorganisationen beim Netzwerk Tolerantes Brandenburg mitarbeiten und damit auch eine migrantische Perspektive in den Handlungskonzept einfließt. Die migrantischen Organisationen werden wir zuverlässig fördern.

4.4.2 Antifaschismus: Wenn alle nach rechts gehen – wir bleiben links

Wir sind aus tiefster Überzeugung Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nicht nur die historische Verantwortung gebietet es uns, uns mit aller Kraft rechtsextremem Denken und Handeln entgegenzustellen. Uns leiten Humanismus, Toleranz und Weltoffenheit und aus diesen Werten heraus ist für uns klar: Nie wieder Faschismus!

Wir müssen aber feststellen: Nie wieder ist jetzt! Die rechtsextreme Agitation der vergangenen Jahre hat Spuren hinterlassen. Längst haben Verschwörungserzählungen sowie antidemokratische, antisemitische, rassistische und queerfeindliche Propaganda ihr Gift entfaltet und Raum im gesellschaftlichen Diskurs gewonnen und eine erschreckende Akzeptanz in Teilen der Gesellschaft gefunden. Rechtsextreme Netzwerke haben sich ausgeweitet und in einigen Orten herrscht inzwischen ein Klima der Angst für all diejenigen, die nicht in rechtsextreme Weltbilder passen. Und auch die rechtsextreme Landnahme durch völkische Siedler, Reichsbürger und aktive Neonazis schreitet vor allem im ländlichen Raum Brandenburgs voran. Mit der AfD hat sich der parlamentarische Arm der extremen Rechten im Parteiensystem etabliert und träumt öffentlich von der Ergreifung der Macht.

Unsere Projekte:

- **Unterstützung für antifaschistisches Engagement:** Bei der Unterstützung antifaschistischen Engagements geht es nicht nur um finanzielle Förderung, sondern vor allem auch darum, Akzeptanz in Gesellschaft und Politik zu schaffen und Aktivitäten vor Ort auch praktisch zu unterstützen. Der Kampf um unsere Demokratie, um unser friedliches Zusammenleben braucht alle demokratischen Akteure in allen Regionen unseres Landes. Wir werden Bündnisse und Initiativen in diesem Kampf auch weiterhin aktiv unterstützen.
- **Rechtsextreme Netzwerke zurückdrängen, rechtsextreme Landnahme verhindern:** Wir werden gemeinsam mit Kommunen und Zivilgesellschaft und weiteren Akteuren vor Ort Instrumente zur wirksamen Zurückdrängung rechtsextremer Netzwerke entwickeln. Um die aktuellen Bestrebungen rechtsextremer Landnahme zu verhindern, wollen wir eine Stelle zur juristischen Unterstützung der Kommunen schaffen und einen Fonds für Grundstückskäufe auflegen, um Vorkaufsrechte wirksam ausüben zu können.
- **Rechte Gewalt aufdecken:** Wir werden Studien zu rechter Gewalt in Brandenburg initiieren und fördern und uns intensiv für die Aufklärung rechter Gewalttaten einsetzen. Oftmals sind rechte Gewalttaten erst durch antifaschistische Recherchearbeit bekannt geworden. Wir kämpfen dafür, dass dieser wichtige zivilgesellschaftliche Beitrag im Kampf gegen rechtsextreme Strukturen nicht kriminalisiert wird. Auch weiterhin werden wir das Monitoring und die Recherche zu rechten Aktivitäten, Strukturen und Straftaten durch das Moses Mendelson Zentrum

und den Verein Opferperspektive in Brandenburg aktiv unterstützen und durch parlamentarische Anfragen begleiten.

- **Beratung und Hilfe gegen Verschwörungsideologien:** Die Beratung für Menschen, deren Familienmitglieder oder Freundinnen und Freunde sich in Verschwörungsideologien verfangen haben, wollen wir erhalten und ausbauen.
- **Opfer von Hate Speech und rechter Gewalt unterstützen:** Hate Speech und Hass im Netz wird immer mehr zum Problem. Die Opfer brauchen verlässliche Ansprechpartnerinnen und -partner und ein Meldeportal für Hetze in den sozialen Medien. Auch die Opfer rechter Gewalt brauchen zuverlässige Hilfestrukturen, das Beratungs- und Hilfenetz wollen wir gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Partnern ausbauen.
- **Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt:** Den Erlass für ein Bleiberecht für Geflüchtete, die Opfer rechter Gewalt geworden sind, werden wir evaluieren und wenn nötig ausweiten.
- **Zivile Strukturen für den Ausstieg aus der rechten Szene:** Wir werden ein ziviles Ausstiegsprogramm aus der rechten Szene schaffen. Der Verfassungsschutz, bei dem das Brandenburger Ausstiegsprogramm bisher angesiedelt ist, ist nicht der richtige Ansprechpartner für Ausstiegswillige.
- **Tag der Befreiung zum Feiertag machen:** Der 8. Mai als Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus muss gesetzlicher Gedenk- und Feiertag in Brandenburg werden.
- **Keine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen:** Die AfD bekämpft unsere Demokratie, wir kämpfen aktiv für unsere Demokratie. Für uns ist deshalb klar, dass es keinerlei Zusammenarbeit mit den Rechtsextremen geben wird, weder auf kommunaler noch auf Landesebene.
- **Verbotsverfahren für Verfassungsfeinde unterstützen:** Aus unserer Sicht ist die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD überfällig. Die Entscheidung über das Verbot liegt bei der Justiz, wir unterstützen jedoch zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für ein solches Verbotverfahren einsetzen.

4.4.3 Unser Miteinander demokratischer gestalten!

Breite demokratische Mitbestimmung ist die Grundlage einer demokratischen Bürgergesellschaft. Menschen wollen verstehen und mitentscheiden, worum und wohin die Reise geht. Sie wollen nicht, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Verdrossenheit über politische Entscheidungen, Enttäuschungen über mangelnde Wertschätzung der eigenen Rolle und des gesprochenen Wortes in der Gemeinde und Herausforderungen der ökonomischen, sozialen und ökologischen Veränderungen können nur durch die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bewältigt werden. Das erfordert Zeit, ein klares Konzept der Mitwirkungsbedingungen sowie finanzielle und

personelle Ressourcen in den Kommunen. Dafür braucht es neben den gut erprobten Möglichkeiten wie Bürgerbegehren, Einwohnerbefragungen oder Einwohnerversammlungen auch neue Wege. Bürgerhaushalte, Bürgerräte, Beteiligungsworkshops oder Onlinebefragungen sind nur einige Möglichkeiten der Beteiligung, die unbedingt breiter genutzt werden müssen. Nicht nur gewählte Vertreterinnen und Vertreter sollten entscheiden können, wie sich unsere Kommunen und unser Land weiterentwickeln.

Voraussetzung ist vor allem ein freier und umfänglicher Zugang zu Informationen und Daten, die den Behörden vorliegen. Denn Mitbestimmung ist nur möglich, wenn man über die Hintergründe der Entscheidungen von Politik und Verwaltung umfassend informiert ist. Lobbyismus in den politischen Vertretungen werden wir zurückdrängen: Politische Entscheidungen müssen zum Wohl der Bevölkerung, nicht zum Wohl von Wirtschaftsunternehmen oder -verbänden gefällt werden. Dies gilt es auszubauen und noch transparenter zu gestalten. Wir wollen keine Politik in Hinterzimmern, sondern einen breiten gesellschaftlichen Diskurs und transparente, nachvollziehbare Entscheidungen.

Öffentliche Informationen dienen der Transparenz von Entwicklungs- und Entscheidungsherausforderungen. Sie sind Grundlage für die Bürgerinnen und Bürger sachkundig mitreden zu können. Zugleich sind sie Voraussetzung dafür, dass Diskussionen problem- und zielorientiert geführt werden können. Daher muss von vornherein klar sein, welche Beteiligungsinstrumente erforderlich sind und wie sie genutzt werden, aber auch, was mit den Ergebnissen der Beteiligungsprozesse geschieht.

Die zunehmende Digitalisierung hat heute Defizite hervorgebracht. Die Ausdünnung der lokalen Zeitungslandschaft ist nur ein Beispiel dafür. Damit lokale Demokratie funktioniert, braucht es unabhängige Informationsquellen wie lokale Zeitungen, Fernseh- und Hörfunkprogramme oder selbstorganisierte Medienprojekte. Hier ist einiger Nachholbedarf vorhanden.

Unsere Projekte:

- **Informationsfreiheit und Transparenz in politischen Prozessen und Entscheidungen verwirklichen:** Wir setzen uns ein für ein modernes Transparenzgesetz, das nicht nur Auskunftsansprüche vorsieht, sondern alle staatlichen Stellen, Behörden und Kommunen verpflichtet ist, wichtige amtliche Informationen, wie Daten, Gutachten und Verträge, von sich aus zu veröffentlichen.
- **Bürgerbeteiligungsgesetz für mehr Demokratie und Mitbestimmung auf kommunaler und Landesebene:** Wir werden die Möglichkeit, Bürgerräte zur Entscheidungsfindung zu beauftragen, in der Kommunalverfassung verankern und Hemmnissen bei Bürgerbeteiligungsverfahren verringern.

- **Beratungsstelle einrichten:** In allen Landkreisen und kreisfreien Städten werden wir Beratungsstellen einrichten, die die Aufgabe haben, Hilfestellung für Einwohnerinnen und Einwohner, Vereine, Initiativen und Verbände zu leisten, damit diese ihre Beteiligungsrechte wahrnehmen können.
- **Verwaltungsebene unterstützen:** Wir wollen die Möglichkeit eröffnen, dass im Land und in den Kommunen Bürgerbeiräte und -beauftragte die Verwaltungen bei der Implementierung von Beteiligungsverfahren unterstützen.
- **Bürgerplattform und Partizipationsmobil:** Wir werden eine Plattform schaffen, die der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zur Stellungnahme bei politischen Entscheidungen und Gesetzentwürfen bietet. Begleitet werden soll dies mit einem Partizipationsmobil, das mit niedrighschwelligem Angeboten vor Ort Station macht, um jene Menschen einzubinden, die nicht die Möglichkeit haben, selbständig solche Plattformen zu nutzen.
- **Mitbestimmung bei Bebauungsplänen:** Wir werden dafür sorgen, dass künftig auch Bürgerbegehren zur Aufstellung von Bebauungsplänen möglich sind.
- **Beschleunigung von Bürgerbegehren:** Die Zulässigkeitsprüfung durch die Gemeinde bei Bürgerbegehren muss mit einer Frist geregelt werden, damit Bürgerbegehren nicht monatelang verschleppt werden können. Der Beschluss zur Zulässigkeit soll nicht von der Vertretung gefasst werden müssen.
- **Gemeinnützigkeit sichern:** Wir werden mit einer Bundesratsinitiative Rechtssicherheit für die Zivilgesellschaft schaffen, um fehlende gemeinnützige Zwecke in der Abgabenordnung ergänzen, dazu gehören der Einsatz für Antifaschismus, Grund- und Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Frieden. Die Beteiligung an der politischen Willensbildung muss unschädlich für den Status der Gemeinnützigkeit sein und die Beweislastumkehr abgeschafft werden.
- **Landesweite Volksentscheide vereinfachen:** Auch auf Landesebene braucht es mehr direkte Demokratie. Wir werden Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide vereinfachen, indem wir unter anderem die Straßensammlung bei Volksbegehren ermöglichen.

4.4.4 Gelebte Solidarität: Ehrenamt

Vom Pilzberater bis zur Wahlhelferin, von der Stadtführerin zum Jugendtrainer, von der Feuerwehrfrau bis zum Flüchtlingshelfer: Das Ehrenamt ist facettenreich und unabdingbarer Bestandteil unseres Alltags. Jede bzw. jeder Dritte in Brandenburg ist freiwillig engagiert. Ohne ehrenamtlich Engagierte würde in Brandenburg kaum etwas funktionieren. Deshalb gehört dem Ehrenamt unsere besondere Aufmerksamkeit.

Aktuell bekommt ehrenamtliches Engagement viel zu oft keine Wertschätzung. Im Gegenteil: statt froh zu sein, dass Menschen sich für das Gemeinwesen engagieren,

bekommen sie Steine in den Weg gerollt und müssen viel zu oft noch Geld mitbringen für ihre Tätigkeit, weil verlässliche Unterstützung fehlt und Aktivitäten teils an geringen Beträgen scheitern. Wenn dann noch bürokratische Hürden aufgebaut werden, gerät die Lust am Engagement schnell zu Frust. Die Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen hat in den letzten Jahren für das Ehrenamt in Brandenburg zwar neue Orden verteilt, aber an konkreter Unterstützung fehlt es bis heute.

Unsere Projekte:

- **Mobilität für Ehrenamtliche:** Wir werden die grundlegende Finanzierung des Ehrenamts in Brandenburg wieder einführen. In einem ersten Schritt wird der Mobilitätsbonus für Ehrenamtliche wieder aufgelegt und finanziell untersetzt.
- **Ehrenamtskarte ausbauen:** Die Ehrenamtskarte als ein zentrales Element gesellschaftlicher Wertschätzung wollen wir ausbauen und allen Ehrenamtlichen zugänglich machen: über die Absenkung der Zugangshürden wie der erforderlichen Mindeststundenzahl, die Einbeziehung weiterer Partnerinnen und Partner sowie eine digitale Umsetzung als App.
- **Verlässliche Unterstützung:** Die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit ist eine wichtige Säule unserer Politik. Ehrenamt muss strukturell besser und zielgenauer gefördert werden. Dazu werden wir die regionalen Ehrenamtsagenturen wieder aufbauen und dauerhaft und verlässlich fördern.
- **Schutz durch Versicherung:** Wir werden einen Zuschuss zum Versicherungsschutz für Ehrenamtliche einführen.
- **Vereine unterstützen:** Wir werden einen Fonds auflegen, aus dem hohe Energiekosten von Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen abgedeckt werden können.
- **Verlässliche Finanzierung:** Wo Ehrenamt staatliche Aufgaben übernimmt, muss diese Arbeit verlässlich finanziert werden. Es kann bspw. nicht sein, dass Ehrenamtliche mit ihren Rettungshunden bei der Suche vermisster Personen helfen und dafür keine Aufwandsentschädigung oder Fahrtkosten erhalten. Wir werden analysieren in welchen Bereichen es solche Missstände gibt und diese abstellen.
- **Ansprechpartnerinnen und -partner schaffen:** Wir werden darauf hinwirken, dass in den Kommunen wie im Land dafür gesorgt wird, dass ehrenamtlich Engagierte Ansprechpartnerinnen und -partner in der Verwaltung haben, an die sie sich wenden können, wenn sie an bürokratischen Hindernissen scheitern.
- **Miteinander von Staat und Ehrenamt:** Wir unterstützen das Ehrenamt als Form der selbstbestimmten Übernahme von Verantwortung – nicht, um dadurch öffentliche Leistungen, Leistungen der Daseinsvorsorge, "überflüssig" zu machen. Verwaltung wiederum, insbesondere vor Ort, soll und muss Ehrenamtliche unterstützen und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, z.B. Weiterbildungsmöglichkeiten

anbieten oder Räumlichkeiten unbürokratisch zur Verfügung stellen.

- **Ehrenamt anerkennen:** Wir wollen das Ehrenamt weiter in beträchtlichem Umfang fördern. Wichtig ist vor allem, denjenigen, die ehrenamtlich für die Gesellschaft tätig werden, Anerkennung zuteilwerden zu lassen.

4.4.5 Chancengleichheit beim Medienzugang und das Recht auf Information

Chancengleichheit beim Zugang und der Nutzung von Medien reicht über die soziale Frage hinaus. Mehr direkte Demokratie bedingt ein Recht auf Information und Kommunikation. Dazu gehören ein funktionierendes Presse- und Verlagswesen, landesweite und lokale private Rundfunkanbieter, nichtkommerzielle Medien, Bürgermedien, eine vielfältige Kinolandschaft und relevante Angebote in den Online-Medien sowie sozialen Netzwerken zu einer funktionierenden Medienlandschaft.

Private Medien (Lokal TV/Lokalradio/Lokale Digitale Informationsangebote) bilden neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die zweite Säule des Systems auch in Brandenburg. Sie brauchen eine gute finanzielle Basis, um ihre Verantwortung für Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit wahrzunehmen. Auch gut bezahlte Mitarbeitende sind eine Grundvoraussetzung für Qualitätsjournalismus. Doch die meisten Anbieter sind seit Jahren unterfinanziert und bewältigen ihre Arbeit mit übermäßiger Leistungsbereitschaft und herausragendem Engagement. Um für diese Anbieter eine Grundfinanzierung zu sichern, müssten die Ministerpräsidenten den Medienstaatsvertrag der Länder so ändern, dass die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) mit Rundfunkgebühren neben der technischen Ausstattung auch redaktionellen Arbeit fördern kann.

Leider erleben wir, dass immer mehr Regionalzeitungen Redaktionen schließen. Die Transformation ins digitale Zeitalter gelingt nur mangelhaft, vor allem im ländlichen Raum. Viele aus der älteren Generation verlieren ihren Zugang zu Information und Kommunikation. Deshalb wollen wir weiterhin lokaljournalistische Angebote über die mabb fördern und lokale bzw. regionale Medienangebote stärker unterstützen.

Unsere Projekte:

- **Lokaljournalismus unterstützen:** Wir werden die Förderung lokaljournalistischer Angebote durch die mabb auf 1,5 Millionen Euro anheben.
- **Regionalzeitungen retten:** Wir werden einen Maßnahmenplan zum Erhalt von Regionalzeitungen erarbeiten und den Transformationsprozess in der regionalen Berichterstattung, unter anderem durch die finanzielle Förderung des Vertriebs der Zeitungen, unterstützen.
- **Vielfalt bewahren:** Um die Medienvielfalt auf lokaler, regionaler und landesweiter Ebene zu stärken und staatsfern wie kriterienbasiert zu fördern, werden wir Journalismusförderungsprogramme erarbeiten sowie eine befristete

Anschubfinanzierung ermöglichen und Online-Journalismus sowie nicht-kommerzielle Angebote besser unterstützen.

- **Gute Ausbildung für Journalistinnen und Journalisten:** Wir werden die Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten sowie Projekte, die Menschen an den Beruf heranführen, fördern.
- **Vorwegabzug abschaffen:** Um der mabb die Chance zu geben, lokale und regionale Medien besser zu unterstützen, braucht sie Geld. Dafür werden wir den Vorwegabzug an den rbb, der jetzt von 33 auf 27 Prozent reduziert wurde, im Laufe der nächsten Jahre auf Null reduzieren.

4.4.6 Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Fundament unserer Demokratie stärken

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bleibt für eine starke und funktionierende Demokratie, für mediale Teilhabe und die Grundversorgung unerlässlich. Seine Medienangebote müssen erhalten, ausgebaut und reformiert werden. Sie sind Voraussetzung für eine breite, unabhängige und facettenreiche Medienöffentlichkeit. Zu unseren medienpolitischen Aufgaben gehört es, Sorge zu tragen, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio jederzeit in der Lage sind, ihrem grundgesetzlichen Auftrag nachzukommen und die von der Rundfunkfreiheit geschützte Programmautonomie der Anstalten zu bewahren. Gleichzeitig wollen wir eine breite gesellschaftliche Debatte darüber führen, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag erfüllt. Wenn er verlorenes Vertrauen zurückgewinnen und seine Akzeptanz stärken will, muss er auf veränderte Mediennutzungen reagieren, eine journalistisch hohe Qualität sichern und neben Informationen auch Beratung, Bildung, Unterhaltung und kulturelle Vielfalt bieten. Tarifverträge der fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Rechte der freien und arbeitnehmerähnlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen gestärkt werden, um ihnen sichere Einkommens- und Beschäftigungsperspektive zu ermöglichen. Arbeitnehmerähnliche Tätigkeiten, die einer Festanstellung entsprechen, müssen in eine solche überführt werden.

Unsere Projekte:

- **Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:** Wir wollen die solidarische Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beibehalten, damit er seinen Auftrag weiter erfüllen kann. Die Höhe des Rundfunkbeitrags darf nicht durch medienpolitische Erwägungen bestimmt sein. Eine Entlastung der Menschen ist dennoch möglich. Wir wollen Transferleistungsbeziehungen und -bezieher grundsätzlich vom Rundfunkbeitrag befreien. Geld ließe sich auch sparen, wenn die Sender nicht mehr für die Einspeisung ihrer Programme an Kabelnetzbetreiber zahlen müssten und wenn die Kosten für Befreiungen nicht durch die anderen Beitragszahlerinnen und -zahler, sondern durch den Staat getragen würden. Allein

dadurch könnte der Beitrag um ca. 1,30 Euro je Monat sinken.

- **Medienausschuss einrichten:** Wir werden die parlamentarische Begleitung medienpolitischer Themen durch die Bildung eines Medienausschusses verbessern.
- **Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:** Mit dem Reformstaatsvertrag sollen die Grundlagen für die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geschaffen werden. Es muss um inhaltliche und strukturelle Reformen gehen, die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz seitens der Bürgerinnen und Bürger schaffen und sichern. Aus unserer Sicht spricht nichts gegen eine gemeinsame Verwaltung der Rundfunkanstalten, eine stärkere redaktionelle Arbeitsteilung zwischen den Sendern sowie die Schaffung einheitlicher technischer Standards und einer gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Medienplattform im Internet.
- **Staatsvertrag überarbeiten:** Mit der Überarbeitung des rbb-Staatsvertrages sollen weitere Schlussfolgerungen aus den Vorfällen gezogen und die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses umgesetzt werden. Das bedeutet für uns: mehr Mitarbeiterbeteiligung im Sender, mehr Bürgerbeteiligung bei der Programmgestaltung, mehr Kontrolle durch die Landesrechnungshöfe und eine bessere Wahrnehmung der Rechtsaufsicht durch die Staatskanzlei.
- **Ein hochwertiges Programm für Berlin und Brandenburg:** Wir wollen mit beiden Staatsverträgen sichern, dass ein qualitativ hochwertiges Programmangebot, unabhängiger Journalismus, eine effiziente Verwendung der Mittel sowie der wirtschaftliche, sparsame und transparent dargestellte Umgang mit Beitragsgeldern, sowohl für die staatliche Rechtsaufsicht als auch für die Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität haben und die Grundlage für Beitragsstabilität darstellt.
- **Verfügbarkeit steigern:** Wir wollen eine Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Telemedienauftrages und die Verfügbarkeit von Produktionen, die von den öffentlich-rechtlichen Sendern in Auftrag gegeben wurden (Verweildauer) in den Online-Angeboten der Sender verlängern.
- **Qualität sichern:** Wir wollen einen – möglichst bundesweiten, staatlich unabhängigen – Vergleich der Qualität von Medienangeboten, der offenlegt, welchen Beitrag Medienanbieter mit ihren Angeboten für die Gesellschaft leisten, inwieweit die Unternehmen sozialen Standards genügen, der Pressecodex eingehalten wird und wie wirtschaftlich und politisch unabhängig sie agieren.
- **Plattformen ausbauen:** Wir wollen, dass die öffentlich-rechtlichen Angebote auch im Sinne einer unabhängigen „Öffentlich-Rechtlichen“ Plattform ausgebaut werden, die transparente und diskriminierungsfreie Algorithmen durch eine staatsferne Aufsichtsstruktur über Plattformanbieter garantiert.

4.5 Unser Brandenburg: Land der Vielfalt

In Brandenburg leben Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Religionen. Hier leben Menschen mit verschiedenen Lebens-, Liebes- und Beziehungsmodellen ebenso wie Menschen mit Beeinträchtigungen. Jüdinnen und Juden, Christinnen und Christen, Romnja und Roma, Sintizze und Sinti, Muslimas und Muslime, Sorbinnen und Sorben, Wendinnen und Wenden und Menschen, die Niederdeutsch sprechen, gehören genauso zu Brandenburg wie Menschen, die aus der Ukraine oder aus Syrien zu uns geflüchtet sind oder diejenigen, die als Arbeits- und Fachkräfte aus anderen Ländern zu uns gekommen sind. Uns Brandenburgerinnen und Brandenburger eint: Wir sind Menschen. Und jeder Mensch hat seine eigene Identität, seine eigenen Begabungen und Fähigkeiten, seine Eigenarten und seine Stärken und Schwächen. Ohne all diese Menschen, ohne diese Vielfalt wäre Brandenburg nicht das, was wir kennen und lieben.

Wir wollen, dass jede und jeder in Brandenburg gut, sicher und selbstbestimmt leben kann. Dazu gehört der Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung ebenso wie der Ausgleich von Benachteiligungen, die Unterstützung um Beeinträchtigungen zu überwinden und die Hilfestellung beim Aufbau eines selbstbestimmten Lebens. Der Ausgangspunkt unserer Politik ist der Mensch mit seinen Bedürfnissen, Neigungen und Fähigkeiten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Würde jedes Menschen ist der Maßstab.

Zu Brandenburg gehört seit Jahrhunderten eine vielfältige Kultur. Künstlerinnen und Künstler, Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Theaterschaffende, Musikerinnen und Musiker haben das Land geprägt und prägen es auch heute. Diese Vielfalt zu erhalten und gleichzeitig allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern, egal, in welcher Region sie leben und egal, wieviel Geld sie haben, den Zugang zu Kunst und Kultur zu sichern, ist uns wichtiges Anliegen.

Doch diese Vielfalt ist brüchig und war in der Geschichte nicht nur einmal bedroht. Sie ist es auch heute wieder. Wie schnell es gehen kann, dass Menschen, die anders leben oder lieben, ethnische und religiöse Minderheiten oder Menschen, die anders denken oder Kunst schaffen, die nicht ins Weltbild passt, ausgegrenzt, diskriminiert und verfolgt werden, kann man in der Historie ersehen. Die Erinnerung und Mahnung bleibt deshalb ein wichtiger Baustein für unsere Gesellschaft. Erinnerungskultur schafft Bewusstsein für die Gefahren, denen unser friedliches Zusammenleben auch jetzt wieder ausgesetzt ist. Die Erinnerungsarbeit und die Brandenburger Erinnerungsorte werden deshalb von uns unterstützt und gefördert.

4.5.1 Humanität als Richtschnur des Handelns in der Flüchtlingspolitik

Menschen flüchten nicht einfach so, sondern weil sie in ihrer Heimat nicht menschenwürdig leben können. Migrations- und Fluchtbewegungen hat es immer gegeben und wird es – leider – auch in der Zukunft weiterhin geben: So lange es Krieg

und Verfolgung, Hunger und Unterernährung, Klimawandel und Naturkatastrophen gibt, werden Menschen flüchten. Nach Europa, nach Deutschland und auch nach Brandenburg. Es ist völlig unmöglich, das zu verhindern und man kann darauf auf zwei Arten reagieren: mit Abschottung oder mit Integration. Wir stehen dafür, Menschen, die zu uns flüchten, menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, sich hier schnell ein eigenständiges Leben aufzubauen.

Klar ist auch: Nicht die Geflüchteten sind schuld, wenn es an sozialer Infrastruktur fehlt, sondern eine verfehlte Politik der vergangenen Jahre. Kitas und Schulen sind unterfinanziert, ausreichend Plätze zu schaffen heißt, für alle etwas zu tun: für die Geflüchteten und für die Menschen, die schon länger hier leben.

Wir wehren uns dagegen, dass Geflüchtete zu Sündenböcken für die verfehlte Politik der vergangenen Jahrzehnte gemacht werden sollen. Aktuell ist zu beobachten, dass Konservative, aber auch die SPD in Brandenburg versuchen, den Rechtsextremen Stimmen abzujagen, indem sie eine restriktive Flüchtlingspolitik machen. Die meisten der vorgeschlagenen Maßnahmen – sogenannte Tischabschiebungen bei Behördenterminen, das Sachleistungsprinzip, die teure und völlig unsinnige Bezahlkarte, Arbeitspflicht oder Leistungskürzungen – haben alle gemeinsam, dass sie zwar die Geflüchteten gängeln und ihnen das Leben schwer machen, aber nicht geeignet sind, Migration einzudämmen oder die Kommunen zu entlasten. Hier wird Politik auf dem Rücken der Geflüchteten gemacht. Es werden Sündenböcke geschaffen, um vom Versagen der Politik beim Aufbau sozialer Infrastruktur abzulenken. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

Unsere Projekte:

- **Verkürzung der Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahme:** Wir wollen die Entscheidung zurücknehmen, Menschen bis zu 18 Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes unterzubringen. Für eine gute Integration ist eine schnelle Verteilung in die Kommunen wichtig.
- **Kommunen verlässlich unterstützen:** Die Kommunen werden wir schnell bei der Errichtung von Unterkünften verlässlich finanziell unterstützen. Das Finanzierungssystem muss so gestaltet werden, dass Kommunen nicht gezwungen werden, Unterbringungsplätze abzubauen, wenn sie leer stehen, weil es dann keine Finanzierung vom Land gibt. Solche Schwankungen bei den Geflüchtetenzahlen müssen vom Land finanziell aufgefangen werden, um die Unterbringungskapazitäten dauerhaft stabil zu halten.
- **Soziale Infrastruktur sichern:** Für die Schaffung und den Erhalt notwendiger Kapazitäten in Schulen und Kitas werden wir ausreichend Mittel zur Verfügung stellen.
- **Den Bau eines Ein- und Ausreisezentrums am BER stoppen:** Neben einer falschen asylpolitischen Weichenstellung würde dieses Projekt hunderte Millionen Euro

verschlingen, die vor allem einem wegen krummer Grundstücksgeschäfte vorbestraften Investor zugutekämen. Diese Mittel werden wir in die Integration investieren.

- **Familiennachzug ermöglichen:** Das durch die aktuelle Landesregierung abgeschaffte humanitäre Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge auf Nachzug von Familienangehörigen, sofern sie für deren Lebensunterhalt aufkommen können, wollen wir sofort wieder auflegen.
- **Erstaufnahmekapazitäten sichern:** Die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Dabei wollen wir dauerhafte Lösungen und keine Containerbauten.
- **Integration sofort beginnen:** In den Erstaufnahmeeinrichtungen wollen wir sicherstellen, dass die Geflüchteten bereits dort ein Sprachkursangebot bekommen. Auch Qualifizierungsangebote wollen wir schaffen, damit die Zeit des Aufenthalts in der Erstaufnahme bereits sinnvoll für die Vorbereitung der Integration genutzt werden kann.
- **Schnelles Ankommen vor Ort:** Wir wollen Geflüchtete schnell in die Kommunen verteilen. Vor allem für Familien muss der Aufenthalt in der Erstaufnahme so kurz wie möglich gehalten werden. Auch den Aufenthalt in Gemeinschaftsunterkünften in den Kommunen wollen wir verkürzen. Insbesondere Familien sollen nach spätestens einem Jahr in Wohnungen untergebracht werden.
- **Menschenwürdige Unterbringung:** Die Mindestbedingungen für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten in den Kommunen wollen wir verbessern.
- **Auskömmliche Finanzierung:** Die Finanzierungsregelungen für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten in den Kommunen müssen endlich überprüft werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Kommunen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Dazu ist das Landesaufnahmegesetz endlich zu evaluieren und zu überarbeiten.
- **Sachleistungen und Bezahlkarte verhindern:** Wir lehnen das Sachleistungsprinzip ab und werden uns gegen die Einführung einer Bezahlkarte zur Erbringung der Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz zur Wehr setzen. Die Bezahlkarte ist diskriminierend und stigmatisierend und wird zum großen Geschäft für Zahlungsdienstleister, die damit an der Auszahlung von Sozialleistungen verdienen.
- **Task Force Abschiebungen abschaffen:** Abschiebungen stehen wir kritisch gegenüber. Wo sie stattfinden müssen, ist sicherzustellen, dass Familien nicht auseinandergerissen werden. Die durch die CDU geschaffene Task Force “Abschiebungen” werden wir abschaffen.
- **Keine Abschiebung bei guter Integration:** Wer in Brandenburg arbeitet oder eine Ausbildung absolviert, soll nicht abgeschoben werden. Den Spurwechsel für

diejenigen, deren Asylantrag zwar abgelehnt wurde, die jedoch in Ausbildung oder Arbeit sind, wollen wir erleichtern. Außerdem wollen wir Programme auflegen, die vor allem die Qualifizierung in Mangelberufen forcieren.

- **Erzwungene “freiwillige” Ausreisen verhindern:** Kommunale Ausreisezentren lehnen wir ab. Die Unterbringung in solchen Zentren zerstört bereits erfolgte Integrationsleistungen. Sie dienen nur einem Zweck: Menschen aus ihrem sozialen Umfeld reißen und sie so lange zermürben, bis sie “freiwillig” ausreisen. Das ist Erpressung auf Kosten der Menschenwürde und wird mit uns nicht stattfinden. Selbiges gilt für eine Ausreiseeinrichtung in Landesträgerschaft.
- **Kommunale Ausländerbehörden stärken:** Die kommunalen Ausländerbehörden müssen personell besser aufgestellt werden, um lange Bearbeitungszeiten zu verhindern und sicherzustellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausreichend Zeit haben, die Anliegen der Klientinnen und Klienten in der notwendigen Qualität zu bearbeiten.
- **Aufenthaltsrechtliches Ermessen nutzen:** Durch Weisungen werden wir sicherstellen, dass die Ausländerbehörden ihr Ermessen bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen zu Gunsten derjenigen, die Integrationsbemühungen zeigen, ausüben.
- **Humanitäre Aufnahmeprogramme weiterführen:** Wir wollen, dass sich Brandenburg auch weiterhin zu seinen humanitären Verpflichtungen bekennt. Wir werden deshalb ein humanitäres Aufnahmeprogramm mit einem Umfang von mindestens 200 Personen jährlich schaffen. Hier soll an bereits bestehende Aufnahmeprogramme, bspw. das Programm für verfolgte Minderheiten im Irak, angeknüpft werden. Auch Projekte vor Ort wollen wir weiterhin unterstützen, weil sie helfen Fluchtursachen zu bekämpfen.
- **Asylrechtsverschärfungen verhindern:** Wir lehnen jegliche weiteren Asylrechtsverschärfungen ab und werden die landespolitischen Möglichkeiten nutzen, um diesbezüglich auf den Bund einzuwirken.
- **Spurwechsel ermöglichen:** Wir unterstützen alle Bemühungen, Möglichkeiten zu eröffnen, hier heimisch zu werden und sich ein eigenständiges Leben aufzubauen. Arbeitsverbote gehören abgeschafft, um eine Integration in den Arbeitsmarkt schnellstmöglich zu sichern.

4.5.2 Eine realistische Integrationspolitik ist machbar

Migration ist eine Chance für Brandenburg. Wir brauchen Zuwanderung, um unseren Lebensstandard zu erhalten. Schon heute sind Migrantinnen und Migranten in vielen Branchen der Garant, dass die notwendige Arbeit geleistet wird. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass diejenigen, die sich für ein Leben und Arbeiten in Brandenburg entscheiden, die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben ohne Angst bekommen. Dabei

geht es nicht nur um Menschen, die zu uns geflüchtet sind. Auch Menschen, die aus familiären Gründen, als EU-Ausländerinnen und -Ausländer oder als Fachkräfte eingewandert sind, brauchen in der ersten Zeit Unterstützung bei der Integration. Das gilt für alle Lebensbereiche: Sprache, Bildung, Ausbildung, Arbeit, Freizeit oder Sport, überall braucht es zielgenaue Angebote, die sicherstellen, dass Integration nicht scheitert.

Denn klar ist: wer an der Integration spart, wird ein Vielfaches an Folgekosten ernten. Wir alle haben vor Augen, was gescheiterte Integration bedeuten kann: Perspektivlosigkeit, Verzweiflung, psychische Störungen bis hin zu Kriminalität oder Gewalt. Wer das nicht will, muss gute Integrationsbedingungen schaffen. Wer zu uns kommt, will nicht von Sozialleistungen abhängig sein und in einer Sammelunterkunft sein Dasein fristen. In der Realität fehlt es aktuell vor allem an Sprachkursen: es gibt Menschen, die seit 5 Jahren bei uns leben und noch immer keinen Sprachkurs besuchen konnten. Auch berufsbezogene Sprachkurse fehlen, Berufsanerkennungen dauern teils mehrere Jahre und Anpassungsqualifizierungen fehlen. Und die völlig unsinnigen Arbeitsverbote bzw. die Notwendigkeit der Zustimmung der Ausländerbehörden bzw. der Bundesagentur für Arbeit bei der Arbeitsaufnahme für bestimmte Flüchtlingsgruppen führen zu langen Verzögerungen bei der Integration in den Arbeitsmarkt, teilweise wird sie sogar ganz unmöglich gemacht. Ein radikales Umsteuern ist deshalb notwendig.

Unsere Projekte:

- **Runder Tisch „Integration“:** Wir wollen einen runden Tisch „Integration“ ins Leben rufen, der alle relevanten Akteure in der Integrationspolitik zum Erfahrungsaustausch zusammenbringt, also sowohl die Verwaltung, die Brandenburger Wirtschaft als auch zivilgesellschaftliche Initiativen.
- **Sprachkurse von Anfang an und für alle:** Wir werden dafür sorgen, dass alle Geflüchteten schon in der Erstaufnahme mit dem Spracherwerb beginnen können. Und wir werden sicherstellen, dass das Angebot an Sprachkursen in den Kommunen bedarfsgerecht ausgeweitet wird. Jede und jeder muss schnell Zugang zu einem Sprachkurs, auf dem von ihr oder ihm benötigten Niveau bekommen. Und auch die berufsbezogenen Sprachkurse müssen ausgebaut werden. Dazu wird es auch nötig sein, Möglichkeiten zur Kinderbetreuung während des Besuchs der Kurse und digitalisierte Angebote zu schaffen.
- **Integrationsgesetz schaffen:** Wir werden das Landesaufnahmegesetz evaluieren und zu einem Integrationsgesetz weiterentwickeln. Das Ziel ist, Integrationsangebote dauerhaft zu sichern und verlässlich zu finanzieren. Das Integrationsbudget wollen wir als Integrationspauschale gesetzlich verankern und den bürokratischen Aufwand für die Kommunen minimieren. Die Migrationssozialarbeit für anerkannte Flüchtlinge (MSA II) wollen wir ebenfalls gesetzlich verankern, dauerhaft sichern und den Kreis

der Anspruchsberechtigten auf ukrainische Geflüchtete erweitern.

- **Beratungsstelle bei der Integrationsbeauftragten sichern:** Die Beratungsstelle bei der Landesintegrationsbeauftragten wollen wir erhalten und fortentwickeln. Sie ist eine wichtige Instanz zur Unterstützung der Migrationsberatungsstellen im Land und soll perspektivisch noch stärker das Monitoring der Integrationsarbeit übernehmen.
- **Spurwechsel ermöglichen:** Wir werden eine Ausbildungs- und Berufseinstiegsinitiative für geflüchtete Menschen ins Leben rufen und den unbürokratischen Spurwechsel aus den Asylverfahren in gewöhnliche Aufenthaltstitel ermöglichen.
- **Berufsanerkennungsverfahren beschleunigen:** Dafür braucht es eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Land und Kammern.
- **Anpassungsqualifizierungen schaffen:** Das Angebot an Anpassungsqualifizierungen werden wir ausbauen. Der Schwerpunkt soll hier vor allem in den Bereichen Bildung, soziale Arbeit, Medizin und Pflege liegen.
- **Wer arbeitet soll bleiben:** Kein Mensch, der in Brandenburg arbeitet, soll abgeschoben werden. Es muss endlich ein Ende haben, dass Menschen, die sich hier gut integrieren und für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen, abgeschoben werden. Die Firmen, die Geflüchtete beschäftigen, brauchen die Sicherheit, dass ihnen die Arbeitskräfte nicht entzogen werden, weil Politik mit hohen Abschiebezahlen „glänzen“ will. Einen entsprechenden Erlass werden wir sofort auf den Weg bringen.
- **Migrantische Selbstorganisation ermöglichen:** Migrantische Selbstorganisationen sind wichtig für die Integration zugewanderter Menschen. Sie werden wir verlässlich fördern und unterstützen.
- **Einbürgerung beschleunigen:** Die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft ist Integrationsanreiz und sichert Partizipation und Teilhabe. Verfahrensdauern von einem Jahr und länger müssen ein Ende haben. Die Einbürgerungsverfahren werden wir durch eine personelle Aufstockung der kommunalen Einwanderungsbehörden deutlich verkürzen.
- **Wertschätzung und interkulturelle Öffnung:** Wenn Brandenburg dauerhaft attraktiv sein will für Zuwanderinnen und Zuwanderer braucht es ein Klima des Willkommens, der Wertschätzung und der interkulturellen Öffnung. Das beginnt bei staatlichen Institutionen. Wir werden für den öffentlichen Dienst Fortbildungsmaßnahmen auflegen und einen Handlungsleitfaden zur interkulturellen Kompetenzentwicklung von Ämtern und Behörden auflegen.

4.5.3 Die Rechte von nationalen und sprachlichen Minderheiten stärken

Vielfalt wird von manchem als Bedrohung gesehen. Wir betrachten sie als Bereicherung für den Einzelnen und Reichtum für unser Land. Vielfalt zu sichern, muss ein

Grundanliegen der Gesellschaft und jedes Einzelnen sein: Denn die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und schützen ist das Grundanliegen einer solidarischen Gesellschaft. Diese Überzeugung eint uns mit vielen im Land.

Gegen den Widerstand anderer Parteien haben wir in der Minderheitenpolitik viel erreicht. Manches wurde aber durch die Koalition verhindert: Der Schutz von Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma vor Diskriminierung wird immer noch nicht als wichtige Aufgabe des Landes verstanden. Das neue Niederdeutsch-Gesetz enthält kaum verbindlichen Vorgaben. Wir wollen landespolitische Rahmenbedingungen schaffen, die die ethnischen und sprachlichen Minderheiten in die Lage versetzen, ihre Sprachen und Kulturen nach ihren eigenen Vorstellungen weiterentwickeln zu können.

Unsere Projekte:

- **Stiftung für das sorbische Volk stärken:** Die Stiftung muss unter Berücksichtigung den wachsenden Aufgaben und der Lohn- und Preisentwicklung vom Bund und den Ländern Brandenburg und Sachsen finanziell angemessen ausgestattet werden. Wir werden die dafür notwendigen Initiativen ergreifen.
- **Kapazitäten für die Niederdeutsch-Ausbildung schaffen:** Mit Mecklenburg-Vorpommern und/oder Sachsen-Anhalt werden wir eine Vereinbarung zur Ausbildung von Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern für die Vermittlung der niederdeutschen Sprache in Schulen und Kindertagesstätten abschließen.
- **Lehrkräfte-Nachwuchs für Sorbisch sichern:** Wir brauchen Strukturen für die Ausbildung und Weiterbildung von Lehrkräften sowie von Erzieherinnen und Erziehern, die am akuten Bedarf orientiert sind. Dazu gehört vor allem die Etablierung einer Ausbildung für Sorbisch/Wendisch in der Grundschule an der BTU Cottbus/ Chóšebuz/Chóšebuz ebenso wie die für den Sekundärbereich an der Universität Potsdam, ergänzt durch mehr und wirksamere Werbung für diese Berufe durch das Land. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern mit Sprachqualifikation werden wir landesseitig unterstützen.
- **Niederdeutsch-Gesetz überarbeiten:** Für die Revitalisierung der niederdeutschen Sprache werden wir ein Gesetz zum Schutz und zur Förderung der niederdeutschen Sprache schaffen, das diesen Namen wirklich verdient. Es muss das Niederdeutsche wirksam fördern und vor allem die Kommunen zur Anwendung und Revitalisierung des Niederdeutschen im Alltag zu stimulieren.
- **Niederdeutsch in der Pflege einsetzen:** Wir werden endlich wirksame Unterstützung leisten, damit die umfangreichen Ideen und Konzepte des Vereins für Niederdeutsch zum Nutzen von Patientinnen und Patienten in die Praxis umgesetzt werden können.
- **Finanzielle Mittel bereitstellen:** Die Handlungsempfehlungen des Mehrsprachigkeitskonzepts für Sorbisch/Wendisch sowie für Niederdeutsch können

nur umgesetzt werden, wenn angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dies werden wir sicherstellen.

- **Rassismus gegen Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma wirksam bekämpfen:** Wir setzen uns für eine Beauftragte bzw. einen Beauftragten des Landes für Angelegenheiten der Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma sowie für den Kampf gegen Antiziganismus ein. Diese Person muss als kompetente Ansprechpartnerin bzw. kompetenter Ansprechpartner für die Community wirken und konkrete Maßnahmen im Kampf gegen Diskriminierung der Minderheit entwickeln und unterstützen.
- **Partizipation der Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma stärken:** Ohne starke Zivilgesellschaft kann die Gleichstellung von Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma nicht gelingen. Dabei kommt den Partizipationsstrukturen der Minderheit zentrale Bedeutung zu. Wir stehen in der Pflicht, den Ausbau der Selbstverwaltungsstrukturen der Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma zu fördern.
- **Wissen über die Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma in allen Schulen vermitteln:** Schülerinnen und Schülern soll ein authentisches und differenziertes Bild von den vielschichtigen Lebenswirklichkeiten der Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma vermittelt werden. Dazu gehört der Holocaust an den europäischen Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma. Die Thematisierung im Unterricht darf aber nicht darauf beschränkt werden. Es geht darum, den Beitrag von Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma zur deutschen und europäischen Geschichte und Kulturgeschichte zum Gegenstand des Schulunterrichts zu machen. Dafür muss das Land Rahmenbedingungen schaffen.
- **Lausitz/Łužyca/Łužyca als Europäische Minderheiten-Kompetenzregion:** Im Rahmen des Strukturwandels werden wir den südlichen Teil unseres Land als Region gestalten, in der deutsch-slawische Mehrsprachigkeit nicht nur als eine Angelegenheit des sorbischen/wendischen Volkes betrachtet wird, sondern als Mehrwert bei der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft erkannt und gelebt wird.

4.5.4 Jüdisches Leben schützen - Antisemitismus bekämpfen!

Wir sind froh, dass jüdisches Leben nach den unfassbaren Verbrechen des Nationalsozialismus wieder einen Platz in Brandenburg gefunden hat. Mit dem Abraham-Geiger-Kolleg verfügt Brandenburg über das erste Rabbinerseminar in Mitteleuropa nach dem Holocaust. Mit dem Moses-Mendelssohn-Zentrum, dem Selma-Stern-Zentrum für jüdische Studien und der Potsdam School of Jewish Theology sind in Brandenburg jüdische Forschungsinstitute mit Strahlkraft über unser Land hinaus beheimatet. Und mit dem Jüdischen Filmfestival

Berlin-Brandenburg haben israelische und jüdische Filmproduktionen einen festen Platz in der Filmlandschaft unseres Landes. Und auch die jüdischen Gemeinden sorgen dafür, dass jüdisches Leben in Brandenburg wächst. Wir kämpfen dafür, dass Jüdinnen und Juden gern und ohne Angst in Brandenburg leben können.

Wir wissen aber auch, dass Antisemitismus leider noch immer nicht der Vergangenheit angehört. Im Gegenteil: der terroristische Angriff auf eine jüdische Gemeinde in Halle/ Saale hat klar gemacht, dass jüdisches Leben in Deutschland nicht sicher ist. Und seit der Corona-Pandemie haben Verschwörungstheorien, die antisemitische Konnotationen haben, wieder zugenommen und seit dem islamistischen Angriff auf die israelische Zivilbevölkerung und die sich anschließenden kriegerischen Auseinandersetzungen seit dem vergangenen Herbst, sind zunehmend auch Straf- und Gewalttaten gegen Jüdinnen und Juden und jüdische Einrichtungen in Deutschland und auch in Brandenburg zu verzeichnen. Der Schutz von Jüdinnen und Juden ist nötiger denn je und der Kampf gegen Antisemitismus bleibt auf der Tagesordnung.

Unsere Projekte:

- **Handlungskonzept zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus 2025 auf den Weg bringen:** Die jahrhundertealten Vorurteile und Mythen über Jüdinnen und Juden bestehen bis heute fort. Es wird viel Kraft kosten, diese Irrationalität verbunden mit Aggression und Hass wieder zurückzudrängen. Ein Handlungskonzept, das auf Aufklärung, Projekte der Zivilgesellschaft und vor allem viele Diskussionen setzt, werden wir auflegen. Es muss gemeinsam mit den jüdischen Verbänden und Gemeinden erarbeitet und durch wissenschaftliche Einrichtungen begleitet werden.
- **Fachstelle Antisemitismus dauerhaft fördern:** Wir werden sie als niedrighschwelliges Angebot für Menschen jüdischen Glaubens und als Monitoringstelle für antisemitische Vorfälle ausbauen.
- **Forschungs- und Ausbildungsprojekte gezielt unterstützen:** Ohne Jüdinnen und Juden wäre die Geschichte und Gegenwart unseres Landes sehr viel ärmer. Jüdisches Leben in seiner Bedeutung für die brandenburgische, deutsche und europäische Gesellschaft muss weiter aufgearbeitet und vermittelt werden und ist wichtig, um Antisemitismus bekämpfen zu können. Die in Brandenburg ansässigen wissenschaftlichen Einrichtungen der jüdischen Theologie werden wir weiter unterstützen.
- **Aufklärungskampagnen über jüdisches Leben und Antisemitismus initiieren:** Solche Kampagnen werden wir schnell auflegen und zielgruppenspezifisch konzipieren und umsetzen. Die Aufklärung über Verschwörungsideologien werden wir vorantreiben.
- **Zivilgesellschaftliches Engagement fördern:** Der Kampf gegen Antisemitismus in all

seinen Erscheinungsformen braucht das Engagement der Vielen. „Nie wieder ist Jetzt! bedeutet auch, dass Land und Kommunen zivilgesellschaftliches Engagement umfassend unterstützen. Dafür werden wir sorgen.

- **Jüdische Kultur fördern:** Wir werden einen Fonds für die Förderung jüdischer kultureller Veranstaltungen auflegen und auch das Jüdische Filmfestival unterstützen.
- **Jüdisches Leben schützen:** Den Schutz jüdischer Einrichtungen, Erinnerungsorte und Veranstaltungen werden wir sicherstellen. Notwendige Schutzmaßnahmen werden nicht an Geld oder Personal scheitern.
- **Wissen über heutiges jüdisches Leben in allen Schulen vermitteln:** Ohne entsprechendes Wissen, ohne Empathie für Menschen jüdischen Glaubens wird es nicht gelingen, den Antisemitismus in den Köpfen zurückzudrängen. Vor allem Schulen haben dabei eine wichtige Funktion. Wir werden sie unterstützen.
- **Erinnerung pflegen:** Wir werden die Erinnerungsorte an jüdisches Leben und jüdisches Leiden in Brandenburg erhalten und pflegen und die Einrichtung weiterer Orte unterstützen. Die Erforschung von bisher nicht erforschten Orten und Einzelschicksalen werden wir mit einem eigenen Fonds unterstützen.
- **Schüleraustausch mit Israel ausbauen:** Wir wollen es Schülerinnen und Schülern ermöglichen, Israel und israelische Schülerinnen und Schüler kennenzulernen. Dafür werden wir ein Schüleraustauschprogramm initiieren und die Kooperationen zwischen Brandenburger Schulen und Schulen in Israel ausbauen.

4.5.5 Für eine inklusive Gesellschaft

Inklusion ist ein Menschenrecht und bedeutet, dass alle Menschen gleichberechtigt mit und ohne Einschränkungen zusammen in einer Gesellschaft leben, unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion, Herkunft oder sozialem Status. Und das von Anfang an, in allen Lebenslagen, von inklusiven Kitas, über den gemeinsamen Unterricht an Schulen, Inklusion in Freizeit, im Arbeitsleben bis hin zu Inklusion im Alter. So wie jedes Kind bereits die Garantie auf einen Platz in der inklusiven Kita und im gemeinsamen Unterricht haben muss, müssen erwachsene Menschen die Garantie auf barrierefreien Wohnraum und auf Assistenz haben und die Belange älterer Menschen mit Behinderungen mitbedacht werden. Die Gesellschaft besteht nicht aus genormten, standardisierten Menschen, sondern aus Individualität und Vielfalt.

Hier hat das Land Brandenburg noch viel Nachholbedarf. Es fehlt an barrierefreien Wohnungen, viele Einrichtungen der Behindertenhilfe sind auf die Belange älterer Menschen nicht eingestellt so wie viele Senioreneinrichtungen nicht auf die Belange der Menschen mit Behinderungen eingestellt sind. Barrierefreiheit wird zu oft noch als „rollstuhlgerecht“ gedacht, visuelle, taktile und auditive Angebote sowie Assistenzsysteme und -dienste werden selten mitberücksichtigt. Beratungsangebote

sind nicht ausreichend verfügbar.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist ein zentraler Leitfaden, an dem sich auch das Land Brandenburg orientieren muss. Wir werden Barrierefreiheit und Teilhabe weiterdenken und in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Bildung und Mitbestimmung konkret verbessern.

Unsere Projekte:

- **Barrierefreies Wohnen:** Wir werden Fördergelder für bauliche Maßnahmen unmittelbar an das Kriterium der Barrierefreiheit binden, mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau investieren und mehr barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderungen schaffen.
- **Schaffung einer Fachstelle für Barrierefreiheit:** Wir werden eine Fachstelle für Barrierefreiheit einrichten, die sich intensiv mit Normen und Empfehlungen befasst, einschließlich Umsetzung des Mehrsinneprinzips bzw. des Design for all, sie weitervermittelt, an die jeweiligen Bedarfe und Gegebenheiten vor Ort anpasst und gemeinsam mit den Betroffenen weiterentwickelt.
- **Rechtsansprüche vermitteln:** Mit einer Aufklärungskampagne werden Betroffenen und Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den zuständigen Leistungsträgern über das persönliche bzw. das trägerübergreifende persönliche Budget für Menschen mit Behinderungen sowie für das Budget für Arbeit und für das Budget für Ausbildung informiert, damit Menschen mit Einschränkungen ihren Rechtsanspruch kennen und einfordern können.
- **Betroffene miteinbeziehen:** Wir stehen für eine enge Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeirat sowie allen Selbstvertreterorganisationen.
- **Beschleunigung des Feststellungsverfahrens des Schwerbehindertengrades beim Amt für Soziales:** Wir wollen, dass kein Verfahren länger als 4 Wochen dauert, dass Bescheide in bürgernahe und auf Wunsch in leichter Sprache ergehen und dass sich Begründungen leicht erschließen lassen. Zudem muss das Landesamt für Soziales und Versorgung gut für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein und Fragen verständlich beantworten.
- **Prüfung und Überarbeitung von Gesetzen:** Alle Landesgesetze müssen auf die Konformität mit der UN-Behindertenrechtskonvention geprüft und wenn nötig angepasst werden. Als erstes werden wir die längst überfällige Evaluierung und Novellierung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes in die Wege leiten. Wir wollen eine Wirksamkeitsanalyse und Nachsteuerung des AG-BTHG, die umgehende und längst überfällige Anpassung des Landespflegegeldes und die Prüfung des Vergaberechts dahingehend, ob die Schaffung von Stellen für Menschen mit Behinderungen, der reale Anteil von Beschäftigten mit Behinderungen bzw. die

Erhöhung dessen ein soziales Kriterium im Ausschreibungs- und Vergabegesetz sein kann. Auf Bundesebene werden wir uns für die Nachsteuerung beim Bundesteilhabegesetz einsetzen.

- **Stärkung der kommunalen Behindertenbeauftragten:** Behindertenbeauftragte sind meist entweder im Ehrenamt oder mit nur geringem Stellenanteil tätig und haben damit weitere Aufgaben wie die Belange der Seniorinnen und Senioren, der Migrantinnen und Migranten und/oder der Frauen inne. Wir wollen daher die notwendige Einwohnerzahl als Kriterium zur Schaffung eines hauptamtlichen Behindertenbeauftragten senken.
- **Mehr Barrierefreiheit und Mitbestimmung:** Wir werden das behindertenpolitische Maßnahmenpaket mit dem Schwerpunkt „Empowerment“ weiterentwickeln. Menschen mit Behinderungen müssen ihre Rechte kennen und lernen, diese durchzusetzen, dazu müssen sie in allen regionalen und überregionalen Gremien vertreten sein. Barrierefreiheit wird ausgebaut, dazu gehört nicht nur Stufenlosigkeit, Rampen, Fahrstühle, sondern auch visuelle, taktile und auditive Angebote sowie Assistenzsysteme und -dienste. Wir wollen den Auf- und Ausbau unabhängiger Beratungsangebote wie beispielweise den EUTBs, die durch mobile bzw. aufsuchende Angebote ergänzt werden.
- **Schutz vor Gewalt:** Menschen mit Behinderungen – gerade Frauen – sind ungleich häufiger von Gewalt betroffen als Menschen ohne Behinderungen. Dies betrifft auch Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen sowie Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Hier braucht es Gewaltschutzkonzepte, die konsequent kontrolliert werden, es braucht unangekündigte Kontrollen und es braucht dazu eine gut ausgestattete Heimaufsicht. Zusätzlich müssen die Heimbeiräte in ihrer Kompetenz und Wirksamkeit gestärkt werden.
- **Zugang zum ersten Arbeitsmarkt:** Wir werden die Chancen für Menschen mit Behinderungen verbessern, indem wir ihnen den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Das Recht auf freie Berufswahl muss endlich auch für Menschen mit Behinderungen in Brandenburg in die Realität umgesetzt werden. Dafür setzen wir uns ein.
- **Mindestlohn in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen:** Wir wollen eine Bundesratsinitiative anstoßen für einen Mindestlohn in Werkstätten für behinderte Menschen, der mindestens dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns entspricht und der den arbeitnehmerähnlichen Status aufhebt, zugunsten eines echten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsstatus.

4.5.6 Regenbogenland Brandenburg

Wir treten für ein weltoffenes, buntes und sicheres Brandenburg für alle ein und

kämpfen für Freiheit und Anerkennung, Respekt und Akzeptanz für alle Menschen. Ein selbstbestimmtes Leben muss für alle jederzeit und an jedem Ort ohne Angst möglich sein. Queere Menschen bereichern die Gesellschaft. Sie entheben die Gesellschaft ihrer tradierten und längst überholten Normen. Das ist gut so! Denn niemand von uns passt in feste Schubladen von Geschlechtern, sexuellen Vorlieben und Identitäten. Es ist nicht nur eine menschenrechtliche Frage, dass alle Menschen so zu akzeptieren sind, wie sie sind, sondern auch ein kulturelles Armutszeugnis, das Einheitsgrau dem Bunten vorzuziehen. Unser Ziel ist die Überwindung des Gegensatzes von "normal" und "anders". Wir kämpfen für die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft. Wir treten Diskriminierungen von Gruppen und Menschen – auch in der schwul-lesbischen Szene – entgegen.

Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verbietet Diskriminierung wegen der sexuellen Identität. Jedoch ist dies noch immer an der Tagesordnung und erfordert verstärkte Bemühungen zum Schutze der LSBTIQ*-Gemeinschaft. Einige wichtige Projekte und Anlaufstellen sind geschaffen, der jährliche Christopher Street Day macht mit immer mehr Veranstaltungen auf die Rechte der LSBTIQ*-Gemeinschaft aufmerksam und doch sind gerade sie ungleich häufiger Opfer von Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt. Wir wollen ein buntes Brandenburg, indem sich alle Menschen wohlfühlen und niemand Angst zu haben braucht. Wir wollen kein Brandenburg ohne lesbische, schwule oder anders queere Menschen. Wir wollen ihre Lebensqualität verbessern und mit ihnen gemeinsam daran arbeiten, wie Brandenburg noch offener und toleranter werden kann.

Unsere Projekte:

- **Erhalt wichtiger Projekte:** Wir werden die zahlreichen guten Projekte wie „Bildung unterm Regenbogen“ und „Regenbogenfamilien stärken“ erhalten, verstetigen und ausbauen. Sie leisten wertvolle und wichtige Arbeit, schaffen Akzeptanz und bieten Hilfe und Unterstützung. In diesem Rahmen werden wir vor allem die Fachstelle für geschlechtliche Vielfalt stärken, denn bei ihr laufen wichtige Fäden zusammen. Sie vernetzt, organisiert und unterstützt die Organisationen vor Ort.
- **Transberatung ausbauen:** Immer größer wird der Bedarf an Transberatung. Wir werden eine landesweite Transberatungsstelle mit einer umfangreichen Ausstattung aufbauen, um mit mobilen Beratungsangeboten auch den Bedarf in der Fläche decken zu können.
- **Erinnerungskultur stärken:** Eine tolerante Gesellschaft muss stetig aufgebaut und gepflegt werden. Dazu zählt es, an Diskriminierung und Unrecht zu erinnern, um solche Dinge schon im Keim zu ersticken und in Zukunft zu verhindern. Deshalb werden wir die Schaffung von Orten fördern, die den Menschen gedenken, die aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit verfolgt wurden.

- **Fortschreibung Landesaktionsplan:** Der Aktionsplan Queeres Brandenburg setzte 2016 ein Zeichen in der Queerpolitik des Landes. Jedoch muss dieser Aktionsplan als Prozess verstanden werden. Er muss konsequent evaluiert und mit den Selbstvertreterorganisationen weiterentwickelt werden. Es braucht konkrete und ausfinanzierte Maßnahmen, damit Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans*- und Intersexuelle und queere Menschen (LSBTIQ*) selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können. Der Aktionsplan soll künftig in einer Stabsstelle des Familienministeriums umgesetzt werden. Dabei müssen auch die Bedarfe von queeren Seniorinnen und Senioren sowie der queeren Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden. Wir wollen die Schaffung flächendeckender queerer Begegnungsorte und die Etablierung von psychosozialen, spezialisierten Beratungsangeboten vor allem für queere Jugendliche fördern und unterstützen. Zudem braucht es mehr Schutzunterkünfte für Trans-Personen, denn sie sind besonders oft von Gewalt betroffen und bedürfen besonderen Schutz. Dies gilt auch für LSBTIQ*-Flüchtlinge.
- **Queerbeauftragten einsetzen:** Die Probleme und Thematiken sind vielfältig und nehmen stetig zu. Wir werden deshalb eine oder einen eigenständigen Queerbeauftragten im zuständigen Ministerium etablieren.
- **Für ein Landesantidiskriminierungsgesetz:** Wir werden ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) auf Landesebene präzisiert und ergänzt. Es soll die Aufträge aus der Verfassung an das Land Brandenburg zum Schutz vor Ungleichbehandlungen konkretisieren und das Diskriminierungsverbot regeln. Hierzu zählen auch Sanktionen, Klagerecht für Antidiskriminierungsverbände und mehr. Darüber hinaus muss auch die Verpflichtung der Landesverwaltung zur Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt verankert werden.
- **Queere Projekte finanziell besser fördern:** Die queerpolitische Arbeit muss ausreichend ausfinanziert werden, denn die Aufgabenfelder werden mehr. So finden beispielsweise immer mehr Veranstaltungen am Christopher Street Day statt und das ist gut so. Wir unterstützen diese Veranstaltungen und wollen deshalb einen separaten Etat von mindestens 100.000 Euro dafür auflegen. Der sonstige Etat für den Bereich Queer ist auf 500.000 Euro aufzustocken.

4.5.7 Kultur: Vielfältig und für alle zugänglich

Wir sind überzeugt, dass ein gutes Leben nur mit Kultur möglich ist. Kultur eröffnet neue Räume im Denken und Handeln und schafft neue Perspektiven. Damit ist Kultur auch für unsere Demokratie und für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar. Deshalb wollen wir Kultur für alle ermöglichen – unabhängig von Einkommen, Alter, körperlichen Beeinträchtigungen und anderen Lebensumständen, egal ob in Potsdam

oder der Uckermark. Kultur wird in Brandenburg auf vielfältige Weise gelebt: in den Landestheatern, den Landesorchestern, Chören, Museen, Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen genauso wie in selbstverwalteten Kulturräumen, Jugendklubs, Künstlerhöfen, kleinen Galerien, Heimatmuseen und -stuben oder Programmkinos. Diese Vielfalt ist ein Schatz, den es zu erhalten und zu fördern gilt. Um Kultureinrichtungen und Kulturschaffende zu unterstützen, wollen wir die Kulturförderung ausbauen und krisensicher gestalten. Für Festangestellte wie freie Künstlerinnen und Künstler braucht es gute Arbeitsbedingungen und eine gute soziale Absicherung.

Die Corona-Pandemie und die Energiekostensteigerungen haben die Kulturbranche in Brandenburg an ihre Grenzen gebracht. Besonders die freie Kulturszene sowie von Projektförderung abhängige Kultur- und Veranstaltungsbetriebe verzeichneten hohe Verluste; steigende Kosten konnten sie kaum kompensieren. Künstlerinnen und Künstler, die sich durch schlechte Vergütungen und befristete Projektbeschäftigungen ohnehin kaum Rücklagen aufbauen können, standen vor dem Aus. Um steigende Kosten zu kompensieren, wurden vielerorts die Preise für Eintritte und Tickets erhöht. Dies hat zur Folge, dass Kultur für viele Menschen kaum noch bezahlbar ist. Dabei hat die Pandemie auch gezeigt: Ohne Kultur wird's still.

Unsere Projekte:

- **Zugang zu Musik- und Kunstschulen erweitern:** Wir werden das Musik- und Kunstschulgesetzes dahingehend weiterentwickeln, dass der öffentliche Bildungsauftrag gestärkt, mehr Kunstschulen staatlich anerkannt und die Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen ausgebaut wird. Darüber hinaus werden wir die Qualifizierung von Musik- und Kunstschullehrerinnen und -lehrern aufbauen und ihre finanzielle Gleichstellung mit Lehrkräften allgemeinbildender Schulen ermöglichen.
- **Gute Arbeit in der Kultur sichern:** Wir werden verbindliche Standards für Honorare in der freien Kunst- und Kulturarbeit und branchenspezifische Honoraruntergrenzen durchzusetzen. Die durch öffentliche Hand geförderte Kulturprojekte müssen in die Lage versetzt werden, Standards zu setzen.
- **Soziokultur und Festivals stärken:** Wir werden die soziokulturellen Einrichtungen zukunftsfest machen und in ihre energetische Sanierung, sowie die Nutzung erneuerbarer Energien investieren. Dazu zählt auch der Aufbau eines zentralen Festivalfonds für nachhaltige und inklusive Veranstaltungen. Darüber hinaus wollen wir ein Freiluftpartygesetz nach dem Vorbild Bremens auf den Weg bringen.
- **Brandenburg als Filmland stärken:** Insbesondere die Filmproduktionen im Filmstudio Babelsberg machen Brandenburg zu einem international anerkannten und geschätzten Standort der Filmindustrie. Deshalb werden wir Produktionen und den

Standort weiter fördern.

- **Zugangshürden abbauen – Kultur für alle:** Wir wollen erreichen, dass alle Menschen Zugang zu Kunst und Kultur erhalten. Das beinhaltet den Abbau finanzieller Hürden genauso, wie den Ausbau barrierefreier Angebote der Kultureinrichtungen und die Unterstützung durch zusätzliches Personal. Zudem streben wir die Verankerung macht- und diskriminierungskritischer Kriterien in der Kulturförderung sowie die Sensibilisierung für ein diskriminierungsfreies (Arbeits-)Klima und den Ausbau interkultureller Projekte an.
- **Stadt, Land, Dorf – Kultur im ganzen Land:** Wir wollen Vereine, Verbände und Initiativen unterstützen, die insbesondere in ländlichen Räumen kulturelle Angebote schaffen und ausbauen. Dazu zählen für uns soziokulturelle Einrichtungen, die Stärkung der Strukturen der kulturellen Bildung im ganzen Land, die flächendeckende Verfügbarkeit von Bibliotheken sowie der Ausbau mobiler Angebote und die Etablierung von Projekten mit Kindern und Jugendlichen für kulturelle Vielfalt.
- **Kulturförderung neu ausrichten:** Wir werden die Kulturförderung evaluieren und im Dialog mit den Fachverbänden die Fördersystematik weiterentwickeln, um das Verhältnis zwischen institutioneller Förderung und der Förderung der freien Szene gerechter zu gestalten und die dauerhafte Tätigkeit von Kultureinrichtungen, sowie Interessensverbänden aus der Projektförderung in die institutionelle Förderung zu überführen. Damit wollen wir Planbarkeit ermöglichen sowie Projektförderung flexibilisieren. Zum Beispiel durch längere Laufzeiten und die Übertragung von Projektmitteln in Folgejahre. Die Förderung der Brandenburgischen Theater und Orchester wollen wir verlässlich fortführen.
- **Industrie- und Baukultur stärken:** Wir werden die Ideen aus den Themenjahren von Kulturland Brandenburg aufgreifen und sie in eine langfristige Strategie und Förderung überführen. Dazu zählt auch die Stärkung der Museumslandschaft zum Bergbau in der Lausitz/Łużyca.
- **Kostenfreien Zugang zu Kultur:** Wir werden dafür sorgen, dass in allen durch das Land geförderten Museen und Bildungseinrichtungen ein kostenfreier Zugang ermöglicht für Bedürftige wird.

4.5.8 Erinnern heißt Handeln

Als Antifaschistinnen und Antifaschisten sehen wir uns einer lebendigen Erinnerungskultur verpflichtet. Nur wer sich immer wieder aufs Neue vergegenwärtigt, wohin Diskriminierung, Ausgrenzung, Hass und Entmenschlichung führen, kann verstehen, wie wichtig unser aller Engagement zur Verteidigung der Demokratie und zum Schutz einer jeden Person ist. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist für uns die Grundlage für eine demokratische Kultur. Mit dem

Ende der Zeitzeugenära stehen die Mahn- und Gedenkstätten jedoch vor der Herausforderung, neue Formen des Gedenkens zu entwickeln und neue Generationen für die Erinnerung zu sensibilisieren. Auch den dezentralen, häufig ehrenamtlich betriebenen Gedenkorten an bspw. ehemaligen Außenlagern, kommt dabei eine wachsende Relevanz zu. Ebenso bleibt die Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus und der SED-Diktatur eine politische Aufgabe und Verantwortung für uns. Die Aufarbeitung der DDR-Zeit, der Friedlichen Revolution wie auch der „Wende“ geben uns wichtige Impulse für eine emanzipatorische und zukunftsgerichtete Politik. Wir richten uns gegen eine Instrumentalisierung der DDR-Erinnerung und unterstützen Gedenkstätten und Museen in ihren Bemühungen, authentische und multiperspektivische Zeugnisse von Alltag, Repression und Opposition in der DDR aufzuzeigen.

Unsere Projekte:

- **Zentrale Gedenkorte stärken:** Wir wollen, dass die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten durch eine qualitativ hochwertige, wissenschaftlich fundierte, pädagogische Arbeit möglichst viele Menschen erreicht. Dazu werden wir sie durch einen Mittelaufwuchs im Landeshaushalt stärken und auch bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen unterstützen.
- **Dezentrale Gedenkorte an die Verbrechen des Nationalsozialismus sichtbar machen:** Wir werden die dezentralen Orte, die von den Verbrechen der Nationalsozialisten zeugen, sichtbar machen und die Erinnerung an sie wachhalten. Wir werden die ehrenamtliche Arbeit, z.B. an Orten ehemaliger Außenlager, durch die Einrichtung eines Betriebskostenfonds und die wissenschaftliche Begleitung durch die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten finanziell und ideell unterstützen. Zukünftige Projekte des Landesjugendringes, die Jugendliche bei der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ihrer Region begleiten, werden wir aktiv fördern und finanziell unterstützen.
- **Besuche von Gedenkstätten fördern:** Wir werden allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, einen Gedenkort an die nationalsozialistischen Verbrechen zu besuchen und die pädagogischen Angebote der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und der Gedenkstätte des ehemaligen deutschen Konzentrationsvernichtungslagers in Auschwitz zu nutzen. Auch Jugendverbänden werden wir durch ein Förderprogramm die Durchführung von Gedenkstättenfahrten ermöglichen.
- **Kolonialismus endlich aufarbeiten:** Wir werden die wissenschaftliche Aufarbeitung kolonialer Verflechtungen sowie die Provenienzforschung vorantreiben; die Rückgabe von Kulturgütern aus der Zeit des Kolonialismus rechtssicher ermöglichen, mit Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft die Aufarbeitung des Kolonialismus in

Bildungs- und Kultureinrichtungen befördern sowie Rahmenlehrpläne und Lehr- und Lernmaterialien rassistisch- und kolonialkritisch überarbeiten.

- **Ob Hanau, Halle oder der NSU – Rassismus tötet:** Wir stellen uns der Verantwortung rassistisch motivierte Mordserien und Straftaten aufzuklären, halten die Erinnerung an diese wach und stärken die Bildungsarbeit. Zu diesem Zweck arbeiten wir eng mit zivilgesellschaftlichen, migrantischen Initiativen, sowie Forschungseinrichtungen wie dem Moses Mendelssohn Zentrum zusammen und unterstützen ihre Arbeit. Die offenen Fragen aus dem Brandenburger NSU-Untersuchungsausschuss werden wir weiter aufklären.
- **Zeitzeuginnen- und Zeitzeugengespräche in der virtuellen Welt:** Wir werden die vielfältigen neuen Möglichkeiten der Geschichtsvermittlung aktiv begleiten und fördern. Hierzu zählt bspw. die Förderung des Ankaufs von technischen Mitteln für Schulklassen.
- **Keine Geschenke den Hohenzollern:** Wir werden weiteren Restitutionsforderungen der Familie von Preußen entgegenreten.

4.6 Unser Brandenburg: Ein Land für Jung und Alt

Wir sind überzeugt, dass die Stärke Brandenburgs in seiner Gemeinschaft liegt – einer starken, lebendigen Gemeinschaft, die Vielfalt wertschätzt, Zusammenhalt fördert und niemanden zurücklässt. Eine Gemeinschaft, in der Dialog und Austausch zwischen den Generationen nicht nur gefördert, sondern gelebt wird, in der die Menschen voneinander lernen, sie alle miteinander produktiv das Land gestalten und nach vorne bringen. Die Interessen von Jung und Alt sind dabei oft die gleichen: bezahlbarer Wohnraum, eine gute gesundheitliche Versorgung, Zugang zu Kultur und Freizeitangeboten. Aber natürlich gibt es in jeder Lebensphase auch spezifische Bedürfnisse, die durch eine kluge Politik in Einklang zu bringen sind. Für die Jüngeren geht es darum, die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen, dass sie ihre Persönlichkeit entwickeln und ihre Träume verwirklichen können. Für Familien geht es um ein sicheres Umfeld, das ihren Kindern die bestmögliche Entwicklung bietet, ihnen ein Aufwachsen ohne Angst garantiert sowie beste Rahmenbedingungen bereitstellt für die Vereinbarkeit von Kind und Karriere. Die Älteren verdienen Wertschätzung und Anerkennung für ihre Lebensleistungen und eine Politik, die alles dafür tut, dass sie ein glückliches Leben im Alter verbringen können, ganz so wie sie es sich vorstellen. Als Linke wollen wir, dass alle Menschen in Brandenburg ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben führen können. Allen nach ihren individuellen Bedürfnissen und Stärken zu begegnen, ist dabei unser Ansatz für ein inklusives und gerechtes Brandenburg, von dem alle Menschen profitieren.

4.6.1 Familienland Brandenburg: Familien stärken – Kinderarmut überwinden!

Wir stellen Kinder, Jugendliche und Familien in den Mittelpunkt. Unser Ziel ist die Weiterentwicklung Brandenburgs zu einem wirklich familienfreundlichen Land mit guten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens- und Rahmenbedingungen für die vielen verschiedenen Familienformen. Familie ist für uns dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen – unabhängig von Trauschein und sexueller Orientierung. Wir gestalten Brandenburg so, dass die Menschen in Brandenburg unabhängig von ihrem gewählten Lebensmodell ein selbstbestimmtes und gutes Leben führen können. Dabei werden wir insbesondere Alleinerziehende, Mehrkind-Familien, Regenbogenfamilien und Familien mit Flucht- und Migrationshintergrund unterstützen. Alle Familien sollen sich in Brandenburg wohlfühlen oder unser Bundesland aufgrund der vielen Vorteile gezielt als neuen Lebensort für sich auswählen.

Familien brauchen gesellschaftliche Unterstützung und soziale Sicherheit. Alle Kinder haben das Recht auf gute Bildung von klein auf! Alle Eltern haben das Recht auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Familien brauchen soziale Sicherheit! Eltern, die sich für Kinder entscheiden, müssen sicher sein, dass Kinder einen Platz in einer guten Kindertageseinrichtung bekommen, gute Bildung in einer wohnortnahen Schule möglich ist und in der Freizeit sowie in den Ferien attraktive Bildungs- und Betreuungsangebote vorhanden sind. Dabei darf kein Kind, kein Jugendlicher benachteiligt und ausgeschlossen werden. Bei der zukünftigen Gestaltung unseres wachsenden Bundeslandes muss also auch alles mitwachsen, was für junge Menschen und Familien notwendig ist. Dazu gehören neben bezahlbarem Wohnraum auch Schulen und Kitas, Plätze für Sport sowie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen. Alle Kommunen in Brandenburg müssen in die Lage versetzt werden, sich zu familienfreundlichen Lebensstandorten zu entwickeln.

Aktuell sind Familien von den anhaltenden Krisen besonders betroffen, viele sind erschöpft. Einkommen und Rücklagen reichen oft nicht mehr aus, um die steigenden Lebenshaltungskosten zu decken. Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende sind dabei besonders hoch belastet. Mit der Einkommensarmut der Eltern steigt auch die Kinderarmut mit ihren gravierenden Folgen. Das lassen wir nicht länger zu! Wir begegnen der Kinderarmut mit dem Kampf um eine wirkungsvolle Kindergrundsicherung und der Weiterentwicklung einer kostenlosen und wohnortnahen Bildungs- und Sozialinfrastruktur.

Unsere Projekte:

- **Vollständige Elternbeitragsfreiheit, sofort!:** Krippe, Kita, Hort und Ganztage müssen für alle Kinder sofort kostenfrei werden, um den Zugang zu Bildung für alle Kinder zu sichern. Wir haben dafür ein finanzierbares Modell entwickelt, das wir umgehend im Kitarecht verankern, um Eltern und Kitas sofort zu entlasten.
- **Kostenloses Mittagessen:** Gemeinsam mit zahlreichen Partnern kämpfen wir mit

unserer Volksinitiative dafür, dass im ersten Schritt das Mittagessen für alle Kinder in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 an allen Schulformen im Land Brandenburg kostenbeteiligungsfrei wird. Eine sofort zu gründende Arbeitsgruppe erarbeitet Vorschläge, wie das Land gemeinsam mit dem Bund und den Schulträgern perspektivisch ein kostenloses Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler umsetzen kann.

- **Wirkungsvolle Kindergrundsicherung:** Wir setzen uns auf der Bundesebene unverändert für eine sanktionsfreie und unbürokratisch zugängliche Kindergrundsicherung ein, die derzeit mindestens 695 Euro betragen muss und allen Kindern aus ärmeren Familien voll zustehen soll.
- **Rechtsanspruch auf inklusive Ganztagsbetreuung:** Bis spätestens 2026 verankern wir einen Rechtsanspruch auf kostenlose inklusive Ganztagsbetreuung in Kita und Schule für alle Kinder im Umfang von bis zu 10 Stunden, der auch in den Ferien gilt. Für Kinder und Jugendliche mit Behinderung soll dieser Rechtsanspruch sofort in Kraft treten.
- **Stärkung von Alleinerziehenden:** Fast jede vierte Familie in Brandenburg ist eine Ein-Eltern-Familie, die oft besonders hohen Belastungen ausgesetzt ist und zugleich zu wenig Beachtung und Unterstützung erfährt. Das wollen wir ändern. Wir sorgen für mehr Unterstützungsangebote für Alleinerziehende. Dazu zählen u.a. flexible Betreuungsangebote außerhalb der Kita- und Hortzeiten und Freizeitangebote in der Woche und am Wochenende. Wir werden einen Aktionsplan „Verbesserung der Lebenssituation Alleinerziehender“ für Brandenburg aufsetzen.
- **Einrichtung regionaler Tische gegen Kinder- und Familienarmut:** Kinderarmut ist Familienarmut. Dieser wollen wir wirksam begegnen, indem wir in allen Regionen des Landes regionale Tische gegen Kinder- und Familienarmut etablieren, um die Entwicklung passgenauer Maßnahmen und wirksamer Strategien unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten vor Ort zu unterstützen. Die Menschen vor Ort, wissen am besten, was hilft!
- **Ferien für alle:** Wir werden die Ferienzuschüsse für Familien mit niedrigem Einkommen mindestens auf dem Niveau beibehalten und die Ferienpässe wieder mit Rabatten für unsere Brandenburger Familien untersetzen.
- **Vereinbarkeit Familie und Beruf:** Mit Änderungen im Kitarecht, einer Fachkräfteoffensive und gezielter Unterstützung der Kommunen entwickeln wir ein verlässliches und bedarfsdeckendes Angebot an guter Kindertagesbetreuung. Zugleich setzen wir uns für Arbeitszeitmodelle ein, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen beschäftigte Eltern mehr Zeit für ihre Familie. Dazu braucht es

flexible Arbeitszeiten, mobile Arbeitsregelungen, gute Teilzeitregelungen sowie angemessene Löhne. Hier braucht es mehr gute Konzepte und best-practice-Beispiele, die Wege aufzeigen und zum Nachahmen einladen. Wir wollen mehr innovative und wegweisende Modellprojekte, die auf die individuellen Bedarfe der Familien eingehen. Diese müssen flächendeckend ausgebaut und gut ausfinanziert werden, um nach erfolgreicher Erprobung in eine Verstetigung überzugehen.

- **Kostenfreie Schülerbeförderung:** Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schülerinnen und Schüler von Klasse 1 bis 13, Studierende und Auszubildende ganzjährig, also auch in den Ferien, kostenfrei den ÖPNV in Anspruch nehmen können, im gesamten VBB-Tarifgebiet.
- **Mehr Angebote der Familienbildung und -beratung vor Ort:** Um leicht erreichbare Angebote der Familienbildung und -beratung sowie der Erziehungsberatung auf den Weg zu bringen, bringen wir ein Familienfördergesetz auf den Weg, um Familienzentren, Familienservicebüros, Erziehungs- und Familienberatungsstellen in Umfang und Qualität stärken und insbesondere Kitas und Schulen durch den gezielten Einsatz von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zu Familienzentren weiterentwickeln.
- **Ausbau von Familienzentren als Anlaufstellen:** Wir behalten das Programm zum Ausbau der Familienzentren nicht nur bei, sondern wollen es aufstocken. Wir brauchen mehr Familienzentren als wichtige Anlauf- und Begegnungsstellen vor Ort. Bestehende Einrichtungen möchten wir durch eine bessere Personalausstattung dazu in die Lage versetzen, mehr Angebot insbesondere für Seniorinnen und Senioren, migrantische Familien, Mehrkind-Familien oder Ein-Eltern-Familien umzusetzen.
- **Familienunterstützende Hilfen aus einer Hand:** Gerade Familien in schwierigen Notlagen benötigen Hilfe aus einer Hand und keinen nervenaufreibenden Bürokratismus! Wir wollen, dass ausnahmslos alle Hilfen für Familien an einer Stelle gebündelt unkompliziert zu beantragen sind und, dass alle notwendigen Antragsverfahren auf ein Minimum reduziert und durch verständliche Beratungsangebote begleitet werden. Über diese Anlaufstellen sind alle Familien regelmäßig auf verschiedenen Wegen zu informieren.
- **Unterstützung des Landesfamilienrates:** Wir wollen die wertvolle Arbeit des Familienbeirates als wichtiger Institution im Land stärken und mit einer separaten Geschäftsstelle ausstatten.
- **Erarbeitung eines Landesaktionsplans gegen Kinder- und Familienarmut:** Wir wollen die Empfehlungen der Regionalen Tische sowie die Empfehlungen des Familienbeirates in einen Landesaktionsplan gegen Kinder- und Familienarmut aufnehmen und in Form konkreter und ausfinanzierter Maßnahmen umsetzen.

- **Umsetzung eines Familienfördergesetzes:** Wir wollen die vielen guten schon bestehenden Angebote der Familienbildung, -beratung und -unterstützung mit einem Familienfördergesetz sichern, das Standards, eine bedarfsgerechte Koordination sowie auskömmliche Finanzierungsverfahren regelt.

4.6.2 Für einen starken Kinder- und Jugendschutz

Für uns ist klar: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen sowohl in der analogen als auch in der digitalen Welt diskriminierungsfrei und geschützt aufwachsen und sich aktiv beteiligen können! Trotz bestehender rechtlicher Regelungen ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen in Familien, Kita, Schule, Freizeit und dem Internet jedoch noch nicht überall im notwendigen Maß umgesetzt. Wir wollen sicherstellen, dass junge Menschen diskriminierungsfrei aufwachsen können.

Kinderschutz und unsere Demokratie brauchen Erwachsene, die Kinderrechte achten, junge Menschen ernst nehmen, mit ihnen auf Augenhöhe kommunizieren und in Fällen von Verdacht auf Gewalt und Diskriminierung wissen, was zu tun ist. Damit das gelingt, wollen wir für mehr Wissen, Ressourcen, gut funktionierende Netzwerke und klar definierte verlässliche Abläufe sorgen.

Unsere Projekte:

- **Kinderschutz an Schulen und Kitas stärken:** Das Land stellt allen Schulen und Kitas einen „Kinderschutzordner“ zur Verfügung und baut ein flächendeckendes Beratungs- und Unterstützungssystem, um sicherzustellen, dass an allen Schulen und Kindertageseinrichtungen Kinderschutzkonzepte erarbeitet und implementiert werden können.
- **Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen stärken:** Wir setzen uns dafür, dass der Kinderschutz ein verpflichtender Bestandteil von Ausbildung und Studium für alle an Kitas und Schulen wirkenden pädagogischen Fachkräfte in Brandenburg ist.
- **Expertinnen und Experten im Kinderschutz:** Wir setzen uns dafür ein, dass für jede Schule und Kita mindestens eine ausgebildete „Insoweit erfahrene Fachkraft im Kinderschutz“ als Ansprechpartnerin zur Verfügung steht und unterstützen Kommunen beim Aufbau der wichtigen Netzwerke für Kinderschutz. Darüber hinaus bauen wir die Angebote zur Qualifizierung im Kinderschutz für die Familiengerichte aus.
- **Kinderschutz in Gemeinschaftsunterkünften.** Wir sorgen dafür, dass der Kinderschutz auch in Not- und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete jederzeit oberste Priorität hat und insbesondere Familien und Alleinerziehende mit Kindern zügig in eigene Wohnungen oder wohnungsähnliche Unterbringungsformen umziehen können.
- **Kinder- und Jugendschutz in Umgang mit Medien ausbauen:** Wir setzen uns für den Ausbau präventiver Maßnahmen zur Aufklärung und Sensibilisierung ein, um Kinder und Jugendliche in ihren Selbstschutzstrategien zu stärken und Erwachsene zu befähigen, als kompetente Ansprechpersonen zur Verfügung zu stehen.

- **Ausbau der Suchtprävention für junge Menschen im ländlichen Raum:** Um risikohaften Konsum von Substanzen oder Verhaltensweisen vorzubeugen, muss das Land Angebote der Aufklärung sowie niedrigschwelliger, vorurteilsfreier Beratung vor allem im ländlichen Raum ausbauen.
- **Diskriminierung bekämpfen:** Um eine flächendeckende Grundstruktur gegen Diskriminierung in Schulen zu entwickeln und die Demokratiekultur an Schulen zu stärken, setzen wir uns für den Ausbau von Weiterbildungsangeboten und schulexternen Unterstützungs- und Beratungsstrukturen für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schülern ein.
- **Besserer Schutz von jungen Menschen vor Hass und Gewalt im digitalen Raum:** Wir setzen uns sowohl für einen Ausbau der Aus- und Weiterbildungsangebote in den Schwerpunkten Demokratiebildung sowie Umgang mit Hass, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus und Gewalt im Netz als auch für die Etablierung von Kontakt- und Beratungsstellen für von Hass und Gewalt im Netz betroffene junge Menschen ein. Insbesondere muss das Land präventive Angebote zur Aufklärung und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt im Netz schaffen.
- **Geschehenes Leid anerkennen – ehemalige Kinder und Jugendliche der Haasenburg entschädigen:** Bis heute leiden die ehemaligen Kinder und Jugendlichen der Einrichtungen der Haasenburg unter der ihnen widerfahrenen psychischen und physischen Gewalt. Wir setzen uns dafür ein, dass sie eine Entschädigung und therapeutische Unterstützung erhalten. Darüber hinaus fordern wir die Aufnahme „institutionalisierter Gewaltformen“ in die Liste der Anerkennungsgründe für Entschädigungen nach SGB XIV.

4.6.3 Mehr Teilhabe für Kinder und Jugendliche

Wir wollen unsere Zukunft gemeinsam mit Kindern und Jugendliche gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet und wie ihre Welt aussieht. Egal ob in Kita, Schule, Jugendclub, am Wohnort oder in der Landespolitik: Kinder und Jugendliche haben ein Recht mitzureden und müssen gehört werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in jedem Ort in Brandenburg gut aufwachsen, sich wohlfühlen und altersgerechte Freizeitangebote im Umfeld nutzen können. Unser Anspruch ist es, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit, auf Teilhabe und ein glückliches Leben an ihrem Wohnort zu garantieren.

Momentan ist die Realität eine andere. Aktuell leiden insbesondere Kinder und Jugendliche unter den Folgen der Krisen. Ihre Bedürfnisse werden in Kommunal- und Landespolitik häufig ignoriert. Zu viele junge Menschen sind von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Das trifft insbesondere junge Menschen mit Behinderungen,

Kinder und Jugendliche, die in den sogenannten sozialen Brennpunkten oder in Einrichtungen der stationären Hilfen zur Erziehung leben. Ganz besonders hier wirken sich die aktuellen Krisen massiv auf die Lebenssituation der jungen Menschen aus. Die Tagessätze in den Hilfen zur Erziehung können oft die gestiegenen Kosten nicht decken. Damit sind in vielen Einrichtungen keine Freizeitaktivitäten mehr möglich und im Betreuten Wohnen für ältere Jugendliche reicht das Geld oft nicht mehr aus, um Nahrungsmittel zu kaufen. Vielen Kommunen fehlen die Mittel, um eine gute Infrastruktur für Kinder und Jugendliche aufrechtzuerhalten, die Jugendämter sind chronisch unterbesetzt und aufgrund der oft herausfordernden Arbeitsbedingungen nimmt auch der Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe rapide zu. Angebote der Jugendarbeit, familienunterstützende Systeme und Wohngruppen stehen vor dem Kollaps.

Das müssen wir stoppen! Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Einrichtungen und Angebote der Jugendhilfe ein und unterstützen Kommunen dabei, diese zu erhalten und auszubauen. Wir kämpfen dafür, dass Kinder und Jugendliche nicht mehr zurückbleiben und sorgen für gute Lebens- und Aufwuchsbedingungen überall in Brandenburg.

Unsere Projekte:

- **Kinder- und Jugendpolitik in der Landespolitik stärken:** Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche bei sie betreffenden Belangen in der Landespolitik beteiligt werden, die Landesbeauftragte für Kinder und Jugendliche regelmäßig im zuständigen Ausschuss und dem Landtag berichtet und einmal jährlich eine gemeinsame Kinder- und Jugendkonferenz der Interessenvertretungen junger Menschen und der Fraktionen im Landtag stattfindet. Alle Beschlüsse und Empfehlungen des Landes-Kinder- und Jugendausschuss müssen dem zuständigen Ausschuss des Landtages regelmäßig zugeleitet werden.
- **Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen stärken:** Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an allen sie und ihre Zukunft betreffenden Entscheidungen in ihren Wohnorten und den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe beteiligt werden. Wir werden Kommunen und die Träger von Angeboten durch einen Ausbau der Beratungs- und gezielte Weiterbildungsangebote unterstützen. Wir stärken die Arbeit von Jugendbeiräten, -parlamenten und anerkannten Strukturen der Selbstorganisation junger Menschen aus Mitteln eines Landesfonds.
- **Landesinteressenvertretungen junger Menschen:** Wir unterstützen die Arbeit und Unabhängigkeit des gewählten Kinder- und Jugendhilfelandesrates (KJLR), der sich für die Interessen von Kindern und Jugendlichen in den Hilfen zur Erziehung einsetzt sowie den Dachverband der Kinder- und Jugendgremien in Brandenburg.

- **Inklusive Kinder- und Jugendarbeit sichern und ausbauen:** Das Land muss die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der Stabilisierung und dem bedarfsgerechten, flächendeckenden Ausbau niedrigschwelliger inklusiver Angebote der Jugend(sozial)arbeit wie z.B. Streetwork, Mobile Jugendarbeit, offene Jugendarbeit in Jugendclubs, Jugendkoordination, Jugendbildung, Ferienangeboten etc. durch die Einführung einer Kinder- und Jugendpauschale unterstützen.
- **Jugendverbandsarbeit stärken.** Wie die offene Kinder- und Jugendarbeit leistet auch Jugendverbandsarbeit mit ihren Angeboten nichtformaler und informeller Bildung einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Wir unterstützen die Umsetzung der Forderungen der Jugendverbände nach Stärkung ihrer Strukturen im Land und den Kreisen.
- **Situation der Kinder und Jugendlichen in Wohngruppen verbessern:** Wir setzen uns für die Erhöhung des Mindestpersonalschlüssels, der Verbesserung der Mindeststandards sowie der gesetzlichen Verankerung einer landeseinheitlichen Taschengeldregelung für die stationäre Jugendhilfe ein.
- **Opferentschädigungsfonds:** Kinder und Jugendliche, die in stationären geschlossenen Jugend„hilfe“einrichtungen physische und psychische Gewalt erfahren haben, haben ein Recht auf Unterstützung und Anerkennung. Wir setzen uns dafür ein, dass ihnen Opferentschädigung in Form eines Entschädigungsfonds zusteht.
- **Kinderrechte ins Grundgesetz:** Auf Bundesebene setzen wir uns unverändert dafür ein, Kinderrechte umfassend zu stärken und endlich in das Grundgesetz aufzunehmen.

4.6.4 Die Würde des Menschen ist unantastbar, auch im Alter

Seniorinnen und Senioren sind kreativ und aktiv und wollen mitgestalten. Nutzen wir die menschlichen und fachlichen Kenntnisse und ermöglichen wir Teilhabe überall im Land. Wir brauchen seniorengerechte, teilhabeorientierte, flächendeckende und vor allem barrierefreie Angebote im vertrauten Wohnumfeld. Seniorinnen und Senioren sind Teil von Familien und der Gesellschaft und sollten als Bereicherung wahrgenommen werden. Denn die Menschen werden heute – dank der Medizin – weitaus älter und sehr viel später pflegebedürftig als es noch vor wenigen Jahren der Fall war. Sie haben ein erfülltes Berufsleben voller wichtiger Erfahrungen hinter sich und noch oftmals eine lange Zeit voller Gesundheit und Energie vor sich. Von ihren Kenntnissen und ihrer Lebenserfahrung und deren Weitergabe an jüngere Generationen kann die Gesellschaft erheblich profitieren.

Unsere Projekte:

- **Ausbau einer seniorengerechten sozialen Infrastruktur:** Der Ausbau einer seniorengerechten Infrastruktur muss ein Schwerpunkt landespolitischen Handelns sein. Dazu gehört die vollständige Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes, ein

flächendeckendes und wohnortnahes Angebot der Gesundheitsversorgung und Verkaufseinrichtungen für den täglichen Bedarf. Treffpunkte für Seniorinnen und Senioren sichern das Recht auf soziale Teilhabe. Diese können gern und vor allem in Mehrgenerationenhäusern, aber auch in anderen Einrichtungen angesiedelt sein.

- **Aufbau lückenloser Mobilitätsketten:** Gerade ältere Bürgerinnen und Bürger, die in Kleinstädten und Dörfern leben, sind auf funktionierende Mobilitätsketten angewiesen. Fahrpläne zwischen den unterschiedlichen Verkehrsträgern (Bus und Bahn) müssen abgestimmt werden. Anschlüsse müssen funktionieren, so dass gerade ältere Bürgerinnen und Bürger, die kein Auto mehr fahren wollen oder können, mit guten Anschlüssen schnell in die nächste Stadt und lückenlos wieder nach Hause kommen.
- **Weiterentwicklung der Seniorenpolitischen Leitlinien:** Die Seniorenpolitischen Leitlinien haben sich als wichtiges Instrument mit vor Ort nachhaltig wirksamen Maßnahmen erwiesen. Deshalb wollen wir sie fortschreiben, die Maßnahmen evaluieren und weiterentwickeln. Wir wollen gezielt Maßnahmen gegen Altersarmut, wie z.B. vergünstigte Tarife oder die kostenlose Nutzung für Seniorinnen und Senioren bei der Nutzung von Kultur- und Freizeitangeboten und des ÖPNV entwickeln. Um die soziale Teilhabe von Seniorinnen und Senioren zusätzlich zu verbessern, müssen Bildungsangebote geschaffen werden. Ältere Menschen nehmen gern und zunehmend häufiger Angebote des lebenslangen Lernens in Anspruch und dies vor allem, um den Umgang mit digitalen Medien zu erlernen, vom Online-Banking bis zur digitalen Kommunikation über Mail und Messenger mit Familie und Freunden.
- **Stärkung der kommunalen Seniorenbeiräte und der kommunalen Seniorenbeauftragten:** Wir setzen uns für eine verbindliche Einbindung und verlässliche Finanzierung der Seniorenbeiräte vor Ort. Die Rechte älterer Menschen müssen in allen Entscheidungsgremien auf kommunaler Ebene vertreten, eingefordert und verteidigt werden. Deshalb ist es wichtig, solide Voraussetzungen zu schaffen und die Position der beauftragten Person für die Belange älterer Menschen zu stärken. Wir wollen deshalb mehr Seniorenbeauftragte im Hauptamt und die Einschränkung von Doppelfunktionen wie dem zeitgleichen Amt der Gleichstellungsbeauftragten und/ oder beauftragten Person für die Belange behinderter Menschen oder Migrantinnen und Migranten.
- **Entwicklung eines Seniorenmitwirkungs- und Beteiligungsgesetzes:** Mit einem Seniorenmitwirkungs- und Beteiligungsgesetz wollen wir Mindeststandards für Beteiligungsrechte, kommunale Gremien und die personelle Ausstattung für die Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren verbindlich festlegen.
- **Förderprogramm für gutes Älter werden im vertrauten Wohnumfeld:** Ältere Menschen wollen zunehmend in ihren eigenen vier Wänden oder zumindest im gewohnten

Umfeld verbleiben. Nicht immer lassen Einschränkungen den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu. Mit barrierefreien und generationenübergreifenden Wohn- oder Betreuungsform in Kombination mit weiteren alltagsunterstützenden Angeboten kann ein möglichst langer und selbstbestimmter Verbleib im sozialen Umfeld ermöglicht werden. Deshalb wollen wir ein Förderprogramm auflegen, das solche Wohn- und Unterstützungsangebote fördert und so ein selbständiges und würdevolles Altern im eigenen Kiez ermöglicht.

- **Digitalisierung – Chancen nutzen, Barrieren vermeiden:** Wir wollen die Etablierung von Bildungsangeboten fördern, die Seniorinnen und Senioren den Erwerb der notwendigen Kompetenzen ermöglichen, z.B. in Volkshochschulen, Seniorentreffs oder Mehrgenerationenhäusern. Andererseits darf der Erwerb solcher Kenntnisse nicht die Voraussetzung für die Nutzung von öffentlichen und medizinischen Dienstleistungen oder dem Sparkassenbesuch werden.